SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik

Rattinger, Hans; Holst, Christian

Preprint / Preprint
Abschlussbericht / final report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Rattinger, H., & Holst, C. (1998). *Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik.* Bamberg. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54925

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik

Prof. Dr. Hans Rattinger
Dr. Christian Holst
Universität Bamberg
Lehrstuhl für Politikwissenschaft II
Januar 1998

1 Stabilität und Struktur außenpolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik 1

1.1 Außenpolitik und öffentliche Meinung 1

1.2 Einfluß von öffentlicher Meinung 1

1.3 Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik 4
1.3.1 Deskriptive Untersuchungen 4
1.3.2 Strukturen außenpolitischer Einstellungen 6
1.3.3 Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen 11

2 Entstehung, Struktur und Aufbau des Buches 24

3 Entwicklung der Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik 1954-1993 30

3.1 Interesse, Information und Wichtigkeit 30
3.1.1 Interesse 32
3.1.2 Informationsquellen 35
3.1.3 Wissen 39

3.2 Westpolitik: „Images of the Allies“ 46
3.2.1 Beziehungen zu den USA 46
3.2.2 Bündnispolitik 92
3.2.3 Europäische Integration 117

3.3 Ostpolitik: „Images of the Adversary“ 123
3.3.1 Potentiale 124
3.3.2 Beziehungen zur UdSSR 133
3.3.3 Zusammenfassung 155

3.4 Ost-West-Konflikt: „Images of Security“ 157
3.4.1 Bedrohungen und Kriegsgefahr 158
3.4.2 Strategien 170
3.4.3 Einstellungen zur Bundeswehr 206
3.4.4 Friedensbewegung alt und neu 244

4 Öffentlichkeit und Außenpolitik in der Bundesrepublik 250

5 Literatur 256

1 Stabilität und Struktur außenpolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik

1.1 Außenpolitik und öffentliche Meinung

Der Versuch, die Außenpolitik moderner Staaten allein durch das Handeln von Staatenlenkern und einflußreichen Persönlichkeiten beschreiben zu wollen, wirkt heute seltsam anachronistisch. In einer Welt, die einerseits durch zunehmende Differenzierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, andererseits von zunehmenden Interdependenzen von Staaten, Gesellschaften und Wirtschaften über nationale Grenzen hinaus gekennzeichnet ist, muß eine außenpolitische Analyse mehrere Ebenen im Blick behalten (Singer 1961). Sie muß über die Betrachtung nationalstaatlichen Handelns hinaus sowohl innergesellschaftliche Zusammenhänge wie auch internationale Zusammenhänge beschreiben, ebenso muß der Bezug auf verschiedene Handlungsbereiche und das Verhältnis nicht-gouvernmentaler und gouvernmentaler Maßnahmen geleistet werden (Seidelmann 1983). Durch diese Auffächerung der Analyseeinheiten rücken nun auch Faktoren, denen zuvor nur Bedeutung für die Innenpolitik zugeschrieben wurde, in den Mittelpunkt des Interesses für die Analyse von Außenpolitik. Dies sind unter anderem Fragen nach der Struktur des politischen Systems (Risse-Kappen 1991; 1994), der Binnenstruktur der Exekutive (Haftendorn et al. 1978; Blechman/Fisher 1988), der Rolle des Parlaments (Schäfer/Stechow 1988; Wilker 1988; Brettschneider 1995), des Parteiensystems (Roth 1973; Haftendorn 1986), der gesellschaftlichen Struktur (Czempiel 1979, 1993) und der Interessen- und Elitengruppen (Mills 1956). Eine umfassende Systematik dieser Faktoren schlägt Rosenau (1969) im Rahmen seines „Linkage-Ansatzes“ vor, indem er auf allen Ebenen zwischen Akteuren, Einstellungsdeterminanten, Institutionen und Prozessen als Untersuchungsobjekten unterscheidet. Damit rückt nun auch ein Faktor in den Blickpunkt, der zwar bei der Analyse von Innenpolitik schon länger eine gewichtige Rolle gespielt hatte, bei der Bearbeitung von außenpolitischen Fragestellungen aber eher vernachlässigt worden war: Die Rolle der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung.

1.2 Einfluß von öffentlicher Meinung

Der Einfluß von öffentlicher Meinung auf die Außenpolitik eines Staates wurde in der Vergangenheit überwiegend skeptisch betrachtet. Außenpolitik war lange Zeit ein

Bereich, der allein der Exekutive vorbehalten war und in welchem es der Legislative erst im Laufe des 20. Jahrhunderts gelang, Einfluß zu nehmen. Tocqueville (1985/1835) sah Demokratien in der Verfolgung von Außenpolitik anderen Regierungsform als unterlegen an, da sie es nur schwer vermöchten, die Einzelgliederungen eines großen Unternehmens zu koordinieren, sich an einen Plan zu halten und ihn beharrlich über alle Hindernisse hinweg zu verfolgen. Lippmann (1955) sah eine Störung des Mächtegleichgewichts, wenn die öffentliche Meinung die Regierung dominieren würde: Die Dominanz von öffentlicher Meinung schwäche, wenn nicht gar lähme, die Fähigkeit zum Regieren - als Folge wurde der Fall des Westens antizipiert. Der amerikanische Diplomat George F. Kennan verglich die öffentliche Meinung gar mit einem schlafenden Dinosaurier, der, wenn er geweckt würde, sein eigenes Habitat zerstören würde. Die bis auf Kant (1985/1795) zurückgehende liberale Tradition, nach der in der Restringierung der Herrschenden durch die öffentliche Meinung ein zusätzliches (positives) demokratisches Element gesehen wird, wird in der Regel ausgeblendet. Versteht man unter öffentlicher Meinung die Manifestation öffentlichen Unmuts und Protests, so scheint diese Skepsis für die Bundesrepublik eher ungerechtfertigt. Weder konnte die „erste Friedensbewegung“ die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Aufstellung der Bundeswehr Anfang der fünfziger Jahre verhindern, noch konnte die „zweite Friedensbewegung“ die Stationierung und Nachrüstung neuer Mittelstreckenraketen zu Beginn der achtziger Jahre verhindern.

Versteht man unter öffentlicher Meinung allerdings die Summe der privaten Meinungen, auf die das politische System - zumindest in demokratischen Gesellschaften - reagieren muß, so ergibt sich eine etwas differenziertere Bilanz. Die oben angeführten Beispiele sind zwar Belege dafür, daß Regierungen die öffentliche Meinung in Bezug auf Außenpolitik durchaus negieren können, es zeigt sich jedoch auch, daß öffentliche Meinung Einfluß auf das Handeln von Regierungen im Bereich der Außenpolitik haben kann. So stellten Page und Shapiro (1983, 1992) in einer umfangreichen Untersuchung von Einstellungsveränderungen in der amerikanischen Öffentlichkeit und außenpolitischen Entscheidungen für die Jahre von 1935 bis 1979 fest, daß in rund der Hälfte aller beobachteten Fälle ein Meinungswandel in der Öffentlichkeit einer Änderung der einschlägigen Politik voraus ging, und zwar besonders dann, wenn die Meinungsveränderung umfangreich und anhaltend sowie das

„Issue“ bedeutsam war. Nach Brooks (1990) scheint der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik hierzulande geringer zu sein, als Page und Shapiro für die USA ermitteln, bei außenpolitischen Themen aber noch stärker als bei innenpolitischen. In einer weitgehenden Wiederholung des Ansatzes von Page und Shapiro kommt Brettschneider (1995) dagegen für die Bundesrepublik zu einem anderen Ergebnis: Hier seien die parlamentarischen Handlungen im Bereich der Außen- und Ostpolitik am responsivsten, in der Sicherheitspolitik hingegen liege - gegenüber dem Meinungswandel - nur eine geringe Responsivität vor.

Eine angemessenere Beschreibung des Zusammenhangs von öffentlicher Meinung und Außenpolitik ist sicherlich ein Modell, welches Wechselwirkung in beide Richtungen zuläßt (vgl. Rattinger/Behnke/Holst 1995; Russett/Graham 1989). In einem solchen Modell würde angenommen werden, daß sowohl die Regierenden versuchten, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, als auch daß die öffentliche Meinung den Regierenden in der Auswahl ihrer Handlungsoption Beschränkungen auferlegt. Nach Grahams Modell (1994) ist der Einfluß der (amerikanischen) Öffentlichkeit abhängig von 1. dem Ausmaß der Meinungsverteilungen, 2. dem jeweiligen Stand während des Entscheidungsprozesses, 3. der Fähigkeit der Eliten, die Vielschichtigkeit der öffentlichen Meinung zu durchschauen, und 4. der Fähigkeit der politischen Eliten, Meinungsführerschaft zu übernehmen und öffentliche Unterstützung zu mobilisieren. Um solche Wechselwirkungen beschreiben zu können, bedarf es jedoch eines Forschungsdesigns, welches sich nicht auf die reine Beschreibung der Verteilungen von Meinungen in der Öffentlichkeit beschränkt, sondern es muß in Fallstudien untersucht werden, inwieweit die politischen Entscheidungsträger auf Einstellungen und Meinungen der Öffentlichkeit in ihrer Entscheidungsfindung Rücksicht nehmen. Wenn auch noch für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik über die Richtung und das Ausmaß des Einflusses zwischen Regierenden und Regierten Unklarheit herrscht, so scheint sich dennoch ein Konsens abzuzeichnen, daß Öffentlichkeit und öffentliche Meinung auf den Bereich der Außenpolitik Einfluß haben (Page/Shapiro 1983, 1992; Hinckley 1992; Wittkopf 1990; Brooks 1990; Risse-Kappen 1991, 1994; Graham 1994). Uneinigkeit herrscht aber weiterhin darüber, ob in der Bundesrepublik dieser Einfluß über die Jahre zugenommen hat (Risse-Kappen 1991; Szabo 1990) oder ob sich Phasen stärkerer und Phasen schwächerer Über-

einstimmung zwischen öffentlicher Meinung und parlamentarischem Handeln abgewechselt haben (Brettschneider 1995).

1.3 Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik

Wenn die öffentliche Meinung tatsächlich Außen- und Sicherheitspolitik in demokratischen Staaten beeinflussen kann, stellt sich die Frage, wie sie zu beschreiben ist, wodurch sie strukturiert wird und auf welche Einflüsse sie in welcher Weise reagiert. Versteht man unter öffentlicher Meinung zunächst einmal nur die Aggregation von individuellen Einstellungen und Meinungen, so lassen sich die Untersuchungen zu Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik prinzipiell in zwei Stränge einteilen: Auf der einen Seite stehen eher deskriptive Untersuchungen, die sich auf die Beschreibung von Verteilungen von Einstellungen zu bestimmten politischen Themen beschränken, auf der anderen Seite eher analytisch ausgerichtete Untersuchungen, die sich wiederum in ihrem Forschungsinteresse danach unterscheiden lassen, ob sie ihr Augenmerk vor allem auf Strukturen oder eher auf Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen richten.

1.3.1 Deskriptive Untersuchungen

Deskriptive Untersuchungen haben aufgrund ihres geringeren methodischen Anspruches eine wesentlich längere Tradition als eher analytisch ausgerichtete Untersuchungen. Sie beschränken sich in der Regel auf die Beschreibung der Verteilung von Meinungen zu bestimmten politischen Themen und den Veränderungen dieser Verteilungen über die Zeit. Untersuchungen dieser Art sind oft tagespolitisch bestimmt, darin resultiert auch ihre oft geringe Vergleichbarkeit der so entstandenen Ergebnisse untereinander. Auftraggeber sind oft Zeitungen oder Zeitschriften (zum Beispiel SZ 1991, 1996; Spiegel Spezial 1991), aber auch Parteien, Verbände und Regierungsstellen, die damit am „Puls der Zeit“ sind. Auf diese Weise werden in der Regel nur Stimmungen erhoben, die von kurzfristigen Medien- und Aufmerksamkeitseffekten beeinflußt sind. Sie spiegeln somit Zeitgeschichte wider, wie zum Beispiel die Erhebungen rund um den Doppelbeschluß 1980, aber auch die Untersuchungen Mitte der fünfziger Jahre zu Zeiten der Wiederbewaffnung (vgl. Jacobsen 1975), der „Kampf dem Atomtod-Bewegung“ und der Erlangung der außenpolitischen Souveränität der Bundesrepublik.

Inhaltlich aufschlußreicher als diese oft zufällig und verstreut erschienenen Ergebnisse sind die Zusammenstellungen einzelner Erhebungen, die damit eine Gesamtschau zulassen. Für die Bundesrepublik sind hier unter anderem die Monographien von Deutsch/Edinger (1959), Merritt/Puchalla (1968), Flynn/Rattinger (1985), Schweigler (1985), Rattinger/Heinlein (1986) oder Eichenberg (1989) zu nennen. Weitere Zusammenstellungen dieser Art finden sich auch in den Allensbacher Jahrbüchern zur Demoskopie, Allensbacher Berichten, EMNID-Informationen und ähnlichem. Die Schwerpunkte dieser Beschreibungen liegen vor allem auf den Einstellungen gegenüber den Verbündeten, vor allen den USA, Einstellungen gegenüber der NATO, der Perzeption von Bedrohung und Einstellungen gegenüber der UdSSR, den Einstellungen gegenüber der Bundeswehr, sowie - nach dem Ende des Kalten Krieges - die Entwicklung von Einstellungen in der Phase der Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die so gewonnenen Ergebnisse lassen Rückschlüsse auf Grundorientierungen innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Außen- und Sicherheitspolitik zu. Diese Grundorientierungen bestehen vor allem in der Akzeptanz der Westbindung und der Verankerung im westlichen Lager, wie sie sich in den hohen Zustimmungswerten zur europäischen Integration, dem positiven Image der USA und der unumstrittenen Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft niederschlagen. Diese Grundströmung war auch während der Proteste zu Beginn der achtziger Jahre weitgehend unbeschadet geblieben, wenn sich auch zeigte, daß vor allem Jüngere und Höhergebildete nicht mehr bereit waren, dem Führungsanspruch der USA vorbehaltlos zu folgen, bzw. der Außenpolitik der USA zu Beginn der achtziger Jahre durchaus kritisch gegenüberstanden. Die Folge war allerdings weniger - wie von vielen befürchtet - eine Renaissance von Neutralitätsvorstellungen, wie sie in den fünfziger Jahren noch als „Modell Österreich“ in der Diskussion standen und in die Debatte der achtziger Jahre als „Finnlandisierung“ eingingen (Pfetsch 1993), sondern eher eine Hinwendung zu einer „europäischen Lösung“, wie zum Beispiel der Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO, die eine größere Unabhängigkeit von den USA suchte, ohne die Einbindung der USA in eine europäische Sicherheitsstruktur aufzugeben. Die Unterstützung für die uneingeschränkte Westbindung der Bundesrepublik blieb auch nach dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung Deutschlands bestehen. Tatsächlich zeichnete sich nach dem Rückgang des Vertrauens in die Führungskraft der USA sowie der Unterstützung der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, die Ende der

achtziger Jahre einsetzten, wieder eine positivere Haltung beiden Institutionen gegenüber ab (Asmus 1995; Hoffmann 1995, Holst 1998).

Solche außenpolitischen Grundorientierungen sind beschreibbar, darüber hinaus lassen sich durch den Vergleich der Zeitreihen miteinander auch Kovariationen feststellen. Auf diese Weise läßt sich ein Bild einer außen- und sicherheitspolitischen Kultur zeichnen, welches sich als eine verinnerlichte Staatsräson interpretieren läßt. Entwicklungen und Kovariationen über die Zeit lassen jedoch keine Rückschlüsse darauf zu, welche Einstellungen sich gegenseitig unterstützen, bedingen oder ausschließen. Ebenso lassen sich mit solchen Untersuchungsmethoden keine Angaben darüber machen, wie solche Einstellungen innerhalb der Öffentlichkeit verteilt sind und welche Teilpublika welche Einstellungen haben. Ist man an solchen Aussagen interessiert, bedeutet dies, die Frage nach den Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen zu stellen.

1.3.2 Strukturen außenpolitischer Einstellungen

Die Frage nach der Struktur von Einstellungen stellt sich, wenn davon ausgegangen werden soll, daß Menschen auf Fragen nach politischen Themen nicht nur willkürlich und völlig zufällig antworten, sondern wenn vermutet wird, daß die Antworten bestimmte grundlegende Orientierungen widerspiegeln. Untersuchungen zur Struktur politischer Einstellungen unterstellen dabei immer implizit oder explizit, daß Einstellungen durch eine Form von Zusammenhalt gekennzeichnet sind (Converse 1967). Von solchen Strukturen wird vermutet, daß sie sich auf eine oder wenige Dimensionen zurückführen lassen. Beispiele solcher Dimensionen sind für den angelsächsischen Sprachraum die Liberal-Conservative-Dimension sowie in Europa die Links-Rechts-Dimension. Die ersten Untersuchungen zu Strukturen außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen gingen denn auch davon aus, daß sich auch solche Einstellungen auf eine Dimension zwischen liberal und konservativ zurückführen ließen (Converse 1967; McClosky 1967, Juhász 1996).

Eine andere, außenpolitischen Einstellungen möglicherweise zugrundeliegende Dimension, wurde aus der geschichtlichen Erfahrung der USA abgeleitet und durch die Pole „Internationalismus“ und „Isolationismus“ gekennzeichnet. Tatsächlich stellte sich bald heraus, daß zumindest die Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung

nicht oder nur unzureichend durch diese beiden Dimensionen erfaßt wurden. Mit einem wachsenden Bestand an Datensätzen und statistisch zunehmend komplexeren Methoden ließ sich zeigen, daß außen- und sicherheitspolitische Einstellungen zumindest mäßig strukturiert sind und daß sie sich vermutlich auf den geographischen Bereich außenpolitischen Handelns der USA beziehen (Internationalismus versus Isolationalismus), die Methoden außenpolitischer Aktionen (Militarismus versus Nonmilitarismus) sowie die Vorgehensweise der USA (Multilateralismus versus Unilateralismus). (vgl. Bardes/Oldendick 1990; Holsti 1992; Chittick/Billingsley/Travis 1995).

Während sich so für den Bereich der amerikanischen Forschung zur Struktur außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen ein Konsens abzuzeichnen beginnt, ist die deutsche Forschung zu diesem Thema von einem solchen noch weit entfernt und steckt noch in den Kinderschuhen. Ein erster Versuch, solche Einstellungen auf Dimensionen zurückzuführen, stammt von Räder (1982). Auf der Grundlage einer Panelumfrage, die im Oktober 1979 - zwei Monate vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan - und im Februar 1980 im Feld war, entwickelte er ein Schema zur „Wahrnehmung der äußeren Sicherheit“, in welches die Wahrnehmung einer Bedrohung durch die UdSSR, die Einschätzung der zukünftigen Ost-West-Entwicklung und die Prioritätenzuschreibung für äußere Sicherheit als politische Aufgabe eingingen. Die Pole dieser Dimension benannte Räder je nachdem, ob die Befragten die Priorität äußerer Sicherheit bzw. die Bedrohung durch die UdSSR als niedrig oder hoch und die zukünftige Entwicklung der Ost-West-Beziehungen als gut oder schlecht bewerteten, mit „Optimisten“ oder „Pessimisten“. Tatsächlich wies diese „Optimismus-Pessimismus“-Dimension einen hohen Zusammenhang mit Einstellungen gegenüber Militär auf, der im Ausmaß noch soziodemographische Merkmale oder Erfahrungen mit Militär und Kenntnisse über Angelegenheiten der äußeren Sicherheit deutlich übertraf. So wiesen Pessimisten eine deutlich affinere Haltung gegenüber dem Militär auf als Optimisten. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, daß in der Haltung gegenüber dem Militär die Parteipräferenz eine weitere, wesentliche Rolle spielt. Leider beschränkte sich Räder in der Analyse seiner Daten im wesentlichen auf die Darstellung von Kreuztabellen, so daß er über die Größe des Zusammenhanges zwischen seiner Optimismus-Pessimismus-Dimension oder der Parteipräferenz und den Einstellungen gegenüber dem Militär keine Aussagen machen konnte.

Eine erste faktoranalytische Untersuchung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen legte erst gegen Ende der achtziger Jahre Ziegler (1987) auf der Grundlage der Eurobarometer-Studie 1980 vor. In die Analyse gingen jene Items ein, die die Einstellungen zur atlantischen Kooperation messen sollten. Auf diese Weise ermittelte Ziegler drei Faktoren, die er militärische Kooperation, nicht-militärische Kooperation und Erwartungen bezüglich der internationalen Lage nannte. Aus der Kombination der ersten beiden Faktoren gewann er vier Typen, die durch ihre Unterstützung bzw. Ablehnung der militärischen und nicht-militärischen Kooperation gekennzeichnet waren. Für die deutschen Befragten stellte er fest, daß sie im Vergleich zu Italienern, Briten und Franzosen das höchste Ausmaß an Kooperation - militärisch und/oder nicht-militärisch - aufwiesen.

Rund zehn Jahre später folgte Everts im wesentlichen Zieglers Untersuchungsaufbau und schloß, daß Ende der achtziger Jahre die Einstellungen gegenüber internationalisiertem Regieren („Internationalized governance“), soweit sie EU, NATO und UNO betreffen, durch eine mehrdimensionale Struktur gekennzeichnet seien. Nicht ein „föderalistisches Kalkül“, welches Einstellungen zur internationalen Integration auf einer Dimension von „Nationalismus“ zu „Internationalismus“ ansiedele, läge den Einstellungen zugrunde, sondern ein „funktionalistisches Kalkül“, welches internationale Organisationen nach ihren jeweiligen Aufgabenbereichen unterscheide. Wie Ziegler konnte Everts zwischen drei Dimensionen unterscheiden, die durch Einstellungen zur Europäischen Integration, militärischen Integration im atlantischen Rahmen und Einstellungen zur UNO gekennzeichnet sind, wobei er aus der Kombination der ersten beiden Dimensionen wieder Typen gewann, die weitgehend denen entsprachen, die Ziegler identifizieren konnte. Durch Rückgriff auch auf ältere Studien Ende der fünfziger Jahre ließ sich sowohl auf nationaler wie auch vergleichend europäischer Ebene ein Entwicklungstrend in der Einstellungsstruktur der europäischen Öffentlichkeit nachzeichnen. Dabei zeigte sich, daß in der Bundesrepublik der Anteil der „Integrationisten“, d.h. derjenigen, die sowohl eine militärische wie eine ökonomische Integration unterstützten, seit 1957 von 49 Prozent auf 56 Prozent nur leicht angewachsen ist. Stellte dies Ausmaß aber in den fünfziger Jahren im Vergleich zu Frankreich, Italien und Großbritannien noch die deutlichste Unterstützung dar, so wiesen 1991 die Niederlande und Portugal mit 67 respektive 57 Prozent eine teilweise deutlich höhere Unterstützung dieses Prozesses in der Bevölkerung auf.

Auf einer statistisch etwas einfacheren Methode beruht die Untersuchung von Munton (1991). Dieser untersuchte die Struktur von Einstellungen gegenüber der Sowjetunion innerhalb der Bevölkerung Kanadas, Großbritanniens und der Bundesrepublik anhand von Umfragen aus den sechziger und achtziger Jahren. Die Einstellungen der Deutschen gegenüber der UdSSR in den sechziger Jahren seien dabei durch eine einfache, im Sinne der politischen Theorie „realistischen“ Logik gekennzeichnet gewesen. Die UdSSR wurde als mächtig und aggressiv angesehen und damit als eine Gefahr für den Frieden, daraus resultierte die Unterstützung für eine westliche Allianz mit ausreichender militärischer Stärke. Die Einstellungen in den achtziger Jahren ließen sich dagegen eher unter dem Begriff der gemeinsamen Sicherheit mit minimaler nuklearer Abschreckung fassen. Beide Supermächte wurden als mit Nuklearwaffen überrüstet angesehen und unfähig, ihre Beziehung zu gestalten. Trotzdem sollte die NATO beibehalten werden. Neben der inhaltlichen Logik spielte in den Strukturen wiederum die Parteineigung eine wesentliche Rolle, wobei aber auch bei Kontrolle dieser die Bedrohungsperzeptionen die Einstellungen gegenüber der NATO bestimmten.

Eine ähnliche Vorgehensweise wählte Rattinger (1991), als er Zusammenhangsmaße zwischen verschiedenen Variablen berechnete und in ein theoretisches Modell eingruppierte, welches zwischen allgemeinen Perzeptionen, Einstellungen zur Abschreckung und Verteidigung, konkreten Sicherheitsarrangements und spezifischen Implikationen unterschied und somit eine Kausalität vom Allgemeinen zum Speziellen unterstellte (vgl. Hurwitz/Peffley 1987). Allerdings stellt er fest, daß es in einigen Fällen zwar einen starken oder gar sehr starken inneren Zusammenhalt zwischen verschiedenen Einstellungen gibt, dieser jedoch vor allem dann vorliegt, wenn die Umfrageitems substantiell eng zusammenliegen. Bei vielen anderen Gelegenheiten zeige sich ein verhängnisvolles Fehlen eines solchen Zusammenhaltes, so daß sich die Struktur von Einstellungen gegenüber Verteidigung innerhalb der westdeutschen Öffentlichkeit über die achtziger Jahre hinweg kaum verfestigt habe. Dies könne jedoch bei verschiedenen Teilpublika, die sich mehr für ein solches Themengebiet interessierten, durchaus anders sein. Inhaltlich zeige sich, daß z.B. für die Herausbildung von Bedrohungsperzeptionen das generelle Image der UdSSR viel wichtiger sei als die tatsächlich existierende militärische Kräftebalance, ebenso, daß die Einstellungen gegenüber einer weiteren NATO-Mitgliedschaft, der Präsenz der US-

Truppen in der Bundesrepublik sowie Einstellungen gegenüber der Bundeswehr recht stark miteinander zusammenhingen. Was den Grad des Zusammenhangs zwischen allgemeineren und spezielleren Einstellungen anbetrifft, so zeige sich, daß die Perzeptionen des sicherheitspolitischen Umfelds und die Einstellungen gegenüber Abschreckung und Verteidigung nur geringen Einfluß auf die Präferenzen der Öffentlichkeit hätten, wie die sicherheitsgarantierenden Institutionen der Bundesrepublik ausgestaltet werden sollten. Insofern zeige sich, daß die Zustimmung zur Bundeswehr zu einem beträchtlichen Teil von den Perzeptionen äußerer Sicherheit abgekoppelt sei.

Eine weitere Untersuchung zur Struktur außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen legte Rattinger 1993 vor. In sie gingen zum ersten Mal auch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen ein, die in einer Reihe von deskriptiven Studien schon als bedeutsam identifiziert wurden. Wieder ausgehend von einem hierarchischen Strukturmodell, welches Einstellungen eher als übereinander denn nebeneinander strukturiert sah (Hurwitz/Peffley 1987), unterschied Rattinger zwischen Wertorientierungen, Wahrnehmungen der internationalen Lage, Beurteilung von Sicherheitsarrangements und politischen „Strategien“ (Postures). Aufgrund eines Strukturgleichungsmodells konnte Rattinger zeigen, daß Wertorientierungen (Antimilitarismus, Immoralität von Krieg) signifikanten Einfluß auf Einstellungen gegenüber organisatorischen Arrangements (NATO, EU, KSZE, UNO), Akteuren (USA) und bevorzugten Politiken haben. Politische „Strategien“ (Postures) werden dagegen stärker von Wahrnehmungen der internationalen Lage beeinflußt. Auf konkrete Einstellungsdimensionen haben Bedrohungswahrnehmungen keinerlei Einfluß. Insgesamt zeigt sich, daß es zwar bei einer Vielzahl von Einstellungen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt, die kausalen Strukturen der „Weltsichten“ aber ähnlich sind.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß a) die Beschäftigung mit Strukturen außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen nur das Interesse einer kleinen Forschergemeinde findet, daß b) (noch) keine Datensätze vorliegen, die denen des Chicago Council on Foreign Relations vergleichbar wären, und an denen verschiedene Forscher unterschiedliche Modelle spezifizieren könnten und einer kritischen Replikation zugänglich machen würden, und daß es c) noch kaum Hinweise darauf gibt, welcher Art die Einstellungen zugrunde liegenden Dimensionen sein könnten.

1.3.3 Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen

Neben der Frage nach der Struktur - also dem inneren Zusammenhang - von Einstellungen steht in der Forschung die Frage nach den Determinanten, also den Bestimmungsfaktoren solcher Einstellungen. Bis zu Beginn der siebziger Jahre spielten persönlichkeitspsychologische Konzepte wie Autoritarismus (Levinson 1957), Misanthropie (Rosenberg 1957), Anomie (McClosky 1967), oder Selbstwertgefühl (Sniderman/Citrin 1971) eine Rolle. Weitere, zur Erklärung außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen herangezogene Variablen, waren Sozialstruktur (Galtung 1967), Wissen (Gamson/Modigliani 1966; Graham 1988), Geschlecht (Fite et al. 1990; Sauter 1994) oder Werte (Ingelhart 1984; Räder 1992). Als die beiden wesentlichsten Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen ließen sich jedoch Alter und die Parteiidentifikation bezeichnen. Auf beide soll im folgenden gesondert eingegangen werden.

1.3.3.1 Alter und Generation

Wenn auch Alter und Generation als Determinanten von Einstellungen oft austauschbar behandelt werden, so sind damit doch zwei unterschiedliche Konzepte verbunden, die auch unterschiedliche Interpretationen der Zusammenhänge zur Folge haben. Wird das Alterskonzept zugrunde gelegt, so impliziert dies, daß mit unterschiedlichen Lebensabschnitten unterschiedliche Rollen und Verhaltensweisen einhergehen, unterschiedliche soziale Positionen erreicht sein können und mit höherem Alter ein entsprechend höherer Schatz an Erfahrungen und Wissen gesammelt werden konnte. Von diesen Positionen, Rollen und Erfahrungsschätzen wird angenommen, daß sie wiederum politische Einstellungen beeinflussen. Ebenso impliziert dieses Konzept, daß sich Einstellungen im Laufe der Zeit dadurch ändern, daß unterschiedliche Lebensabschnitte durchschritten werden. Zugespitzt wird dieses Konzept des „Meinungswandel durch Altern“ in dem Winston Churchill zugeschriebenen Bonmot, daß, wer mit zwanzig kein Sozialist sei, kein Herz, und wer es mit vierzig immer noch sei, keinen Verstand habe. Ähnliche Beispiele für einen solchen Einstellungswandel durch biologisches Altern sind der Radikalismus Jugendlicher und der Konservatismus der Älteren.

Im Gegensatz zu diesem „offenen“ Konzept steht das „geschlossene“ Konzept der Generation. Die theoretische Ausformulierung des Konzepts der „Generation“ geht im

wesentlichen auf Mannheim (1969/1928) zurück. Mannheim beschrieb Generationen als ein Phänomen der verwandten Lagerung von Menschen in einem gesellschaftlich-historischen Lebensraum, der diese auf einen bestimmten Spielraum möglichen Geschehens beschränkt und damit eine spezifische Art des Erlebens und Denkens, eine spezifische Art des Eingreifens in den historischen Prozeß nahelegt (1969/1928: 35/36). Wesentlich für das Entstehen solcher Generationen sind Kollektiverfahrungen - Polarerlebnisse, also Eindrücke, die Weltbilder prägen. Die Vermutung ist dabei, daß die Verarbeitung dieser Eindrücke lebenslang für die Formierung von Werten, Normen und Einstellungen prägend bleibt. Unterschiede in der Verarbeitung dieser Eindrücke und den daraus resultierenden Einstellungen sind konstituierend für die Unterscheidung von vorhergehenden und nachfolgenden Generationen und grenzen diese voneinander ab. Damit wird deutlich, wieso dieses Konzept oben als „geschlossen“ bezeichnet wurde: Während das Alterskonzept einen fortlaufenden Wandel von Einstellungen zuläßt, behauptet das Generationenkonzept, daß zu einem bestimmten, frühen Zeitpunkt erworbene Einstellungen einmal für den Rest des Lebens bestimmend bleiben. Aus dieser Prägekraft bestimmter Eindrücke resultiert jedoch auch die Attraktivität des Generationenkonzepts für die Wissenschaft und die Erklärung von Einstellungen. Zum einen lassen sich damit Konflikte zwischen Jung und Alt erklären durch je unterschiedliche Normen und Werte, die aufgrund unterschiedlicher Polarerlebnisse erworben wurden. In diesem Sinne kämpft jede Generation gegen andere Feinde. Zum zweiten läßt sich auf diese Weise gesellschaftlicher Wertewandel erklären, indem eine Generation mit einer bestimmten Ausstattung an Werten und Normen die vorhergehende Generation ersetzt. Dadurch ermöglicht dieses Konzept im begrenzten Maße Vorhersagen über eine zukünftige gesellschaftliche Entwicklung, denn die Werte und Normen der jüngeren Generation werden über kurz oder lang zu den dominierenden Werten in der Gesellschaft werden. Aus diesem Grund riefen auch die oben erwähnten Beobachtungen über die scheinbare Abnahme der Akzeptanz der NATO und dem sich verschlechternden Image der USA Befürchtungen hervor, daß eine zukünftige Generation diese Institutionen in Frage stellen oder gar verlassen würde. Vor allem durch die Begründung der westlichen Allianz als Wertegemeinschaft hätte dies zur Folge gehabt, daß die Werte der Väter nicht mehr die Werte ihrer Kinder sein würden und damit der westlichen Allianz ein konstitutives Element ihrer Legitimation verloren gegangen wäre.

So plausibel dieses Konzept der Generation auch sein mag, es weist doch eine Zahl von theoretischen und vor allen Dingen forschungspraktischen Problemen auf. Zunächst stellt sich das Problem, wie das „Polarerlebnis“ definiert wird. Per se bieten sich in der deutschen Geschichte eine ganze Reihe von Ereignissen an, denen die Qualität eines solchen Erlebnisses zugeschrieben werden könnte: Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre, die Zeit des Nationalsozialismus der 30er Jahre, der zweite Weltkrieg, die Nachkriegszeit, die Teilung Deutschlands, symbolisiert durch den Bau der Berliner Mauer 1961, die Studentenunruhen der sechziger Jahre, die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre oder die Vereinigung der deutschen Staaten 1989. Das Problem bei dieser Vielzahl von Ereignissen ist dabei, daß einerseits das Erlebnis „singulär“ sein muß, andererseits eine hohe Zahl bedeutender sozialer Ereignisse die Prägekraft dieses einen Ereignisses verwischen könnten.

Ebenso wirft nicht nur die Häufigkeit eines singulären Ereignisses Probleme auf, sondern es stellt sich die Frage nach der Dauer eines solchen Ereignisses. So lassen sich noch die Teilnahme an einem oder das Erleben eines Krieges oder politische Ereignisse, wie zum Beispiel der Bau der Berliner Mauer 1961, als singuläre Ereignisse fassen in dem Sinne, daß sie zeitlich begrenzt sind. Faßt man aber unter dieses Konzept zum Beispiel die Sozialisation in verschiedenen Systemen wie der Bundesrepublik bzw. der DDR oder die Sozialisation während der Weimarer Republik oder des Kaiserreichs, so würde damit der Begriff der Generation so ausgeweitet, daß er zu generationenübergreifenden Konzepten wie dem der politischen Kultur führt.

Ein weiteres Problem ist die noch nicht abschließend geklärte Frage, bis zu welchem Alter diese Polarerlebnisse ihre Prägekraft so entfalten, daß sie ein Leben lang die Einstellungen eines Individuums beeinflussen können. Dies würde bedeuten, Annahmen machen zu wollen, ab wann der Prozeß der politischen Sozialisation als abgeschlossen zu betrachten sei und bis dahin erworbene politische Einstellungen stabil bleiben. Tatsächlich zeigen aber umfangreiche Longitudinalstudien, daß sowohl Stabilität wie Wandel in Einstellungen über die Zeit in allen Altersstufen auftreten (vgl. Jennings/Niemi 1980; Kinder/Sears 1985). Dies ist genau der Punkt, an dem sich die Alters- und Generationenhypothese diametral gegenüberstehen: Während die eine einen lebenslangen Meinungswandel zuläßt, muß die andere einen Zeitpunkt angeben können, zu dem sich eine bestimmte Generation konstituiert hat.

Schließlich stellt sich auch die Frage, ob überhaupt gleiche Sozialisationserfahrungen gleiche oder ähnliche Einstellungen zur Folge haben. Pfetsch (1993) weist darauf hin, daß allein die Kaiserreicherfahrung nicht ausreicht, um zum Beispiel Jakob Kaisers „Brückenkonzept“ im Vergleich zu Adenauers Konzept der „Westintegration“ zu erklären. Weitere „Hintergrundinformationen“ müssen hier berücksichtigt werden, um solche Unterschiede trotz gemeinsamer Generationszugehörigkeit erklären zu können.

In methodischer Hinsicht ergeben sich schließlich Probleme dadurch, daß an die Datengrundlagen besondere Ansprüche gestellt werden müssen. So ist eine Unterscheidung, welche Einstellungsunterschiede auf Generationen- oder Alterseffekte zurückzuführen sind, auf der Grundlage einer Querschnittsbefragung nicht möglich. Um solche Effekte trennen zu können, bedarf es entweder einer Reihe von verschiedenen Umfragen gleichen Inhalts, die sich über einen großen Zeitraum erstrecken, oder - im Idealfall - eines langfristigen Panels, wie es Niemi und Jennings (1980) vorlegten. Nur auf diese Weise läßt sich feststellen, ob die zwischen Altersgruppen festgestellten Einstellungsunterschiede auch im Laufe des Alterungsprozesses konstant bleiben und somit von tatsächlichen Generationenunterschieden gesprochen werden kann, und nur so läßt sich auch kontrollieren, welchen Einfluß Periodeneffekte auf das Antwortverhalten von Individuen haben können. So kann zum Beispiel erwartet werden, daß bestimmte politische Ereignisse einen solchen Eindruck auf eine bestimmte Population machen, daß kurzfristig bestehende Unterschiede zwischen den Generationen oder den Altersgruppen verwischt werden, die später wieder zutage treten können.

Für die USA zeigten Bobrow und Cutler (1970) zum ersten Mal den Nutzen des Generationenkonzepts für die Analyse außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen. Aus verschiedenen Datensätzen der Jahre zwischen 1946 und 1966 identifizierten sie zwölf Variablen, die fast durchgängig erhoben worden waren. Für jede dieser Studien untersuchten sie Einstellungsunterschiede zwischen den Altersgruppen, gleichzeitig identifizierten sie drei Generationen (diejenigen, die während des ersten Weltkrieges sozialisiert wurden, diejenigen, die die große Depression miterlebten und eine Generation, die den Anbruch des nuklearen Zeitalters miterlebte). Die Einstellungen dieser Generationen verfolgten Bobrow und Cutler über den gesamten Untersuchungszeitraum. Die erste Weltkriegsgeneration wurde als überwiegend iso-

lationistisch eingestellt beschrieben, die Generation der großen Depression als pessimistisch in Bezug auf den Frieden und skeptisch gegenüber unilateralen militärischen Aktionen und die Generation der Nuklearära als internationalistisch eingestellt. Insgesamt konnten sie zeigen, daß von den zwölf untersuchten Variablen sieben entweder durch Alters-, Perioden- oder Generationeneffekte erklärbar waren. Lebensalter und Periodeneffekt hatten nur bei jeweils einer Variable einen deutlichen Einfluß, die restlichen fünf Variablen konnten am besten durch Unterschiede zwischen den Generationen erklärt werden. Die jüngere Generation unterschied sich von den älteren vor allen Dingen durch eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber Fragen der Außenpolitik und Verteidigung, eine höhere Kriegserwartung, pessimistische ökonomische Erwartungen, ein negatives Image der UdSSR und eine perzipierte strategische Überlegenheit der UdSSR.

Holsti und Rosenau (1980) bezogen sich auf den Prognose-Effekt der Generationenhypothese, als sie fragten, ob mit dem Heranwachsen einer durch Vietnam sozialisierten Generation ein möglicherweise neuer außenpolitischer Konsens in der über diese Frage zerrissenen amerikanischen Öffentlichkeit entstehen könnte. In ihrer Studie über Einstellungen von Führungskräften unterschieden sie zwischen einer „München-“ und einer „Vietnam-“ Generation. Die „München-“ Generation bezeichnet jene, die aus dem Verhalten der demokratischen Staaten 1938 gegenüber Deutschland den Schluß gezogen haben, daß es in der Auseinandersetzung mit totalitären Regimen kein Nachgeben geben dürfte, als Konsequenz ergebe sich daraus die Unterstützung einer aktiven Außenpolitik gegenüber der UdSSR. Als „Vietnam-“ Generation bezeichnen die Autoren jene Führungskräfte, die den Krieg in Südostasien als ein unterschiedsloses Vorgehen gegenüber schlecht definierten oder nur eingebildeten Bedrohungen, die kaum etwas mit den legitimen Interessen der USA zu tun gehabt hätten, erlebten. So stellten die Autoren fest, daß jüngere Führungskräfte zwar ökonomisch-humanitären Aspekten der Außenpolitik eine größere Wichtigkeit beimaßen, ebenso zwischenstaatliche Kooperation und die Bedeutung von internationalen Organisationen hervorhoben sowie eine verminderte Rolle der USA vor allem in militär-strategischen Angelegenheiten und in der Rolle gegenüber der Dritten Welt befürworteten, daß aber die Unterschiede *innerhalb* der Generationen oft substantieller waren als die Unterschiede *zwischen* den Generationen. Wenn es denn Zusammenhänge zwischen den Generationen gab, dann standen

diese auch nicht immer in Einklang mit der theoretisch vermuteten Richtung. Diesen, für die Generationenthese eher ernüchternden Befund, berichtet auch Wells (1986) in seiner Untersuchung mit Daten des Chicago Council on Foreign Relations. Auch er stellte mehr Variation zwischen einem aufmerksamen und einem nicht-aufmerksamen Publikum bzw. zwischen Bildungsgruppen fest als zwischen unterschiedlichen Generationen.

Holsti und Rosenau interpretieren diese Befunde so, daß es nicht plausibel sei, daß dramatische Ereignisse von allen Mitgliedern einer Gruppe auf dieselbe Art und Weise wahrgenommen werden, und daß alle daraus dieselben Schlüsse ziehen würden. Anzumerken ist jedoch, daß es sich in den Untersuchungen von Holsti und Rosenau nur um jeweils eine einzelne Querschnittsuntersuchung handelte und in der Untersuchung von Wells um vier Querschnittsuntersuchungen, die insgesamt einen Zeitraum von acht Jahren abdeckten. Damit konnten Holsti und Rosenau mit ihrem Untersuchungsdesign gar nicht Unterschiede zwischen Alters-, Generationen- und Periodeneffekten messen, so daß ihre Zurückweisung der Generationenhypothese auf tönernen Füßen steht. Ebenso sind jedoch Vorbehalte bei Wells angebracht, ob ein Zeitraum von acht Jahren ausreichend ist, eine Generation in verschiedenen Lebensphasen zu beobachten und somit Schlüsse auf den Einfluß von Generationen oder Alter zuzulassen.

Unter dem Aspekt außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen wurde die Generationenhypothese in Europa von Szabo (1983) in die Diskussion gebracht. Angesichts von Massenprotesten in der Bundesrepublik, Großbritannien und den Niederlanden gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen und dem gleichzeitig schwindenden Vertrauen in die Führungsqualitäten der USA stellte sich die Frage, was für eine „Nachfolgegeneration“ heranwachse, welche Werte sie verinnerlicht habe und wie es um die Zukunft der westlichen Allianz bestellt sei, wenn diese Generation in Zukunft in das Zentrum der politischen Macht gelange. Wenn auch die Untersuchung Szabos nicht den methodischen Kriterien einer Kohortenanalyse genügt, so stellte er fest, daß vor allem Höhergebildete und politisch Aktive unabhängig in ihren Einstellungen und distanziert gegenüber sowohl der UdSSR als auch den USA eingestellt seien. Er spitzt diesen Befund auf die These zu, daß wohl in Zukunft ein neo-gaullistisches Deutschland zu erwarten sei. Gleichzeitig müsse jedoch die These vom Generationenwandel im europaweiten Kontext relativiert werden: Nur in

Deutschland und Italien seien deutliche Unterschiede zwischen den Generationen zu beobachten. Dies hänge damit zusammen, daß nach dem Krieg das amerikanische Modell idealisiert worden sei. Eine zunehmende Distanz zu den USA sei somit eher als ein Normalisierungsprozeß zu sehen, der mit einer Wiederbelebung Europas und einer relativen Abnahme der amerikanischen Macht zusammenhänge (vgl. Müller/Risse-Kappen, 1987).

In eine ähnliche Richtung argumentiert Inglehart (1984). Er bringt außen- und sicherheitspolitische Einstellungen mit einem generellen gesellschaftlichen Wertewandel hin zu postmaterialistischen Werten in Verbindung. So seien Postmaterialisten in der materiell und physisch relativ sicheren Umgebung der Nachkriegszeit sozialisiert worden und würden dementsprechend sicherheitsgarantierende Einrichtungen eher minderbewerten. Dies habe zum Beispiel Folgen für die Einstellungen gegenüber der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und dem atlantischen Bündnis. Andererseits hätten Postmaterialisten realistischere Vorstellungen von den Folgen eines Nuklearkrieges und der Nicht-Führbarkeit eines solchen, wogegen Materialisten noch ein traditionelles Bild vom Krieg hätten. Die Folge sei, daß Postmaterialisten leichter durch die Friedensbewegung mobilisiert werden könnten und eine stärkere Beteiligung in ihr aufwiesen. Mit der Durchsetzung eines postmaterialistischen Wertekanons in der Gesellschaft sei in der Folge auch eine Erosion der Zustimmung zur atlantischen Allianz und ein Zusammenbrechen des pro-amerikanischen Konsens zu erwarten. Allerdings stützt sich Inglehart nur auf eine Querschnittsbefragung, so daß auch hier Alters-, Generationen- und Periodeneffekte nicht voneinander getrennt werden können.

Daß Sicherheit ein sinkender Wert für die Nachkriegsgeneration sei, bestreitet demgegenüber Meyer (1983): Es habe lediglich eine Umorientierung ihrer Inhalte und der Einschätzung von Gefahrenquellen stattgefunden. In seiner Analyse zur Wahrnehmung von Sicherheit unterscheidet Meyer vier Generationseinheiten: Diejenige des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit, der Adenauer und Brandt-Ära sowie eine Phase der reduzierten Erwartungen ab 1974. In den sechziger Jahren zeigten diese Generationen nur geringfügige Unterschiede in ihren Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik. In der älteren Generation seien jedoch Sicherheitsbedürfnisse besonders dann stark ausgeprägt, wenn Themen angesprochen wurden, in denen Gefahren aufscheinen, die

in einem Koordinatensystem von Antikommunismus und Russenfurcht verortet werden können. Da andererseits in den Umfragen kein Zusammenhang zwischen Alterungsprozessen und dem Abbau der Leistungsfähigkeit oder finanziellen Einbußen zu beobachten sei, schließt Meyer darauf, daß diese außenpolitischen Haltungen eher durch politische Sozialisationserfahrungen im Sinne der Generationenthese zustande gekommen seien. Jüngere Generationen hingegen wiesen eine relativ stärkere Betonung von internationalem Ausgleich und einer weniger am Militär orientierten Haltung auf. Meyer führt dies vor allem auf das Aufwachsen in einer international weitgehend durchlässigen Kultur und einer demokratisch orientierten politischen Sozialisation zurück.

In einer Reihe von Studien konnte Rattinger (Rattinger/Heinlein 1986; Rattinger 1987, 1990) zeigen, daß sich nicht eine ganze Generation von den vorherrschenden Einstellungsmustern bezüglich Außen- und Sicherheitspolitik verabschiedet hat, sondern daß dies nur für einen Teil der Jugendlichen zutrifft, nämlich nur für solche, die den Grünen nahestehen und sich durch eine höhere Bildung auszeichnen. Insofern seien die Proteste der achtziger Jahre nicht als ein Konflikt zwischen Generationen zu verstehen, sondern eher als die Herausbildung neuer Eliten. Selbst wenn man nur die ältesten und die jüngsten Altersgruppen miteinander vergleiche, seien durchschnittliche Unterschiede von weniger als 15 Prozentpunkten als kaum dramatisch zu bezeichnen (Rattinger 1990). Insofern scheint die Erklärungskraft des Alters - sei es als Lebensalter oder Generation konzipiert - für die Herausbildung sicherheits- und außenpolitischer Einstellungen in der alten Bundesrepublik gering zu sein.

Eichenberg (1989) schlägt jedoch vor, die Generationenthese mit einer These zur Struktur von Einstellungen zu verbinden. Dazu benutzt er als Metapher das Bild eines Gletschers: Während sich innerhalb aller Alters- und Bildungsgruppen Einstellungen auf dem traditionellen Kontinuum von links und rechts anordnen ließen, würden gleichzeitig die jungen Gebildeten - die Generation der „neuen“ Politik - ein distinktes Einstellungsprofil aufweisen. Die Erklärung dafür liegt seiner Ansicht nach in einer eigenartigen Kombination aus Perioden- und Generationeneffekt. Der fortlaufende Prozeß des Generationenwandels würde einen Teil der Bevölkerung hervorbringen, der andere Prädispositionen aufwiese. Diese andersartigen Prädispositionen würden dann in bestimmten, durch kurzfristig eingetretene Ereignisse hervorgerufenen Situationen, besonders deutlich zutage treten. Indem dieses Konzept unter-

schiedliche Einstellungsstrukturen für verschiedene Teile der Bevölkerung annimmt, greift es die am Generationskonzept geübte Kritik von Holsti und Rosenau auf, daß es unwahrscheinlich sei, daß ein Ereignis alle Gruppen einer Generation gleichermaßen betreffen würde. Andererseits verweist dieses Konzept darauf, daß es - wenn auch nur in einem besonders artikulierten Teil der Bevölkerung - Einstellungsveränderungen gibt, die über die herkömmliche ideologische Dimensionierung außen- und innenpolitischer Einstellungen hinausgehen.

Es läßt sich insgesamt für den amerikanischen wie für den europäischen Forschungsstand festhalten, daß bislang - mit der Ausnahme von Bobrow und Cutler - noch keine Studien vorgelegt wurden, die den theoretischen und methodischen Ansprüchen der Generationenthese genügen. In der Regel stützen sich diese Untersuchungen auf einige wenige Querschnittsbefragungen oder geben sich gar nur mit einer einzigen Befragung zufrieden und interpretieren die dort gefundenen, bzw. nicht vorgefundenen Zusammenhänge als eine Bestätigung, bzw. Widerlegung der Generationenthese. Eine Überprüfung der Generationenthese, die ihrem theoretischen Anspruch gerecht wird, steht also noch aus. Der vorliegende Band will hier einen Beitrag zur Klärung dieser Frage leisten.

1.3.3.2 Wahlabsicht und Parteineigung

Wenn es unter den verschiedenen Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen eine Variable gibt, die solche Einstellungen am deutlichsten strukturiert, dann ist dies die Parteineigung, bzw. Wahlabsicht. Ebenso wie Alters- und Generationeneffekte sind auch diese beiden Variablen zwar miteinander verwandt, sind aber ebenso theoretisch auseinanderzuhalten. In die Wahlabsicht, die in der Regel durch die „Sonntagsfrage“ gemessen wird, gehen sowohl lang- als auch kurzfristige Faktoren ein. Dazu gehören unter anderem Einstellungen gegenüber den Kandidaten, den Parteien, die Perzeption von Vor- und Nachteilen, die mit der Wahl einer Partei verbunden sind, innen- und außenpolitische Fragen, etc. Die Entscheidung für eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten kann Wochen und Monate vor der Wahl, sie kann aber auch erst in der Wahlkabine fallen. Demgegenüber stellt die Parteineigung einen der langfristigen Faktoren dar, die mit in die Wahlentscheidung eingehen. Unter Parteineigung (oder Parteiidentifikation, PID) wird die langfristig wirksame affektive Bindung des Einzelnen an eine Partei verstanden (Falter

1977; Gluchowski 1983). Die Existenz einer solchen Parteineigung bedeutet nicht nur, daß dieser Partei Sympathien entgegengebracht werden oder sie auch gewählt wird, sondern auch, daß diese Beziehung dauerhaft ist und daß durch die Übernahme politischer Argumente dieser Partei die eigenen Informationskosten gesenkt werden können. Die Parteiidentifikation wirkt dadurch wie ein „Leuchtfeuer auf politischer See“ (Falter 1977), indem sie politische Komplexität reduziert und zur Organisation politischer Einstellungen beiträgt. Diese komplexitätsmindernde Rolle ist für ein Individuum gerade dann besonders wichtig, wenn es Themen einordnen, bewerten oder interpretieren muß, denen es sonst nur sehr wenig oder gar keine Aufmerksamkeit entgegenbringt. Insofern hat die Parteiidentifikation eine ähnlich strukturierende Wirkung wie die „Links-Rechts-“ oder „Liberal-Konservativ-“Dimension. So konnten Falter und Rattinger (1983) anläßlich der Bundestagswahl 1980 zeigen, daß die Parteiidentifikation einen erheblich stärkeren Einfluß auf die individuelle Wahlentscheidung hatte als kurzfristige Faktoren. Insofern läßt sich auch die Frage nach der Wahlabsicht - cum grano salis - zumindest noch für die Zeiten relativ starker Parteibindungen als ein Indikator für Parteiidentifikation nutzen. Dies ist für die vorliegende Untersuchung nötig, weil erst ab Mitte der siebziger Jahre die Parteiidentifikation in deutschen Umfragen erhoben wurde. Für die davorliegenden Umfragen liegen entweder nur Fragen nach der Sympathie gegenüber einer Partei oder der Wahlabsicht in Form der „Sonntagsfrage“ vor.

Die ersten Studien, die den Einfluß von Parteineigung oder Wahlabsicht auf die Struktur außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen untersuchten, erschienen in dem von Rosenau (1967) herausgegebenem Band über die „Domestic Sources of Foreign Policy“. Galtung untersuchte dort anhand von norwegischen Daten die Zusammenhänge von Parteiprofil und Mitgliederschaft. Er konnte zeigen, daß außenpolitische Einstellungen stark mit sozialem Status zusammenhängen und politische Parteien so durch ihre jeweils sozialstrukturell unterschiedliche Zusammensetzung auch ein je unterschiedliches außenpolitisches Profil gewönnen. Je nach Einstellungsprofil könnten dann unterschiedliche Segmente der Öffentlichkeit angezogen werden und damit die politische Kommunikation zwischen Parteien und Wählern gefördert werden.

Im selben Band führte Miller eine Reanalyse eines amerikanischen Panels zum Wahlverhalten der Jahre 1956 bis 1960 durch. Da er keinen Zusammenhang zwi-

schen der Stabilität, bzw. Wechsel außenpolitischer Einstellungen und der Stabilität, bzw. dem Wechsel in der Frage nach der Präsidentschaftswahl feststellen konnte, kam er zu dem Schluß, daß Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik nur ein dünner Anstrich an der Grundstruktur der Wahlentscheidung seien.

In seiner Untersuchung über das Sicherheitserleben der Deutschen konnte Meyer (1983) hingegen deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern verschiedener Parteien feststellen: So wiesen für die Jahre zwischen 1957 bis 1983 die Wähler der Unionsparteien die ausgeprägteste antikommunistische Haltung bzw. die höchste Russenfurcht auf. Ebenso hatten sie eine positivere Haltung zur NATO und den US-Truppen, hielten den Westen für schwächer, wiesen einen höheren Verteidigungswillen auf und hatten über den Zeitraum eine positivere Einstellung zur Bundeswehr als die Wähler der SPD. Diese wiederum waren eher geneigt, zwischen Ost und West ein Gleichgewicht der Stärken zu sehen, wiesen ein relativ größeres Sicherheitserleben auf, waren weniger verteidigungsbereit und zeigten ein erst über die Jahre steigendes positiveres Verhältnis zur Bundeswehr. Darüber hinaus zeigte sich, daß auch außen- und sicherheitspolitische Einstellungen von der Identifikation mit der jeweiligen „Kanzlerpartei“ abhängig sind: Anhänger derjenigen Partei, die zur Zeit den Kanzler stellte, äußerten sich in der Regel optimistischer als diejenigen, deren bevorzugte Partei in der Opposition war (vgl. auch Rattinger 1987). Aus diesen Beobachtungen schloß Meyer, „(...) daß die geäußerte Deutung der Sachverhalte auf Informationen beruht, die zu einem erheblichen Teil durch das Polarisationsfilter der bevorzugten Parteibrille gesehen worden sind. Da sich durchgängig die Meinungen zu den hier behandelten Themen dann stärker nach Parteipräferenzen polarisieren lassen als nach sozialdemographischen Kategorien, wenn auch die Themen zwischen den Parteien kontrovers behandelt werden, kann die Parteipräferenz als eine sehr stark ausschlaggebende Variable bezeichnet werden“ (154). Dieser Befund kann als durch die weitere Forschung weitgehend abgesichert betrachtet werden. So stellt Rattinger (1985) fest, daß ein Zusammenhang zwischen Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik und Parteineigung bestünde, der stärker als der der Sozialstruktur sei, und Eichenberg konstatiert (1989: 204): „Across countries, generations, and educational levels, the correlation of partisan affiliation with opinion of security issues is far and away the most consistent finding“. Im Vergleich zur amerikanischen Öffentlichkeit wies Rattinger (1990) nach, daß die Stärke der Zusammen-

hänge zwischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen einerseits und der Parteiidentifikation sowie Alter, Geschlecht und Ausbildung innerhalb der amerikanischen Bevölkerung in etwa gleich seien, während in der Bundesrepublik der Einfluß der parteipolitischen Orientierung etwa doppelt so stark sei wie der der Sozialstruktur (Rattinger 1990b). Deutlich zeigt sich auch, daß diese Einstellungen in der Regel entlang einer Links-Rechts-Achse abgetragen werden können (Rattinger/Heinlein 1986; Rattinger 1990b; Juhász 1994), wobei die Positionen dieser Issues auf dieser Achse sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik fast parallel gehen (Rattinger 1990). Im Vergleich der Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen zeigt sich wiederum, daß es einerseits eine stärkere Polarisierung zwischen den Parteianhängerschaften im Osten als im Westen gibt, daß aber auch zunehmend innerhalb der Parteianhängerschaft einer Partei größere Unterschiede zwischen Ost und West vorkommen: So würden die Anhängerschaften von SPD und CDU/CSU in sicherheitspolitischen Überzeugungen teilweise mehr mit den politischen Gegnern übereinstimmen als mit den politischen Parteifreunden aus dem anderen Teil Deutschlands (Juhász 1994). Solch deutliche Einstellungsunterschiede zeigen sich allerdings nicht nur auf der Ebene der Parteianhängerschaften, sondern auch innerhalb der Parteieliten. Besonders deutlich wird dies an Fragen der künftigen Sicherheitsstruktur Europas (innerhalb der außen- und sicherheitspolitischen Elite befürworten rund drei Viertel der SPD-Anhänger ein kollektives Sicherheitssystem, von den CDU/CSU-Anhängern sind dies nur rund ein Drittel) sowie unterschiedlichen Einstellungen zur NATO (rund zwei Drittel der CDU/CSU-Anhänger sehen in ihr auch in Zukunft die Hauptsäule einer blockübergreifenden Friedensordnung, ebenso wollen zwei Drittel der SPD-Anhänger sie vorläufig beibehalten, sehen aber einen Bedeutungsverlust in der Zukunft, vgl. Schössler/Albert/Kostelnik 1993).

Angesichts ihrer dermaßen herausgehobenen Position als Determinante außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen, stellt sich die Frage, wodurch die Parteipräferenz ihre starke Prägekraft entwickeln kann. Rattinger (1985; Rattinger/Heinlein 1986) entwickelt dazu zwei Interpretationen, die als „Wählerhypothese“ und als „Parteienhypothese“ bezeichnet werden können. In der Wählerhypothese geht der Einfluß von einer Minderheit der Wähler zu den Parteien hin. Diese Minderheit der Bevölkerung hat bestimmte Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik aufgrund ihrer Einsichten, Überzeugungen, Werte usw. Sie verlangen von den Parteien, daß

diese sich ihren Einstellungen gegenüber konform verhalten, andernfalls würden sie sich anderen Parteien, die ihren Einstellungen besser entsprechen, zuwenden. Eine solche Haltung würde aber, wie gesagt, nur für eine Minderheit der Wählerschaft zutreffen. Demgegenüber steht die Parteienhypothese, die einen Einfluß von den Parteien auf die Wählerschaft formuliert. Sie trifft möglicherweise auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu. Sie kann selber noch einmal in zwei Varianten unterteilt werden: In der ersten Variante würden die Zusammenhänge zwischen außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen dadurch zustande kommen, daß die Öffentlichkeit die Positionen, die von der präferierten Partei vorformuliert wurden, übernimmt. In der zweiten Variante dieser Hypothese wird vermutet, daß die beobachteten Zusammenhänge nur Scheinzusammenhänge seien: Das politische Verhalten der Individuen sei determiniert von mehr oder weniger konsistenten Kognitionsmustern und affektiven Orientierungen (z.B. liberal, materialistisch etc.). Diese Einstellungen beeinflussen wiederum die Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, die Parteineigung hängt allerdings mit den ersten Orientierungen zusammen, so daß es keine kausalen Beziehungen zwischen Parteiorientierung und Einstellung zur Außen- und Sicherheitspolitik gibt, sondern diese nur vermittelt über die ersten Kognitionen bestehen.

Eichenberg (1989) modifiziert Rattingers Ansatz etwas, indem er die beobachtete Polarisierung zurückführt auf a) eine substantielle Komponente, die unterschiedliche Betonung auf die Priorität von Stärke und Verhandlungen im Bereich der Sicherheitspolitik legt; und b) eine kognitive Komponente, nach der die Einstellungen und ihre Veränderungen Reaktionen auf Konflikte der Parteien und anderer Eliten seien. Daraus ergeben sich drei Modelle politischer Kommunikation: Erstens das Modell der „geteilten Prädispositionen“: Aufgrund gleicher Ansichten würden Eliten und Öffentlichkeit gleichermaßen reagieren; zweitens „Eliten-Führung“: Die Öffentlichkeit reagiert auf Elitenvorgaben aufgrund geringen Wissens, geringer Bedeutsamkeit sowie der Mobilisierung durch Parteien; drittens „populistisches Modell“: Die Mobilisierung der Öffentlichkeit geschieht „von unten“.

Welchem Modell in der Erklärung der Dynamik außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen der Vorzug gegeben werden sollte, kann mit dieser Arbeit nicht geklärt werden. Durch die Analyse von Zeitreihen können jedoch Hinweise darauf gegeben werden, ob sich zum Beispiel zu einem bestimmten Thema eine Polarisierung der

Einstellungen zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften ergeben hat, bevor oder nachdem dieses Thema von den Parteien selber aufgenommen und artikuliert wurde. Der genaue Mechanismus dieser Form der politischen Kommunikation wird auch in Zukunft Einzelfallstudien vorbehalten bleiben. Die vorliegende Arbeit kann jedoch Auskunft darüber geben, ob eine solche parteipolitische Polarisierung schon in der Mitte der fünfziger Jahre - dem Beginn des Untersuchungszeitraumes - vorlag, ob und wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt hat, ob eine solche Polarisierung für alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik vorlag oder nur für einige wenige, ob, und zu welchen Zeiten, Parteipräferenzen einen größeren Einfluß auf die Struktur solcher Einstellungen als zum Beispiel soziodemographische oder die Generationszugehörigkeit hatten.

2 Entstehung, Struktur und Aufbau des Buches

Das vorliegende Buch stellt einerseits eine eigenständige Untersuchung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen von den fünfziger bis zu den neunziger Jahren dar, andererseits ist es auch als textliches Pendant zu dem von denselben Autoren vorgelegten Datenhandbuch zu außen- und sicherheitspolitischen Umfragen seit 1954 (Rattinger/Behnke/Holst 1995) zu sehen. Beide Arbeiten sind im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Struktur und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland“ des Lehrstuhls für Politikwissenschaft II der Universität Bamberg entstanden. Bestand die Zielsetzung des „Datenhandbuchs“ in der Zusammenstellung der verfügbaren Datenbasis von Umfragen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen in Deutschland, ihrer systematischen Aufbereitung und ihrer Veröffentlichung, so geht dies Buch mit der systematischen Deskription der Verteilungen und Entwicklung solcher Attitüden in Deutschland seit den fünfziger Jahren darüber hinaus und knüpft damit an frühere Studien (z.B. Meyer 1983; Schweigler 1985; Rattinger/Heinlein 1986; Eichenberg 1989) an. Im Vordergrund dieser Untersuchung stehen neben der Frage nach der Verteilung von Positionen und Einstellungen in der Öffentlichkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt die Frage nach der Aggregatstabilität bzw. ihrem Wandel von außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen. So wird unter anderem untersucht werden, welche Wichtigkeit und welches Interesse solchen politischen Problemen seitens der Öffentlichkeit entgegengebracht

wurde, welche Bedeutung und welches Bild sich die Öffentlichkeit von den westlichen Verbündeten - allen voran den USA - machte, welche Einstellungen und Perzeptionen gegenüber der Gegenseite während des Kalten Krieges herrschte, welche Absichten Verbündeten und Gegnern unterstellt wurde, inwieweit die herrschende Strategie der nuklearen Abschreckung akzeptiert oder abgelehnt wurde, welche Einstellungen gegenüber der eigenen Verteidigungsfähigkeit herrschten und welches Ansehen die Bundeswehr genoß. Die Frage nach der Aggregatstabilität stellt sich dann im besonderen Maße, wenn dem politischen System ein Maß an Responsivität gegenüber der öffentlichen Meinung zugebilligt wird (Brettschneider 1995), bzw. wenn behauptet wird, daß der Einfluß der Öffentlichkeit auf die Außen- und Sicherheitspolitik im Laufe der Zeit gestiegen ist (Risse-Kappen 1991). So ist zu vermuten, daß das politische System „flüchtige“ oder gar „zufällige“ Schwankungen der öffentlichen Meinung leichter ignorieren kann als säkulare Trends, wie sie sich z.B. mit der gewachsenen europäischen und atlantischen Integration ergeben könnten. Gesicherte Aussagen darüber, inwieweit Veränderungen flüchtig oder anhaltend sind, lassen sich wiederum nur mit Untersuchungen machen, die einen möglichst großen Untersuchungszeitraum abdecken können. Dies sollte mit der vorgelegten Untersuchung, deren Untersuchungszeitraum noch vor dem Abschluß der Pariser Verträge einsetzt und erst drei Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten endet, möglich sein.

Über die oben genannten Studien geht diese Untersuchung vor allem aber in der Tiefe der Analyseebene hinaus: Mußten sich bisherige Studien vor allem auf die Interpretation von Daten aus Sekundär- oder Tertiärquellen beschränken, die nur in eingeschränktem Maß die Möglichkeit zuließen, Zusammenhänge zwischen Einstellungen und/oder soziodemographischen Variablen herzustellen, bestand hier erstmals die Möglichkeit, aus aufbereiteten Systemdateien weitgehend vergleichbare unabhängige Variablen in die Untersuchung mit einzubeziehen. Auf diese Weise können so auch statistische Zusammenhänge und ihre Veränderungen über die Zeit dargestellt werden. Dies versetzt uns in die Lage, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg den Einfluß von Lebensalter wie Generationenzugehörigkeit wie auch den Einfluß von Parteineigung auf außen- und sicherheitspolitische Einstellungen nachzuzeichnen. Dadurch kann erstmals auf eine methodisch der Generationen- wie Parteienhypothese angemessene Weise die Rolle dieser beiden, in der ein-

schlägigen Literatur miteinander konkurrierenden, Variablen eingeschätzt werden. Durch den Zeitraum von rund 40 Jahren sollten darüber hinaus auch Aussagen erwartet werden können, ob z.B. die Generationenhypothese zu einem bestimmten Zeitpunkt eine größere Erklärungskraft hatte (oder hat) als die Parteienhypothese, ob und wie sich ihr jeweiliger Einfluß veränderte und ob der Einfluß dieser Hypothesen jeweils für alle Einstellungen gleichermaßen bedeutend ist oder ob sich bestimmte „Einstellungstypen“ unterscheiden lassen, für die die eine oder andere Hypothese erklärungskräftiger ist.

Eine weitere Frage, der vor dem Hintergrund der im vorigen Teil erarbeiteten Ergebnisse nachgegangen werden soll, ist die nach der Interaktion von Außen- und Sicherheitspolitik, parteipolitischer Diskussion und öffentlicher Meinung. Zugespitzt lautet die Frage „Who leads Whom?“. Allerdings - darauf deuten die vorliegenden Ergebnisse von Brettschneider und Brooks sowie die theoretischen Überlegungen z.B. von Russett und Graham hin - ist hier keine einfache Antwort zu erwarten, die beispielsweise eine vorherrschende Kausalitätsrichtung postulieren ließe, vielmehr muß wohl von je nach Politikfeld und außen- und innenpolitischer Konstellation unterschiedlichen Wirk- und Beeinflussungsrichtungen ausgegangen werden, die letztlich auch nur in Einzelstudien zu bestimmten Entscheidungen und Problemkonstellationen bestimmbar sind. Es sollten in dieser Analyse jedoch Aussagen darüber möglich sein, ob etwa bestimmte Haltungen in der öffentlichen Meinung schon vorhanden waren, bevor ein Thema politisch „virulent“ wurde oder ob Einstellungen erst durch den Prozeß der politischen Kommunikation in der Öffentlichkeit hervorgerufen wurden. Darüber hinaus sollte es möglich sein, Themen zu identifizieren, in denen ein relativ großes Maß an Übereinstimmung zwischen Parteieliten und Parteianhängern besteht, und gegenüber Themen, bei denen sich eine deutliche Kluft zwischen beiden abzeichnet. Auf diese Weise kann zumindest in groben Zügen skizziert werden, welche Themenkomplexe sozusagen die verinnerlichte „Staatsräson“ der Bevölkerung widerspiegeln und somit den politischen Eliten nur wenig Entscheidungsfreiraum lassen und bei welchen Themen die Einstellungen der Bevölkerung durch Parteieliten „formbar“ sind.

Die hier vorgelegte Untersuchung ist aber auch als textliches Pendant des „Datenhandbuchs“ zu verstehen, indem die dort dokumentierten Studien das Ausgangsmaterial dieser Arbeit darstellen. Insgesamt wurden 114 Originaldatensätze

einschlägiger Umfragen aus den Jahren 1954 bis 1993 zusammengetragen und allesamt zu SPSS-Systemdateien aufbereitet, die rund 5.000 verschiedene inhaltliche Einzelfragen enthalten; da viele Fragen in identischer Form mehrfach gestellt wurden, ist die Gesamtzahl der Einzelfragen natürlich noch wesentlich höher. Die Herkunft dieser 114 Originaldatensätze stellt sich wie folgt dar: 65 von ihnen sind Untersuchungen im Auftrag der USIA, die bisher der Forschung noch nicht ohne weiteres zur Verfügung standen. Sie wurden überwiegend von den U.S. National Archives in Washington, D.C., und zum kleinen Teil direkt von der USIA bezogen. 34 Studien für diverse Auftraggeber konnten vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung abgerufen werden. Zwölf bisher ebenfalls nicht zugängliche Umfragen sind die jährlichen EMNID-Untersuchungen für das Bundesverteidigungsministerium zum „Meinungsklima zur wehrpolitischen Lage“ aus den Jahren 1981 bis 1993 (außer 1985), die dankenswerterweise von EMNID oder vom Ministerium selbst zur Verfügung gestellt wurden. Bei den drei letzten Studien handelt es sich um die drei Wellen einer eigenen Panel-Befragung im Rahmen des genannten DFG-Projekts, die 1992 und 1993 im Feld waren.

Sowohl das „Datenhandbuch“ als auch diese Untersuchung sind aber von Vollständigkeit im Sinne einer kompletten Erfassung jeder einschlägigen Frage, die jemals in einer Umfrage gestellt wurde, weit entfernt. Das liegt an den zwei angewandten Aufnahmekriterien, daß nämlich eine Studie vorwiegend oder ganz thematisch relevant sein mußte und daß die Originaldaten beschaffbar sein mußten, um Eingang in unsere Dokumentation zu finden und damit auch zur Grundlage der hier untersuchten Studien zu werden. Nicht enthalten sind also erstens alle einschlägigen Umfragen, für die Originaldaten nicht (mehr) zur Verfügung stehen. Dies kann zum einen daran liegen, daß sie vernichtet wurden oder verlorengegangen sind (das gilt etwa für die OMGUS- und HICOG-Umfragen und die EMNID-BMVg-Studien vor 1981); in vielen Fällen stehen dann dafür zumindest Tabellenbände und Grundauszählungen anderwärts zur Verfügung. Dies kann andererseits aber auch daran liegen, daß von der Existenz einzelner Untersuchungen gar nichts bekannt ist, obwohl Originaldaten möglicherweise noch existieren. Vor allem bei Umfragen für deutsche Regierungsstellen (z.B. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) oder für Parteistiftungen kann das der Fall sein, weil hier keinerlei Zwang weder zur Veröffentlichung der Tatsache oder der Ergebnisse der Umfrage noch zur öffentlich zugänglichen Ar-

chivierung existiert. Nicht enthalten sind zweitens die vielen einschlägigen Einzelfragen in Untersuchungen mit andersartigem inhaltlichem Schwerpunkt. Angesichts der vielen tausend seit 1945 in der Bundesrepublik durchgeführten Umfragen wäre der allein zu ihrer Identifikation erforderliche Arbeitsaufwand nicht zu leisten. Drittens sind keinerlei „Eurobarometer“-Studien aufgenommen worden, weil sie erstens nur einen kleinen Ausschnitt der deutschen Außenpolitik abdecken und zweitens in den allgemein zugänglichen Berichten der EU-Kommission gut dokumentiert sind.

Wurde die Masse der so gewonnen Einzelfragen für das Datenhandbuch dadurch beherrschbar, daß der überwiegende Teil der Dokumentation und Tabellenbände auf Datenträgern verfügbar war und mittels eines Suchprogramms erschlossen werden konnte, mußten hier andere Kriterien gefunden werden. Das erste ergibt sich aus der Zielsetzung des Buches, nämlich Entwicklungen in der öffentlichen Meinung aufzuzeigen. So sind hier nur solche Fragen ausgewertet worden, die zu mindestens drei Zeitpunkten erhoben worden sind. Trotz dieser Reduktion ergab dies immer noch die stattliche Zahl von über 300 Einzelfragen oder über 1400 Einzeldaten, so daß in der hier vorliegenden Studie nur diejenigen Daten beschrieben wurden, die inhaltlich in den oben abgesteckten Rahmen paßten.

Um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, wurden die Tabellen nach einem einheitlichen Schema aufgebaut: Die Spalten werden durch die jeweiligen Erhebungszeitpunkte und Studiennummer der entsprechenden Fragen gebildet (abhängige Variablen). Die Zeilen bilden die sozio-demographischen Merkmale Geschlecht, Altersgruppen, Bildung, Religion, Parteineigung sowie die Kohortenzugehörigkeit. Für Daten, bei denen die Ausprägungen mindestens Ordinalskalenniveau haben, wurden die jeweiligen Mittelwerte ausgewiesen; für Nominaldaten wurden die jeweiligen Prozentwerte angegeben, die sich auf die in der Fragestellung aufgeführten Antwortkategorie beziehen. Da sich bei in der Regel nur zwei Ausprägungen die Zeilenprozente zwangsläufig auf 100 Prozent addieren, wurde aus Übersichtlichkeitsgründen die zweite, bzw. letzte Antwortkategorie weggelassen, da diese keine zusätzliche Information mehr geben würde. Wenn in einer Studie bestimmte abhängige Variablen nicht erhoben worden sind (z.B. Konfessionszugehörigkeit), wurden die entsprechenden Zellen leer gelassen, wenn einer Ausprägung einer Variablen weniger als 30 Befragte zugrunde lagen, wurden die entsprechenden Werte zwar ausgewiesen, aber zur Kennzeichnung in Klammern gesetzt. Die einzelnen Antwort-

kategorien der Fragen wurden so standardisiert, daß die Werte stets zwischen 0 und 1 lagen.

Für die einzelnen Fragen wurden je nach Skalenniveau entweder Varianzanalysen (Ordinalskalen) oder Chi-Quadrat-Statistiken (Nominalskalen) berechnet. Für die Varianzanalysen wurde als Maß Eta^2 gewählt, welches als Varianzanteil der abhängigen Variablen, der auf die unabhängige Variable zurückzuführen ist, interpretiert werden kann (Bortz 1985: 343). Dies wurde einerseits für jede unabhängige Variable einzeln berechnet, so daß sich z.B. der relative Zusammenhang zwischen Lebensalter und abhängiger Variable und der zwischen Parteineigung und abhängiger Variable vergleichen lassen, andererseits wurden Geschlecht, Religion, Lebensalter, Bildung und Parteineigung als Gesamtmodell gemeinsam geschätzt, um Aussagen über die Gesamterklärung zu erhalten. Schließlich wurden noch die Stärke des Zusammenhangs zwischen abhängiger Variablen und der Zugehörigkeit zu bestimmten Kohorten geschätzt, sowie - soweit vorhanden - als Korrelation der Einfluß des metrischen Lebensalters[1]. Für lediglich nominalskalierte Daten wurde als Maß Chi^2 berechnet, welches Auskunft darüber gibt, ob zwischen einer tatsächlich beobachteten und einer theoretisch erwarteten Häufigkeit Zusammenhänge bestehen (in der Regel liegt die Annahme zugrunde, daß die Verteilungen der Häufigkeiten unbeeinflußt von der unabhängigen Variable sind).

Grundlage dieses Berichts sind die oben erwähnten Tabellen. Sie sind nach den jeweiligen vorliegenden Kapiteln dieses Berichts geordnet, d.h. Wissens- und Interessensfragen sind im Unterverzeichnis 3.1 abgelegt, Fragen, die das Image der Verbündeten betreffen, im Unterverzeichnis 3.2, etc. Die Tabellennamen setzen sich zusammen aus „T“, der Fragennummer, wie sie im Datenhandbuch aufgeführt worden sind, und einer Endung. Prozenttabellen enden mit „p“, die dazugehörigen Kontingenztabellen mit „k“. Tabellen, in denen Mittelwerte ausgewiesen sind, enden mit „m“, die dazugehörigen Varianztabellen mit „e“. Diese Tabellen sind als Dateien für „Word für Windows“, Version 6.0 gespeichert, und tragen entsprechend die Endung „doc“.

---

[1] Beide Schätzungen konnten natürlich nicht in die Gesamtschätzung eingehen, da ansonsten Lebensalter in drei Varianten gleichzeitig in diese Schätzung eingegangen wäre.

Zu den Tabellen gehören Grafiken, die die verbalisierten Zusammenhänge veranschaulichen. Je nachdem, ob die Grundlagen Mittelwerts- und Prozenttabellen oder Kontingenz- und Varianztabellen sind, sind die Grafiken etwas unterschiedlich aufgebaut. Bei Mittelwerts- und Prozenttabellen sind die Werte über die Zeit, d.h. nach Jahren, dargestellt. Auf diese Weise lassen sich Veränderungen über die Zeit besonders deutlich visualisieren. Wurden in einem Jahr mehrere Studien erhoben, so wurden für diese die ungewichteten Mittelwerte der Prozent- bzw. Mittelwertstabellen berechnet und in der Grafik wiedergegeben. Stellen die Grafiken Verteilungen der Kontingenz-, bzw. Varianztabellen dar, so werden die Werte nicht über die Zeit, sondern nach Studien wiedergegeben. Dabei ist es unerheblich, wieviel Studien in ein Jahr fallen oder wie weit diese Studien zeitlich voneinander entfernt sind. Gezeigt werden hier somit nur die Veränderungen der Chi-Quadrat-, bzw. Eta-Quadrat-Werte von einer zur anderen Studie.

3 Entwicklung der Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik 1954-1993

3.1 Interesse, Information und Wichtigkeit

Einer der lang etablierten Befunde in der Untersuchung der öffentlichen Meinung ist, daß die Öffentlichkeit in politischen Fragen in der Regel schlecht und nur unzureichend informiert sei. Dieses Nichtwissen werde um so deutlicher, je weiter bestimmte politische Themen - wie zum Beispiel Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik - vom alltäglichen Erfahrungshorizont entfernt sind. Dies führe dazu, daß sich nur ein kleiner Teil einer Bevölkerung mit solchen Themen beschäftige - die sogenannte „aufmerksame Öffentlichkeit“ (Almond 1960; Neuman 1986) - beziehungsweise der größte Teil der Bevölkerung auf Fragen, die sich mit solchen entfernten Themen beschäftigen, nur „spontane“ Antworten geben könne. Solche Antworten, so wurde lange Zeit vermutet, entbehrten einer rationalen Grundlage und müßten deshalb als „Nichteinstellungen“ bezeichnet werden (Converse 1970). Dieser Befund konnte jedoch von drei Seiten her in Frage gestellt werden: Simon (1957) zeigte, daß das dem „Homo Oeconomicus“ zugrundeliegende Modell der Rationalität zu anspruchsvoll ist und daß Entscheidungen auf der Grundlage begrenzten Wissens und begrenzter Verarbeitungskapazitäten getroffen werden; das aus dem Bereich der Kognitionspsychologie stammende Konzept des „Schemas“ (Fiske/Taylor 1984;

Kahnemann/Slovic/Tversky 1982; kritisch dazu: Kuklinski/Luskin/Bolland 1991) nahm an, daß mit Hilfe mentaler Repräsentationen auch bei nur geringem Wissen logisch sinnvolle Aussagen abgeleitet werden können; sowie Inglehart (1977; 1989), der mit seiner These der „kognitiven Mobilisierung“ davon ausging, daß mit dem Ausbau und der Öffnung des Bildungssystems in der westlichen Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein immer größerer Anteil der Bevölkerung Zugang zu höherer Bildung erhalten hat, was sich in höherem Interesse für politische Fragen und einer größeren Bereitschaft, am politischen Leben teilzunehmen, niederschlagen würde. Äußere Anlässe, die These von der unzureichend informierten Öffentlichkeit in Frage zu stellen, waren die Auseinandersetzungen über den Vietnamkrieg, den Nachrüstungsdoppelbeschluß der NATO in Europa zu Beginn der achtziger Jahre, den Golfkrieg 1991 oder den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die solche Themen in den Medien in den Vordergrund stellten und von denen vermutet werden konnte, daß auf diese Weise auch vermehrt Informationen an die Bevölkerung weitergegeben werden.

Insgesamt kann somit doch davon ausgegangen werden, daß der größte Teil der Öffentlichkeit in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zumindest als „funktionale Literaten“ (Graham 1988) bezeichnet werden kann, die wenigstens ein rudimentäres Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik haben, wenn auch der Anteil der „aufmerksamen Öffentlichkeit“ nach Schätzungen nur weniger als ein Viertel der Bevölkerung beträgt (vgl. Graham 1994). Dies bedeutet, daß die Öffentlichkeit in der Regel Begriffe aus diesem Bereich wiedererkennt und in den richtigen Zusammenhang setzen kann, weniger aber, daß sie über detailliertes Wissen verfügt und den technischen Jargon reproduzieren könnte. Gleichzeitig konnten Hurwitz und Peffley (1985; 1987) zeigen, daß Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich ähnlich dem von der Schematheorie postulierten Modell hierarchisch angeordnet sind, und daß sich spezifische Einstellungen zu diesem Bereich aus wenigen, allgemeinen Annahmen über Außen- und Sicherheitspolitik deduzieren lassen. Schließlich stellten Rattinger und Heinlein (1986) einen eindeutigen Anstieg in der Beschäftigung der Öffentlichkeit mit außen- und sicherheitspolitischen Themen fest, wenn auch damit keine Zunahme von Informiertheit, Interesse oder Urteilsfähigkeit einhergingen. Trotzdem liegt in der Regel das selbstbekundete Interesse an solchen Themen in der Öffentlichkeit wesentlich höher als das faktisch vorhandene Wissen (Graham 1988).

3.1.1 Interesse

3.1.1.1 Allgemeines politisches Interesse

„Interesse“ - oder genauer: „politisches Interesse“ - läßt sich als diejenige Determinante bezeichnen, die Menschen dazu bringt, sich zu bestimmten Sachverhalten Informationen zu beschaffen. Interesse ist somit mit politischem Wissen verknüpft, wenn sich auch gezeigt hat, daß in der Regel das Interesse stärker ausgeprägt ist als das konkrete Wissen (Graham 1988). Gleichzeitig ist Interesse ein Indikator dafür, daß eine Person bestimmte Sachverhalte als für sich persönlich wichtig erachtet und diesen besondere Beachtung zukommen läßt. Die Frage, ob man sich für Politik interessiere, gehört demnach auch zum Standardrepertoire der politischen Umfrageforschung. So zeigten sich bis zu Beginn der sechziger Jahre nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten an Politik interessiert (IFD 1993: 617), was in der Regel als ein Reflex auf die Ideologisierung während der Zeit des Dritten Reichs interpretiert wird, während seit dem Ende der sechziger Jahre der Anteil derjenigen, die angeben, sich für Politik zu interessieren, zwischen 40 und 50 Prozent pendelt.[2]

Von den hier dokumentierten Studien liegen insgesamt fünf Studien vor, die das politische Interesse mittels einer zweistufigen Skala (ja/nein) erheben: Zwei der Studien wurden im Auftrage der USIA im März 1982, bzw. April 1983 erhoben, die drei anderen wurden im Auftrage des Bundesverteidigungsministeriums jeweils im August 1989, 1990 und 1992 durchgeführt. Darüber hinaus liegen noch zwei weitere Studien vor, die im Auftrag des SINUS-Instituts und der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Jahren 1986 und 1988 erhoben wurden. Diese verwenden allerdings eine dreistufige Skala und können somit für den Vergleich mit den anderen Studien nicht herangezogen werden. In diesen Studien (Tabelle 1777) wurde ganz allgemein nach dem Interesse an Politik gefragt, dabei gaben jeweils rund zwei Drittel der Befragten an, daß sie sich für Politik interessierten. Die beiden stärksten Determinanten dieses allgemeinen politischen Interesses sind Geschlecht und Bildung, gefolgt von der Wahlabsicht. Das Lebensalter spielt eine etwas weniger starke, aber immer noch deutliche Rolle, schwächer ausgeprägt ist der Einfluß der Konfessionszugehörigkeit. Deutlich sind

---

[2] Diese Prozentangaben fallen dabei je nach Anzahl der vorgegebenen Antwortkategorien unterschiedlich aus. Die oben aufgeführten Angaben des IFD beziehen sich auf eine dreistufige Skala, die folgenden Angaben auf eine zweistufige.

auch die Zusammenhänge zwischen Bildung und politischem Interesse: Zwischen 80 und 90 Prozent der Befragten mit den höchsten Schulabschlüssen interessieren sich dafür, unter den Befragten mit den niedrigsten Bildungsabschlüssen sind dies nur zwischen 50 und 60 Prozent. Politik, bzw. das Interesse an ihr, scheint nach wie vor noch eine deutliche Domäne der Männer zu sein, denn zwischen drei Viertel und vier Fünftel der männlichen Befragten geben an, sich für Politik zu interessieren, währen unter den Frauen dies in der Regel nur zwischen der Hälfte und sechs Zehntel sind. Dieser letzte Zusammenhang liefert sicherlich auch die Erklärung dafür, warum gerade Anhänger der FDP und der Grünen/Bündnis 90 im Vergleich zu anderen Parteianhängern überdurchschnittlich stark an Politik interessiert sind: Während sich die Anhänger der anderen Parteien eher aus einem breiten Bevölkerungsspektrum rekrutieren, weisen FDP- bzw. Grüne/Bündnis 90-Anhänger einen in der Regel höheren formalen Bildungsabschluß auf. Gleichfalls zeigt sich, daß (mit Ausnahme der Studie vom März 1982) die beiden Altersgruppen der 30- bis 44jährigen und der 45- bis 64jährigen ein vergleichsweise höheres Interesse an Politik bekunden als die jüngste, bzw. die älteste Altersgruppe. Die Erklärung dafür ist darin zu suchen, daß gerade diese beiden Altersgruppen überwiegend im Erwerbsleben stehen und deshalb wohl vor allem aus finanziellen Aspekten das politische Geschehen eingehender verfolgen als die beiden anderen Altersgruppen. Schließlich zeigt sich ein Zusammenhang zwischen konfessionell Ungebundenen und erhöhtem politischen Interesse, der allerdings nur für zwei von vier Studien statistisch signifikant ist: Auch hier dürfte eine höhere Bildung unter dieser Personengruppe der Grund dafür sein, sich eingehender politischen Fragen zu widmen.

3.1.1.2 Interesse an Verteidigungs- und Außenpolitik

Wurde in den obigen Studien nur nach dem allgemeinen Interesse an Politik gefragt, wird im folgenden das Augenmerk auf den Bereich der Verteidigungs- und Außenpolitik gerichtet (Tabelle 4816). Dabei tritt das oben beschriebene Muster noch deutlicher zutage. Den stärksten Einfluß übt wiederum das Geschlecht aus, gefolgt von Bildung, Wahlabsicht und Religionszugehörigkeit. Der Einfluß des Lebensalters hingegen tritt in den Hintergrund. Es zeigt sich wieder, daß deutlich mehr Männer als Frauen angeben, an diesen Fragen interessiert zu sein, daß ein deutlicher Zusammenhang zwischen höherem Bildungsabschluß und politischem Interesse besteht, daß sich vor allem die Anhänger von FDP und Grünen/Bündnis 90 für Fragen der

Außen- und Verteidigungspolitik interessieren, und daß, unterschieden nach Religionszugehörigkeit, die konfessionell nicht Gebundenen das höchste Interesse bekunden. Der Einfluß des Alters zeigt sich bei dieser Frageformulierung nicht mehr so stark wie in der Frage nach dem allgemeinen politischen Interesse, wo er jedoch eine Rolle spielt, zeichnet sich ein (fast) linearer Zusammenhang ab, so daß die höchste Altersgruppe auch das höchste Interesse an diesen Fragen aufweist.

3.1.1.3 Interesse an Fragen der Bundeswehr

Ganz deutliche Zusammenhänge zwischen den Variablen ergeben sich, wenn die Frage über das allgemeine politische Interesse oder einen bestimmten Politikbereich hinaus noch weiter zugespitzt wird, wie zum Beispiel in der Frage nach dem Interesse an der Bundeswehr (Tabelle 1702). Diese Frage wurde im Auftrag des Verteidigungsministeriums zwischen den Jahren 1981 und 1987 den Befragten vorgelegt. Zunächst zeigt sich, daß nur noch rund die Hälfte der Befragten angibt, an Fragen der Bundeswehr interessiert zu sein, wobei dieser Anteil zum letzten Befragungszeitpunkt (1987) auf nur noch rund 42 Prozent abgesunken ist. Mit sich abzeichnender außenpolitischer Entspannung schien auch das Interesse an der Bundeswehr einen Dämpfer zu erhalten. Weniger überraschend hingegen ist der überdeutliche Einfluß des Geschlechts auf das Interesse an dieser Institution: Rund doppelt so viele Männer (zwischen 56 und 66 Prozent) wie Frauen (zwischen 29 und 38 Prozent) geben an, sich für die Bundeswehr zu interessieren. Gründe dafür dürften das - wie oben gesehen - höhere allgemeine politische Interesse von Männern wie auch die in Form von Wehr- oder Zivildienst gemachte Erfahrung von Männern sein. An zweiter Stelle in der Stärke des Einflusses steht hier die Wahlabsicht. Dies ist vor allem auf das unterdurchschnittliche Interesse derjenigen, die angeben, keine Wahlabsicht zu haben, zurückzuführen. Deutlich fällt auch das zu Zeiten der Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluß überdurchschnittliche Interesse bei Anhängern der Grünen auf, welches mit dem Abflauen dieser Auseinandersetzung auf ein eher unterdurchschnittliches Maß zurückfällt. Der Zusammenhang zwischen Bildung und Interesse an der Bundeswehr weist in die bekannte Richtung (Höhergebildete bekunden in der Regel ein höheres Interesse), ist jedoch etwas schwächer und nicht zu allen Zeitpunkten konsistent ausgeprägt. Wenig ausgeprägt und konsistent scheint auch der Zusammenhang mit dem Lebensalter zu sein - hier weisen die Daten darauf

hin, daß vor allem die höchste Altersgruppe ein unterdurchschnittliches Interesse an Fragen der Bundeswehr aufweist.

3.1.2 Informationsquellen

Für die Bewertung von Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik ist es nicht nur interessant zu wissen, wie hoch das Ausmaß an Wissen oder Nichtwissen zu verschiedenen Themen ist, sondern auch auf welche Weise dieses Wissen zustande kommt. So kann man davon ausgehen, daß Wissen, welches durch persönliche Gespräche gewonnen wird, eindrücklicher haften bleibt als Wissen, welches durch Medien wie Rundfunk, Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehen erlangt wird, und zwar aus dem Grund, weil in dem einen Fall die Glaubwürdigkeit der Informationsquellen bewertet werden kann, während dies bei Medienberichten in der Regel für den Einzelnen schwerer möglich ist (vgl. Schenk 1987: 244ff). Ebenso weisen Ergebnisse der sozialpsychologischen Einstellungsforschung darauf hin, daß in die Beurteilung von Einstellungsobjekten auch die Beurteilungen anderer, nahestehender Personen einfließen (Fishbein/Ajzen 1980).

3.1.2.1 Informationen zur Außen- und Sicherheitspolitik

Im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums stellte EMNID in den Jahren zwischen 1990 und 1993 die Frage, wodurch sich die Befragten in den letzten drei Monaten über sicherheitspolitische Fragen informiert hätten. Ganz deutlich stehen dabei Informationen aus Rundfunk und Fernsehen als häufigste Informationsquellen an der Spitze - zwischen 49 und 70 Prozent der Befragten gaben an, hieraus ihre Informationen zu beziehen - gefolgt von Zeitungen und Zeitschriften - hier waren es nur noch zwischen 9 und 54 Prozent der Befragten, die diese Quellen angaben.[3] Nur zwischen ein und neun Prozent der Befragten gaben persönliche Gespräche an, sei es als Gespräche mit Soldaten, Bundeswehrangehörigen im Freundes- oder Familienkreis oder Wehrdienstverweigerern im Freundes- oder Familienkreis. Der überwiegende

---

[3] Die Antwortkategorien für 1993 weichen etwas von den vorhergehenden ab: Erstens wurden hier Fernsehen und Rundfunk getrennt erhoben und für die Zwecke der Analyse hier zusammengefügt; zweitens wurde hier explizit nach Zeitungen und Zeitschriften gefragt, wohingegen in den vorhergehenden Jahren nach „Lektüre über sicherheitspolitische Fragen“ gefragt wurde, was von den Befragten möglicherweise dahingehend interpretiert wurde, daß hier vor allem Bücher gemeint seien.

Teil der Bevölkerung formt sich demnach sein persönliches Bild der Außen- und Sicherheitspolitik nach demjenigen Bild, welches die Medien ihm vermitteln. Wenig überraschend spielt in der Unterscheidung der Informationsquellen die Bildung die größte Rolle: Zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Befragten mit den höchsten formalen Bildungsabschlüssen geben an, aus Fernsehen und Rundfunk ihre Informationen zu beziehen, demgegenüber sind dies nur zwischen 40 und 65 Prozent der Befragten mit der niedrigsten formalen Bildung. Ebenso zeigen sich in der Nutzung von Informationsquellen deutliche Unterschiede nach Geschlecht: Zwischen 58 und 76 Prozent der Männer beziehen ihre Informationen aus Rundfunk und Fernsehen, unter den Frauen sind dies nur 40 bis 63 Prozent. Weder das Lebensalter noch die Wahlabsicht haben einen deutlichen Einfluß auf die Wahl der Informationsquellen. Dieselben Zusammenhänge, wenn auch nur auf niedrigerem Niveau, ergeben sich für diejenigen Befragten, die angeben, aus Zeitungen und Zeitschriften ihre Informationen zu beziehen.

Deutlich unterscheiden sich jedoch diejenigen, die sich durch persönliche Gespräche informieren von jenen, die vor allem Massenmedien aus Quelle angeben. Vergleicht man die beiden Gruppen, die angeben, daß sie ihre Informationen durch Gespräche mit Bundeswehrangehörigen bzw. Wehrdienstverweigerern im Freundeskreis beziehen, so zeigt sich ein recht einheitliches Muster, wobei die Zusammenhänge unter denjenigen, die angeben, Wehrdienstverweigerer in ihrem Freundeskreis zu haben, deutlich höher ausfallen. Überproportional häufig beziehen vor allem die Angehörigen der jüngsten Altersgruppe sowie diejenigen mit dem höchsten formalen Bildungsabschluß ihre Informationen aus solchen Gesprächen. Innerhalb der jüngsten Altersgruppe sind dies unter denjenigen mit Bundeswehrangehörigen im Freundeskreis zwischen fünf und 15 Prozent, unter denjenigen mit Wehrdienstverweigerern zwischen fünf und 11 Prozent, die sich auf diese Weise informieren. Dies hat natürlich damit zu tun, daß gerade in diesem Altersabschnitt die Ableistung der Wehrpflicht, bzw. des Zivildienstes einen erheblichen Einschnitt im Leben darstellt. Nach Bildungsgruppen sind dies unter denjenigen mit der höchsten formalen Bildung zwischen sieben und 14 Prozent (Bundeswehrangehörige im Freundeskreis), bzw. sieben und 13 Prozent (Wehrdienstverweigerer im Freundeskreis). Die Unterschiede gegenüber den anderen Bildungsgruppen ergeben sich möglicherweise daher, daß gerade unter dieser Bildungsgruppe die jeweiligen Erfahrungen am häufigsten the-

matisiert werden. Während unter denjenigen, die Bundeswehrangehörige im Freundeskreis haben, die Wahlabsicht nur eine geringe Rolle spielt, tritt sie deutlich bei denjenigen mit Wehrdienstverweigerern im Freundeskreis zutage: Vor allem die Anhänger der Grünen/Bündnis 90 weisen hier Anteile zwischen 10 und 17 Prozent auf, die anderer oder keiner Partei hingegen nur Anteile zwischen einem und acht Prozent.

Betrachtet man gerade die letzte Gruppe, so zeigt sich, daß das Informationsverhalten in gewissem Sinne auch ein Reflex des jeweiligen sozialen Umfelds ist. Insofern ist zu vermuten, daß gerade in diesen Milieus Informationen weitergereicht werden, die im „öffentlichen Bild“ von Außen- und Sicherheitspolitik nicht auftauchen oder diesem entgegengesetzt sind, aber durch die persönliche Glaubwürdigkeit der direkten Kommunikation einen größeren Eindruck hinterlassen als Berichte der massenmedialen Kommunikation. So kann weiterhin vermutet werden, daß in diesen Gruppen von der Mehrheit der Bevölkerung distinkte Einstellungsstrukturen entstehen können, die entsprechend durch unterschiedliche Informationsquellen erklärt werden können.

3.1.2.2 Informationsquellen zur Rüstungskontrolle

Allerdings weisen die Daten über die Nutzung verschiedener Informationsquellen auch auf starke Schwankungen in der Nutzung hin. Im Auftrag der USIA wurde zu drei Zeitpunkten des Jahres 1987 gefragt, wie sich die Befragten vorwiegend über Fragen der Rüstungskontrolle informierten (Tabelle 3388). In den Antwortmöglichkeiten wurde dabei nur auf die Massenmedien Zeitung, Zeitschrift, Radio und Fernsehen abgehoben. Dabei wird deutlich, daß die Hauptträger von Informationen in erster Linie die Zeitung und das Fernsehen sind (mindestens ein Drittel der Befragten gibt eines dieser beiden Medien als erste Nennung an), interessant ist jedoch die Veränderung des Stellenwertes über die Zeit. Im Mai 1987 gab jeder Zweite an, daß er sich aus der Zeitung über Fragen der Rüstungskontrolle informiere, nur jeder Dritte nannte das Fernsehen, jeder Zehnte das Radio und nur einer aus 25 nannte Zeitschriften. Während die Anteile der Radio- und Zeitschriftennutzer über die Zeit weitgehend konstant blieb, kehrte sich innerhalb von sechs Monaten das Verhältnis zwischen Zeitungs- und Fernsehnutzern um: Im November 1987 bezog nur ein Drittel der Befragten Informationen zur Rüstungskontrolle aus der Zeitung, hingegen mehr

als die Hälfte ihre Informationen aus dem Fernsehen. Für diese Interessensverlagerung lassen sich drei mögliche Gründe finden: Erstens die im Laufe des Frühjahr und Sommer 1987 wieder in Gang gekommenen Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen, die aus deutscher Sicht in der Erklärung Bundeskanzler Kohls gipfelten, daß die Bundesrepublik bereit sei, ihre 72 Pershing-1A-Raketen abzubauen, um einem Abschluß des INF-Vertrages nicht im Wege zu stehen; zweitens der am 7. September 1987 begonnene Besuch des damaligen DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker in der Bundesrepublik, der vor allem im Fernsehen starke Beachtung fand; drittens die Entsendung dreier deutscher Kriegsschiffe ins Mittelmeer, die die Aufgaben von Schiffen verbündeter Länder übernehmen sollten, welche zum Schutz der internationalen Schiffahrt in den Persischen Golf umdisponiert worden waren. Während im eigentlichen Sinne nur die erste Option - der INF-Vertrag - mit dem Fragestimulus nach der Rüstungskontrolle im Zusammenhang steht, so ist doch nicht auszuschließen, daß die Befragten auch an die Medienberichterstattung während des Honecker-Besuchs dachten, zumal auch hier das Problem der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa mit auf der Tagesordnung stand.

Wie zuvor wird die Mediennutzung sehr stark durch den Grad der formalen Bildung strukturiert. Während unter den Befragten der höchsten Bildungskategorie immer eine relative Mehrheit angibt, ihre Informationen aus der Zeitung zu beziehen, zeigt sich in den beiden anderen Bildungsgruppen das schon oben beschriebene Muster, daß zunächst eine Mehrheit (in der untersten Bildungsgruppe: zu gleichen Teilen) ihre Informationen aus der Zeitung bezieht, während im November 1987 in diesen beiden Bildungsgruppen eine deutliche Mehrheit ihre Informationen aus dem Fernsehen bezieht. Radio und Zeitschriften spielen auch hier durchgängig eine nur untergeordnete Rolle. Leichte Unterschiede im Medienverhalten zeigen sich auch, wenn man nach Geschlechtern unterscheidet: Männer beziehen häufiger als Frauen ihre Informationen aus Zeitungen und Zeitschriften, letztere hingegen beziehen ihre Informationen häufiger aus dem Radio oder Fernsehen. Religionszugehörigkeit spielt nur eine geringe Rolle (hier sind es vor allem konfessionell Ungebundene, die deutlich weniger fernsehen), Lebensalter oder Wahlabsicht haben keinerlei Einfluß auf das Informationsverhalten.

3.1.3 Wissen

So wichtig Faktenwissen für die Orientierung in der Welt und die Beurteilung politischer Sachverhalte sein mag, so schwierig ist die Erhebung von Wissen in Umfragen. In der besonderen Interviewsituation sind die Interviewer auf die Kooperation der Befragten angewiesen und vor allem bei längeren Interviews bestrebt, die Interviews vollständig zu beenden. Deshalb sollen Situationen vermieden werden, in denen durch konkrete Wissensfragen der Befragte das Gefühl haben könnte, bloßgestellt zu werden, und unter Umständen das Interview abbricht. Wissensfragen werden deshalb, anders als die unverfänglicheren Fragen nach der Bewertung oder Einschätzung bestimmter Sachverhalte, in Umfragen eher selten gestellt. Da aber Informationen über den Kenntnisstand wichtig sind zur Einschätzung der Bedeutung politischer Streitfragen für die Bevölkerung, sowie Wissen eine eigenständige Dimension von Einstellungen darstellt (Katz 1960), soll im folgenden der Kenntnisstand der Bevölkerung zu bestimmten sicherheitspolitischen Institutionen, wie NATO, EG, Bundeswehr, Atomwaffen, Rüstungskontrolle und SDI, dargestellt werden.

3.1.3.1 NATO

Während der Begriff „NATO“ heute als allgemein bekannt vorausgesetzt werden kann und zu einem Synonym der westlichen Verteidigungsgemeinschaft geworden ist, mußte er sich Anfang der fünfziger Jahre in der deutschen Bevölkerung erst langsam durchsetzen. Auf die Frage, ob sie schon einmal von der Nordatlantik-Pakt-Organisation, der NATO, gehört oder gelesen hätten, antworteten zu Beginn des Jahres 1955 42 Prozent der Befragten, daß sie dies nicht getan hätten (Tabelle 180). Aber bereits 1956 gaben rund 80 Prozent der Befragten an, daß sie von dieser Organisation gehört oder gelesen hätten - ein Wert, der in der Folgezeit auch nicht mehr unterschritten werden sollte. Bis zum Ende des Jahres 1969 sank diese Zahl auf nur noch 6 Prozent, die die NATO nicht kannten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt also war der Begriff „NATO“ in der Bevölkerung Allgemeingut. Die Zunahme der Bekanntheit der NATO verlief dabei nicht linear, sondern es zeigten sich Schwankungen, die mit außenpolitischen Ereignissen in Zusammenhang gebracht werden können. So nahm zum einen die Bekanntheit zwischen Februar und August 1955 von 58 auf 68 Prozent zu, um dann bis zum November 1955 wieder auf 60 Prozent abzusinken: Dies ist sicherlich auf die erhöhte Publizität der NATO im Zu-

sammenhang mit der Unterzeichnung der Deutschlandverträge und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Mai 1955 - also zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten von Februar und August - zurückzuführen. Das zweite Ereignis, welches den Bekanntheitsgrad der NATO gefördert hat, ist möglicherweise Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958. Gaben im Oktober 1958 noch 81 Prozent der Befragten an, von der NATO gehört oder gelesen zu haben, so stieg diese Zahl bis zum April 1959 auf rund 91 Prozent, um dann bis zum Februar des folgenden Jahres wieder auf rund 80 Prozent abzusinken.

Deutliche Unterschiede zeigen sich im Kenntnisstand unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Besonders augenfällig ist dies im Vergleich zwischen Männern und Frauen: Über alle Untersuchungszeitpunkte hinweg geben signifikant weniger Frauen an, von der NATO gehört oder gelesen zu haben, als Männer. Die Unterschiede betragen dabei bis zu 37 Prozentpunkte (November 1955), schwächen sich aber im Laufe der Zeit langsam ab, und betragen zum Ende des Untersuchungszeitraums im Oktober 1969 nur noch knapp 7 Prozentpunkte. Die Schere im Bekanntheitsgrad der NATO zwischen Männern und Frauen hat sich damit im Laufe der hier beobachteten 14 Jahre zwar langsam angenähert, aber noch nicht völlig geschlossen. Ähnliches gilt auch für die Bildung. War bereits ab 1956 fast allen Befragten mit mittlerer Bildung oder Abitur und/oder Fachhochschul- oder Hochschulabschluß die NATO ein Begriff, so kann dies erst für den letzten Untersuchungszeitpunkt Oktober 1969 auch von den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluß behauptet werden. Auch hier nähert sich der Bekanntheitsgrad in den unterschiedlichen Bevölkerungsteilen erst langsam an, wobei bis zuletzt diese Unterschiede statistisch signifikant bleiben. Weitere Variablen, wie zum Beispiel die Wahlabsicht oder das Lebensalter, spielen in den Erklärungen der Unterschiede des Bekanntheitsgrades der NATO nur noch eine geringere Rolle. Am stärksten differenziert noch die Wahlabsicht: So weisen - bis auf eine Ausnahme - die Anhänger der FDP zu allen Zeitpunkten Werte von über 90 Prozent auf, was sich bei näherem Hinsehen aber wohl als ein Bildungseffekt erweisen dürfte, der durch die spezifische Klientel der FDP hervorgerufen sein kann. Die jeweils niedrigsten Bekanntheitsgrade weisen jene auf, die angeben, keine oder eine andere Wahlpräferenz zu haben, oder keine Angaben machten. Der Bekanntheitsgrad der NATO liegt bei Anhängern der SPD oder CDU zwischen diesen beiden Werten und korrespondiert im wesentlichen mit dem Wert des

Bevölkerungsdurchschnitts. Vergleicht man die unterschiedlichen Verteilungen zwischen CDU- bzw. SPD-Anhängern einerseits, und denjenigen, die angeben, keine Partei oder eine andere Parteipräferenz zu haben andererseits, so kann man vermuten, daß die Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD über den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik der NATO zu einer größeren Bekanntheit unter ihren jeweiligen Anhängern geführt hat, während diejenigen, die sich an anderen oder keinen Parteien orientiert haben - mit Ausnahme der FDP - in diesen Prozeß der politischen Kommunikation nicht einbezogen waren und somit die NATO ihnen auch weniger bekannt war. Betrachtet man das Lebensalter, so zeigt sich, daß hier vor allem die beiden jüngeren Altersgruppen der bis 29jährigen und der 30- bis 44jährigen, etwas häufiger von der NATO gehört oder gelesen hatten. Diese Unterschiede sind zwar in Einzelfällen signifikant, reichen aber in ihrer Stärke nicht an die Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder der Bildung heran.

Die Entwicklung zwischen 1955 und 1969 läßt sich somit zusammenfassen, daß bis zum Ende dieses Untersuchungszeitraums der Begriff NATO fast jedem bekannt war, daß dieser Prozeß aber in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in unterschiedlich schnellem Ausmaß vonstatten ging, wobei die größten Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie niedriger und Höhergebildeten festzustellen sind.

Während für die Interpretation der vorangehenden Frage die Einschränkung gemacht werden muß, daß sie von ihrer Formulierung her („Haben Sie schon einmal .... gehört oder gelesen?“) möglicherweise eher ein Medien- oder Informationsverhalten mißt, weist die folgende Frage, ob die Befragten wissen, ob Westdeutschland ein Mitglied der NATO sei oder nicht, stärker auf die Wissenskomponente hin. In dieser Frage (Tabelle 372) zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie in der oben beschriebenen, nur daß hier bereits im Februar 1960 97 Prozent der Befragten die richtige Antwort gaben, daß Westdeutschland NATO-Mitglied sei. Dieses „konkrete“ Wissen war seit 1955 in der gesamten Bevölkerung gleichmäßig vorhanden, denn bei keiner der hier referierten Variablen zeigen sich signifikante Unterschiede in der Beantwortung dieser Frage. Gleiches gilt für die ebenfalls gestellte Frage, ob die USA NATO-Mitglied seien (Tabelle 373): Hier ist lediglich bemerkenswert, daß 1955 noch ein deutlich größerer Teil der Bevölkerung eher die USA als Westdeutschland mit der NATO in Verbindung brachte. So wird deutlich, daß bei richtigen Antworten von über

90 Prozent die NATO von Anfang an als ein Militärbündnis unter amerikanischer Führung von der deutschen Bevölkerung perzipiert wurde.

3.1.3.2 Europäische Gemeinschaft

Wenn die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO die Grundlage ihrer sicherheitspolitischen Integration in Westeuropa darstellte, so war die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft die Grundlage der wirtschaftlichen Integration. Wie für den Bekanntheitsgrad der NATO gilt auch für die Europäische Gemeinschaft, daß sie im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung einhellig bekannt ist (Tabelle 1514): So antwortete fast jeder der im Juli 1976 Befragten, daß er von der Europäischen Gemeinschaft schon einmal gehört oder gelesen habe (95 Prozent). Wenn auch dieser Wert in der folgenden Zeit etwas absank, so kann man doch behaupten, daß mit Werten von über 85 Prozent die Europäische Gemeinschaft im Bewußtsein der Deutschen einen festen Platz eingenommen hat. Der leichte Rückgang von rund 95 auf 85 Prozent der Befragten, die von der EG gehört oder gelesen haben, ist möglicherweise durch einen Mobilisierungseffekt zu erklären, der im Vorfeld der Entscheidung des Rates der EG, das Europäische Parlament künftig direkt wählen zu lassen, eine erhöhte Berichterstattung über Fragen der Europäischen Gemeinschaft auslöste. Nachdem diese Entscheidung Ende September 1976 gefallen war, nahm wahrscheinlich auch die entsprechende Medienberichterstattung ab und das Thema Europäische Gemeinschaft verlor den prominenten Platz, den es zuvor hatte. Anders als in der entsprechenden Frage zur NATO spielen Geschlechtsunterschiede im Bekanntheitsgrad nur eine geringe Rolle (wenn auch deutlich wird, daß Männer häufiger angeben, von der EG gehört oder gelesen zu haben), Lebensalter und Bildung hingegen eine deutlich größere Rolle. Befragte mit mittlerer Bildung beantworten die Frage in deutlich höherem Ausmaße positiv als Befragte mit Volks- oder Hauptschulbildung, wobei die Werte der Befragten mit mittlerer Bildung teilweise die Werte jener mit höherer Bildung übertreffen. Einen deutlichen Einfluß hat auch das Lebensalter: Hier ist es vor allem die älteste Gruppe der über 65jährigen, die nicht von der EG gehört oder gelesen haben. Diese Unterschiede betragen teilweise bis zu zehn Prozentpunkten. Demgegenüber stellen sich die Unterschiede zwischen den anderen drei Altersgruppen als eher gering dar.

3.1.3.3 Atomwaffen und SDI

Der Streit um die „Nachrüstung“ und den NATO-Doppelbeschluß zu Beginn der achtziger Jahre haben, wie zuvor nur die Auseinandersetzung über die Aufstellung der Bundeswehr Mitte der fünfziger Jahre, die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik aufgewühlt. Der NATO-Doppelbeschluß stellte die Reaktion auf eine perzipierte sowjetische Überlegenheit bei landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen, den SS-20, dar. Der Bevölkerung selber war deutlich bewußt, daß sie von auf sowjetischem Boden gestützten Atomwaffen bedroht wurde (Tabelle 1623): Mehr als zwei Drittel der Befragten wußten von der Existenz solcher Atomwaffen, die auch Westeuropa erreichen können. Dabei zeigen sich über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg Unterschiede vor allem zwischen jenen, die eine substantielle Meinung abgeben konnten und solchen, die mit „weiß nicht“ antworteten. So fühlen sich vor allem Männer gegenüber Frauen deutlicher in der Lage, eine Meinung zu äußern (zwischen 80 und 90 Prozent jeweils) und sind gleichzeitig entschiedener der Meinung, daß Atomwaffen existierten, die Westeuropa erreichen können (zwischen 77 und 85 Prozent gegenüber Anteilen zwischen 58 und 76 Prozent unter den Frauen). Gleiches gilt für Alters- und Bildungsgruppen: hier sind Jüngere und Höhergebildete sowohl auskunftsbereiter wie sie auch dieser Aussage eher zustimmen als Ältere und niedriger Gebildete. Insgesamt spielen hier soziodemographische Merkmale eine teilweise stärkere Rolle als die in der Regel dominierende Parteineigung. Bemerkenswert ist, daß die normalerweise zu beobachtende Diskrepanz in den Ansichten und Bewertungen zwischen Parteianhängern der Grünen und denen der CDU/CSU kaum auszumachen ist: Zwar sind Anhänger der Grünen am deutlichsten der Meinung, daß solche Atomwaffen existierten, aber Anhänger der CDU/CSU stehen ihnen kaum nach. Unterschiede ergeben sich vielmehr zwischen Parteianhängern und solchen, die keine oder eine andere Parteibindung - d.h. einer auf Bundesebene zumindest unbedeutenden Splitterpartei - vertreten. Diese Gemeinsamkeit zwischen den Anhängern der Grünen und denen der anderen Bundestagsparteien ist auch insoweit bemerkenswert, als sie vor dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 zu beobachten ist.

Für die amerikanische Bevölkerung, die in erster Linie nur durch strategische Nuklearwaffen bedroht war, suchte der amerikanische Präsident Reagan 1983, mit der Ankündigung eines Forschungsprogramms für im Weltraum stationierte Raketenab-

wehrwaffen (SDI) diese Bedrohung zu mindern. Tatsächlich hatten bereits seit Mitte der sechziger Jahre die USA und die UdSSR mit der Entwicklung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen (ABM) begonnen, die Errichtung solcher Systeme war jedoch im Salt-I-Vertrag von 1972 auf ein Minimum beschränkt worden, weil man Zweifel an der Funktionsfähigkeit einer solchen Abwehr hatte und Befürchtungen hegte, daß ein solches System die „Balance des Terrors“ der gegenseitigen atomaren Abschreckung empfindlich beeinträchtigen würde. Insofern war die Forschung an solchen Systemen nie ganz eingestellt worden. Diese Vermutung hatte offensichtlich auch die deutsche Bevölkerung, denn auf die Frage, ob die UdSSR ihres Wissens nach Forschung für ein Anti-Raketen-Verteidigungssystem betrieben habe oder nicht, antworteten im Laufe des Jahres 1985 und 1986 zwischen 84 Prozent und 90 Prozent mit „Ja“ (Tabelle 2509). Dabei zeigen sich bei keiner der unabhängigen Variablen systematische Unterschiede, die statistisch signifikant wären. Allerdings scheint diese Frage auch eher den Verdacht widerzuspiegeln, daß die UdSSR (und die USA vermutlich auch) im Zuge des Wettrüstens auf jedem möglichen damit in Zusammenhang stehenden Gebiet Forschung betrieben, und weniger tatsächliches Wissen zu reflektieren.

Dies konkrete Wissen wird deutlich in der Frage, ob die UdSSR bereits ein Anti-Raketen-Verteidigungssystem aufgestellt habe oder nicht (Tabelle 2712). Auffällig ist hier, daß zu allen drei Befragungszeitpunkten (Dezember 1985, Juli 1986, Februar 1987) die Hälfte aller Befragten angegeben hat, dies nicht zu wissen. Tatsächlich ist diese Frage schwierig zu beantworten, denn der oben erwähnte Salt-I-Vertrag beließ den beiden Mächten die Möglichkeit, rund um ihre Hauptstädte ein begrenztes ABM-System zu installieren; der Aufbau eines landesweiten Systems war jedoch vom Vertrag untersagt worden. Gleichzeitig wurden im Zeitraum der Umfrage jedoch Vermutungen laut, daß die UdSSR mit dem Aufbau einer großen Satellitenstation in Krasnojarsk auf dem Wege sei, diese Vertragsbestimmungen zu unterlaufen. Während 1985 noch jeweils 23 Prozent der Befragten mit Ja oder Nein antworteten - die Bevölkerung also durchaus unsicher war und die Beantwortung dieser Frage auch durch einen Münzwurf hätte entschieden werden können - gab zu den folgenden Zeitpunkten jeweils eine Mehrheit an, daß sie der Meinung sei, die UdSSR habe ein solches ABM-System.

Die Beantwortung dieser Frage wird deutlich durch Bildung, Geschlecht und Lebensalter strukturiert. Vergleicht man zunächst nur über die verschiedenen Bildungsgruppen hinweg die Anteile derjenigen, die die „weiß nicht“-Option angegeben haben, so stellt man fest, daß vor allem unter Höhergebildeten (Abitur, Fachhochschule, Universität) der Anteil von 28 Prozent auf 42 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig nahm der Anteil derjenigen, die davon überzeugt waren, daß die UdSSR nicht über ein solches System verfüge, von 43 auf 27 Prozent ab, während die Anteile derjenigen, die angaben zu wissen, daß die UdSSR ein ABM-System habe, den ganzen Zeitraum über bei rund 30 Prozent lagen. Offensichtlich ist dies hier ein Beispiel für die Dynamik von Einstellungswandel, wie er sich in der Aggregatebene darstellt: Informationen, die der ursprünglichen Einstellung zuwiderlaufen, führen hier nicht dazu, daß die gegenteilige Position bezogen wird, sondern dazu, daß sich die Befragten auf eine Position des „unentschieden“ zurückziehen, wie sie in den „weiß nicht“-Antworten zum Ausdruck kommt.

Die zweite strukturierende Variable ist das Geschlecht. Die deutlichsten Unterschiede ergeben sich hier durch die je nach Mann und Frau unterschiedliche Option für die „weiß nicht“-Kategorie, die von Frauen weitaus häufiger angegeben wird: Deutlich mehr als die Hälfte aller befragten Frauen wählten diese Kategorie, wobei die Unterschiede gegenüber den Männern teilweise über 20 Prozentpunkte betrugen. Im Laufe der Zeit gleichen sich jedoch die Verteilungen bei Männern und Frauen immer mehr an: Im Dezember 1985 standen sich noch zwei ungefähr gleich große Gruppen in der Meinung, ob die UdSSR ein ABM-System habe, gegenüber, im Laufe der Zeit gewann ein zunehmender Teil der Öffentlichkeit den Eindruck, daß dies tatsächlich der Fall sei.

Die dritte, vom Einfluß her etwa gleich starke Variable, ist das Lebensalter. Auch hier ergeben sich die deutlichen Unterschiede in der Option für die „weiß nicht“-Kategorie: Vor allem die Gruppe der über 65jährigen weist hier die höchsten Anteile auf, die jedoch im Laufe der Zeit zurückgehen und sich von der Größenordnung her dem der anderen Altersgruppen anpassen. Die geringsten Anteile weisen die beiden jüngsten Altersgruppen auf, wobei sich die Unterschiede zu den anderen Altersgruppen bis zum letzten Befragungszeitpunkt verwischt haben. Von denjenigen Befragten, die substantielle Antworten gaben, war von Beginn an unter den beiden ältesten Altersgruppen eine relative Mehrheit der Meinung, daß die UdSSR ein Anti-Raketen-Ver-

teidigungssystem habe, während unter den beiden jüngsten Altersgruppen zu Beginn eine relative Mehrheit der Meinung war, daß dies nicht der Fall sei und sich bis 1987 auch keine eindeutige Mehrheit dafür oder dagegen herausbildete.

3.2 Westpolitik: „Images of the Allies“

3.2.1 Beziehungen zu den USA

Die Geschichte der Bundesrepublik ist eng mit den Beziehungen zu den USA verknüpft. Die „machtvolle Gegenwart“ Amerikas (Hanrieder 1991: XIX) bestimmte nicht nur die politische Ordnung Europas und der Bundesrepublik, sondern war in ihrer Einwirkung auf die Bundesrepublik und Europa jahrzehntelang allgegenwärtig. Die USA waren nicht nur die mächtigste Schutzmacht der Bundesrepublik und Westberlins, die Führungsmacht innerhalb des westlichen Bündnisses oder der Kreditgeber, der den wirtschaftlichen Aufbau der Bundesrepublik und Europas ermöglichte, sondern sie stellten darüber hinaus auch das Rollenmodell für eine moderne westliche Demokratie und politische Kultur dar, sowie eines „Way of life“, der tatsächlich alltäglich geworden ist. Trotz - oder gerade wegen - dieser engen Verflechtungen sind die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik längst nicht frei von Konflikt geblieben. War zum Beispiel die Bundesrepublik in den sechziger Jahren bemüht, die „deutsche Frage“ - die Überwindung der Teilung in Selbstbestimmung - solange wie möglich offen zu halten, waren die USA angesichts der sowjetischen Fähigkeit, auch die USA direkt zu bedrohen, bemüht, die Wichtigkeit dieses deutschen Problems herabzuspielen zugunsten eines Arrangements mit der UdSSR. Mit dem wirtschaftlichen Erstarken der Bundesrepublik und Europas traten wirtschaftliche Konflikte mit den USA hinzu, Auseinandersetzungen über eine gerechte Lastenteilung innerhalb des westlichen Bündnisses, die ihren Ausdruck fanden in „Handelskriegen“, oder der Bewertung einzelner Projekte wie z.B. dem Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR oder dem Verkauf von Nuklearreaktoren an Brasilien. Von daher sind gerade für denjenigen, der sich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen befaßt, die Einstellungen der Öffentlichkeit zum jeweiligen Partner von besonderem Interesse. In ihnen spiegelt sich der Stand der jeweiligen Beziehungen zueinander ebenso wider wie der Grad der Unterstützung oder die Ablehnung bestimmter Politiken, die die Öffentlichkeit der politischen

Führung bereit ist, einzuräumen. Im folgenden sollen daher die Einstellungen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den USA dargestellt werden. Dies wird geschehen am Beispiel genereller Einschätzungen der USA, dem Vertrauen in die amerikanische Sicherheitsgarantie, der Einschätzung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Einstellungen zur Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik, Einstellungen gegenüber amerikanischen Politikern, der Bewertung der amerikanischen Politik in Mittelamerika und Nordafrika, sowie der Beurteilung der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR.

3.2.1.1 Allgemeine Einstellungen

Fragte man zwischen 1954 und 1985: „Welche Meinung haben Sie über Amerika?“ (Tabelle 79), so lagen die Einstellungen gegenüber den USA (fast) immer im positiven Bereich. Auf der von 0 (sehr gute Meinung) bis 1 (sehr schlechte Meinung) kodierten Skala zeugen Werte von 0,18 bis 0,35 von einem durchweg positiven Bild der USA. Die Antwortverteilungen auf diese Frage vermitteln einen ersten Eindruck, wie sich das Amerikabild in der deutschen Öffentlichkeit im Laufe der Nachkriegszeit entwickelt und verändert hat. Diese Frage faßt ein ganzes Bündel von Einstellungen zusammen. Sie ist so umfassend formuliert, daß sich in den Antwortverteilungen ebenso langfristige Faktoren wie Stereotype, Images oder Vorurteile, aber auch kurzfristige Bewertungen, wie zum Beispiel die jeweils jüngste amerikanische Politik, oder auch kognitive oder affektive Elemente widerspiegeln. Aufgrund dieses hohen Grades an Allgemeinheit und Unbestimmtheit darüber, was diese Frage genau mißt, ist sie trotzdem von hohem Interesse, weil sie zwischen 1954 und 1985 insgesamt 17mal gestellt wurde und somit einen Einblick in den Verlauf des Amerikabildes über einen Zeitraum von rund 30 Jahren bietet. Den Tiefpunkt der Einschätzungen finden wir 1985: hier ging die Ernüchterung aufgrund des Vietnamkrieges, der Watergate-Affaire sowie der bellikosen Rhetorik Ronald Reagans voraus (vgl. Meyer 1991; Schweigler 1985; Müller/Risse-Kappen 1987). Kamen die USA noch als Sieger und Besatzer nach Deutschland, so verbesserte sich ihr Ansehen in der deutschen Bevölkerung kontinuierlich bis in die Mitte der sechziger Jahre, das Image der Besatzertruppen wurde abgelöst durch das Image der Schutzmacht. Darauf deuten die Anstiege in der Beurteilung der USA nach außenpolitischen Krisen: Nach der Doppelkrise im Herbst 1956 - der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes im Oktober durch sowjetische Truppen sowie der politischen Intervention der USA in der Suez-

Krise - stieg das Ansehen der USA in der deutschen Bevölkerung innerhalb von sechs Monaten deutlich an. Im gleichen Maß stieg auch das Ansehen der USA in der Zeit vor und während der Berlin-Krise 1958. Einen Höhepunkt in der Bewertung der USA stellen jedoch die Jahre zwischen 1961 und 1964 dar: Das jugendliche Image Kennedys und die an Verehrung grenzende Sympathie, die ihm von der deutschen Bevölkerung entgegengebracht wurde, übertrugen sich offensichtlich auf das Gesamtbild, welches die Befragten von Amerika hatten. Mit einem Skalenwert von 0,19 wurde im Februar 1964 - drei Monate nach der Ermordung Kennedys - der höchste Wert der Zeitreihe, die die Einstellungen zu den USA mißt, erreicht. Doch schon 1965 bröckelte dieses positive Bild ab und erreichte 1969 - dem Höhepunkt des Vietnamkrieges - nur noch Werte, wie sie Mitte der fünfziger Jahre erreicht wurden.

Die Einstellungen zu den USA wurden jedoch nicht nur durch außenpolitische Ereignisse bestimmt, sondern in deutlichem Maße ebenso sehr durch die parteipolitische Brille gesehen. Die höchste Meinung von den USA hatten - bis auf eine Ausnahme im Februar 1964 - die Anhänger der CDU/CSU. In den Umfragen der Jahre 1954 bis 1956 lagen sie in der Regel deutlich vor den Anhängern der SPD. Diese Differenz ging im Laufe der Zeit zwar etwas zurück, blieb aber bis zum Ende der verfügbaren Datenreihe 1985 bestehen.[4] Die SPD-Anhänger spiegelten hier die kritische Haltung ihrer Parteiführung gegenüber der Westintegration und der Anlehnung an die USA getreulich wider, die erst 1959 mit dem Godesberger Programm und 1960 mit der Grundsatzrede Wehners im Bundestag aufgegeben wurde. Bis auf die beiden Umfragen vom Februar 1960 und Februar 1964 sind diese Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften auch im statistischen Sinne hochsignifikant. Diese Variable trägt denn auch alleine zwischen 50 und 80 Prozent zur Erklärungskraft der Gesamtvarianz aller anderen Variablen (Geschlecht, Lebensalter, Bildung und Partei) bei. Bildung trägt nur vereinzelt, und wenn, dann auch nur schwach signifikant, Lebensalter, Geschlecht oder Religionszugehörigkeit nur selten zur Erklärungskraft der Varianz bei.

---

[4] In den beiden Umfragen 1969 und 1985 wurde die Wahlabsicht oder Parteiidentifikation nicht erhoben.

Die Erosion des Vertrauens in die USA führte Mitte der achtziger Jahre dazu, daß - vor allem von amerikanischer Seite - die Frage gestellt wurde, ob die Mehrheit der Deutschen mittlerweile antiamerikanisch eingestellt sei. In drei Studien aus den Jahren zwischen 1986 und 1988 wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala von stark antiamerikanisch bis stark proamerikanisch anzugeben, was ihre Haltung gegenüber den USA sei (Tabelle 2825). Auch hier zeigt sich, daß das Amerikabild in der deutschen Öffentlichkeit zwar Flecken bekommen hatte, aber immer noch eine Mehrheit der Deutschen sich als eher proamerikanisch bezeichnet. Auch bei dieser Frage zeigt sich wieder der starke Einfluß, den die jeweilige Parteiidentifikation für die Beantwortung dieser Frage hat: Am stärksten proamerikanisch bezeichnen sich Anhänger der CDU/CSU, am deutlichsten antiamerikanisch eingestellt bezeichnen sich die Anhänger der Grünen; diese sind auch die einzigen, die bei der Beantwortung dieser Frage negative Werte angeben, also eher antiamerikanisch eingestellt sind. Allein die Parteineigung kann 13 (1987), bzw. sieben Prozent (1988) der Varianz aufklären.[5] Neben der Parteineigung spielt auch noch die Bildung eine Rolle: Hier sind es vor allem die Höhergebildeten, die sich eher als antiamerikanisch bezeichnen (1986) oder zumindest nur schwach proamerikanisch eingestellt sind. Auch das Lebensalter hat jetzt einen Einfluß auf die Einstellung gegenüber den USA: In der Regel gilt, daß je älter die Befragten sind, desto stärker bezeichnen sie sich als proamerikanisch.

Oben wurde schon ausgeführt, daß diese Fragen inhaltlich unbestimmt sind und zu vielfältigen Interpretationen Anlaß bieten. Daß aus einem positiven generellen Image der USA nicht zwangsläufig auf eine Zustimmung zur amerikanischen Politik geschlossen werden kann, wird durch die Antwortverteilungen der folgenden Frage deutlich. Zwischen 1956 und 1972 wurde gefragt, ob man in letzter Zeit einen günstigen oder ungünstigen Eindruck von der Handlungsweise der amerikanischen Regierung in außenpolitischen Angelegenheiten habe (Tabellen 688, 1197). Dabei zeigt sich, daß die Bewertung der amerikanischen Außenpolitik sehr viel stärkeren zeitlichen Schwankungen unterworfen war, als es zum Beispiel die Frage über die Meinung über Amerika erwarten ließe. Während die sechziger Jahre insgesamt einen

---

[5] 1968 wurde die Parteineigung nicht erhoben.

Höhepunkt in der positiven Beurteilung der USA darstellten, erhielt die Bewertung der amerikanischen Außenpolitik zumindest für die Jahre 1961 und 1962 vergleichsweise schlechte Beurteilungen. Gleiches gilt für das Jahr 1958, in dem, wie oben beschrieben, nach der weltpolitischen Doppelkrise die Wertschätzung der USA gestiegen war, die amerikanische Politik zum selben Zeitpunkt jedoch den schlechtesten Wert in dieser Zeitreihe erhielt: Ob dies auf nicht erfüllte Hoffnungen während des Aufstandes, die USA würden möglicherweise eingreifen, oder die politische Intervention gegenüber Frankreich und Großbritannien während der zeitgleichen Suez-Krise, zurückzuführen ist, läßt sich heute nicht mehr beurteilen. Diese Zeitreihe zeigt aber auch den Grund für den Verfall der Popularität der USA in der Zeit nach 1965: Erhielt die amerikanische Politik 1964 noch sehr gute Noten, so sank die Bewertung über die Jahre 1965 bis 1972 auf Werte, die nur knapp unterhalb der Skalenmitte liegen, ab. Wie auch oben schon vermutet, liegt hier der Grund sicherlich im amerikanischen Verhalten während des Vietnamkrieges.

Deutlich schwächer als oben ist hier jedoch der Einfluß der Parteineigung auf die Bewertung der amerikanischen Außenpolitik ausgeprägt. War er bei den beiden obigen Fragen bis auf wenige Ausnahmen hindurch deutlich hochsignifikant, so ist er dies im vorliegenden Fall nur an einer Stelle, ansonsten entweder nur schwach signifikant oder als Einfluß statistisch gar nicht nachweisbar. Ebenso spielt auch die Bildung nur eine untergeordnete Rolle, der Einfluß des Lebensalters tritt kaum hervor. So läßt sich vermuten, daß generelle Einschätzungen der USA, die so etwas wie ein Resümee der amerikanischen Politik und des amerikanischen Bildes verlangen, von den Befragten kaum geleistet werden können und sie sich deshalb der Position ihrer bevorzugten Partei anschließen, während bei konkreten Fragen, bei denen sich die Befragten eher auch selber eine Meinung bilden können, die Rolle der Parteien als Stichwortgeber tendenziell in den Hintergrund tritt.

Die oben beschriebene Erosion des Vertrauens in die USA wird auch deutlich, wenn danach gefragt wird, ob Worte und Taten der USA in Bezug auf die Weltpolitik übereinstimmen oder nicht (Tabelle 215). Daß beides übereinstimmen sollte, war natürlich für die deutsche Bevölkerung besonders wichtig, wenn es darum ging, dem Schutzversprechen der USA, daß sie einen Angriff auf die Bundesrepublik unter Einsatz der eigenen Kräfte zurückschlagen würde, Glauben zu schenken. Mitte der fünfziger Jahre war dies durchaus noch der Fall: So waren knapp 70 Prozent der

Bevölkerung der Meinung, daß Worte und Taten tatsächlich übereinstimmten. 1969 war diese Einschätzung allerdings nüchterner geworden, denn zu diesem Zeitpunkt gaben nur noch etwas mehr als die Hälfte der Männer (54 Prozent) und der Frauen (59 Prozent) an, daß dies der Fall sei. Deutlich zeigt sich, wie diese zusehends kritischere Haltung gegenüber den USA durch verschiedene Variablen strukturiert wird: Unterschieden sich 1955 nur die Parteianhänger in der Einschätzung der USA (Anhänger der SPD und Befragte ohne Parteiidentifikation waren deutlich kritischer als andere), so spielten 1969 neben dem Geschlecht auch die Bildung (je höher der Schulabschluß, desto kritischer), die Konfessionszugehörigkeit (am kritischsten jene ohne Konfessionszugehörigkeit) und das Lebensalter (je jünger desto kritischer) eine Rolle.

3.2.1.2 Vertrauen

Eine der wesentlichen Ursachen für das Vertrauen der deutschen Öffentlichkeit in die USA war ihr Status als globale Supermacht und regionale Führungsmacht des westlichen Bündnisses, die sie in die Lage versetzte, Sicherheit auch über den eigenen geographischen Raum hinaus zu projizieren. Die Rolle als globale Supermacht verlangte von den USA, auf eine thematisch und geographisch diverse Zahl von Problemen zu reagieren und - im Sinne einer Hegemonialmacht - Ordnung und Stabilität zu exportieren. Ihre Rolle als Führungsmacht im westlichen Bündnis beruhte auf ihrer wirtschaftlichen und militärischen Potenz, die ihrem Versprechen, Westeuropa gegen einen etwaigen Angriff zu verteidigen, Glaubwürdigkeit verlieh. Symbolisiert wurde dieses Versprechen durch die amerikanische Truppenpräsenz in Europa und die Stationierung amerikanischer Waffen, die Europas Sicherheit mit der amerikanischen verklammern sollten. Die Vormachtrolle der USA und die enge Verknüpfung der deutschen mit den amerikanischen Geschicken führte dazu, daß auch die deutsche Öffentlichkeit der amerikanischen Politik immer besondere Aufmerksamkeit zuteil werden ließ. Eine besondere Rolle spielt dabei das Vertrauen sowohl in die Umsicht der amerikanischen Politik angesichts von Weltproblemen, als auch in die Zuverlässigkeit der amerikanischen Schutzgarantie.

Vor allem die erste Hälfte der achtziger Jahre ließen amerikanische wie deutsche Beobachter an der jeweiligen Zuverlässigkeit des anderen zweifeln. Angesichts von Demonstrationen der europäischen und deutschen Friedensbewegung fragten sich

amerikanische Beobachter, ob sich in Europa ein neuer Antiamerikanismus breitmache; angesichts amerikanischer Diskussionen, ob ein Nuklearkrieg nicht auf Europa begrenzt werden könne und einer politischen Rhetorik, die die UdSSR als das „Reich des Bösen“ titulierte, fragten sich im Gegenzug europäische Beobachter, ob die USA noch an einem friedlichen Management der Ost-West-Beziehungen interessiert seien. Diese Stimmungsschwankungen spiegeln sich auch wider in den Antworten auf die Frage, wie groß im allgemeinen das Vertrauen in die Fähigkeit Amerikas, die augenblicklichen Weltprobleme klug und umsichtig zu behandeln, sei (Tabelle 1309). Während zu Beginn der achtziger Jahre noch eine Mehrheit der Befragten Vertrauen in die Fähigkeiten der USA setzte, kehrten sich spätestens ab Mitte 1982 diese Verhältnisse um, denn von da an bis zum Ende der achtziger Jahre überwog - in unterschiedlichem Maße - die Skepsis, die teilweise bis zu Mißtrauen reichte. Besonders das Jahr 1983 stellt aus deutscher Sicht den Tiefpunkt der Vertrauenskrise dar: In dieses Jahr fiel die Ankündigung des SDI-Programms sowie die Bezeichnung der UdSSR als „Reich des Bösen“, die Invasion Grenadas, die Diskussion um die verpaßte Chance beim „Waldspaziergang“ der amerikanischen und sowjetischen INF-Unterhändler, der Stationierungsbeginn der Cruise Missile in Großbritannien, der Beschluß des Bundestages zur Modernisierung und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und schließlich der Abbruch der INF-Verhandlungen selber. Bis 1985 gewannen die USA zwar wieder an Vertrauen, welches aber durch die Bombardierung Libyens in der Nacht zum 15. April 1986 durch amerikanische Kampfflugzeuge wieder einen erheblichen Rückschlag erfuhr. Seitdem begann sich das Bild der USA in der öffentlichen Meinung zu erholen, die schlechten Vertrauenswerte im August 1988 sind hier möglicherweise nur auf den einige Tage vor der Umfrage liegenden Flugzeugabsturz bei der Luftfahrzeugschau in Ramstein zurückzuführen. Spätestens ab 1991 erreichten die USA wieder Werte, die im Bereich derjenigen lagen, die Mitte der sechziger Jahre - also zu Zeiten des bislang höchsten Ansehens der USA in der Bundesrepublik - erzielt wurden.

Richtet man den Blick wieder auf die Struktur der Einstellungen, so zeigt sich, daß das Vertrauen in die USA mit Abstand am stärksten durch die Parteineigung bestimmt wird. Dort, wo sie erhoben wurde, stellt sie sich regelmäßig als die weitaus stärkste Variable heraus, deren Einfluß den des Lebensalters oder der Bildung teilweise bis zum achtfachen übersteigt. Die Stärke des Einflusses von Parteineigung

ergibt sich vor allem durch die großen Differenzen im Vertrauen gegenüber den USA, die zwischen CDU-Anhängern einerseits und Anhängern der Grünen andererseits bestehen. Diese liegen in der Regel auf der vierstufigen Skala um rund einen halben bis über einen Skalenpunkt auseinander. Während immer eine Mehrheit der CDU/CSU-Anhänger sehr großes oder zumindest großes Vertrauen in die Fähigkeiten der USA hat, mit den Weltproblemen verantwortungsvoll umzugehen, ist eine Mehrheit unter den Grünen-Anhängern immer skeptisch, bzw. sogar mißtrauisch (d.h., das Vertrauen ist entweder nur gering oder häufiger sogar nur sehr gering ausgeprägt). Allerdings muß hinzugefügt werden, daß die Parteineigung oder Wahlabsicht nur in rund einem Viertel der hier referierten Studien überhaupt erhoben wurde. Anders verhält es sich hingegen mit dem Lebensalter und der Bildung: Diese wurden fast durchgängig erhoben und zeigen auch in fast allen Studien signifikante Effekte. Die Größe der jeweiligen Effekte variiert dabei etwas, so daß sich nicht entscheiden läßt, ob entweder Lebensalter oder Bildung systematisch einen größeren Einfluß auf das Vertrauen in die USA hat. Die Richtung der Zusammenhänge bleibt jedoch konstant und gleicht denen, die schon im anderen Zusammenhang mit Einstellungen gegenüber den USA beschrieben wurden. So ist das Vertrauen vor allem bei älteren Menschen höher ausgeprägt als bei jüngeren, ebenso wie das Vertrauen bei Befragten mit niedrigerer Schulbildung höher ist als das bei Befragten mit höherer Schulbildung.

Wurde oben noch recht allgemein nach dem Vertrauen in die Fähigkeiten zur Lösung von Weltproblemen gefragt, so geht die folgende Frage spezifischer auf das Vertrauen in die USA ein, daß diese alles tun würde, um einen neuen Krieg zu verhindern. In dieser Frage reflektiert sich das Bedrohungsgefühl der Nachkriegszeit bis in die sechziger Jahre und die Annahme, daß zumindest zeitweise die Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR in einen neuen Krieg münden könnte (Tabelle 66). Zu allen Befragungszeitpunkten war mindestens die Hälfte der Befragten davon überzeugt, daß die USA alles täten, einen neuen Krieg zu verhindern. 1964 - rund eineinhalb Jahre nach der Kubakrise - waren dies sogar vier Fünftel aller Befragten. Deutlich zeigt sich wieder, daß die Parteipräferenz einen erheblichen Einfluß auf die Einstellung gegenüber den USA hat: Nur zu zwei von vierzehn Befragungszeitpunkten kann sie nicht nach dem Ausmaß des Vertrauens differenzieren. Auch hier zeigt sich, daß ein hohes Vertrauen in die USA eher mit einer Bereitschaft,

die CDU oder CSU zu wählen, einhergeht. Den zweitstärksten Einfluß bei dieser Frage hat das Geschlecht. Frauen schenken den USA ein höheres Maß an Vertrauen als Männer. Demgegenüber haben Alter und Bildung nur einen geringen Einfluß: Es zeigt sich aber wieder, daß, je älter die Befragten sind und je niedriger die Schulbildung ist, desto höher das Vertrauen ist, das in die USA gesetzt wird.

Neben dem Vertrauen in die Führungsfähigkeit der USA spielte das Vertrauen in die Garantie der Verkoppelung der Sicherheit der USA mit der der Bundesrepublik eine wichtige Rolle. Die durch die NATO institutionalisierte Sicherheitsgarantie für Deutschland beinhaltete nicht nur die Verpflichtung der USA, Truppen und Material in Europa zu stationieren und im Falle eines konventionellen Konflikts zur Verteidigung der Bundesrepublik einzusetzen, sondern bedeutete auch, daß die USA ihren Nuklearschirm über Europa aufspannten. Die NATO-Strategie der „kontrollierten Eskalation“ sah vor, daß auf einen Angriff - sei er konventionell oder nuklear - eine entsprechende Reaktion erfolgte, die aus einem Arsenal von verschiedenen Waffen wählen konnte und so das Ausmaß der Eskalation des Konfliktes hoffte bestimmen zu können. Die Sorge der USA war es dabei jedoch immer, daß sie durch die Verknüpfung der europäischen mit der amerikanischen Sicherheit unbeabsichtigt in einen Konflikt hineingezogen werden würde, der seinen Ursprung in Europa hat. Auf der anderen Seite bestand in Europa die Befürchtung, daß im Falle eines Konflikts die USA ihrem Schutzversprechen nicht nachkommen und versuchen würden, einen Konflikt auf Europa begrenzt zu halten. Anfang der achtziger Jahre erhielten solche Befürchtungen neue Nahrung, zum Beispiel durch Spekulationen Präsident Reagans, daß ein Nuklearkrieg auf Europa begrenzbar sei. Trotz solcher offiziösen Äußerungen hatte nach wie vor noch eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung Vertrauen in die Schutzversprechung der USA, daß sie sie gegen die UdSSR verteidigen würde (Tabellen 1599, 2220, 3491). Das fehlende Vertrauen in die Führungsfähigkeit der USA zur Lösung von Weltproblemen hat somit offensichtlich keinen Einfluß auf die Einschätzung der Beständigkeit der amerikanischen Schutzgarantie für Westeuropa gehabt. Die über 40 Jahre gewachsenen institutionellen Bindungen zwischen Westeuropa und den USA wurden als so belastungsfähig angesehen, daß sie auch durch eine Regierung, der man als solcher nur wenig Vertrauen entgegenbrachte, nicht grundlegend in Frage gestellt werden würden. Auch hier zeigt sich wieder deutlich, daß das Vertrauen in die USA in erster Linie durch die Parteineigung

strukturiert wird: Das größte Maß an Vertrauen weisen Befragte, die der CDU oder CSU zuneigen auf, das niedrigste jene, die den Grünen zuneigen. Bildung spielt bei dieser Frage kaum eine Rolle, auffällig ist hingegen der Einfluß der Religionszugehörigkeit. Dort, wo sie erhoben wurde, weist sie in der Regel deutliche Zusammenhänge mit dem Vertrauen auf, und zwar in der Richtung, daß Katholiken und Protestanten ein etwa gleich hohes Vertrauen aufweisen, Konfessionslose jedoch ein deutlich niedrigeres.

Auf das Problem der Ver- bzw. Abkopplung amerikanischer und europäischer Sicherheit zielen auch die Fragen, unter welchen Bedingungen die USA Europa verteidigen würden. War oben nur ganz allgemein nach der Bereitschaft der USA gefragt, die Bundesrepublik zu verteidigen, ändern sich in den folgenden Fragen die Stimuli: Jetzt werden den Befragten auch die Konsequenzen, die ein solches Engagement der USA in Europa für diese selber haben könnten, vor Augen geführt. Das heißt, daß durch die Verteidigung Europas die USA auch die Sicherheit ihres eigenen Landes und ihrer eigenen Städte gefährden könnten (Tabelle 1809). Angesichts der Verdeutlichung dieser Konsequenzen durch die Frageformulierung, stieg auch das Mißtrauen in die Verteidigungsbereitschaft der USA. Zeigte sich im März 1982 nur eine Minderheit der Befragten gegenüber den USA skeptisch (Mittelwert 0,45), so nahm diese Skepsis bis zum Februar 1987 stetig zu, jetzt betrug der Mittelwert schon 0,60. Einher geht diese Erosion des Vertrauens mit einer sich zunehmend breitmachenden Vermutung in der Öffentlichkeit, daß die USA im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion versuchen würden, durch den Einsatz von taktischen Atomwaffen den Krieg auf Europa zu begrenzen, damit ihr eigenes Land nicht zerstört wird (Tabelle 2221). Gingen 1983 und 1986 noch jeweils 60 Prozent der Befragten davon aus, daß dies zuträfe, so waren es 1988 bereits 72 Prozent. Gleichzeitig wurde jedoch von rund vier Fünftel aller Befragten erwartet, daß die USA auch nach dem vereinbarten Rückzug der Mittelstreckenwaffen aus Europa genauso wie bisher zur Verteidigung Westeuropas verpflichtet seien (Tabelle 3385).

Eine mögliche Erklärung für diesen Vertrauensverlust könnte - paradoxerweise - die einsetzende Entspannung zwischen der UdSSR und den USA Mitte der achtziger Jahre sein, die zum Abschluß des INF-Vertrages 1987 führte. In dem Maße, wie die amerikanisch-sowjetische Konfrontation nachließ, erschien es irreal, daß bei einem etwaigen Konflikt die USA bereit seien, ihr eigenes Territorium zu riskieren. Statt

dessen seien sie - so könnte man vermuten - daran interessiert, einen Konflikt begrenzt zu halten. Dies hätte bedeutet, daß die Kosten eines solchen Krieges Europa allein zu tragen hätte. Mit nachlassender Konfrontation verlor somit in den Augen der Öffentlichkeit auch die Abschreckungsstrategie ihre Glaubwürdigkeit und Grundlage. Insofern wäre dieser „Vertrauensverlust“ in der deutschen Öffentlichkeit weniger ein Vertrauensverlust in die USA an sich, sondern ein Vertrauensverlust in die gängige Abschreckungsstrategie.

3.2.1.3 Politische Beziehungen

Die Betrachtung des Vertrauens der Bevölkerung in die USA zeigte, daß sich auf der allgemeinen Ebene über die letzten Jahrzehnte hinweg ein beträchtliches Vertrauenskapital angesammelt hatte, welches auch durch Zweifel an politischen Strategien - wie der Abschreckung - kaum erschüttert werden konnte. Das Vertrauen in die USA bildet somit das Fundament der transatlantischen Beziehungen. Doch wie sieht es mit den Aufbauten aus, die wechselndem Wetter ausgesetzt sind? Darauf zielte die Frage nach den politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA ab (Tabelle 171). Diese Beziehungen waren in der Nachkriegszeit in unterschiedlichem Maße nicht nur von Kooperation, sondern auch von Konflikt gezeichnet: Neben Auseinandersetzungen über militärische Strategie und Taktik standen Differenzen über politische Vorgehensweisen ebenso wie regelrechte „Handelskriege“ zwischen der Bundesrepublik, bzw. der Europäischen Gemeinschaft und den USA. Wie auch schon in den Fragen nach dem Vertrauen in die USA offenbart sich hier ein durchweg positives Bild. Sowohl Mitte der fünfziger wie auch Mitte der achtziger Jahre wurden die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern als durchweg positiv wahrgenommen. Die Bewertung dieser Beziehungen ähnelte sich über alle Bevölkerungsgruppen hinweg, sei es zwischen Geschlecht, Alter oder Parteipräferenz. Diese einheitliche Bewertung der Beziehungen läßt sich dahin deuten, daß eine politische Auseinandersetzung über den Stand der Beziehungen entweder nicht stattfindet oder in der Bevölkerung keine Resonanz findet.

Die Ursache für diese konstante positive Bewertung der Beziehungen dürfte darin zu suchen sein, daß von den fünfziger bis in die neunziger Jahre hinein die Öffentlichkeit die grundsätzlichen Interessen der Bundesrepublik und der USA als im wesentlichen gleich oder zumindest vereinbar ansah (Tabelle 754, 4687). Das Niveau war

jedoch nicht einheitlich: So nahm erst zwischen der Mitte der fünfziger Jahre und der Mitte der sechziger Jahre der Anteil derjenigen, die eine Interessensvereinbarkeit perzipierten, zu, stabilisierte sich dann auf einem relativ hohen Niveau bis Mitte der siebziger Jahre, und erreichte zu Beginn der achtziger Jahre Werte, wie sie schon in der Mitte der fünfziger Jahre zu beobachten waren. Auf diesem Niveau lagen dann auch die Werte, die zu Beginn der neunziger Jahre gemessen werden. Auch hier zeigt sich zu allen beobachteten Zeitpunkten, daß die Wahrnehmung dieser Interessensähnlichkeit über alle Alters-, Bildungs- und Parteigruppen hinweg gleich war. Eine Interessendifferenz, die sich durch das Ende des Kalten Krieges ergeben könnte, ist somit nicht festzustellen. Vielmehr spiegelt sich hier ein viel langfristigerer Emanzipationsprozeß wider, der durch den relativen Anstieg der Bundesrepublik und den relativen Niedergang der amerikanischen Hegemonie gekennzeichnet ist.

Diese Ähnlichkeit der Interessen beruhte jedoch nicht nur auf freien Stücken, sie beruhte zum großen Teil auch auf dem Bewußtsein der Abhängigkeit von den USA. Bis in die achtziger Jahre hinein war ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit davon überzeugt, daß die Bundesrepublik „heute alles in allem von den Vereinigten Staaten von Amerika“ mehr oder weniger abhängig sei (Tabelle 2215). Deutlich spiegeln sich im Bewußtsein dieser Abhängigkeit auch die Parteipräferenzen wider: Während Parteianhänger der CDU/CSU oder FDP die Abhängigkeit der Bundesrepublik am deutlichsten sahen, gingen Anhänger der Grünen davon aus, daß sich die Bundesrepublik schon wesentlich mehr von den USA emanzipiert habe. Daß die USA das Abhängigkeitsverhältnis der Bundesrepublik zu ihren Gunsten ausnutzen würde befürchtet allerdings nur eine Minderheit: Auf die Frage, wie besorgt sei seien, daß die USA die Bundesrepublik zu politischen Handlungen zwingen würde, die nicht im Interesse unseres Landes seien, antwortete 1985 schon eine Mehrheit (0,52), daß sie unbesorgt sei, im November 1987 stieg dieser Wert auf 0,75 (Tabelle 2715). Unionsanhänger zeigten sich hier wieder besonders unbesorgt, Anhänger der Grünen hingegen waren diejenigen, die noch vergleichsweise hohe Sorgen zeigten - wobei auch hier angemerkt sei, daß eine Mehrheit der Anhänger dieser Partei eher unbesorgt war.

Angesichts des einerseits perzipierten Abhängigkeitsverhältnisses und des andererseits großen Vertrauens in die USA, daß diese dieses Verhältnis nicht ausnützen würde, liegt die Frage nahe, ob in der Bundesrepublik eine starke Führungsrolle der

USA in internationalen Angelegenheiten unterstützt würde (Tabelle 1603). Nach der von Europäern gesehenen Führungslosigkeit der Carter-Administration trat 1981 die Reagan-Administration mit dem expliziten Anspruch an, die Führungsrolle der westlichen Welt wieder zu übernehmen. Im März 1981 hielt noch eine deutliche Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit eine solche Führungsrolle für wünschenswert, wobei bis zum Juli 1982 hier ein Rückgang in der Zustimmung zu einer solchen Position zu verzeichnen ist. Wieweit eine solche Rolle angesichts der Interessen der Bundesrepublik wünschenswert sei, darüber gingen die Ansichten der verschiedenen Parteianhänger deutlich auseinander. Unions-, FDP- und teilweise auch SPD-Anhänger unterstützten diese Position deutlich, eine fast spiegelbildlich deutliche Ablehnung erfuhr diese Haltung durch die Anhänger der Grünen.

Faßt man den Überblick über die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik vor allem in den achtziger Jahren zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Die Vertrauensbasis blieb auch in den konfliktreichen achtziger Jahren erhalten, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurden nach wie vor von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als gut oder sehr gut bezeichnet, die Interessen beider Länder wurden als ähnlich gesehen, und für die Bundesrepublik wurde immer noch ein Abhängigkeitsverhältnis von den USA konstatiert. Dies Abhängigkeitsverhältnis scheint aber aufgrund der unterstellten Rücksichtnahme der USA auf deutsche Interessen nicht problematisch zu sein. Auch eine starke Führungsrolle der USA wurde zunächst seitens der deutschen Öffentlichkeit akzeptiert. Selbst die Anhängerschaften der Parteien scheinen in den grundlegenden Fragen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA keine wirklich antagonistischen Positionen zu beziehen, deutliche Unterschiede in den Haltungen finden sich jedoch dann, wenn es um konkrete Rollen und Ansprüche der beiden Länder geht.

3.2.1.4 US-Truppen

Eine der Grundlagen für dieses oben beschriebene Vertrauen der deutschen Öffentlichkeit in die amerikanische Politik gründet sicherlich auf der engen Verflechtung der Sicherheitsbeziehungen zwischen diesen beiden Ländern. Äußeres Zeichen dieser Verflechtung sind die in Europa und vor allem in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte. Zunächst als Besatzungstruppen in Deutschland stationiert, wandelte sich ihr Charakter zu Schutzmächten und Verbündeten. Spätestens

mit der Gründung der NATO 1949 machten die USA deutlich, daß sie für die Sicherheit Europas einstehen würden. Die hier stationierten Truppen hatten die Aufgabe, im Falle eines sowjetischen Angriffs als „Stolperdraht“ zu funktionieren, um auf diese Weise einen Angriff auf Deutschland auch gleichzeitig als einen Angriff auf die USA (und anderen NATO-Partnern) erscheinen zu lassen. Durch diese Verknüpfung sollte ein konventioneller Angriff von vornherein abgeschreckt werden. Gleichzeitig bedeutete diese Stationierung für die USA, daß diese auch weiterhin vorhatte, in sicherheitspolitischen Fragen in Europa mit am Tisch zu sitzen, denn schließlich hatten sich die USA und die anderen drei Siegermächte des Zweiten Weltkrieges im Deutschlandvertrag von 1955 auch das Recht vorbehalten, Truppen in Deutschland weiterhin stationieren zu können. Dazu gehörte schließlich auch bis 1990 die Ausübung der Hoheitsrechte durch die drei Westmächte in Westberlin einschließlich dem Recht, dort Truppen zu stationieren. Auf der anderen Seite war diese Truppenstationierung aber nie ganz unproblematisch: Vor allem im amerikanischen Kongreß gab es immer wieder Bestrebungen, die Europäer - und hier insbesondere die Deutschen - an der Finanzierung der hier stationierten Truppen zu beteiligen. Auf der anderen Seite kam gerade Ende der achtziger Jahre eine Debatte hoch, in der die Rechte amerikanischer Truppen, die ihnen aus den ursprünglichen Besatzungsrechten zustanden, unter dem Aspekt der „eingeschränkten Souveränität“ der Bundesrepublik kritisch hinterfragt wurden. Wesentlich konkreterer Art waren schließlich Probleme, die auf die Bevölkerung in Form von Manövern oder Tiefflügen zukamen.

Wie würde jetzt die deutsche Bevölkerung die Anwesenheit amerikanischer Truppen bewerten und welche Gründe würde sie dafür angeben? Bereits Ende der fünfziger Jahre zeigte sich, daß eine deutliche Mehrheit der Befragten dafür war, daß amerikanische Truppen in Westdeutschland stationiert sind (Tabelle 923). Über drei Fragezeitpunkte zwischen Oktober 1958 und Mai 1960 zeigte sich auch, daß die Zustimmung zu einer solchen Stationierung deutlich anstieg: Auf der (rekodierten) Skala bei Männern um 11, bei Frauen um 13 Einheiten. Diese Zunahme einer Unterstützung läßt sich hier als Reaktion auf das von Chruschtschow im November 1958 an die drei Westmächte gestellte Berlin-Ultimatum interpretieren. Danach sollte Berlin binnen sechs Monaten eine entmilitarisierte selbständige Freie Stadt werden, andernfalls erhalte die DDR die sowjetischen Rechte in Berlin. Durch dieses Ultimatum und die Haltung der Westmächte wurde innerhalb der deutschen Bevölkerung

die Unterstützung für eine amerikanische Truppenstationierung gestärkt. Deutlich kommt hier der Aspekt einer Schutzmacht im Bewußtsein der Öffentlichkeit zum Vorschein. Während sich nach Alters- und Bildungsgruppen keine Unterschiede in der Unterstützung ergeben, zeigen sich doch deutliche Unterschiede je nach Parteianhängerschaft. Die deutlichste Unterstützung zeigt sich unter Anhängern der CDU/CSU, während die Unterstützung aller anderen wesentlich verhaltener ausfällt. Am skeptischsten äußern sich noch die Anhänger der SPD.

Nimmt man diese Betrachtung rund 20 Jahre später wieder auf, so zeigt sich, daß im Jahr 1981 das Ausmaß, in dem die Stationierung amerikanischer Truppen gutgeheißen wird, dem des Jahres 1960 entspricht: Auch hier gaben auf die Frage, wie wichtig die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik für unsere Sicherheit sei, über 80 Prozent der Befragten an, daß sie unerläßlich oder wichtig sei (Tabelle 1685). Auf der entsprechenden Skala betragen diese Werte 0,25 für Männer, bzw. 0,26 für Frauen. Während der achtziger Jahre begann die deutsche Öffentlichkeit jedoch an dem Sinn amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik zu zweifeln. Zwischen 1983 und 1988 lassen sich in einer leichten Erhöhung der Skalenwerte schon die ersten Anzeichen dafür finden, spätestens seit dem Sommer 1989 sinkt die Unterstützung deutlich. Zwar ist bis 1993 - dem Ende der hier verfügbaren Zeitreihe - immer noch eine relative Mehrheit der Befragten der Meinung, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen unerläßlich oder wichtig sei, im selben Zeitraum verdreifacht sich aber der Anteil derjenigen, die den amerikanischen Truppen nur noch eine geringe Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik beimessen. Im Unterschied zu den sechziger Jahren zeigen sich hier auch sowohl in den Alters- wie Bildungsgruppen als auch in der Parteineigung Unterschiede in der Bewertung der amerikanischen Truppen. Vor allem Jüngere und Höhergebildete sind den amerikanischen Truppen gegenüber skeptisch eingestellt, dies wird besonders im Jahr 1983, dem Höhepunkt der westdeutschen Friedensbewegung, deutlich. Allerdings schwächen sich diese Zusammenhänge bis in die neunziger Jahre wieder ab und sie erreichen zu keinem Zeitpunkt die Bedeutung, die die Parteineigung für die Einstellung gegenüber diesen Truppen hat. Wie schon in den sechziger Jahren zeigt sich auch hier, daß Anhänger der CDU/CSU den Nutzen dieser Truppen am höchsten bewerten, den Gegenpol hierzu stellen aber mittlerweile die Anhänger der Grünen dar. Schon zu Beginn dieser Zeitreihe 1981 liegt ihr Mittelwert auf dieser Skala jen-

seits von 0,5. Dies bedeutet, daß zu jedem Zeitpunkt eine relative Mehrheit die Anwesenheit amerikanischer Truppen als entweder von geringer Bedeutung oder unwichtig oder schädlich für die Sicherheit der Bundesrepublik hielt. Besonders ausgeprägt stellt sich diese Haltung in den Jahren zwischen 1983 und 1988 dar. An dieser Zeitreihe zeigt sich aber auch, wie hoch jeweils der relative Anteil einzelner Variablen an der Erklärung der Einstellungen ist. Deutlich tritt hier die Parteineigung in den Vordergrund, die zeitweise fünf- bis sechsmal erklärungskräftiger ist als zum Beispiel Alter oder Bildung. Konfessionelle Unterschiede spielen nur eine geringere Rolle (hier sind es vor allem diejenigen, die sich als konfessionslos bezeichnen, die amerikanischen Truppen gegenüber skeptisch eingestellt sind), das jeweilige Geschlecht spielt in der Einstellung fast gar keine Rolle.

Einen etwas detaillierteren Blick auf die Einstellungen zur amerikanischen Präsenz in Europa erlauben eine Reihe von Studien, die zwischen Juni 1988 und September 1991 durchgeführt wurden (Tabelle 3804). In der Frageformulierung ähnlich der vorherigen Frage („Die militärische Anwesenheit der Vereinigten Staaten/Präsenz der USA in Europa ist notwendig für die Sicherheit der Bundesrepublik“) zeigt sie zwischen Juni 1988 und August 1990 ein deutliches Ansteigen der Position, daß die Anwesenheit der USA nicht mehr für notwendig gehalten wird. Im Januar 1991, nachdem der Irak Kuwait besetzt hatte und der militärische Aufbau der Golfkriegsallianz im Nahen Osten begonnen hatte, ging diese ablehnende Haltung deutlich zurück, nunmehr waren wieder rund 70 Prozent der Befragten der Meinung, daß eine militärische Präsenz der USA die Sicherheit der Bundesrepublik fördere. Allerdings ist auch hier zu bemerken, daß über den gesamten Zeitraum immer eine relative Mehrheit der Befragten der Meinung war, daß die militärische Präsenz der USA für die Sicherheit der Bundesrepublik notwendig sei. Diese Haltung blieb auch über das Ende des Golfkriegs bis in den Herbst 1993 erhalten (Tabelle 4815). Ebenso wie bei den zuvor referierten Studien zeigt sich hier auch wieder, daß die Einstellung zur militärischen Präsenz der USA in Europa, bzw. der Bundesrepublik hauptsächlich von der Parteineigung bestimmt wird, Alter und Bildung folgen ihr erst nach.

In der Einführung war schon darauf hingewiesen worden, daß die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa und der Bundesrepublik für beide Seiten Vorteile hatte: Für die Europäer neben einer Verstärkung der eigenen Verteidigungskräfte auch die Verknüpfung europäischer mit amerikanischer Sicherheit, für die USA die

Möglichkeit, in Europa in sicherheitspolitischen Fragen Einfluß zu behalten. Zwischen 1981 und 1987 wurde in einer Reihe von Studien gefragt, wem die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik am meisten nütze (Tabelle 1686). Über alle Studien hinweg war immer rund jeweils jeder zweite Befragte der Meinung, daß dies ein Geschäft auf Gegenseitigkeit sei und beiden nütze, nur jeder zwanzigste war hingegen der Meinung, daß niemand einen Nutzen daraus zöge. Jeder vierte der Befragten war schließlich der Ansicht, daß vor allem die Bundesrepublik davon profitiere. Bis auf die Jahre 1983 und 1984 war dies auch immer ein größerer Teil als derjenige, der den USA einen überwiegenden Nutzen aus dieser Partnerschaft zusprach. 1983 waren rund 22 Prozent der Befragten der Meinung, daß die USA einen überwiegenden Teil daraus zögen, dem standen in der einen Studie rund 23 Prozent, in der anderen hingegen nur 19 Prozent gegenüber, die der Meinung waren, daß die Bundesrepublik einen Vorteil daraus hätte. Gleiches gilt auch für das Jahr 1984: Auch hier waren die beiden Anteile, die den USA bzw. der Bundesrepublik einen überwiegenden Vorteil aus dieser Beziehung zugestanden, ähnlich groß. Ab 1986 stellte sich dann wieder das alte, vertraute Bild her: Der größte Teil der Befragten war der Meinung, daß beide Nutzen daraus zögen, der zweitgrößte Teil war derjenige, der meinte, die Bundesrepublik, und der drittgrößte Teil derjenige, der meinte, die USA würden daraus den größten Nutzen ziehen. Während unter Parteianhängern der CDU/CSU diese Reihenfolge über alle Jahre hinweg gleich blieb, sah von 1983 bis 1986 innerhalb der SPD-Anhängerschaft ein jeweils gleich großer Teil die Bundesrepublik bzw. die USA als überwiegenden Nutzer dieser Beziehung. Ganz anders hingegen stellt sich das Bild bei den Anhängern der Grünen dar. Fast jeder zweite Parteianhänger ist hier der Meinung, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen vor allen Dingen den USA nützen würde, zum Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den Doppelbeschluß 1983 waren dies sogar deutlich über 60 Prozent. Nur jeder vierte Parteianhänger war der Meinung, daß die amerikanischen Truppen beiden Seiten nützten, der Anteil derjenigen, die die Vorteile vor allem auf Seiten der Bundesrepublik sahen, stellten nur eine Minderheit dar. Insgesamt stellt auch hier wieder die Parteineigung diejenige Variable dar, die zwischen den verschiedenen Publika in der deutschen Öffentlichkeit zu unterscheiden vermag, die Zugehörigkeit zu Alters- und Bildungsgruppen sowie Konfessionen weisen zwar auch ein gewisses Maß an Differenzierungskraft auf, kommen aber zu keinem Zeitpunkt an die Stärke der Parteineigung heran.

Für den Zeitraum der achtziger Jahre stehen uns auch eine Reihe von Fragen zur Verfügung, in denen auf die Gründe, warum durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen die Sicherheit gefährdet oder verbessert würde, eingegangen wird (Tabelle 1683). Stellt man die Befragten vor die Wahl, auf diese Frage nur damit zu antworten, daß durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen die Sicherheit des Friedens eher verbessert oder eher gefährdet würde, so antworteten in diesem „kritischen" Jahr 1983 immer noch mehr als drei Viertel aller Befragten (78 Prozent), daß dadurch die Sicherung des Friedens verbessert würde. Wenn auch die Vorgabe von nur zwei, sich gegenseitig ausschließenden Antwortmöglichkeiten die jeweiligen Verteilungen deutlich polarisiert, so bedeuten doch Werte, die zum größten Teil jenseits der 80-Prozent-Marke liegen, daß sich die Anwesenheit amerikanischer Truppen trotz allem noch auf einem großen Konsens innerhalb der Bevölkerung stützen konnte. Eine „Ami go home"-Stimmung läßt sich für die achtziger Jahre nach diesen vorliegenden Daten nicht bestätigen. Ansonsten zeigt sich auch hier das schon bekannte Muster, daß vor allem Jüngere und Höhergebildete die Sicherung des Friedens durch die Anwesenheit amerikanischer Soldaten als eher gefährdet betrachten. Ebenso zeigt sich, daß Anhänger der CDU/CSU fast einmütig eine Verbesserung des Friedens erwarten (über 90 Prozent der Befragten zu allen Zeitpunkten), auf der anderen Seite eine deutliche Mehrheit der Anhänger der Grünen eine Gefährdung des Friedens durch die Anwesenheit amerikanischer Soldaten (über 60 Prozent zu allen Zeitpunkten). Interessant an dieser Frage ist jedoch, daß zu ihr Nachfragen gestellt wurden, in denen die Befragten gebeten wurden, ihre jeweilige Ansicht zu begründen (Tabelle 1684). Für jene, die angaben, daß die amerikanischen Truppen die Sicherung des Friedens verbessern würden, stand zu allen fünf Befragungszeitpunkten das Argument im Vordergrund, daß die Amerikaner die Bundesrepublik stärken und schützen. 1981 und 1982 gab dies fast jeder Zweite an, 1983 war dies nur noch jeder Dritte und bis 1987 stieg der Anteil wieder auf den Wert von 1981. Hingegen traten zwei andere Aspekte im Laufe der Jahre deutlich in den Vordergrund: Zum einen der der Abschreckung, zum anderen der der Versicherung. Während 1981 nur jeder Fünfte angab, daß durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen die Sowjetunion abgeschreckt würde („vor Amerikanern haben Russen Angst"), war es 1982 jeder Dritte und seit 1986 jeder Vierte, der dieser Meinung war. Der Aspekt der Abschreckung nach außen wurde durch die Versicherung der Beistandsverpflichtung nach innen gestärkt (Howard 1982). Deutlich wird dies in der Begrün-

dung, daß die Amerikaner uns Sicherheit geben würden. 1981 und 1982 spielte dieser Aspekt für diejenigen, die angaben, daß durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen die Sicherung des Friedens verbessert würde, nur eine nachgeordnete Rolle: Von den Befürwortern der Anwesenheit amerikanischer Truppen gab dies nur jeder Achte als Grund an. Von 1983 an verdoppelte sich der Anteil derjenigen, von jetzt an nannte jeder Vierte der Befragten diesen Aspekt. In dieser Hinsicht zeitigte die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß, die durch die Friedensbewegung ausgelöst wurde, einen paradoxen Effekt: Auf der Seite der Befürworter einer amerikanischen Truppenstationierung in Deutschland trat damit genau der Abschreckungseffekt, der mit der Stationierung dieser Truppen ursprünglich beabsichtigt war, wieder deutlich in den Vordergrund. Ebenso wurde dadurch innerhalb dieser Befragtengruppe das Bewußtsein von Schutz und Sicherung durch diese Truppen neu geschärft.

Wie begründen die Gegner einer amerikanischen Truppenstationierung in Deutschland ihre Position (Tabelle 1855)? Für sie steht ganz deutlich die Befürchtung oben an, daß sich durch eine solche Stationierung die UdSSR provoziert fühlen könnte. Jeweils rund ein Drittel der Gegner einer solchen Stationierung führte dies als Grund an. In dieselbe Richtung geht die (nur 1986 und 1987 verkodete) Antwort, daß dadurch der Frieden in Europa gefährdet werden würde. Deutlich wird hier eine Haltung, die angesichts der gespannten Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR zu Beginn der achtziger Jahre alles vermeiden wollte, was zu zusätzlichen Spannungen führen könnte. Substantielle Gründe, wie die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Gebiet oder die Befürchtung, daß Deutschland im Falle eines Konflikts zum Schlachtfeld werden würde, traten dagegen zurück und verloren auch im Lauf der Zeit zusätzlich an Bedeutung. Eine prinzipielle Ablehnung fremder Truppen auf deutschem Boden fand sich zu dieser Zeit nur unter jedem zehnten Gegner einer amerikanischen Truppenstationierung. Diese stellten damit innerhalb der Minderheit derjenigen, die sich gegen amerikanische Truppen in der Bundesrepublik aussprachen, nochmals selber eine eigene Minderheit dar.

Insgesamt zeigt sich somit ein Bild, das dadurch gekennzeichnet war, daß unter den Befürwortern einer solchen Truppenstationierung im Laufe der Diskussion der achtziger Jahre diejenigen Aspekte, die mit der Theorie der Abschreckung verbunden sind (Abschreckung und Versicherung), stärker oder neu akzentuiert worden sind.

Auf der anderen Seite finden sich diejenigen, die angesichts der gespannten Lage zwischen den beiden Blöcken in der Betonung auf die herkömmliche Abschreckungsstrategie eine zusätzliche Gefährdung sehen und alles vermeiden möchten, was zu einer zusätzlichen Belastung der Beziehungen führen könnte. Neutralistische Argumente oder solche, die eine Äquidistanz zwischen den USA einerseits und der UdSSR andererseits befürworten, lassen sich durch die hier vorgelegten Daten im nennenswerten Umfang nicht wiederfinden.

Einem Aspekt, der für die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik ausschlaggebend ist, wurde in einer Frage gesondert nachgegangen, nämlich ob auch nach einem Abzug der Amerikaner die Bundesrepublik stark genug sei, sich in Verbindung mit anderen europäischen Truppen der NATO wirksam gegen einen überraschenden Angriff zu schützen (Tabelle 1690). Mit 29 Prozent der Befragten, die angaben, daß dies der Fall sei, war auch dies 1981 nur eine relative Minderheit, diese Überzeugung fand aber im Laufe der achtziger Jahre zunehmend an Anhängern. So waren 1987 demgegenüber schon 38 Prozent der Befragten dieser Meinung. Dabei zeigt sich, daß sich dieses zunehmende Selbstvertrauen in die eigene europäische Stärke nicht erst durch den Amtsantritt Gorbatschows und die mit seinem Namen verbundenen Rüstungskontrollinitiativen entwickelt hat, sondern kontinuierlich seit 1981 - also schon vor seinem Amtsantritt - zugenommen hat. Auch dies stützt die These, daß die achtziger Jahre durch einen Emanzipationsprozeß gekennzeichnet waren. Vor allem Jüngere und Höhergebildete sahen hier auch die Europäer als ausreichend stark, einem solchen Angriff zu widerstehen: Fast jeder zweite der unter 29jährigen (47 Prozent) sowie 45 Prozent derjenigen mit dem höchsten Bildungstitel waren dieser Meinung, unter Parteianhängern der Grünen waren dies 1987 schon zwei Drittel aller Befragten. Am skeptischsten äußerten sich hier wieder die Anhänger von CDU/CSU, unter diesen schloß sich nur jeder Vierte dieser Meinung an.

Trotz des wachsenden Vertrauens in die eigene Stärke sprach sich nur ein geringerer Teil der Befragten für auch nur einen Teilabzug der Amerikaner aus (Tabelle 1687). 1981 war dies nur jeder fünfte (18 Prozent), 1984 fast jeder dritte (30 Prozent), dieser Anteil ging 1987 wieder auf 25 Prozent zurück. Mit anderen Worten: Auch unter denjenigen, die die europäischen Streitkräfte für mittlerweile ausreichend stark hielten, sah ein Teil trotzdem die Notwendigkeit, weitere amerikanische Trup-

pen in der Bundesrepublik stationiert zu lassen. Am deutlichsten wird dies wieder bei den Anhängern der CDU/CSU: Nur jeder zehnte sprach sich 1987 für einen Abzug bzw. Teilabzug aus, wenn auch jeder vierte der Meinung war, daß die Europäer auch alleine ausreichend stark seien. Anders verhält es sich jedoch bei den Anhängern der Grünen: Hier sprechen sich mit rund 75 Prozent der Befragten deutlich mehr für einen Abzug bzw. Teilabzug aus als der Meinung sind, die Europäer seien stark genug. Für die Sicherheit der Bundesrepublik stellte ein Abzug oder auch nur ein Teilabzug der amerikanischen Truppen eh nie eine Alternative oder angestrebte Möglichkeit dar. Bestrebungen, die amerikanische Truppenpräsenz in Europa und besonders in Deutschland zu reduzieren, gingen vor allem von den USA aus und sind dort mit dem Namen von Senator Mansfield verbunden. Zu Beginn der siebziger und Mitte der achtziger Jahre hatte Mansfield im amerikanischen Senat wiederholt versucht, Gesetze zu initiieren, die darauf abzielten, die europäischen Verbündeten zu höheren Verteidigungsanstrengungen zu veranlassen oder zumindest einen finanziellen Ausgleich dafür zu leisten. Ein Truppenabzug wurde in dieser Argumentation lediglich als Drohmittel eingesetzt.

Seit den fünfziger und sechziger Jahren hatte es immer wieder Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und den USA gegeben, in denen diese Aspekte militärischer Sicherheit mit wirtschaftlichen Aspekten verknüpft wurden (Offset- und Devisenausgleichsabkommen, vgl. Thiel 1979). Von daher hatte die Frage, ob die Bundesrepublik einen finanziellen Beitrag dafür anbieten sollte, daß unverändert amerikanische Truppen im Land behalten werden würden, einen durchaus realen Hintergrund (Tabelle 1688). Auch hier zeigt sich, daß eine Mehrheit der Bevölkerung der Meinung war, daß die Bundesrepublik einen solchen Beitrag leisten sollte - allerdings nur einen gewissen Beitrag. Nur eine Minderheit (ungefähr jeder Zehnte) war der Meinung, daß die Bundesrepublik auch einen großen Beitrag dazu leisten sollte. Dem standen rund ein Drittel der Befragten gegenüber, die fanden, die Bundesrepublik solle keinen Beitrag leisten. Allerdings ist für den Zeitraum nach 1983 ein geringfügiges Aufweichen dieser Position zu beobachten, denn der Anteil derjenigen, die einen Beitrag welcher Art auch immer bereit waren, zu zahlen, sank etwas gegenüber den Vorjahren ab, während diejenigen, die nicht bereit waren, einen Beitrag zu leisten, etwas an Stärke gewannen.

Bis Ende der achtziger Jahre war jedoch die Diskussion über eine ausreichende Truppenstärke in Europa auf einen kleinen Zirkel sicherheitspolitischer Experten beschränkt, zumal die USA auch kein allzu großes Interesse hatten, ihre in Europa stationierten Truppen signifikant zu reduzieren. Mit dem Ende des Kalten Krieges verloren jedoch die amerikanischen Truppen ihre Bedeutung als Stolperdraht und Versicherung der Europäer für die amerikanische Bereitschaft, für die europäische Sicherheit einzustehen. Mit dem Ende der Notwendigkeit, einen konventionellen Angriff auf Europa auch mit konventionellen Truppen wirksam abzuschrecken, und angesichts eines riesigen Haushaltsdefizits in den USA gewannen dort diejenigen Stimmen an Oberhand, die für eine drastische Truppenreduzierung in Europa plädierten. Die Folge war eine Reduzierung der amerikanischen Truppenzahl auf ungefähr 70000 Mann, die weiterhin in Europa stationiert bleiben sollten. Die Schließung von Militärbasen vor allem in strukturschwachen Räumen in der Bundesrepublik machten deutlich, daß die hier stationierten Truppen nicht nur eine militärische Bedeutung hatten, sondern vor allem in diesen Räumen auch eine große Bedeutung als Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Mit der drohenden Schließung von Stützpunkten rückte dieser Aspekt deutlich ins Bewußtsein auch der deutschen Öffentlichkeit. So waren 1992 nur 30 Prozent der Befragten der Meinung, daß alle amerikanischen Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollten, dieser Wert verringerte sich bis zum November 1993 auf 19 Prozent. Damit lag dieser Wert im Bereich der Werte, wie sie noch zur Zeit des Kalten Krieges zu finden waren. Auch nachdem die Bedrohung durch einen direkten Angriff auf die Bundesrepublik verschwunden ist, spricht sich der weitaus größte Teil der Bevölkerung für einen Verbleib zumindest einiger amerikanischer Truppen in Deutschland aus. Dabei wird in der Öffentlichkeit durchaus in Rechnung gestellt, daß der bisherige Umfang der amerikanischen Truppen nicht zu halten sei: Rund 44 Prozent der Befragten gaben an, daß ihrer Meinung nach der größte Teil der Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollte, ein Fünftel war immerhin der Ansicht, daß nur einige Truppenteile abgezogen werden sollten, lediglich eine verschwindende Minderheit war der Meinung, daß überhaupt keine abgezogen werden sollten. Wieder zeigt sich, daß die Einstellung zu diesem Thema vor allem durch die Parteineigung strukturiert wird: Während nur 14 Prozent der CDU/CSU-Anhänger der Meinung sind, alle US-Truppen sollten abgezogen werden, sind es rund 59 Prozent der Anhänger der Grünen/Bündnis 90. Ebenso spielen Bildungsunterschiede eine Rolle, jene mit höherem Bildungstitel sind eher der Mei-

nung, daß alle Truppen abgezogen werden sollten als zum Beispiel jene mit einem niedrigeren Bildungstitel. Das Alter spielt in dieser Frage keine Rolle.

Die Einstellungen in der Bevölkerung zur Anwesenheit amerikanischer oder anderer ausländischer Truppen werden sicherlich nicht nur von strategischen Überlegungen bestimmt. Genauso ausschlaggebend sind auch Erfahrungen im täglichen Umgang miteinander dort, wo solche Truppen auch stationiert sind. Das Verhältnis zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Bürgern wird dabei von einer großen Mehrheit als durchgehend sehr gut oder gut angesehen (Tabelle 2905). Zwischen 1986 und 1993 waren rund 60 Prozent der Befragten dieser Meinung, rund ein Drittel bezeichnete das Verhältnis als eher „mittel“, und nur eine verschwindende Minderheit gab an, daß das Verhältnis schlecht sei. Die Einschätzung dieses Verhältnisses ist dabei nur geringfügigen Schwankungen unterworfen, die allerdings auch auf eine leicht veränderte Fragestellung, bzw. Antwortvorgaben zurückzuführen sind. Vergleicht man die beiden Endpunkte dieser Zeitreihe, so läßt sich gar eine leichte Zunahme der positiven Bewertung des Verhältnis zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Bürgern feststellen. Wenn man in Betracht zieht, daß durch die Rückverlegung amerikanischer Streitkräfte, die Auflösung von Standorten und die Reduzierung der Manövertätigkeit die Gründe für Ärgernisse und Beschwerden der betroffenen Bevölkerung weitgehend weggefallen sind, so weist die doch recht geringe Veränderung in der Einschätzung des Verhältnis darauf hin, daß auch schon vorher diese Belastungen kaum Einfluß auf die Bewertungen des Verhältnisses hatten. Diese Einschätzungen weisen auch über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg nur relativ geringe Unterschiede auf, in keinem Fall sind sie so groß, daß sie im statistischen Sinne als signifikant zu bezeichnen wären. Sieht man davon ab, so wird auch hier das Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern von älteren Befragten mit niedrigerem Bildungsabschluß und Anhängern der CDU/CSU sowie der FDP positiver bewertet.

3.2.1.5 Politiker

Nach wie vor dürfte der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik für einen großen Teil der Öffentlichkeit mit einem Schleier des Geheimnisvollen umgeben sein. Zu groß ist die Zahl der Akteure, staatlicher und nichtstaatlicher, zu undurchsichtig das Netz der Interessen, und nur in den seltensten Fällen sind die realen Machtverhält-

nisse offensichtlich. Außen- und Sicherheitspolitik wird daher in der Regel auf das Handeln von Staatschefs und Außenministern reduziert. Weil Interessens- und Machtverhältnisse in den Medien nur schwer darstellbar sind, beschränken sich diese zum größten Teil darauf, Politik als eine Kette von „shake hands“ oder der Paraphierung von Abkommen und Verträgen darzustellen. Nicht selten werden solche Ereignisse mediengerecht inszeniert, weil auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Medien gesichert ist, sie den Führungen der jeweiligen Exekutive erlaubt, sich in die Pose des Staatenlenkers zu setzen, und Ergebnisse präsentiert werden können. Eine solche Personalisierung der Politik erlaubt es, über ihre Komplexität hinwegzusehen und durch das Vertrauen in die jeweiligen „Staatenlenker“ zu ersetzen. Werden dann Politiker noch mit bestimmten Images versehen, erleichtert dies die Einordnung in ein Freund-Feind-Schema wesentlich. Insofern ist anzunehmen, daß das Image eines Politikers deutlich auf die Einstellungen gegenüber seiner Politik abfärbt. Ein solcher Transfer läßt sich z.B. angesichts des Images von John F. Kennedy auf die allgemeinen Einstellungen gegenüber den USA feststellen, in umgekehrter Richtung auch das negative Image Ronald Reagans Mitte der achtziger Jahre. Gerade die Einstellungen gegenüber Reagan sind ein gutes Beispiel dafür, wie sich Perzeptionen gegenüber einem Politikbereich durch das Image desjenigen, der dafür verantwortlich ist, färben. Um das Bild Ronald Reagans in der deutschen Öffentlichkeit einschätzen zu können, muß es allerdings zunächst einmal in Perspektive gesetzt werden. Dies bedeutet, daß möglichst vergleichbare Einschätzungen anderer amerikanischer Präsidenten und Politiker zum Vergleich herangezogen werden. Dafür stehen uns Zeitreihen für drei amerikanische Politiker zur Verfügung: dem amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower, seinem Außenminister John F. Dulles sowie Reagans Vizepräsidenten und späterem Nachfolger George Bush.

Wohl nur wenige Politiker waren in der Meinung der deutschen Öffentlichkeit so hoch geschätzt wie der 1952 gewählte amerikanische Präsident Eisenhower: Auf der von 0 bis 1 rekodierten Skala erreichte er Werte von 0,2 bis 0,25. Mit anderen Worten, zwischen 71 Prozent (Mai 1955) und 89 Prozent (November 1956) der Befragten hatten eine sehr gute oder zumindest eine gute Meinung von ihm (Tabelle 327). Auf der anderen Seite war Eisenhower für die Deutschen natürlich kein Unbekannter, auf den sie erst während seines Wahlkampfes oder seiner ersten Zeit als Präsident auf-

merksam wurden. Den Europäern war er schon als Oberbefehlshaber der alliierten Invasionstruppen, Oberbefehlshaber der US-Truppen in Deutschland und seit 1950 NATO-Oberbefehlshaber bekannt. Die Deutschen hatten also reichlich Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit ihm zu machen. Hinzu kam, daß er derjenige Präsident war, unter dessen Ägide der Koreakrieg 1953 beendet wurde, ein Krieg, der einen großen Teil der Bevölkerung stark beunruhigte und in dessen Verlauf sie das Modell eines möglichen Angriffs „des Ostens“ auf die Bundesrepublik sahen. Ihren Höhepunkt hatte die positive Einschätzung Eisenhowers im November 1956 - in diesem Monat gewann Eisenhower zum zweiten Mal die Wahl zur Präsidentschaft - und im Februar 1960, mitten in der von Chruschtschow ausgelösten Berlinkrise, während der die USA ihre Garantie für Berlin nochmals bestätigten. Zu beiden Zeitpunkten lag die positive Meinung von Eisenhower nahe der 90 Prozentmarke. Die Unterschiede in der Einschätzung über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg bleiben dabei gering, im Februar 1960 scheinen sie sogar ganz zu verschwinden.

Im Vergleich zu Eisenhower fallen die Werte seines Außenministers John Foster Dulles deutlich ab (Tabelle 73). Zwar überwog auch hier die positive Einstellung gegenüber Dulles (zwischen 1954 und 1956 waren es rund 60 Prozent, die angaben, eine sehr gute oder gute Meinung zu haben), aber rund ein Drittel der Befragten äußerte sich reservierter mit „teils/teils“. Offensichtlich stand Dulles in der Einschätzung der deutschen Bevölkerung deutlich im Schatten Eisenhowers, denn die Beurteilungen über ihn weisen kaum Schwankungen auf. Deutlicher als bei Eisenhower zeigt sich hier jedoch, daß Parteiunterschiede die Einstellung ihm gegenüber beeinflussen: Anhänger der CDU/CSU bewerten ihn mit Skalenpunkten von 0,28 bis 0,30 wesentlich besser als Anhänger der SPD, die ihm im Mittel nur Werte zwischen 0,34 und 0,42 zukommen lassen. Andere Unterscheidungsmerkmale, wie Geschlecht, Alter oder Bildung spielen in der Einschätzung Dulles überhaupt keine Rolle.

Rund eine Generation nach Eisenhower trat George Bush die Nachfolge Ronald Reagans als amerikanischer Präsident an (Tabelle 4102). Für die deutsche Öffentlichkeit mußte Bush als ehemaliger Vizepräsident Reagans erst aus dessen Schatten heraustreten: Im Mai 1989 lag seine Bewertung auf der rekodierten Skala bei 0,48, das heißt, nur etwa jeder Zweite bewertete ihn positiv oder sehr positiv. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß die hier den Befragten vorgelegte Skala, anders als bei den Skalen aus den fünfziger Jahren, keine Mittelposition enthielt, so daß hier

eine Häufung der Antworten im oberen oder unteren Skalenbereich möglich ist. Dies spiegelt sich auch in den im Vergleich zu Eisenhower höheren Werten auf der Skala wider. Begann die Präsidentschaft Bushs in den Augen der deutschen Öffentlichkeit noch etwas verhalten, so änderte sich die Stimmung relativ schnell. Bereits nach dem NATO-Gipfel in Brüssel im Mai 1989 und seinem anschließenden Kurzbesuch in der Bundesrepublik nahm die Reserviertheit deutlich ab. Rund drei Viertel der Befragten äußerten sich sehr oder ziemlich positiv gegenüber Bush, Werte, die auch bis zum Ende unserer Zeitreihe im September 1991 im wesentlichen stabil blieben. Dabei stieg die Einschätzung Bushs in der Bevölkerung im Gefolge des Gipfeltreffens vor Malta mit Gorbatschow etwas an, nach dem Ende des Golfkrieges fiel die Bewertung etwas ab. In keinem der Fälle ist jedoch im Verlauf der Zeitreihe von einem dramatischen Einstellungswandel der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Bush zu sprechen. Die Öffentlichkeit war während dieser Jahre - 1989 bis 1991 - offensichtlich zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als daß sie die Amtsführung des amerikanischen Präsidenten kritisch verfolgen wollte. Wie gesehen, blieb selbst der Golfkrieg, der in einigen Teilen der deutschen Bevölkerung zu Protesten geführt hatte, ohne deutliche Auswirkungen auf die Einschätzung des amerikanischen Präsidenten. Deutlich anders als im Vergleich zur Eisenhower-Zeit stellt sich jedoch das Bild dar, wenn es man über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg betrachtet. Waren diese Differenzen in der Eisenhower-Zeit nur gering ausgeprägt, so treten sie nun deutlich zutage: Vor allem die Parteineigung gibt hier Aufschluß darüber, wie die Befragten George Bush gegenüber eingestellt sind. Am besten wird er von Anhängern der CDU/CSU bewertet, am skeptischsten von Anhängern der Grünen/Bündnis 90.

Unionsanhänger traten George Bush von Anfang an mehrheitlich mit Sympathie gegenüber, gleiches galt für jene, die angaben, keine Partei wählen zu wollen und die Anhänger der FDP. Deutlich skeptisch waren jedoch die Anhänger der SPD sowie, mit überwiegender Mehrheit, die Anhänger der Grünen/Bündnis 90. Während innerhalb der Sozialdemokraten schon ab Juni 1989 Bush an Sympathien gewann, dauerte es bis zum November des Jahres, bis sich die Haltung der Anhänger der Grünen ihm gegenüber etwas entspannt hatte. Der Beginn des Luftkrieges gegen den Irak im Januar 1991 polarisierte die Situation deutlich. Unter der Anhängerschaft der Regierungsparteien stieg die Bewertung Bushs etwas, für die Anhängerschaft der

Sozialdemokraten blieb sie im wesentlichen gleich, deutlich verschlechterte sich jedoch die Meinung, die die Anhänger der Grünen über Bush hatten: Vier von fünf Befragten äußerten sich negativ oder sehr negativ über ihn. Sowohl die demonstrative Unterstützung der Bundesregierung für die Politik Bushs, wie auch die Ablehnung der Parteispitze der Grünen/Bündnis 90, genauso wie die abwartende Haltung der SPD-Führung spiegeln sich in den vorliegenden Meinungsumfragen wider. Den schnellen Erfolg der alliierten Truppen in Kuwait konnte Bush jedoch nicht in einen „Sympathiebonus“ - zumindest in der deutschen Öffentlichkeit - umwerten. Zwei Monate nach dem Ende der Kampfhandlungen im Mittleren Osten gingen die Sympathiewerte Bushs unter den Anhängern der Regierungsparteien etwas zurück, während sich die Werte unter den Anhängern der Grünen/Bündnis 90 gegenüber Bush deutlich verbesserten. Damit war im wesentlichen das Ergebnis, wie es sich in der dem Golfkrieg vorangehenden Umfrage darstellte, wieder erreicht. Ein weiterer leichter Anstieg der Sympathiewerte war bis zum September 1991 zu verzeichnen, nach der Unterzeichnung des START-Abkommens in Moskau zur Reduzierung strategischer Waffen nahm das Ansehen von Bush unter allen Befragten etwas zu.

Gegenüber der Parteineigung weisen alle anderen Merkmale, wie Altersgruppen oder Bildungsabschluß, einen wesentlich geringeren Effekt auf die Einstellung gegenüber dem amerikanischen Präsidenten auf. Es läßt sich jedoch auch hier deutlich erkennen, daß vor allem jüngere Befragte und solche mit einem höheren Bildungsabschluß Bush gegenüber skeptischer eingestellt sind.

Selten hat wohl ein Präsident wie Ronald Reagan die deutsche Öffentlichkeit so polarisiert. 1980 gewählt an der Spitze einer konservativen Koalition aus Big Business, Mittelklassen, Neokonservativen und religiösen Fundamentalisten, bestand sein Regierungsprogramm in der Wiederherstellung der amerikanischen Stärke, die er in den siebziger Jahren verlorengegangen sah. Innenpolitisch bedeutete dies den Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat, außenpolitisch die Aufrüstung, um die Machtmittel wieder zu erhalten, die die Position der USA vor allem gegenüber der Sowjetunion benötigten. Die Politik gegenüber der Sowjetunion sollte global, militärisch und offensiv sein (Czempiel 1989: 138). Doch dies war nur die eine Seite der Medaille: Gleichzeitig sollte Reagan in die Geschichtsbücher eingehen als derjenige Präsident, der das erste substantielle Abrüstungsabkommen im Bereich der Nuklearwaffen verhandelt und unterschrieben hatte. Für die deutsche Öffentlichkeit war das Programm

der ersten Reagan-Administration beängstigend. Sie war schon durch die von seinem Vorgänger Carter ausgelöste Diskussion um die Neutronenbombe irritiert gewesen, zusätzlich stand ihr durch den NATO-Doppelbeschluß von 1979 die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen ins Haus. Besorgnis machte sich breit durch neue amerikanische taktische Konzepte (Follow-On-Forces-Attack, horizontale Eskalation), sowie die offensichtliche Unwilligkeit des amerikanischen Präsidenten, europäische Vorstellungen von Entspannungspolitik zur Kenntnis zu nehmen. Wenn auch Reagan die Politik der Konfrontation mit der UdSSR nur eine relativ kurze Zeit durchhalten konnte (angesichts des Wahlkampfes 1984 schlug Reagan moderatere Töne an und kehrte an den Verhandlungstisch in Genf zurück), so blieb doch in weiten Teilen das negative Image haften. Wie groß das Ausmaß der Polarisierung durch Reagan in der deutschen Bevölkerung war, zeigt sich in der Bewertung seiner Person (Tabelle 3518). In fünf von sieben zur Verfügung stehenden Umfragen aus den Jahren zwischen September/Oktober 1986 und Juli/August 1988 - dem Ende seiner Amtszeit - hatte mindestens die Hälfte der Bevölkerung eine eher schlechte Meinung von ihm. Mit solchen Werten ist er der in den vorliegenden Umfragen am schlechtesten bewertete Präsident. Besonders zugespitzt wird dies, wenn man berücksichtigt, daß diese Umfragen aus der Zeit vorliegen, in der Reagan schon auf einen entspannungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Kurs in seiner Außenpolitik umgeschwenkt war. Weder nach dem Gipfel mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow in Reykjavik im Oktober 1986, noch nach der Unterzeichnung des INF-Vertrages in Washington 1987, der den Abzug aller in Europa stationierten nuklearen Mittelstreckenraketen vorsah, verbesserte sich das Ansehen Reagans in der Öffentlichkeit. Das negative Image hielt vor und strahlte auch, wie oben gezeigt wurde, auf seinen Amtsnachfolger George Bush aus. Ganz deutlich wird das Ausmaß der Polarisierung, wenn man diese Zustimmung nach den verschiedenen Anhängerschaften der Parteien differenziert. So waren die Anhänger der CDU/CSU die einzigen, die über alle hier berichteten Studien Reagan ein eher gutes Zeugnis ausstellten: Teilweise waren dies Werte, die an die Zustimmung gegenüber Eisenhower heranreichten und nahe der 90-Prozent-Marke lagen. Den Gegenpol dazu bilden die Anhänger der Grünen, hier waren es bis zu 90 Prozent der Befragten, die Reagan ablehnend gegenüberstanden. Alterszugehörigkeit und Bildungsabschluß spielen auch hier wieder nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, weisen aber

das mittlerweile bekannte Muster auf: Je jünger die Befragten waren und je höher der erreichte Bildungstitel war, desto ablehnender standen sie Reagan gegenüber.

Eine gewisse Schwankung im Image Ronald Reagans läßt sich jedoch feststellen, wenn man danach fragt, ob sich die Meinung der Befragten über Präsident Reagan in der letzten Zeit verbessert hätten (Tabelle 3424): Im Laufe der Verhandlungen bis zum Abschluß des INF-Vertrages über das Jahr 1987 hinweg sank der Anteil derjenigen, die angaben, daß sich ihre Meinung über Reagan im Laufe der letzten Zeit verschlechtert habe, deutlich, während der Anteil derjenigen, die angaben, daß ihre Meinung über ihn gleichgeblieben sei, sich deutlich vergrößerte. Eine insgesamte Verbesserung ihrer Meinung gab nur ein Bruchteil der Befragten an.

Das vergleichsweise schlechte Image Reagans rührt sicherlich aus seiner Rhetorik und der seiner Administration zu Beginn ihrer Amtszeit, ebenso wie der konfrontativen Politik gegenüber der UdSSR her. Diese schien nach dem Tode Breschnews im November 1982 und seinen kurzzeitigen Nachfolgern Andropow und Tschernenko in einen Zustand der Lähmung und Apathie verfallen zu sein. Mit Michail Gorbatschow trat dann am 11. März 1985 ein Gegenspieler auf das diplomatische Parkett, der beanspruchte, ein „neues Denken“ in die sowjetische Politik zu bringen, die UdSSR politisch und wirtschaftlich zu reformieren und dafür einen außenpolitischen Ausgleich zu suchen. Nach außen hin wurde dies deutlich durch die Ersetzung alter Funktionärseliten durch neue, am sichtbarsten durch die Ablösung des damals dienstältesten Außenministers, Andrei Gromyko, durch den Georgier Eduard Schewardnadse. Bereits acht Monate nach seinem Amtsantritt vereinbarte Gorbatschow im Grundsatz mit Präsident Reagan eine Reduzierung der strategischen Nuklearkräfte um 50 Prozent und eine Interimslösung zur Frage der Mittelstreckenwaffen in Europa. Auf dem Gipfeltreffen in Reykjavik zwischen Gorbatschow und Reagan im Oktober 1986 überrumpelte Gorbatschow sein Gegenüber, indem er plötzlich die Halbierung der strategischen Offensivwaffen beider Seiten anbot, Moskau sich auf gleiche Obergrenzen bei diesen Waffen einließ, und vorschlug, alle Mittelstreckenraketen aus Europa zu verbannen. Ein echtes Abrüstungsabkommen war damit in greifbare Nähe gerückt, was zunächst aber an der unnachgiebigen Haltung der USA in der Frage des ABM-Vertrages scheiterte. Reagan wollte seine Idee eines weltraumgestützten Abwehrsystems gegen ballistische Waffen (SDI) nicht ohne weiteres eintauschen. Zu einem Vertrag über atomare Mittelstreckenwaffen in Europa kam es

dann im Dezember 1987, 1988 begann der sowjetische Truppenabzug aus Afghanistan, im selben Jahr unterzeichneten die USA und die UdSSR Abkommen über Kernwaffenversuche und im Dezember des Jahres kündigte Gorbatschow in einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine einseitige Reduzierung der sowjetischen konventionellen Streitkräfte an. Spätestens damit hatte er im Bereich der Rüstungskontrolle die Initiative übernommen, der das westliche Bündnis nichts vergleichbares entgegenzusetzen hatte. Vor diesem Hintergrund hob sich dann das schlechte Image Reagans noch deutlicher ab. Im Dezember 1985 - nach dem ersten Treffen Reagan und Gorbatschows in Genf - waren bereits vier von fünf Befragten der Meinung, daß beide Staatsmänner daran Schuld hätten, daß auf diesem Treffen nicht mehr herausgekommen sei. Rund zwölf Prozent waren der Meinung, daß dies in erster Linie Reagans Schuld sei, im Vergleich dazu sahen nur sieben Prozent die Schuld bei Gorbatschow (Tabelle 2694). Ganz anders wurde dann der Gipfel von Reykjavik im Oktober 1986 bewertet: Fast jeder Zweite sah beide Staatsmänner dafür verantwortlich, daß dieser Gipfel ohne Erfolg blieb (44 Prozent), allerdings sah ein ebenso großer Anteil (45 Prozent) die alleinige Verantwortung bei Reagan. Gorbatschow hingegen wurde nur von sechs Prozent der Befragten die Verantwortung für das Scheitern dieses Gipfels zugeschrieben. Einen Monat später, im November 1986, blieb der Anteil, der beiden die Schuld gab, gleich, Reagan hingegen sahen nur noch 39 Prozent, und Gorbatschow mittlerweile zehn Prozent der Befragten in der Verantwortung. Vor allem jüngere Befragte sahen in allen drei Erhebungen eher die Schuld auf Reagans Seite, wohingegen Ältere die Schuld eher auf Gorbatschows Seite vermuteten. Unterschiede zeigen sich auch, wenn man nach Parteianhängerschaften differenziert: Anhänger der Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP) sahen eher in Gorbatschow den Bremser, wohingegen Anhänger der SPD und der Grünen eher in Reagan den Bremser sahen.

Diese Einschätzung wird auch deutlich in einer Reihe von Fragen, die im Laufe des Jahres 1987 gestellt wurden (Tabelle 3372). Zwischen 80 und 90 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß der sowjetische Parteichef Gorbatschow mehr zu den jüngsten Fortschritten bei den Rüstungskontrollverhandlungen beigetragen hatte als der amerikanische Präsident Reagan. Anders als bei den oben beschriebenen Fragen war hier eine dritte Kategorie, die beiden Staatsmännern gleichermaßen Verantwortung für Scheitern oder Erfolg dieser Verhandlung zuschrieb, nicht zuge-

lassen. In der Öffentlichkeit hatte Gorbatschow den amerikanischen Präsidenten somit weit überflügelt.

Wie deutlich Reagans Image gegenüber dem Gorbatschows unter Druck geraten war, zeigt eine Reihe von Umfragen aus den Jahren zwischen 1985 und 87 (Tabellen 2707, 2706, 2704). Dabei wurden den Befragten Aussagen zu persönlichen Eigenschaften vorgelegt und sie gebeten, anzugeben, ob sie am ehesten Reagan oder Gorbatschow beschreiben würden, ober beide zu gleichen Teilen oder keinen von beiden. Gefragt wurde danach, wieweit beide flexibel bei Verhandlungen seien, ob sie vertrauenswürdig seien und ob sie Verständnis für europäische Probleme hätten. Bei allen drei Aussagen gab in den Umfragen aus dem Dezember 85 und Juni 1986 immer noch ein deutlich großer Teil an, daß diese Aussagen auf beide zuträfen - offensichtlich hatte sich die Bevölkerung noch kein rechtes Bild von Gorbatschow gemacht. Im Dezember 1985 fanden hingegen rund 42 Prozent der Befragten, daß Reagan eher Verständnis für europäische Probleme habe, 25 Prozent, daß er vertrauenswürdig sei und 31 Prozent, daß er flexibel bei Verhandlungen sei. Im direkten Vergleich zwischen beiden Staatsmännern schrieb bis Mitte des Jahres 1986 ein deutlich größerer Teil der Befragten Reagan diese positiven Eigenschaften zu. Mit dem Scheitern des Reykjavik-Gipfels kippte auch die Stimmung zu Ungunsten Reagans: In der Einschätzung der Flexibilität bei Verhandlungen lag er 15 Prozentpunkte hinter Gorbatschow, in der Vertrauenswürdigkeit 14 Prozentpunkte, nur in der Frage, ob er Verständnis für europäische Probleme habe, lag er mit vier Prozentpunkten vor Gorbatschow. Zuvor war kaum jemals denkbar gewesen, daß ein sowjetischer Parteichef als vertrauenswürdiger als der amerikanische Präsident eingeschätzt werden würde, und dies in so deutlichem Maße. Bis September 1987 gewann Reagan zwar wieder an Ansehen in der öffentlichen Meinung, ein Vergleich zu Gorbatschow jedoch fiel für ihn immer problematisch aus. Besonders seine Vertrauenswürdigkeit wurde in Zweifel gezogen, in der Flexibilität bei Verhandlungen wurden beide eher gleich bewertet, nur in der Frage, wer ein Verständnis für europäische Probleme habe, lag Reagan mit rund 41 Prozent gegenüber Gorbatschow mit 25 Prozent deutlich vorne. Zu diesem Zeitpunkt, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, spielten also in der Bewertung Reagans zum einen sein in der ersten Amtszeit erworbenes negatives Image, welches seinen Abrüstungswillen über-

deckte, die Iran-Kontra-Affäre, die sich bis in das Weiße Haus ausdehnte, sowie auf der anderen Seite das relativ positive Image Gorbatschows, eine Rolle.

Die Frage bleibt weiterhin, wie wurden die Images der beiden Staatsmänner Reagan und Gorbatschow über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg wahrgenommen? Auffällig ist hier zunächst einmal, daß die Parteineigung zwar wieder eine deutliche Rolle spielt, sie aber keineswegs so herausgehoben ist, wie in den vorherigen untersuchten Studien. Ähnlich starken Einfluß haben hier Bildungs- und Alterseffekte, es treten aber auch Unterschiede in den Einstellungen je nach Geschlecht auf. Über alle drei Fragen und fast alle Erhebungszeitpunkte hinweg zeigt sich, daß Frauen Reagan eher als Gorbatschow für flexibel, vertrauenswürdig und verständnisvoll für europäische Probleme halten, während Männer eher Gorbatschow, beiden oder keinem von beiden diese Eigenschaften zugute halten. Das, was später als „Gorbimanie“ bezeichnet wurde, scheint also eher ein Phänomen unter Männern denn unter Frauen gewesen zu sein, letztere hielten sich eher an Bekanntes. Nach Altersgruppen unterschieden zeigt sich, daß jüngere Befragte entweder Gorbatschow oder keinem von beiden eher eine der drei hier genannten Eigenschaften zugute halten, ältere schreiben entweder beiden oder eher Reagan diese Eigenschaften zu. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen sind jedoch selten so, daß hier zwei konträre Einschätzungen diametral gegenüberstünden. So zeigt sich zum Beispiel in der Frage nach der Flexibilität bei Verhandlungen, daß sich die jeweils relativen Mehrheiten der verschiedenen Altersgruppen auch in den jeweils selben Zellen, das heißt in derselben möglichen Antwortkategorie, wiederfinden. Die in dieser Hinsicht deutlichsten Unterschiede zeigen sich noch in der Frage nach der Vertrauenswürdigkeit: Ab dem Gipfel von Reykjavik im Herbst 1986 halten unter den älteren Altersgruppen jeweils relative Mehrheiten Reagan für vertrauenswürdig, während unter den beiden jüngeren Altersgruppen die jeweils relativen Mehrheiten entweder keinen von beiden oder eher Gorbatschow für vertrauenswürdig halten.

Den nach der Parteibindung stärksten Einfluß auf die Einstellung gegenüber Reagan oder Gorbatschow hat die Schulbildung. Im direkten Vergleich zwischen Gorbatschow und Reagan zeigt sich, daß mit steigender Schulbildung eher Gorbatschow, mit niedrigerer Schulbildung eher Reagan die oben beschriebenen Eigenschaften zugute gehalten wird. Im Detail zeigt sich jedoch wieder, daß bis Mitte 1986 in allen Punkten der größte Teil der Befragten entweder beiden oder keinem diese Eigen-

schaften zugute hält. Im Zeitraum direkt nach dem Gipfel von Reykjavik in Herbst 1986 hingegen hält in allen Bildungsgruppen eine Mehrheit der Befragten Gorbatschow für flexibler und für vertrauenswürdiger, lediglich in der Frage, wer mehr Verständnis für europäische Probleme habe, unterscheiden sich die Einstellungen: Hier sind es Befragte mit Hauptschulabschluß und mittlerer Bildung, die eher Reagan mehr Verständnis zugestehen, wohingegen Befragte mit Abitur und höherem Abschluß eher Gorbatschow dies zubilligen. Im Laufe des Jahres 1987 verändert sich das Bild etwas, während Befragte mit Hauptschulabschluß weiterhin mehrheitlich Reagan für flexibel, vertrauenswürdig und verständnisvoll halten, halten Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen entweder beiden oder keinem von beiden diese Eigenschaften zugute. Hier scheint sowohl ein Maß an Enttäuschung über noch nicht weiterreichende Abrüstungserfolge eine Rolle zu spielen, wie auch langsam eine Anerkennung der Rolle Reagans bzw. eine Wahrnehmung seines Wandels vom Kalten Krieger weg.

Die wiederum deutlichste Differenzierung in den Einstellungen findet sich, wenn man nach Parteianhängerschaften unterscheidet. Deutlich zeigt sich hier, daß es einerseits auf Seiten der Anhänger der CDU/CSU zu keinem der hier besprochenen Zeitpunkte wie auch in keiner der drei hier besprochenen Fragen eine relative Mehrheit gab, die nicht Reagan eine dieser Eigenschaften zubilligte. Auf der anderen Seite waren es die Anhänger der Grünen, die - bis auf eine Ausnahme - immer mehrheitlich Gorbatschow diese Eigenschaften zusprachen. Weniger deutlich ausgeprägt war die Meinung innerhalb der Anhängerschaft der SPD. Zu Beginn dieser Erhebungsreihe hielt sie sowohl Reagan und Gorbatschow für flexibel, bzw. vertrauenswürdig, Reagan hingegen eher für europäischen Problemen gegenüber verständnisvoll. Im Herbst 1986 war die Anhängerschaft mehrheitlich der Meinung, daß eher Gorbatschow diese Merkmale trüge, im Sommer 1987 hielt sie weiterhin Reagan für europäischen Problemen gegenüber verständnisvoller, auf der anderen Seite Gorbatschow aber für vertrauenswürdiger. In ähnlicher Weise zeigte sich auch die Anhängerschaft der FDP je nach Fragestellung und Zeitpunkt mit wechselnden Mehrheiten. Interessant ist hier auch die Meinung derjenigen, die angeben, über keine Parteineigung zu verfügen. In ihren Meinungen kovariieren sie in erstaunlichem Maße mit den Einstellungen der SPD-Anhängerschaft.

Faßt man die Befunde bis hierher zusammen, zeigt sich, daß Gorbatschows Image keineswegs von Anfang an das Reagans zu überstrahlen vermochte. Vielmehr war sich die deutsche Öffentlichkeit zu Beginn der Amtszeit Gorbatschows noch gar nicht im klaren darüber, mit wem sie es hier zu tun hatte. Wieweit er ein Übergangskandidat war, und wieviel Durchhaltevermögen er haben würde, seine Reformen durchzusetzen, war im Laufe des Jahres 1985/86 noch nicht absehbar. Insofern verhielt sich die deutsche Öffentlichkeit ihm gegenüber zunächst erst einmal abwartend. Entsprechend waren die Einstellungen Reagan gegenüber im Vergleich zu Gorbatschow eher gleichauf oder ihm sogar etwas zugeneigter. Erst der Gipfel im Oktober 1986, bei dem ein Ergebnis zum Greifen nahe gewesen schien, verstärkte die Popularität Gorbatschows und ließ im gleichen Maße Reagans - im Vergleich zu den anderen amerikanischen Präsidenten - negatives Images wieder deutlicher hervortreten. Allerdings schwang das Pendel zugunsten Reagans im Laufe des Jahres 1987 wieder etwas zurück: Nun wurden beide eher als gleich wahrgenommen, bzw. an positiven Eigenschaften traute man keinem von beiden zu. Festzuhalten ist weiterhin, daß in dem Maße, wie nach Charaktereigenschaften oder persönlichen Fähigkeiten gefragt wird, offensichtlich deutlichere Differenzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung bestehen als es sich zum Beispiel in Fragen nach politischen Realitäten und Tatsachen abzuzeichnen scheint. Möglicherweise fühlt sich hier auch ein größerer Teil der Bevölkerung kompetent, dazu Auskunft zu geben, so daß Differenzierungen nach Geschlecht, Alter und Schulbildung neben die schon bekannten Differenzierungen nach Parteineigung dazutreten.

3.2.1.6 Vergleich USA-UdSSR

Der Ost-West-Konflikt, der den internationalen Beziehungen des 20. Jahrhunderts seinen Stempel aufdrückte, ging über einen rein machtpolitischen Konflikt zwischen zwei oder mehr Kontrahenten weit hinaus. Stellte ein rein machtpolitischer Gegensatz noch das Ordnungsmuster der internationalen Beziehungen während des 19. Jahrhunderts dar (Craig/George 1988), und bot sich damit die Möglichkeit, angesichts gemeinsamer Ordnungsvorstellungen auch zu einem Ausgleich zu kommen, traf dies für die Beziehungen des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu. Neben die machtpolitische Auseinandersetzung war eine ordnungspolitische Auseinandersetzung getreten, die sich auf den Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus schlagwortartig reduzieren ließ. Mit der Eroberung der Staatsmacht durch die Bol-

schewiki im Jahr 1919 fand die Ideologie des Marxismus/Leninismus auch geographisch eine Heimat. Für die nächsten 70 Jahre stellten damit sowohl die USA wie die UdSSR die ordnungspolitischen Antipoden dar. Die Wahl zwischen einem von ihnen bedeutete damit immer auch die Wahl zwischen einem ordnungspolitischen Modell.

Für die Bundesrepublik stellte sich diese Wahl - wenn sie überhaupt je bestanden hat - Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr. Von Adenauer, seinen Landleuten herzlich mißtrauend, war die Bundesrepublik vier bis dahin bereits fest in die westliche Staatengemeinschaft integriert worden, der wirtschaftliche Boom der Nachkriegszeit hatte einem großen Teil der Bevölkerung zu relativem Wohlstand verholfen, und eine ständig wachsende Zahl von Flüchtlingen aus der DDR schien die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu untermauern. Auf die Frage, wer als der Stärkere aus einem Wettbewerb ohne Krieg zwischen den USA und der UdSSR in den nächsten 20 bis 25 Jahren hervorginge, gab 1956 jeder Zweite an, daß dies die USA seien, drei von zehn Befragten nannten die UdSSR und zwei von zehn Befragten vermuteten, daß beide gleich stark daraus hervorgingen (Tabelle 569). Das Modell der USA wurde in diesen Jahren jeweils von einer Mehrheit der Befragten als das überlegenere betrachtet, lediglich im Februar 1960 gaben gleich große Teile der Bevölkerung (38 Prozent) an, daß sie die USA bzw. die UdSSR als den Gewinner eines solchen Wettlaufs sehen. Bis zum Juni 1961 stellte sich dann die relative Mehrheit der USA wieder ein. Allerdings wurde der UdSSR in Teilbereichen durchaus eine führende Position im Vergleich zu den USA eingeräumt: Rund 88 Prozent der Befragten waren im Februar 1960 der Meinung, daß die UdSSR im Bereich der Weltraumforschung zur Zeit führend sei, lediglich acht Prozent der Befragten waren der Meinung, daß dies die USA seien (Tabelle 1007). Der „Sputnik-Schock“ aus dem Jahr 1957 hat hier in der Bewertung der Leistungsfähigkeit innerhalb der deutschen Bevölkerung offensichtlich tiefen Eindruck gemacht. Allerdings begannen in den folgenden Jahren die USA diesen Rückstand kontinuierlich auch in den Augen der Öffentlichkeit aufzuholen. Bereits vier Jahre später, im Februar 1964, betrug der Unterschied zwischen denjenigen, die die USA und denjenigen, die die UdSSR vorne liegen sahen, nur noch rund fünf Prozentpunkte. Spätestens mit der erfolgreichen Mondlandung 1969 hatten die USA in den Augen der Öffentlichkeit auch die Führung in der Weltraumforschung übernommen: Knapp zwei Drittel aller Befragten (64 Prozent) nannten jetzt die USA als führend, hingegen nur rund acht Prozent die UdSSR. Rund 28

Prozent der Befragten gaben an, daß beide gleichauf seien. Abgesehen von dem Bereich der Weltraumforschung wurde aber insgesamt in der Öffentlichkeit das größere Potential der wissenschaftlichen Entwicklung auf Seiten der USA gesehen: Zwischen 63 und 52 Prozent der Befragten gaben jeweils an, daß in den anderen wissenschaftlichen Bereichen die USA führend seien, gegenüber zwischen 28 und 15 Prozent, die angaben, daß die UdSSR führend sei. Gleichzeitig stieg aber auch der Anteil derjenigen, die angaben, daß beide in der wissenschaftlichen Entwicklung gleichzögen. Waren dies im Februar 1960 nur rund neun Prozent, so war es im Mai 1965 ein Drittel der Befragten (Tabelle 1008). Beide Meinungen, daß entweder die USA oder die UdSSR führend seien, verloren also im Laufe der sechziger Jahre an Anhängern, zusehends schien sich die Überzeugung durchzusetzen, daß beide Länder gleich leistungsfähig seien.

Ein ähnlicher Trend läßt sich auch aufzeigen, wenn danach gefragt wird, welches der beiden Länder augenblicklich auf kulturellem Gebiet, also Musik, Literatur oder Kunst, führend sei (Tabelle 1017). Auch hier stieg der Anteil derjenigen, die beide Länder gleich sahen, von nur fünf Prozent der Befragten im Februar 1960 auf rund 16 Prozent im Jahre 1965. Allerdings ist hier festzuhalten, daß die Ausgangsvoraussetzungen völlig andere als zum Beispiel im Bereich der Wissenschaft waren. So gaben 1960 noch über 90 Prozent der Befragten an, daß sie die USA als führend sähen, 1965 waren es noch über zwei Drittel der Befragten.

Mit diesen Werten kommt zweierlei zum Ausdruck: Zum einen das hohe Ausmaß, wie amerikanische Kultur in der Bundesrepublik perzipiert und aufgenommen wurde, zum anderen die geringe Perzeption sowjetischer Kultur, deren Aufnahme zum Teil sicherlich durch die ideologische Hemmschwelle des Antikommunismus auch behindert wurde. Erst mit dem Nachlassen der macht- und ordnungspolitischen Konfrontation und dem Übergang zu einer Koexistenz beider Gesellschaftsmodelle schien es möglich, sich aus der ideologischen Fixierung auf die USA zu lösen, ohne dabei die Zugehörigkeit zu der westlichen Wertegemeinschaft in Frage zu stellen. Auffallend war bei all den bisher referierten Fragen, daß Zusammenhänge nach Geschlecht, Altersgruppen, Bildung, Religionszugehörigkeit oder Parteineigung nur ganz vereinzelt und unsystematisch zwischen den verschiedenen Populationen differenzierten. Offensichtlich fühlte sich hier auch ein größerer Teil der Bevölkerung in der Lage, kompetent Auskunft über seine Einschätzungen geben zu können. Anders als politi-

sche Streitthemen waren diese Themen offensichtlich nicht von Parteien besetzt worden, so daß hier Parteimeinungen in die jeweilige Anhängerschaft weitergereicht wurden. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß diese Themen sich auch durch einen durchaus großen Konsens in der Bevölkerung auszeichneten - wie es zum Beispiel die Frage nach der Einschätzung der kulturellen Führerschaft zeigte. Weder waren dies also genuin politische Themen, noch läßt sich sagen, daß eine der großen Parteien außerhalb des hier vorgeführten Konsens stand.

Standen in den hier vorgelegten Datenreihen in den sechziger Jahren zunächst Fragen im Vordergrund, die sich auf die gesellschaftspolitische Über- oder Unterlegenheit des einen oder anderen Systems bezogen, so waren dies in den Untersuchungen seit den achtziger Jahren vor allem Fragen nach dem außenpolitischen Verhalten der USA, bzw. der UdSSR. Innerhalb dieser Fragen nehmen jene, die sich auf im engeren Sinne sicherheitspolitische Themen beziehen, nochmals einen besonderen Raum ein. Auf letztere wird weiter unten eingegangen werden.

Auch wenn Staaten miteinander Allianzen und Bündnisse eingehen, bedeutet dies nicht, daß ihre Beziehungen frei von Konflikten sein werden. Ganz im Gegenteil, wird gerade eine der Aufgaben von Allianzen darin gesehen, daß sie ein Forum bieten, in dem Konflikte friedlich und kooperativ ausgetragen werden können. So erscheint im Rückblick auch die Geschichte der NATO als eine Geschichte von Krisen innerhalb des Bündnisses. Das Spezifische dieser Krisen machte jedoch die Konstellation aus, in der eine Hegemonialmacht schwächeren Mächten gegenüberstand. Die Frage war dabei immer, wie weit die USA bereit wären, auf die Interessen ihrer Verbündeten Rücksicht zu nehmen, oder ihre eigenen Interessen auch gegen Widerstand der Verbündeten durchzusetzen. Besonders herausragende Beispiele sind dafür die NATO-Krise 1966, die mit dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO endete, sowie die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß und die Rolle von Mittelstreckenwaffen in Europa. Auch die UdSSR sah sich innerhalb ihres Bündnissystems immer wieder mit Konflikten ihrer Verbündeten konfrontiert, so beispielsweise mit der Polenkrise 1980 und der eigenwilligen Rolle Rumäniens. In den Zeitraum um die Auseinandersetzung der eurostrategischen Waffen sowie kurz nach der Polenkrise zu Beginn der achtziger Jahre fallen die hier referierten Umfragen.

Zwischen 1983 und 1988 wurden die Befragten gebeten, zu einer Reihe von Punkten anzugeben, wie weit die dort genannten Eigenschaften auf die USA, die Sowjetunion, beide Länder oder keines von beiden Ländern zutreffen würden. Vorgegeben waren Aussagen, die sich auf das Verhältnis des jeweils größeren Partners gegenüber den kleineren Verbündeten beziehen. Als Aussagen wurden vorgegeben: „ein Land, das die Interessen seiner Verbündeten häufig mißachtet“, „ein Land, das sich in die inneren Angelegenheiten kleinerer Länder einmischt“, „ein Land, das seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auch anderen Ländern aufzuzwingen versucht“ (Tabellen 2254, 2246, 2251). Dabei wird deutlich, daß diese negativen Eigenschaften keineswegs nur überwiegend einem Land zugeschrieben werden, sondern regelmäßig eine Mehrheit beiden Ländern solche Absichten unterstellt. Am offensichtlichsten ist dies in der Aussage, daß sich das betreffende Land in die inneren Angelegenheiten kleinerer Länder einmische: 1983 waren rund zwei Drittel der Befragten dieser Ansicht, 1988 waren dies bereits drei Viertel, die angaben, daß diese Aussage auf sowohl die USA wie die UdSSR zutreffe. Die UdSSR hatte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wiederholt und mit blanker Gewalt in die inneren Angelegenheiten ihrer Satellitenstaaten interveniert, zuletzt am deutlichsten 1968 in Prag bei der Invasion in Afghanistan im Dezember 1979. Die Änderung der Einstellungen zu diesem Thema in den achtziger Jahren geht allerdings zu Lasten der USA. Die Unterstützung El Salvadors, Nicaraguas, die Invasion der Karibikinsel Grenada sowie die Mitte der achtziger Jahre bekannt gewordene Iran-Kontra-Affäre ließen die Außenpolitik der USA in diesem Raum als eine reine Machtpolitik erscheinen, die sich - wie die Verminung nicaraguanischer Häfen - sowohl über Völkerrecht als auch über eigene Gesetze - wie die Iran-Kontra-Affäre - hinwegsetzt. In diesem Zeitraum 1983 bis 1988 schrieb auf der einen Seite ein immer größerer Teil der Befragten diese negativen Eigenschaften beiden Ländern zu, gleichzeitig stieg auch der Anteil derjenigen, die alleine den USA diese Eigenschaften zuschrieben. Waren dies zu Beginn der Umfragereihe noch jeweils rund vier Prozent der Befragten, so war 1988 mittlerweile rund jeder Zehnte der Ansicht, daß diese schlechten Eigenschaften alleine auf die USA zuträfen. Dieser Befund gilt auch für die am „härtesten“ formulierte Aussage, daß ein Land seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auch anderen Ländern aufzuzwingen versuche. Auch hier hält jeder zweite Befragte diese Aussage beiden Ländern zugute, und auch hier zeigt sich, daß der Anteil derjenigen, die dies nur den USA zuschreiben, zwischen 1983 und 88 von vier Prozent auf elf Prozent

gestiegen ist. Differenziert man die Antworten wieder nach den verschiedenen Teilpublika, so läßt sich hier ein durchgängiges Antwortmuster feststellen: Mit höherem Alter, niedrigerer Bildung sowie der Neigung zur CDU/CSU steigt der Anteil derjenigen, die diese Eigenschaften nach wie vor vor allem der UdSSR zuschreiben. Lediglich in der Zustimmung zur Aussage, ob das betreffende Land anderen Ländern seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufzwinge, finden sich unter den älteren Befragtengruppen noch relative Mehrheiten, die dieses allein der UdSSR zuschreiben. Bei den anderen Aussagen gehen auch hier die älteren Befragten mittlerweile davon aus, daß diese Eigenschaften auf beide Länder zutreffen. Jüngere Befragte mit höherer Bildung sowie der Neigung zur SPD oder den Grünen hingegen gehen deutlich häufiger davon aus, daß diese Aussagen auf beide Länder zutreffen. Insgesamt erweist sich bei all diesen Fragen nach wie vor noch die Parteineigung als das relativ trennschärfste Kriterium, deutliche Einflüsse, die zum Teil die Stärke der Parteineigung erreichen, lassen sich aber auch für Bildung und teilweise auch für Alter nachweisen. Dabei hat sich im Laufe dieser Erhebungsreihe der relative Einfluß der Parteineigung etwas abgeschwächt, während sich der Bildungseffekt etwas verstärkt hat. Diese Abschwächung des Parteieneffekts ist darauf zurückzuführen, daß vor allem die Anhänger der CDU/CSU, die zu Beginn der achtziger Jahre diese negativen Eigenschaften noch mehrheitlich der UdSSR zuschrieben, langsam auf die Position gewechselt sind, bei der sie nun beiden Staaten diese Eigenschaften unterstellten, das heißt sie rückten auf dem Spektrum zwischen USA und UdSSR eher von der Nähe zur USA ab in eine Position zwischen beiden Polen.

Wie verhält es sich nun mit den Einstellungen im Vergleich der beiden Länder, die sich auf eher sicherheitspolitische Fragen beziehen? Dazu liegen hier zwei auch methodisch interessante Fragestellungen vor: So wurde zum ersten danach gefragt, auf welches Land die Aussage zuträfe, dies sei ein Land, das den Frieden in der Welt wolle. Dem wurde die Aussage gegenübergestellt: „Ein Land, das den Weltfrieden bedroht!“. Das zweite, ähnliche Fragenpaar bezieht sich auf den Rüstungswettlauf zwischen Ost und West: Zum einen sollten hier die Befragten angeben, welches Land ihrer Meinung nach ein verstärktes Wettrüsten zwischen West und Ost betreiben würde, andererseits wurde gefragt, welches Land an der Abrüstung ein großes Interesse habe.

Bereits 1983 war eine absolute Mehrheit der Befragten der Meinung, daß beide Länder den Frieden in der Welt wollten (Tabelle 2247), bis zum Ende der Datenreihe im August 1988 stieg dieser Anteil auf rund 70 Prozent. Auf der anderen Seite waren 1983 und 1986 noch rund 22 Prozent der Meinung, daß alleine die USA den Frieden in der Welt wolle, dieser Anteil ging bis 1988 auf die Hälfte (elf Prozent) zurück. Die Gegenprobe zu dieser Aussage besteht in der Aussage, daß ein Land den Weltfrieden bedrohe (Tabelle 2249). Auch hier wären zunächst, die Konsistenz der Einstellungen vorausgesetzt, ungefähr 70 Prozent der Antworten zu erwarten gewesen, die angeben, daß keines der Länder den Weltfrieden bedrohe. Tatsächlich optiert aber nur rund jeder Zweite (49 Prozent) für diese Antwort. Ein Drittel der Befragten gibt an, daß diese Aussage auf beide Länder zutreffen würde, und 1988 weist ungefähr jeder Zehnte den USA bzw. der UdSSR diese Aussage zu. Auffällig ist hier der Wandel, der sich in den Einstellungen gegenüber der UdSSR vollzogen hat: Wies 1983 noch jeder dritte Befragte allein der UdSSR diese Eigenschaft zu, war es 1986 nur noch jeder vierte und 1988 nur noch jeder zehnte. Im ungefähr gleichen Maße ging der Anteil derjenigen zurück, die beiden Ländern diese Eigenschaft zusprachen (von 42 Prozent 1983 auf 32 Prozent 1988), am deutlichsten aber stieg der Anteil derjenigen, die keinem der Länder unterstellten, daß es den Weltfrieden bedrohe. 1983 war dies nur eine Minderheit - jeder Fünfte gab dies an -, 1988 war dies bereits knapp die Hälfte der Befragten.

Differenziert man die Einstellungen wieder nach verschiedenen Teilpublika, so zeigen sich einige bemerkenswerte Unterschiede. So sind es vor allem Ältere und jene mit niedrigerer Bildung, die angeben, daß die USA das Land seien, welches den Frieden in der Welt wolle (Tabelle 2247). Allerdings zeigt sich, daß diese Meinung in keiner der hier untersuchten Populationen zu irgendeinem Zeitpunkt auch die Mehrheitsmeinung gewesen war. Vielmehr war, wie oben schon ausgeführt, von Anfang an deutlich, daß vom größten Teil der Bevölkerung beide, die USA und die UdSSR, als im gleichen Maße friedensliebend angesehen wurden. Hier zeigen sich im Bezug auf das Alter zunächst nur wenige Unterschiede zwischen den jeweiligen Gruppen, erst ab 1988 beginnt sich das Spektrum aufzufächern und vor allem die jüngeren Altersgruppen unterstützen diese Position. Auch hier spielt die Parteineigung wieder die ausschlaggebende Rolle: Ein deutlicher Rückhalt in der Aussage, daß die USA den Frieden in der Welt wollen, findet sich vor allem unter Anhängern der CDU/CSU,

wohingegen Anhänger der SPD eher beiden Ländern diese Eigenschaft zuschreiben. Am positivsten gegenüber der UdSSR eingestellt zeigen sich die Anhänger der Grünen, diese sind auf der anderen Seite aber auch jene, die am häufigsten keinem der Länder diese Position zubilligen. Ebenso sind die Anhänger der Grünen aber auch jene, die den USA am kritischsten gegenüberstehen. Dies wird deutlich in der Frage, welches Land den Weltfrieden bedrohe (Tabelle 2249). So gaben 1983 rund 13 Prozent der Anhänger der Grünen an, daß dies die USA seien, bis 1988 aber stieg dieser Anteil auf knapp ein Viertel der Grünen. Umgekehrt war dies auch eben jene Gruppe, die am seltensten der UdSSR unterstellte, daß sie den Weltfrieden bedrohe. Diese Haltung wurde zu Beginn der Untersuchungsreihe noch am deutlichsten von Anhängern der CDU/CSU unterstützt: 1983 war dies noch mehr als jeder zweite Anhänger dieser Parteien, wobei der Anteil aber kontinuierlich bis 1988 auf rund 20 Prozent schrumpfte. Gleichzeitig waren es auch vor allem ältere Befragte, die in der UdSSR eine Bedrohung sahen, wobei auch hier zu konstatieren ist, daß der Anteil, der diese Meinung vertrat, zwischen 1983 und 1988 von 46 Prozent auf 18 Prozent schrumpfte. Ein Großteil dieser Altersgruppe sah schließlich in keinem der beiden Länder mehr eine Bedrohung: Der Anteil in dieser Altersgruppe verdreifachte sich innerhalb des Untersuchungszeitraums von 15 Prozent auf 48 Prozent. Demgegenüber gab rund jeder zweite Befragte in der Altersgruppe bis 29 Jahren an, daß beide Länder den Weltfrieden bedrohten. Vor allem Jüngere und Höhergebildete sahen in beiden Ländern eine Bedrohung.

Überblickt man den Wandel des Meinungsbildes über den gesamten Untersuchungszeitraum, so zeigt sich, daß dieser Wandel vor allem zu Gunsten der UdSSR ging: Die Vorstellung, daß die UdSSR den Frieden bedrohe, ging deutlich zurück, daß beide Länder den Frieden bedrohten, ging im Vergleich dazu etwas geringer zurück, deutlich aber stieg der Anteil derjenigen an, die angaben, daß keines der Länder mehr den Weltfrieden bedrohe. Damit wird aber auch deutlich, daß zumindest auf der Aggregatebene die Einstellungen gegenüber der UdSSR sich als wandelbarer erwiesen als die Einstellungen gegenüber den USA. Von jenen, die nur die USA oder beide Länder als Bedrohung wahrnahmen, schien nur ein geringer Teil seine Meinung revidiert zu haben, wohingegen offensichtlich rund zwei Drittel der Befragten, die vorher nur in der UdSSR eine Bedrohung sahen, ihre Meinung geändert hatten.

Ein weiteres Paar von gegensätzlichen Eigenschaften, die den USA oder der UdSSR zugeschrieben werden, besteht in den Aussagen, welches Land ein verstärktes Wettrüsten zwischen Ost und West betreibe und welches Land ein großes Interesse an der Abrüstung habe (Tabellen 2250, 2248). Auch hier zeichnet sich ein deutlicher Meinungswandel in den Bewertungen der beiden Länder ab, der allerdings erst zwischen 1986 und 1988 einsetzt, also nach dem Abschluß des Abrüstungsabkommens über eurostrategische Waffen und der Wiederaufnahme der Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen. Bis 1986 blieb die Öffentlichkeit weitgehend skeptisch: So gaben 1983 rund 60 Prozent der Befragten an, daß beide Länder ein verstärktes Wettrüsten betrieben, 1986 waren dies noch 53 Prozent. Umgekehrt geben 1983 und 1986 jeweils knapp 40 Prozent der Befragten an, daß sie der Meinung seien, daß keines der beiden Länder an der Abrüstung großes Interesse habe. Der anschließende Wandel bis 1988 vollzog sich dann allerdings rapide: Daß beide ein verstärktes Wettrüsten betrieben, unterstellten 1988 jetzt noch 43 Prozent der Befragten, gleichzeitig gaben 28 Prozent der Befragten an, daß dies auf keines der beiden Länder zuträfe. Ebenso gaben 53 Prozent der Befragten an, daß mittlerweile beide Länder an der Abrüstung großes Interesse zeigten, nur noch 15 Prozent der Befragten gaben an, daß dies auf keines der Länder zuträfe.

Betrachtet man wieder die Zusammenhänge nach den verschiedenen Teilpublika, so läßt sich ein ähnliches Bild wie in den oben beschriebenen Umfragen zeichnen: Vor allem Jüngere waren zunächst deutlich häufiger der Meinung, daß beide Länder ein verstärktes Wettrüsten betrieben. Dieser Anteil ging im Laufe der Zeit zwar deutlich zurück, ein Teil der Befragten war 1988 der Meinung, daß keines der Länder ein Wettrüsten betreibe, ein anderer deutlicher Teil war hingegen dann der Meinung, daß vor allem die USA ein solches verfolgten. Hier war 1988 mehr als ein Viertel der Befragten dieser Meinung. Diese Entwicklung gilt etwa in gleichem Maße auch für die Befragten mit höherer Bildung, die mit Abstand skeptischste Meinung gegenüber den USA läßt sich wieder unter den Anhängern der Grünen finden. Anhänger der CDU/CSU, die 1983 noch am häufigsten die UdSSR mit einer solchen Einstellung assoziierten, revidierten im Laufe der Zeit ihre Meinung dahin, daß keines der Länder ein solches Wettrüsten mehr betreibe, auch Anhänger der SPD, die zunächst beide Länder mit einem solchen Wettrüsten assoziierten, schlossen sich dieser Meinung an. Wie schon bei den jüngeren Befragten stellt sich der Meinungswandel unter den

Anhängern der Grünen so dar, daß auch sie zunächst davon ausgingen, daß beide ein Wettrüsten verfolgten, ihre Meinung aber dahin änderten, daß ein Teil von ihnen nur noch die USA in einem solchen Wettrüsten sahen, ein anderer Teil war der Meinung, daß keiner von beiden ein solches betreibe. Diese skeptische Haltung zeigt sich auch in der Frage, welches Land ein größeres Interesse an der Abrüstung habe: Vor allem jüngere, Befragte mit höherer Bildung und Anhänger der Grünen sahen zwischen 1983 und 1988 dieses Interesse auf Seiten der UdSSR deutlich steigen: Dabei verdoppelten sich innerhalb dieses Zeitraums die Anteile in den jeweiligen Teilpublika. Vor allem Jüngere, Höhergebildete und Anhänger der Grünen sahen schon 1986 das Interesse der UdSSR steigen, während die anderen Teilpublika erst im Zeitraum zwischen 1986 und 1988 nachfolgten.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in der Frage, für welches Land es zutreffen würde, daß Krieg nach wie vor ein Mittel seiner Politik sei (Tabelle 2252). Fast jeder zweite Befragte war 1983 wie 1988 der Meinung, daß diese Aussage auf beide Länder, die USA und die UdSSR, zutreffen würde (jeweils 46 Prozent). Deutlich zurückgegangen ist jedoch auch hier der Anteil derjenigen, die eine solche Einschätzung allein für die UdSSR für zutreffend halten: Waren 1983 noch 37 Prozent der Befragten dieser Meinung, so sank ihr Anteil bis 1988 auf nur noch 17 Prozent. In etwas geringerem Umfang hingegen stieg im selben Zeitraum der Anteil derjenigen, die keinem der beiden Länder eine solche Politik unterstellen wollten: 1983 waren dies nur fünf Prozent der Befragten, 1988 war dies fast jeder Fünfte (18 Prozent). Wie auch in allen anderen Fragen zeigt sich, daß vor allem Ältere allein der UdSSR eine solche Politik unterstellten, wohingegen Jüngere der Meinung waren, daß diese Aussage auf beide Supermächte zutreffen würde. Hier war es in der jüngsten Altersgruppe der bis 30jährigen in der Regel jeder zweite Befragte, der dieser Meinung war. In etwa dem gleichen Maße trifft diese Beobachtung auch zu, wenn man nach verschiedenen Bildungsabschlüssen differenziert: Befragte mit niedrigeren Bildungsabschlüssen waren eher der Meinung, daß diese Aussage allein auf die UdSSR zutreffen würde, Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen sahen hier, daß diese Aussage auf beide Supermächte zutrifft. Deutliche Veränderungen zwischen diesen Teilpublika zeigen sich vor allem, wenn man wieder nach der Parteineigung unterscheidet: So sahen 1983 mehr als die Hälfte der Parteianhänger der CDU/CSU, daß allein für die UdSSR Krieg nach wie vor ein Mittel der Politik sei, dieser Anteil verringerte sich aber bis

1988 auf nur noch 29 Prozent. Daß diese Aussage auf keines der beiden Länder zutrifft, gaben 1983 nur 12 Prozent dieser Teilpopulation an. Eine deutliche Mehrheit der SPD-Anhänger sowie der Anhänger der Grünen waren bereits 1983 der Meinung, daß diese Aussagen auf beide Länder zutreffen würden: 54 Prozent der Anhänger der SPD gaben dies an, und rund vier von fünf Befragten der Grünen. Die größten Veränderungen im Aggregat zeigen sich in der Folge bei den Anhängern der CDU/CSU sowie den Anhängern der Grünen: Während ein deutlicher Teil der Anhänger der CDU/CSU ihre UdSSR-kritische Haltung revidierten und 1988 schließlich der Meinung waren, daß diese Aussage auf keines der Länder zutreffen würde, veränderten vor allem die Anhänger der Grünen, die angaben, daß diese Aussage auf beide Länder zutreffen würde, ihre Position: 1988 gaben nunmehr nur noch 58 Prozent dieser Befragtengruppe an, daß die Aussage auf beide Länder zutreffen würde, immerhin aber rund ein Fünftel dieser Befragten, daß diese Aussage allein auf die USA zutreffen würde, und knapp ein Sechstel der Befragten, daß diese Aussage auf keinen zutreffen würde. Unter diesen Befragten haben sich die Gewichte also deutlich zu Ungunsten der USA verschoben, sowie etwas zu einer Position, die keinem der beiden Staaten unterstellt, daß Krieg ein Mittel ihrer Politik sei. Wie aber bei allen anderen Befragtengruppen ist eine deutliche relative Mehrheit der Meinung, daß diese Aussage auf beide Staaten nach wie vor zutreffen würde. Die Folge dieses beobachteten Meinungswandels ist allerdings, daß sich der relative Einfluß der Parteineigung auf die Vorhersage von Einstellungen in diesem Fall deutlich abgeschwächt hat.

Eine Reihe von ähnlichen Fragen bestätigen den Wandel des UdSSR-Bildes Mitte der achtziger Jahre. Zwischen 1982 und 1987 wurden in einem ähnlichen Frageformat wieder Aussagen vorgelegt, bei denen die Befragten angeben sollten, ob diese Aussage mehr auf die USA oder auf die UdSSR zutreffen würde. Ein Wert näher Null gibt dabei an, daß die „mittlere Bevölkerungsmeinung“ der Ansicht ist, daß diese Aussage eher auf die USA zutrifft, ein Wert näher Eins gibt an, daß diese Aussage eher auf die UdSSR zutrifft. So zeigt sich auch hier, daß der Anteil derjenigen, die angaben, daß eher die UdSSR militärische Mittel zur Erreichung ihrer Ziele benütze, im Laufe dieses Zeitraums deutlich zurückgegangen ist (Tabelle 2007). War im Winter 1982 - genau drei Jahre nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan - noch eine absolute Mehrheit der Befragten der Meinung, daß diese Aussage vor allem auf

die UdSSR zutreffen würde, so war im Winter 1987 bereits eine absolute Mehrheit davon überzeugt, daß diese Aussage auf beide Staaten ungefähr im gleichen Maße zutrifft. Auch in der Aussage, welches Land sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmische, läßt sich ein ähnlicher Meinungswandel in der Öffentlichkeit beobachten (Tabelle 2006): Der Anteil derjenigen, die allein der UdSSR eine solche Außenpolitik unterstellen, ging deutlich zurück zugunsten einer Position, die eine solche Außenpolitik bei beiden Staaten sieht. Wie in der vorigen Frage zeigt sich jedoch auch, daß nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung die entgegengesetzte Option wählt, nämlich eine solche Politik allein den USA zuzuschreiben. Dies Bild ändert sich jedoch etwas, wenn in der Frageformulierung der Fokus von harter militärischer Macht und Einflußnahme hin zu weicheren Formen politischer Macht, wie zum Beispiel wirtschaftlichem Einfluß, verändert wird. So gaben 1987 rund 29 Prozent der Befragten an, daß es eher auf die USA zutreffen würde, daß sie versuchten, andere Länder wirtschaftlich zu beherrschen (Tabelle 2003). Hier wanderte zwischen 1982 und 1987 die „mittlere Bevölkerungsmeinung“ deutlich in Richtung der USA. Einer der Gründe dafür war sicherlich die Auseinandersetzung zwischen Europäern und Amerikanern über die richtige Wirtschaftspolitik gegenüber der UdSSR, die ihren Höhepunkt in dem Streit über das deutsch-sowjetische Erdgas-Röhren-Geschäft von 1981 fand, auf den die USA mit wirtschaftspolitischen und juristischen Sanktionen gegenüber den Westeuropäern reagierten. In der Folge wurde dies in der Öffentlichkeit wohl vor allem als der Versuch wahrgenommen, auch die Außenwirtschaftspolitik verbündeter Staaten in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu instrumentalisieren. Dieser Eindruck verschwand nicht mit der politischen Lösung der Auseinandersetzung, vielmehr scheint er sich in den folgenden Jahren im Bewußtsein der Öffentlichkeit weiter verfestigt zu haben. Deutlich im Positiven wurde allerdings die Politik der USA gegenüber armen Ländern gesehen (Tabelle 2008): Rund drei von vier Befragten waren der Meinung, daß die Aussage, dieses Land helfe armen Ländern bei der Entwicklung, deutlich mehr auf die USA als auf die UdSSR zuträfe. Nur jeder Vierte war der Meinung, daß diese Aussage auf beide Länder zutreffen würde, der Anteil derjenigen, die der Meinung waren, daß diese Aussage vor allem auf die UdSSR zutrifft, liegt mit drei Prozent der Befragten im Prinzip schon unterhalb der Nachweisgrenze, wie sie mit Meinungsumfragen erhoben werden kann. Ebenso werden die USA im Vergleich zur UdSSR auch als deutlich glaubwürdiger bei Verhandlungen gesehen (Tabelle 2001). Während 1987 noch jeder Zweite

der Meinung war, daß diese Aussage mehr auf die USA zutrifft, stieg zwischen 1982 und 1987 der Anteil derjenigen, die die USA und die UdSSR als gleichermaßen glaubwürdig ansahen, von 37 auf 43 Prozent der Befragten. Eine höhere Glaubwürdigkeit wollten hingegen nur rund zehn Prozent der Befragten allein der UdSSR zubilligen. In dieser Frage zeigt sich allerdings auch, daß hier die UdSSR zwar noch keinen Gewinn an Glaubwürdigkeit im Bewußtsein der westdeutschen Öffentlichkeit verbuchen konnte, es allerdings einen leichten Rückgang im Ansehen der USA gegeben hat, der sich darin widerspiegelt, daß ein größerer Teil der Befragten der Meinung war, daß diese Aussage sowohl auf die USA wie auch auf die UdSSR zutrifft.

Faßt man die bisherigen Beobachtungen zusammen, so ergibt sich ein Bild des Wandels in den Einstellungen gegenüber der UdSSR in den achtziger Jahren. Ein starres Freund-Feind-Schema, wenn es so überhaupt je existiert hat, beginnt sich aufzulösen. Hatten zu Beginn der achtziger Jahre noch große Teile der Öffentlichkeit ein deutlich negatives Image von der UdSSR, so ging dieser Anteil bis Ende der achtziger Jahre deutlich zurück. Dieses negative Image der UdSSR bedeutete allerdings nicht automatisch, daß die USA ein entsprechend positives Image gewannen. Vor die Wahl gestellt, eine negative Aussage entweder der UdSSR oder den USA zuzuschreiben, votierte in der Regel eine relative, teilweise sogar eine absolute Mehrheit dafür, beiden Staaten diese negative Form der Politik zuzuschreiben. Mit dem deutlichen Mißtrauen gegenüber der UdSSR ging somit auch ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber den USA einher. Daraus allerdings den Schluß zu ziehen, daß die Öffentlichkeit der Bundesrepublik in diesen Jahren eine Position der Äquidistanz bezog, würde das Bild nicht richtig wiedergeben. Zum einen hängen die Ergebnisse dieser Umfragen deutlich vom außenpolitischen und zeitlichen Kontext ab. Die achtziger Jahre waren durchaus eine Epoche, in der der Wiederaufbau amerikanischer Stärke zu einer Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes führte und gleichzeitig auf ein den USA gegenüber zunehmend selbstbewußter auftretendes Westeuropa traf. Beides führte zu Spannungen, die von Washington auszugehen schienen. Sobald sich dieser außenpolitische Kontext zu ändern begann, reagierten auch die Einstellungen in der Öffentlichkeit darauf. So bleibt zunächst festzuhalten, daß diese Meinungsumfragen gerade in eine Zeit verschärfter Spannungen fallen und sich diese Spannungen auch in den Haltungen der Bevölkerung wiederfinden lassen. Wichtiger jedoch ist die Tatsache, daß von diesen Spannungen das Funda-

ment amerikanisch-europäischer Beziehungen nicht berührt wurde. Eine gleiche Entfernung zwischen West und Ost in der Haltung der Bevölkerung hätte, wenn es ein fundamentaler Gesinnungswandel hätte sein sollen, auch die Fundamente der deutsch-amerikanischen Beziehungen berühren müssen. Dies war jedoch erkennbar nicht der Fall. Was sich änderte, war bei gleichbleibendem Fundament eine skeptischere Haltung gegenüber der amerikanischen Tagespolitik und gleichzeitig eine zunehmend entspanntere Haltung gegenüber der sowjetischen Politik. Diese Haltung wird noch einmal exemplarisch deutlich in der Frage, mit welchem Land sich die Bundesrepublik gut stellen sollte (Tabelle 2253). Die Halbierung des Anteils derjenigen, die hier allein die USA nennen von 27 Prozent auf 14 Prozent bedeutet hier nicht eine Abkehr von den USA, sondern eher eine entspanntere Haltung gegenüber der UdSSR. Dies wird deutlich in dem gestiegenen Anteil derjenigen, die angeben, daß sich die Bundesrepublik mit beiden Ländern, der UdSSR wie den USA, gutstellen sollte: Dieser Anteil stieg von 66 Prozent 1983 auf 75 Prozent 1988. Die Bevölkerung reagierte damit durchaus rational auf die Veränderungen innerhalb der UdSSR, so daß von einer „Finnlandisierung“ oder einem Hang zur Neutralität zwischen beiden Blöcken nicht die Rede sein kann.

3.2.2 Bündnispolitik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellte sich für Sieger und Besiegte die Frage, wie die europäische Sicherheit neu zu organisieren sei. Neben die ursprüngliche Frage, wie vor allem die Sicherheit vor Deutschland zu organisieren sei (eine Frage, der besonders Frankreich besonderes Gewicht beimaß), gesellte sich im Schatten des aufziehenden Kalten Krieges auch die Frage, wie Sicherheit für Deutschland zu erreichen sei. Um die Sicherheit für Deutschland zu gewährleisten, hätten sich im Prinzip drei Möglichkeiten angeboten: Erstens eine Beibehaltung des bisherigen Besatzungsregimes mit der entsprechenden Verpflichtung der Siegermächte, Westdeutschland im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Diese Alternative schied jedoch aus, weil ihr zum einen das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen entgegenstand, zum anderen die Siegermächte nicht in der Lage waren, die damit verbundenen Kosten und Pflichten zu übernehmen, sondern im Gegenteil für die Zukunft erwarteten, daß im sich abzeichnenden Ost-West-Konflikt ein wirtschaftlich gesundendes Westdeutschland auch einen Teil der Kosten für die westeuropäische Verteidigung übernehmen würde. Die zweite Alternative hätte in der Aufstellung star-

ker nationaler Streitkräfte bestanden. Dies lief jedoch den Sicherheitsinteressen der westlichen Verbündeten diametral entgegen, vor allem Frankreich fürchtete ein ungebundenes Deutschland an seiner Ostgrenze. Die dritte Alternative, die schließlich auch die Lösung dieses Sicherheitsproblems darstellte, bestand in der engen Verzahnung und Integration der Bundesrepublik im westlichen Bündnis bei gleichzeitiger Aufstellung nationaler, aber integrierter Streitkräfte. Auf diese Weise wären sowohl die westdeutschen Sicherheitsbedürfnisse wie auch die Sicherheitsbedürfnisse der westeuropäischen Nachbarn befriedigt worden. Eine solche politische, militärische und wirtschaftliche Integration in den Westen bedeutete andererseits aber auch, daß das Ziel einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands in weite Ferne gerückt war.

Aus Sicht der westeuropäischen Staaten befriedigte diese Integrationslösung auch ihr Bedürfnis der Sicherheit vor Deutschland. Mit dem Abschluß der Pariser Verträge 1955 entstand ein Geflecht von vertraglichen Bindungen, bei dem die Bundesrepublik im Tausch für ihre völkerrechtliche Souveränität und des militärischen Schutzes gleichzeitig in die Kontrolle und Integration ihres noch aufzubauenden militärischen Potentials einwilligte. Diese enge Verknüpfung von Souveränitätsgewinn und institutionellen Bindungen ist die Grundlage für Alfred Grossers Satz, die Bundesrepublik sei die Schwester der NATO und die Tochter des Kalten Krieges.

3.2.2.1 Neutralität oder Westintegration?

Die Frage, welche Rolle die junge Bundesrepublik in Europa spielen sollte, erregte bis Anfang der sechziger Jahre die Gemüter. Die Frage war dabei nicht so sehr, ob sich die Bundesrepublik „auf die Seite des Ostens“ stellen sollte, sondern welchem Kurs Vorrang gegeben werden sollte: der Westintegration - um den Preis einer baldigen Wiedervereinigung - oder einer Konzeption des „Dritten Weges“ (Schumacher), die eine Wiedervereinigung möglich erscheinen ließ, allerdings um den Preis, daß sich die Bundesrepublik nicht allzu eng in den Westen integrieren würde. Mit letzterem Vorschlag wäre eine Form der Neutralität verbunden gewesen, wie sie 1955 als Lösung für Österreich gefunden wurde. Die Alternative zwischen Westen und Neutralität findet sich so auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit in diesen Jahren wieder: Zu Beginn unserer Zeitreihe im Jahr 1954 votierten 69 Prozent der Befragten dafür, daß sich Westdeutschland auf die Seite des Westens stellen sollte und 30

Prozent der Befragten, daß es sich auf keine Seite stellen sollte. Der Anteil derjenigen, die angaben, daß sich Westdeutschland auf die Seite des Ostens stellen sollte, entsprach mit 0,8 Prozent der Befragten einer durch Meinungsumfragen nicht mehr nachweisbaren Minderheit. Bereits zu diesem Zeitpunkt war somit die bewußtseinsmäßige Integration des größten Teils der Bevölkerung in den Westen vollzogen; Neutralitätskonzepten hing zu diesem Zeitpunkt bereits nur noch eine Minderheit der Befragten nach. Zwar sank der Anteil derjenigen, die für den Westen optierten, zwischen Sommer 1954 und Mai 1955 - dem Inkrafttreten der Pariser Verträge - etwas ab, stieg aber im Laufe der nachfolgenden Jahre unaufhörlich an. Im Februar 1960 votierten bereits 70 Prozent der Befragten, im Sommer 1961 bereits über 80 Prozent der Befragten für den Westen. Bis zum Ende der hier vorliegenden Zeitreihe zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge blieb dieser Anteil konstant. Im selben Maße verringerte sich auch der Anteil derjenigen, die meinten, die Bundesrepublik sollte sich auf keine der beiden Seiten stellen, seit 1961 liegt ihr Anteil an der Bevölkerung bei rund 20 Prozent (Tabelle 11).

So wie die Parteien um den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik stritten, finden sich auch die unterschiedlichen Präferenzen in den Parteianhängerschaften wieder, allerdings bei weitem nicht so deutlich, wie es die Schärfe des Parteienstreites zu dieser Zeit vermuten ließe. Während die Anhängerschaft Adenauers seinen Kurs der Westintegration fast einmütig unterstützte - bereits 1954 waren mehr als vier von fünf Anhängern der CDU der Meinung, daß sich Westdeutschland auf die Seite des Westens stellen sollte - sah sich Schuhmacher mit einer Parteianhängerschaft konfrontiert, die seinen Kurs nur halbherzig zu verfolgen schien. Von zwei Ausnahmen abgesehen (im Februar und Mai 1955) votierte auch hier immer eine Mehrheit von rund 60 Prozent der SPD-Anhänger für eine Bindung an den Westen. Dieser Anteil blieb bis 1960 relativ konstant und ging erst nach dem Kurswechsel der SPD, die durch die Grundsatzrede Wehners im Bundestag eingeläutet wurde und in der auch die SPD den Vorrang der Westintegration akzeptierte, auf Werte um 75 Prozent hoch. Damit hatte sich die zu Beginn der Zeitreihe noch zu beobachtende Schere in den Einstellungen zwischen CDU- und SPD-Anhängern seit Anfang der sechziger Jahre geschlossen. SPD-Anhänger waren zwar noch etwas weniger von der Richtigkeit dieses Weges überzeugt, der Unterschied war jedoch so gering, daß hier von einem außenpolitischen Konsens über die Parteien hinweg gesprochen

werden kann. Anhänger, die eine neutrale Position der Bundesrepublik befürworteten, tauchten zwar in beiden Parteianhängerschaften auf, spielten jedoch nur noch eine untergeordnete und marginale Rolle. Zu Beginn der sechziger Jahre war damit die Frage nach dem grundsätzlichen außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik entschieden und in der Auseinandersetzung nicht mehr politisierbar.

Wenn auch oben deutlich wurde, daß bereits seit Beginn der Zeitreihe Mitte der fünfziger Jahre ein zusehends wachsender Teil der Bevölkerung sich für eine wie auch immer geartete Integration in den Westen aussprach und Neutralitätskonzepte im Laufe der Zeit immer weniger Befürworter fanden, so ließ diese Frage doch offen, auf welche Weise diese Integration bewerkstelligt werden sollte. Die heute selbstverständlich gewordene wirtschaftliche und militärische Integration war, wie oben gezeigt, eine von mehreren möglichen Alternativen, und gerade die westdeutschen Eliten führten einen heftigen Streit um den „richtigen“ Kurs der Westbindung - unabhängig davon, wie groß ihr tatsächlicher Einfluß auf den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik gegenüber den drei Westmächten war. Aus der Sicht der UdSSR galt es zu verhindern, daß sich die junge Bundesrepublik allzu sehr in den Westen integrierte. Was lag also näher, diese sich abzeichnende Integration dadurch zu verhindern, daß den Deutschen im Gegenzug die Möglichkeit zur Wiedervereinigung angeboten wurde? Die beiden Stalin-Noten vom März und April 1952 werden denn auch gemeinhin als Versuch angesehen, die kurz bevorstehende Unterzeichnung der ersten Version des Deutschlandvertrages zu torpedieren. Das von Stalin gemachte Angebot, Deutschland solle durch freie Wahlen wiedervereinigt werden, könne jedoch weder mit dem Westen noch mit dem Osten Bündnisse eingehen, wurde 1955 zur Zeit der Ratifikation der Pariser Verträge den Befragten vorgelegt (Tabelle 262). Die westdeutsche Öffentlichkeit stand diesen Vorschlägen eher reserviert gegenüber: Zwar zog im Mai 1955 noch eine knappe Mehrheit der Befragten (56 Prozent) diesen Vorschlag den Plänen zur Integration Westdeutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis vor, diese Zustimmung bröckelte im Laufe des Jahres 1955 aber deutlich ab, so daß im Dezember 1955 nur noch eine - wenn auch substantielle - Minderheit von 40 Prozent der Befragten die Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Neutralität der Westintegration vorgezogen hätte. Eine Wiedervereinigung um den Preis der Neutralität war mit den meisten Westdeutschen zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr zu machen, darüber hinaus schien spätestens zu dem Zeitpunkt, als die

Verträge endgültig unterschrieben waren, der Zug endgültig auf das Gleis in Richtung Westintegration gesetzt, so daß auch solche hypothetischen Alternativen an Attraktivität verloren. Besonders deutlich wird dies in der Haltung der SPD-Anhängerschaft: Hätten im Mai 1955 noch mehr als drei von vier SPD-Anhängern eine Wiedervereinigung bei Neutralität gegenüber einer Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis bevorzugt, so sank innerhalb weniger Monate nach der Unterzeichnung der Verträge der Anteil derjenigen, die diese Position vertraten, um rund 30 Prozentpunkte auf nunmehr nur noch 48 Prozent im Dezember 1955. CDU-Anhänger hingegen lehnten über den gesamten beobachteten Zeitraum hinweg mehrheitlich einen solchen Vorschlag ab, hier votierten im Mai 1955 rund 60 Prozent der Befragten für eine Eingliederung, im Dezember 1955 waren es 70 Prozent.

Auf etwas mehr Resonanz in der Bevölkerung stieß hingegen ein Vorschlag, der darauf hinausgelaufen wäre, daß England und Amerika ihre Truppen vom Kontinent zurückgezogen und ihre Stützpunkte aufgegeben hätten, sowie daß die UdSSR ihre Streitkräfte hinter die eigenen Grenzen zurückgezogen hätte (Tabelle 265). In dieser Frage wurde die Bündniszugehörigkeit bewußt ausgeklammert, statt dessen wurde hier auf die Rüstungspotentiale der beiden gegnerischen Blöcke abgehoben. Eng verbunden mit der Einstellung zu dieser Frage war offensichtlich der Besuch Adenauers Mitte September 1955 in Moskau. Während im Mai 1955 nur etwas mehr als die Hälfte aller Befragten einen solchen Vorschlag befürworteten, schnellte die Zustimmung zu diesem Vorschlag bis kurz vor der Reise auf rund 72 Prozent der Befragten, nur um dann bis zum Herbst 1955 auf wiederum 62 Prozent abzunehmen. Angesichts dieser deutlichen Schwankungen scheint dieser Vorschlag in den Augen der Öffentlichkeit wohl weniger die Bedeutung einer grundlegenden Richtungsentscheidung für die deutsche Außenpolitik gehabt zu haben, sondern aus der hohen Zustimmung und der engen Verknüpfung mit dem Moskaubesuch läßt sich eher schließen, daß an diesen Besuch die Erwartungen geknüpft wurden, daß es zu einem deutlichen Abbau der Spannungen zwischen Ost und West kommen würde, der sich auch in einer Entspannung der militärischen Situation niederschlagen würde.

Die Frage, ob sich angesichts der Teilung der Welt in zwei antagonistische Blöcke die Bundesrepublik für eine Politik der Westintegration oder der Neutralität entscheiden sollte, war Mitte der fünfziger Jahre nicht nur politisch, sondern auch für einen

großen Teil der Bevölkerung entschieden: eine Politik der Neutralität würde abgelehnt. Die Politik der Westintegration schloß aber in den Augen der Bevölkerung Konzepte, die auf eine Reduzierung der militärischen Potentiale dies- und jenseits des eisernen Vorhanges hinausliefen, nicht aus. Bedeutete aber eine Verpflichtung auf eine Westintegration für die Bevölkerung auch, daß sich die Bundesrepublik in einem Konflikt zwischen den USA und der UdSSR auf die Seite der USA stellen würde? Rund die Hälfte aller Befragten unterstützten im September 1954 genau diese Position (Tabelle 12). Die andere Hälfte der Bevölkerung war hingegen der Meinung, daß sich Westdeutschland auf keine der beiden Seiten stellen sollte, für die Seite Rußlands sprach sich fast niemand aus. Während mit der fortschreitenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem wie gesehen ein immer geringerer Teil der Bevölkerung für eine Position der Neutralität aussprach, ist hier bis zum Oktober 1958 - dem Ende der vorliegenden Datenreihe - ein leichter umgekehrter Trend zu beobachten: Mit leichten Schwankungen stieg der Anteil derjenigen, die der Meinung waren, daß sich Westdeutschland auf keine Seite stellen sollte, bis 1958 auf rund 60 Prozent. Der scheinbare Widerspruch zwischen diesem und den vorhergehenden Ergebnissen löst sich auf, wenn man den zeitgeschichtlichen Kontext berücksichtigt. Die Kampagne „Kampf dem Atomtod!“, die sich gegen die Stationierung von Nuklearwaffen sowie die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen richtete, rief in der Bevölkerung die Schrecken des gerade zehn Jahre zurückliegenden Zweiten Weltkriegs wieder hervor. Zudem wurde zum ersten Mal bewußt, daß im Zeitalter der Atombombe und der massiven Abschreckung selbst ein „totaler Krieg“ mit einem atomar geführten Krieg kaum zu vergleichen wäre. Das von der NATO 1954 durchgeführte Luftmanöver („Carte Blanche“) simulierte den Abwurf mehrerer hundert Atombomben über Deutschland innerhalb weniger Tage und führte zu unvorstellbaren (hypothetischen) Verlusten unter der Zivilbevölkerung (vgl. Haftendorn 1986). Angesichts eines solchen Ausmaß der Zerstörung sowie der Gewißheit, daß sich ein möglicher folgender Krieg vor allem wieder auf deutschem Gebiet abspielen würde, erscheint eine Haltung, die hofft, daß man sich in einem solchen Konflikt neutral verhalten könne, durchaus rational. Daß sich eine solche Haltung allerdings mit den eingegangenen Bündnis- und Schutzverpflichtungen nicht vereinbaren läßt, liegt auf der Hand. Insofern ist diese Frage wohl auch eher dahingehend zu interpretieren, daß hier weniger auf eine realistische politische Alternative angespielt wird, sondern

vielmehr Hoffnungen und Befürchtungen der Bevölkerung angesprochen werden. Eine solche Trennung zwischen Hoffnungen und Befürchtungen einerseits und realistischen politischen Handlungsalternativen andererseits bedeutet aber auch, daß die Antworten auf diese Frage kein Indikator für eine mehrheitliche Position in der Bevölkerung für eine wie auch immer geartete politische Neutralität Westdeutschlands sind. Interessant ist diese Frage jedoch auch noch in anderer Hinsicht: Denn hier zeigt sich ein Verhaltensmuster, welches auf der einen Seite eine politische und militärische Integration unterstützt, auf der anderen Seite aber hofft, nicht in militärische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. In den achtziger Jahren wird dieses Muster im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß, der Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa sowie den Spannungen zwischen der UdSSR und den USA wieder in Erscheinung treten. Auf die Gemeinsamkeit dieser beiden Verhaltensmuster wird noch einzugehen sein, sollte sich diese Vermutung aber auch für die achtziger Jahre weiter erhärten lassen, so würde dies einen erheblichen Schatten auf die Validität der „Nachfolgegeneration"-These werfen.

Spätestens seit 1955 war die Frage, ob die Bundesrepublik ihre Sicherheit gemeinsam mit anderen oder als ein neutrales Land selbständig organisieren sollte, entschieden worden. Zwar gab es bis in die sechziger Jahre immer noch einen geringen Teil der Öffentlichkeit, der die Bundesrepublik lieber als ein neutrales Land sehen wollte, doch standen dieser hypothetischen Alternative keine realistischen Möglichkeiten gegenüber. Zu eng war mittlerweile die Verzahnung der Sicherheit der Bundesrepublik mit der Sicherheit der westlichen Verbündeten, und zu eng war die Integration der Bundeswehr in die westliche Verteidigungsallianz geworden, als daß diese ohne bedeutenden Aufwand hätte gelöst werden können. Vor allem bestand aber kein politischer Wille, die Grundlagen der Sicherheit der Bundesrepublik durch Neutralitätskonzepte aufs Spiel zu setzen. Dies änderte sich jedoch mit dem Auftauchen der Grünen auf der politischen Bühne, die die Auflösung der NATO zum politischen Programm erhoben. Während in drei Umfragen 1987 jeweils nur zwischen 13 und 16 Prozent aller Befragten der Meinung waren, daß sich die Bundesrepublik aus der NATO zurückziehen und ein neutrales Land werden sollte, waren es unter den Grünen rund 53 Prozent der Befragten (Tabelle 3124). Die Werte der Gesamtbevölkerung, die sich für einen neutralen Status der Bundesrepublik aussprach, lagen

damit etwas unter denjenigen, wie sie Mitte der sechziger Jahre in der Frage gemessen wurden, ob sich Deutschland eher auf die Seite des Westens oder auf die Seite des Ostens stellen sollte. Diese Werte stellen allerdings auch für die achtziger Jahre Spitzenwerte dar, wie sich aus einer etwas anderen Fragestellung herauslesen läßt. Hier (Tabelle 1642) wurde für den Zeitraum zwischen 1981 und 1993 zunächst gefragt, ob die Bundesrepublik weiterhin NATO-Mitglied bleiben, einer aufgelockerten NATO oder einer gefestigten NATO angehören, oder ob sie aus der NATO ausscheiden solle. Zwischen 1981 und 1987 stieg der Anteil derjenigen, die meinten, die Bundesrepublik solle aus der NATO ausscheiden, von fünf Prozent auf knapp zwölf Prozent im Jahr 1987 an, und pendelte sich bis zum Ende der Zeitreihe 1993 bei diesem Wert ein. Fast jeder der Befragten, die sich für diese Option entschieden, gab an, daß im Falle eines Ausscheidens aus der NATO die Sicherheit der Bundesrepublik eher durch Neutralität denn durch stärkere nationale Streitkräfte garantiert werden solle (Tabelle 1644). Wer also für ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO war, meinte damit fast immer auch Neutralität. Interessanterweise zeigt sich, daß der Anteil derjenigen, die für einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO waren, gerade in dem Jahr, in dem - wenn überhaupt - die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Disposition stand und sich damit für einen kurzen Moment die Möglichkeit öffnete, daß die Bundesrepublik ein neutrales Land werden könnte, nicht anstieg: Wie schon im Sommer 1989 waren es auch im Sommer 1990 elf Prozent der westdeutschen Befragten, die für einen Ausstieg aus der NATO plädierten, der leichte Anstieg auf dreizehn Prozent im folgenden Jahr läßt sich mit den Auseinandersetzungen um die Rolle der NATO im Golfkrieg erklären. Bereits 1992 hatte sich wieder das alte Niveau von elf Prozent eingependelt. Neutralität ist offensichtlich nur für eine eng begrenzte Gruppe eine tatsächliche Alternative, für den größten Teil der Bevölkerung scheidet diese allerdings aus und wird auch in Zeiten des Umbruchs nicht in Betracht gezogen. Die Frage stellt sich somit, welche Charakteristika diese Gruppe, die so für Neutralität plädiert, aufweist. Das deutlichste Unterscheidungsmerkmal stellt wieder die Parteineigung dar, und hier sind es wieder - wie oben gesehen - die Anhänger der Grünen, die am vehementesten für eine neutrale Bundesrepublik plädierten. Jeder dritte Anhänger dieser Partei gab 1981 an, daß er diese Position vertreten würde, dieser Anteil stieg bis 1987 auf 57 Prozent der Anhängerschaft, um dann im Laufe der Zeit wieder deutlich abzusinken. 1993 war dies nur noch jeder vierte Anhänger der Grünen, der eine solche Position vertrat. Der Einfluß

von Bildung und Alter fällt hingegen deutlich ab. Zwar sind es auch hier wieder vor allem Jüngere und Höhergebildete, die häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt diese Meinung vertreten, zu keinem Zeitpunkt überwog in einer dieser Gruppen eine neutralistische Haltung. Dies bedeutet andererseits, daß es eben nicht die Jugendlichen oder die Höhergebildeten sind, die per se eine neutralistische Haltung einnehmen, sondern daß zu diesen beiden Merkmalen auch noch eine politische Haltung treten muß, die sich in der Parteineigung gegenüber den Grünen niederschlägt. Das heißt, daß es letztlich also auch nur ein Teil der Jüngeren und nur ein Teil der Höhergebildeten war, die für einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und eine folgende neutrale Haltung der Bundesrepublik plädierten.

3.2.2.2 Einstellungen und Bewertung der NATO

Nachdem einmal die Entscheidung zur Westintegration der Bundesrepublik gefallen war, wurde die NATO zu demjenigen Instrument, mit dem die westliche Allianz ihre Sicherheitsinteressen befriedigte. Neben der EWG wurde die NATO für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu dem wichtigsten Organ, in dem sie ihre Interessen vertreten konnte. Entsprechend ihrer politischen Bedeutung nahm auch ihre Bekanntheit in der Öffentlichkeit zu: Spätestens seit Ende der sechziger Jahre war der Begriff „NATO“ in der Bevölkerung Allgemeingut. Sobald ein Begriff dermaßen bekannt ist, lassen sich an ihn auch Orientierungen knüpfen, die im einfachsten Fall rein affektiv sind, d.h. sie lassen sich auf einer Dimension von z.B. „sympathisch-unsympathisch“ oder „positiv-negativ“ abbilden; sie können aber auch eine komplexe Mischung aus Wissen, Annahmen, Ableitungen und affektiven Bewertungen sein. Während in Bezug auf die NATO letzteres wohl nur für einen geringen Teil der Bevölkerung zutrifft, kann angenommen werden, daß der größte Teil der Bevölkerung mit dem Begriff „NATO“ irgendeine positive oder negative Vorstellung verknüpft. Tatsächlich zeigt sich, daß der größte Teil der Bevölkerung die NATO durchaus positiv beurteilt (Tabelle 4827). Rund zwei Drittel der Befragten gaben zwischen 1992 und 1993 an, daß sie die NATO etwas oder sehr positiv beurteilen, lediglich zwischen neun und elf Prozent der Befragten gaben an, daß sie die NATO etwas oder sehr negativ beurteilten. Vor allem Ältere, Befragte mit niedrigerer Bildung sowie Anhänger der CDU/CSU und der FDP beurteilen die NATO deutlich positiver, wohingegen Jüngere, Befragte mit höherer Bildung und vor allem Anhänger der Grünen/Bündnis 90 der NATO skeptisch gegenüberstehen. Allerdings zeigen sich für den hier beob-

achteten Zeitraum gerade für die letzte Gruppe deutliche Veränderungen in Richtung einer positiveren Bewertung der NATO. Während aus der allgemeinen Bewertung einer Organisation natürlich nicht darauf zurückgeschlossen werden kann, welches die Gründe für diese Bewertung sind oder ob z.B. die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation auch gutgeheißen würde - so wäre das positive Image einer Organisation ja auch durchaus vereinbar mit einer Einstellung, daß es andererseits nicht im nationalen Interesse ist, Mitglied auch dieser Organisation zu sein - läßt sich dies mit der folgenden Frage gut beantworten. Hier wurde zwischen 1983 und 1991 danach gefragt, wie die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO beurteilt wird (Tabelle 2218). Aber auch hier zeigt sich, daß die Mitgliedschaft in der NATO innerhalb der Bevölkerung so gut wie unumstritten ist: Über den gesamten Zeitraum hinweg geben mindestens vier von fünf Befragten an, daß sie die Mitgliedschaft gut fänden. Die etwas erhöhten Mittelwerte der beiden USIA-Studien rühren daher, daß hier, im Gegensatz zu den drei anderen Studien, vier anstatt zwei Kategorien vorgegeben waren. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich in der Einstellung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft wiederum am deutlichsten nach der Parteineigung: In diesem Zeitraum zeigen sich wiederum die Anhänger der Grünen der NATO-Mitgliedschaft gegenüber am kritischsten eingestellt, besonders deutlich wird dies im Jahr 1986. Dies ist auch die einzige Gruppe, in der eine NATO-Mitgliedschaft mehrheitlich abgelehnt wurde. Dem stehen wieder die Anhänger der CDU/CSU gegenüber, die im Prinzip geschlossen, d.h. mit Anteilen von über 95 Prozent, die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik als positiv beurteilen.

Welches sind nun die Gründe dafür, daß die Mitgliedschaft und die NATO selber so überaus positiv beurteilt werden? Natürlich stand und steht weiterhin der Aspekt der militärischen Sicherheit als Grund für die NATO-Mitgliedschaft ganz oben an. Im November 1955 gaben neun von zehn Befragten an, daß sie beträchtlich dazu beitrage, die Sicherheit in Westeuropa zu gewährleisten, im November 1956 - kurz nach der Niederschlagung des Ungarnaufstandes - gaben dies 93 Prozent an, rund vier Jahre später im Mai 1960 waren es noch acht von zehn Befragten (Tabelle 507). Auch hier zeigt sich schon, daß vor allem Anhänger der CDU/CSU diesen Sicherheitsaspekt hervorheben, während die Anhänger der SPD hier etwas reservierter sind. Geschlechts-, Alters-, Bildungs- und Konfessionszugehörigkeit weisen kaum Unterschiede in den Einstellungen zu dieser Frage auf. Die in der Frageformulierung mit

angebotene Position, daß die NATO die westeuropäische Sicherheit gefährde, wird entsprechend nur von einer verschwindend geringen Minderheit angenommen: 1955 gaben noch fünf Prozent an, daß dies zuträfe, diese Zahl sank bis 1960 auf knapp zwei Prozent der Befragten. Neben dem Schutz vor militärischen Angriffen bedeutet die Mitgliedschaft in einer Allianz auch, daß die einzelnen Mitglieder politisch und militärisch in geringerem Maße erpreßbar sind. Dieser Aspekt spielt auch in den neunziger Jahren für die Einschätzung der NATO in der Öffentlichkeit eine Rolle (Tabelle 4738): So stimmten rund 60 Prozent der Befragten 1992 und 1993 der Aussage zu, daß ohne die NATO die Bundesrepublik durch militärische Drohungen erpreßbar wäre, rund ein Fünftel der Befragten mochte dieser Aussage nicht zustimmen. Ein weiterer Aspekt, der die hohe Zustimmung zur NATO und der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik auch über das Ende des Kalten Krieges hinaus erklärt, sind die positiven Erfahrungen, die mit der NATO als Sicherheitsorganisation gemacht wurden (Tabelle 4777). Sieben von zehn Befragten stimmten 1992 und 1993 der Aussage zu, daß die NATO weiter behalten werden sollte, weil wir durch sie seit vielen Jahren Frieden hatten. Gegenteiliger Meinung war nur einer von zehn Befragten, rund zwei von zehn Befragten waren sich eher unschlüssig und gaben „teils/teils“ an. So scheint der Erfolg der NATO ihr in der Öffentlichkeit Recht zu geben und ihr Weiterbestehen wie auch die weitere Mitgliedschaft der Bundesrepublik zu rechtfertigen, zum andern scheint die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO selber soweit zur außenpolitischen Staatsräson zu gehören, daß eine Sicherheitsarchitektur ohne sie in der Öffentlichkeit kaum mehr vorstellbar scheint. Dazu gehört sicherlich auch die Bekanntheit und Vertrautheit mit dieser Organisation, zum Teil aber auch die Einsicht, daß eine realistische Alternative ohne die NATO zur Zeit nicht absehbar ist und auch selbst von Teilen der politischen Elite nicht gewünscht wird. Dieser Konsens, die NATO beizubehalten, zeigt sich auch darin, daß auch unter den Anhängern von Grünen/Bündnis 90 eine absolute Mehrheit die hier formulierte Aussage unterstützt.

Dem Sicherheitsgewinn durch die Mitgliedschaft in einer solchen Allianz stehen allerdings eine Reihe von Nachteilen gegenüber: So könnte sich herausstellen, daß durch die Bildung von Allianzen gerade erst Spannungen hervorgerufen werden, d.h., durch ihr Entstehen würden sie den Frieden gefährden. Diese Frage war oben (Tabelle 507) schon angesprochen worden, hier hatte sich gezeigt, daß nur ein ver-

schwindend geringer Teil der Befragten Ende der fünfziger Jahre der Meinung war, daß die NATO den Frieden gefährde. Auch Anfang der neunziger Jahre ist diese Position eine klare Minderheitenposition in der Öffentlichkeit (Tabelle 4699), denn lediglich zehn Prozent der Befragten wollten dieser Aussage zustimmen, während rund zwei Drittel aller Befragten diese Aussage ablehnten. Ganz eindeutig wird somit der NATO von dem größten Teil der Bevölkerung auch nach dem Ende des Kalten Krieges eine friedenssichernde Funktion zugeschrieben. Etwas kritischer hingegen zeigt sich die Öffentlichkeit, wenn es ums Geld geht. So stehen Verteidigungsausgaben immer unter einem besonderen Legitimationsdruck, dies gilt besonders in Zeiten, in denen die Bürger die Belastungen durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Einschnitte in die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen besonders deutlich spüren. Dazu trat nach dem Ende des Kalten Krieges auch die Erwartung, daß die hohen Verteidigungsausgaben deutlich zurückgeschraubt werden könnten und in Form einer „Friedensdividende“ dem Haushalt zur Verfügung stünden. Angesichts dieser Zwänge erscheint dann die Tatsache, daß jeder Zweite die Aussage, die NATO sei reine Geldverschwendung, ablehnt, als deutliches Zeichen für die Unterstützung der NATO. Dem stehen 1992 und 1993 rund ein Viertel der Befragten gegenüber, die diese Aussage befürworteten, der Rest konnte sich eher nicht entscheiden. Schließlich besteht in Allianzen immer die Gefahr, daß Staaten durch Allianzmitglieder in Konflikte hineingezogen werden könnten, die ihren eigenen Interessen widersprechen. Dies war besonders im Verlauf des Golfkriegs um Kuwait in der deutschen Öffentlichkeit heftig diskutiert worden, zum einen weil Stimmen laut wurden, die forderten, daß sich die NATO als Allianz für die Befreiung Kuwaits engagiere, zum anderen, weil innerhalb der NATO deutsche Jagdbomber an die türkisch-irakische Staatsgrenze verlegt wurden, während der Irak damit drohte, die Türkei anzugreifen. Das Bewußtsein, daß auf diese Weise die Bundesrepublik in einen militärischen Konflikt verwickelt werden könnte, spiegeln auch die Antworten auf eine entsprechende vorgegebene Aussage wider: Eine deutliche Mehrheit der Befragten (60 Prozent) war durchaus dieser Meinung, eine Minderheit von rund 20 Prozent mochte dieser Aussage allerdings nicht zustimmen. Bemerkenswert ist hier, daß diese Haltung auch quer durch die Parteianhängerschaften geteilt wird, d.h., daß sich in den Haltungen zwischen z.B. CDU/CSU-Anhängern und Anhängern der Grünen/Bündnis 90 nur geringfügige Unterschiede ausmachen lassen. Insofern stellt diese Aussage auch weniger die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO in

Frage, als sie vielmehr zeigt, daß einem großen Teil der Öffentlichkeit auch die „Schattenseiten“ von Allianzen und Bündnissen bewußt sind und akzeptiert werden.

All die oben genannten Gründe weisen darauf hin, daß auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Verschwinden der Bedrohung, die die Warschauer Vertragsorganisation für die westliche Sicherheit darstellte, die NATO selber, bzw. die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, auf ein hohes Maß an Unterstützung treffen. Auf der anderen Seite wird die Geschichte der NATO immer wieder auch als eine Geschichte von Krisen und Mißverständnissen beschrieben. Darüber hinaus hing natürlich die Einstellung gegenüber der NATO immer auch etwas von der politischen „Großwetterlage“ ab. Insofern ist zu erwarten, daß auch die Einschätzung, ob die NATO für die Sicherheit der Bundesrepublik notwendig sei oder nicht, mit der jeweiligen „Großwetterlage“ variiert. So zeigt sich, daß zwischen 1955 und 1960 die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO als zusehends wichtiger angesehen wird (Tabelle 508): Gaben 1955 noch zwei Drittel der Befragten an, daß die Notwendigkeit der Mitgliedschaft noch genauso groß wie vor einigen Jahren sei und knapp ein Viertel der Befragten, daß sie mittlerweile größer sei, so stieg der Anteil der letzten Gruppe bis 1960 auf 30 Prozent. Nur knapp jeder Zehnte war der Ansicht, daß sich die Notwendigkeit einer Beteiligung im Vergleich zu einigen Jahren zuvor etwas verringert hätte. Ein detailliertes Bild, wie sich die Wahrnehmung der Notwendigkeit der NATO im Laufe der Jahre verändert hat, vermitteln die Tabellen 1510 und 4230. Bis Ende der siebziger Jahre waren in der Regel mehr als neun von zehn Befragten der Meinung, daß die NATO immer noch für die Sicherheit der Bundesrepublik notwendig sei, zwischen vier und sieben Prozent waren der Meinung, daß die NATO nicht länger notwendig sei, und lediglich zwischen einem und drei Prozent, daß die NATO noch niemals für die Sicherheit der Bundesrepublik notwendig gewesen sei. Zu Beginn der achtziger Jahre ändert sich das Bild und beginnt zu schwanken: 1981 und 82 waren nunmehr nur noch drei Viertel aller Befragten der Meinung, die NATO sei notwendig. Dieser Wert stieg noch einmal zwischen 1984 und 1987 auf Werte von deutlich über 80 Prozent, um in den letzten Jahren dieser Dekade auf Werte von nur noch 70 Prozent abzusinken. Zu Beginn des Jahres 1991 wurden noch einmal Werte von 80 Prozent erreicht, der letzte Zeitpunkt dieser Datenreihe vom September 1991 lag dann wiederum bei 75 Prozent derjenigen, die die NATO für die Sicherheit der Bundesrepublik als notwendig erachteten.

Überblickt man diese Datenreihe von 1976 bis 1991, so läßt sie sich in zwei Phasen einteilen, die jeweils durch eine „Krise“ unterbrochen werden. Die erste Phase vom Beginn der Zeitreihe bis 1987 läßt sich in etwa als eine Phase der „Normalität“ beschreiben, die durch die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluß 1981 und 1982 unterbrochen wurde. In dieser Phase wurde die NATO fast einhellig in der deutschen Öffentlichkeit als notwendig für ihre Sicherheit wahrgenommen, rund neun von zehn Befragten gaben dies in diesem Zeitraum an. Diese einhellige Zustimmung wurde lediglich in der Zeit der innenpolitischen Debatte um den NATO-Doppelbeschluß etwas eingeschränkt, wobei aber auch hier immer noch mehr als drei von vier Befragten die NATO für notwendig hielten. In den Jahren nach dem „heißen Herbst“ 1983 stabilisierte sich die Stimmung wieder auf einem Niveau knapp unterhalb der 90 Prozent. Die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluß waren daher keineswegs, wie von einigen befürchtet, die Aufkündigung des öffentlichen Konsens gegenüber der NATO, vielmehr stellen sie im nachhinein lediglich eine „Irritation“ im Verhältnis zur NATO dar.

Eine viel tiefgreifendere Veränderung im Verhältnis zur NATO schien sich hingegen seit 1987 abzuspielen. Seitdem sich das Verhältnis zwischen Ost und West zu lockern begann und dies im INF-Vertrag seine ersten abrüstungspolitischen Früchte trug, wurde die NATO von einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung als nicht mehr so notwendig wie noch vor wenigen Jahren gesehen. Bis zum Winter 1989 ging der Anteil derjenigen, die die NATO als notwendig erachteten, bis auf 70 Prozent der Bevölkerung zurück. Diese Phase des „Umbruchs“ wurde nur kurz durch den Golfkrieg gegen den Irak 1991 unterbrochen: Hier stieg der Anteil derjenigen, die die NATO für notwendig hielten, kurzfristig auf Werte um die 80 Prozent, um dann im September 1991 wieder leicht abzufallen. Ob zu diesem Zeitpunkt die Umbruchphase in der öffentlichen Meinung gegenüber der NATO abgeschlossen war oder sich noch weiter fortsetzte, läßt sich mit den hier vorliegenden Daten nicht entscheiden. Die bislang referierten Daten, die sich auch auf den Zeitraum 1992 und 1993 beziehen, weisen jedoch darauf hin, daß die NATO auch weiterhin als notwendig gesehen wird. Mit Hilfe dieser Datenreihe läßt sich allerdings auch zeigen, daß bis Anfang der achtziger Jahre über die verschiedenen Teilpublika in der deutschen Öffentlichkeit ein Konsens herrschte, der die Notwendigkeit einer Mitgliedschaft in der NATO als notwendig sah. Ab Mitte der achtziger Jahre fällt dieser Kon-

sens auseinander, vor allem bei Jüngeren und Höhergebildeten deutet sich der Meinungswandel, der oben beschrieben wurde, etwas früher an und er vollzieht sich im Vergleich zu den anderen Bevölkerungsgruppen deutlicher. Besonders auffällig wird dies in der Unterscheidung nach der Parteineigung: Während über den gesamten Zeitraum zwischen 88 und 96 Prozent der Anhänger der CDU/CSU von der Notwendigkeit der NATO überzeugt sind, variiert dies bei Anhängern der SPD zwischen 65 und 90 Prozent. Am offensichtlichsten wird dies bei den Anhängern der Grünen, denn selbst nach dem „heißen Herbst 1983“ waren immer noch 70 Prozent der Anhänger dieser Partei von der Notwendigkeit der NATO überzeugt, seit dem sich abzeichnenden Umbruch in Osteuropa schrumpfte dieser Teil auf nur noch 24 Prozent im Juni 1989 und stieg dann bis zum September 1991 auf 33 Prozent.

3.2.2.3 Vertrauen und Stärke

In der Regel wurde von Allianzen angenommen, daß ihre Aufgabe darin besteht, einen potentiellen Gegner abzuschrecken, bzw. das eigene Territorium effektiv zu verteidigen. Die Proteste und Demonstrationen anläßlich des NATO-Doppelbeschlusses haben jedoch gezeigt, daß - zumindest in demokratisch verfaßten Systemen - neben diese originäre Aufgabe eine weitere dazutritt: Sie müssen auch nach innen glaubwürdig und versichernd sein. In dem Moment, wo die eigene Bevölkerung, die ja verteidigt und geschützt werden soll, diesen Schutzversprechen nicht mehr glaubt, sinkt ihre Legitimation und sie gerät unter erheblichen Anpassungsdruck. So kann eine paradoxe Situation entstehen, in der die Abschreckungsstrategie nach außen hin glaubwürdig ist, nach innen aber in Frage gestellt wird. In dem Moment, wo sie nach innen aber nicht mehr als glaubwürdig erscheint, wird sie als nicht mehr notwendig angesehen oder zumindest als erheblich reformbedürftig. Das Vertrauen in eine solche Organisation stellt somit eine notwendige, wenn nicht sogar hinreichende Bedingung für die Zuweisung von Ressourcen und Entscheidungen an diese Organisation. Die NATO konnte sich bis Ende der siebziger Jahre in der deutschen Öffentlichkeit auf eine breite Vertrauensbasis stützen. Jeweils eine deutliche Mehrheit der Befragten (zwischen zwei Drittel und vier Fünftel) gab an, daß sie sehr oder ziemlich großes Vertrauen in die Wirksamkeit der NATO als einer Verteidigungsorganisation für Westeuropa (Tabelle 750) bzw. in ihre Fähigkeit, Westeuropa zu verteidigen (Tabelle 792), habe. Seit Beginn der achtziger Jahre erscheint dieses Vertrauen jedoch erschüttert, denn nunmehr brachte nur noch jeder zweite Befragte

der NATO ein entsprechendes Maß an Vertrauen entgegen. Der Verlauf dieser Vertrauenskurve weist jedoch Schwankungen auf, die sich mit der Entwicklung des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West in Verbindung bringen lassen und von dem auch die Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit der NATO entscheidend abhing. Das größte Maß an Vertrauen genoß die NATO in den Jahren zwischen 1959 und 1969, genau in der Phase, in der die USA noch eine strategische Überlegenheit gegenüber der UdSSR aufrechterhalten konnten. Mehr als drei Viertel aller Befragten vertrauten hier der Wirksamkeit der NATO. Mit der Entwicklung einer strategischen Parität zwischen der UdSSR und den USA spätestens in den siebziger Jahren (eine konventionelle Überlegenheit hatte die UdSSR in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besessen), ging auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die NATO, Westeuropa zu verteidigen, leicht zurück. In dieser Phase zwischen 1976 und 1978 waren aber noch mehr als zwei Drittel der Befragten der Meinung, daß die NATO Westeuropa verteidigen könne. Der Einbruch in das Vertrauen der Öffentlichkeit erfolgte zu Beginn der achtziger Jahre. Die überquellenden nuklearen Arsenale der beiden Supermächte, die Diskussion um die Neutronenwaffe, die Dislozierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen, neue amerikanische Kriegsführungstaktiken, die in der Öffentlichkeit als aggressiv empfunden wurden, sowie vereinzelte Überlegungen aus der neugewählten amerikanischen Reagan-Administration, daß ein möglicher Krieg auf Europa begrenzt werden könne, führte einem Großteil der Öffentlichkeit vor Augen, daß eine militärische Verteidigung des NATO-Gebietes nur um den Preis seiner vollständigen Zerstörung zu haben wäre. Ein großer Teil der Öffentlichkeit verlor unter diesen Umständen das Vertrauen, daß „militärische Verteidigung“ überhaupt noch eine sinnvolle Aufgabe für die NATO sein könnte. Die Frage konnte somit nur noch sein, wie weit die NATO ihre Aufgabe, einen Angriff abzuschrecken, wahrnehmen könnte. Auch hier zeigt sich, daß zu Beginn der achtziger Jahre nur etwa jeder Zweite der NATO vertraute, daß sie einen Angriff auf Westeuropa verhindern könne (Tabelle 1591). Hier zeigt sich jedoch auch, daß es der NATO in der Folge gelang, zumindest in diesem Aspekt Vertrauen wiedergutzumachen, denn im Juni 1988 waren bereits wieder zwei Drittel der Befragten davon überzeugt.

Eine der Grundlagen des Vertrauens in eine solche Organisation ist die Einschätzung ihrer Stärke gegenüber dem Gegner. In diesem Bereich konnte die NATO in den

Augen der Öffentlichkeit zwischen 1956 und 1961 deutlich hinzugewinnen (Tabelle 718): So waren 1956 nur 45 Prozent der Befragten der Meinung, daß sich die NATO zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer kräftigen Position befinde, fünf Jahre später waren es bereits 64 Prozent. Dazu beigetragen hat sicherlich der forcierte Aufbau der NATO, wie er 1952 auf der NATO-Ratssitzung in Lissabon beschlossen wurde, sowie seit 1956 der Aufbau der Bundeswehr. 1965 hingegen wird die NATO nur noch von einem Drittel der Befragten in einer kräftigen Position gesehen, zwei Drittel sehen sie in einer geschwächten. Für die achtziger Jahre zeigt sich ein ähnliches Bild, nämlich die Einschätzung, daß die NATO einschließlich der Bundeswehr stark genug sei, die Bundesrepublik wirksam vor einem Angriff der UdSSR und der Volksarmee der DDR zu schützen (Tabelle 1646). War 1981 gerade jeder zweite Befragte dieser Meinung (49 Prozent), so stieg dieser Anteil bis 1988 auf knapp zwei Drittel an, und ging dann im Jahr 1989 auf 60 Prozent zurück. Diese Einschätzung scheint jedoch weniger auf der Annahme zu beruhen, daß die Stärke der NATO absolut zugenommen habe, sondern dürfte eher damit zu tun haben, daß die Armeen des Warschauer Paktes als technologisch unterlegen perzipiert wurden. Ein zweiter Grund dürfte sein, daß angesichts einer zunehmend kooperativen Politik der UdSSR diese Fragestellung als zusehends hypothetisch und unrealistisch eingeschätzt wurde. Daß die UdSSR zusammen mit der DDR die NATO überraschend angreifen würde, hielt spätestens seit Ende der achtziger Jahre niemand mehr für ernsthaft erwägenswert. Aus dieser Perspektive erschien dann auch die Stärke der NATO als ausreichend, um gegenüber einem Angriff gewappnet zu sein. In der Einschätzung dieses Kräfteverhältnisses waren sich dabei auch die verschiedenen Teilpublika im wesentlichen einig, deutliche und systematische Unterschiede zeigen sich selbst in der für außen- und sicherheitspolitische Einstellungen maßgeblichen Parteineigung nicht.

Die Stärke der NATO beruhte darauf, daß ihr die Mitgliedsländer bereits in Friedenszeiten bestimmte Truppenteile assignierten und, im Falle eines Konflikts, weitaus mehr Truppen zur Unterstellung vorsahen. Innerhalb des Bündnisses reichte dabei das Spektrum von der Bundesrepublik, die sämtliche Truppen der Bundeswehr (mit Ausnahme des Territorialheeres) der NATO assignierte, bis zu Frankreich und zeitweilig auch Spanien und Griechenland, die sich aus der militärischen Struktur zurückzogen, bzw. ihr gar nicht erst beitraten, und nur im politischen Rahmen an der

NATO mitwirkten. Auf der anderen Seite stellte sich gerade in den Beziehungen zwischen den Europäern und den USA innerhalb der NATO immer wieder die Frage, ob die Europäer ihren „gerechten Anteil“ an den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen trügen. Gerade dieser Konflikt, der der NATO seit ihrer Gründung mit in die Wiege gelegt wurde, führte immer wieder zu erheblichen Spannungen und wurde zum Teil auch öffentlich lautstark ausgetragen, auch wenn er in der Regel immer wieder kurzfristig durch Offset- oder Devisenausgleichsabkommen beigelegt werden konnte. In solchen Fällen reichte die Diskussion über den kleinen Zirkel der Sicherheitsexperten auch in die breite Öffentlichkeit hinein. Bereits 1955 wurde gefragt, ob unter den gegenwärtigen Umständen Westdeutschland finanziell und truppenmäßig mehr zur NATO beitragen sollte, ob es weniger oder ungefähr so viel wie gegenwärtig vorgesehen sei beitragen sollte (Tabelle 509). Zu diesen und den folgenden dokumentierten Zeitpunkten gab es immer eine deutliche Mehrheit dafür, daß die Bundesrepublik wie vorgesehen beitragen sollte. Allerdings kann bezweifelt werden, daß mit dieser Antwortvorgabe auch eine Vorstellung der tatsächlichen Kosten und des truppenmäßigen Beitrags der Bundesrepublik zur NATO verbunden sind. Plausibler ist es anzunehmen, daß diese Antwort eher eine Alternative dazu ist, gegenüber dem Interviewer einzugestehen, daß man sich darüber keine Meinung gebildet habe oder es nicht wisse. Wie weit dies eine „echte“ Einstellung oder nur eine Nichteinstellung ist, läßt sich hier nicht beantworten. Interessant sind jedoch die Anteile derjenigen, die angeben, daß die Bundesrepublik mehr bzw. weniger zur NATO beitragen sollte. 1955 und 1960 war dabei der Anteil derjenigen, die weniger Geld ausgeben wollten, deutlich größer als der Anteil derjenigen, die der Meinung waren, die Bundesrepublik solle mehr ausgeben. 1969 jedoch kehrte sich das Bild um: Jeder fünfte Befragte gab an, die Bundesrepublik solle mehr Ressourcen zur Verfügung stellen, nur jeder achte war der Meinung, die Bundesrepublik solle weniger zur NATO beitragen. Diese Umkehrung der Verhältnisse dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß mit der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes die Notwendigkeit der NATO für die Sicherheit der Bundesrepublik unterstrichen wurde und damit auch die Bereitschaft, die NATO deutlicher zu unterstützen.

Die Frage nach dem Beitrag der NATO wird in unserem Datenmaterial Mitte der siebziger Jahre wieder aufgenommen (Tabelle 1512). Allerdings ist hier der Frage-

stimulus etwas verändert, weshalb die Antwortverteilungen nur schlecht miteinander vergleichbar sind. War oben letztlich danach gefragt worden, ob die Bundesrepublik mehr oder weniger zur NATO beitragen sollte, wird hier dieser Beitrag ins Verhältnis zu den Beiträgen der anderen Mitgliedsstaaten gesetzt. Damit verschiebt sich der Maßstab, an dem der Beitrag gemessen wird: In der oberen Frage war der Maßstab die Möglichkeiten und die Interessen der Bundesrepublik alleine, der Maßstab der vorliegenden Frage ist letztlich, ob die Lasten zwischen den Verbündeten fair oder unfair verteilt sind. Wie auch oben zeigt sich hier, daß eine deutliche Mehrheit der Befragten angibt, daß der Beitrag der Bundesrepublik ungefähr richtig sei. Auffällig ist aber, daß im Vergleich zu oben rund ein Drittel der Befragten angeben, daß der Beitrag der Bundesrepublik im Moment größer sei als er sein sollte, nur eine verschwindend geringe Minderheit ist der Meinung, daß er geringer ist als er sein sollte. Insgesamt läßt sich jedoch aus beiden Studien folgern, daß die Höhe des Beitrages der Bundesrepublik zur NATO in der Öffentlichkeit relativ unproblematisch gesehen wird. Der weitaus größte Teil der Öffentlichkeit sah die NATO als notwendig an und war auch bereit, den entsprechenden Beitrag, den die Bundesrepublik als Mitglied leisten muß, zu akzeptieren. Daß Mitte der siebziger Jahre rund ein Drittel der Befragten angab, daß der Beitrag größer sei als er sein sollte, läßt sich eher dahingehend interpretieren, daß die Lastenteilung innerhalb der europäischen Verbündeten als unfair gegenüber der Bundesrepublik gesehen wurde, denn als Aufforderung, den eigenen Beitrag zur NATO zu kürzen.

3.2.2.4 Veränderungen der NATO-Struktur

Wie jede andere Organisation - vor allem, wenn sie so lange besteht - hat die Struktur der NATO mehrere Wandlungen durchgemacht: 1952 mit der Umwandlung von einem Vertrag in eine ständige Organisation, 1966 mit dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Struktur und dem Umzug von Paris nach Brüssel, sowie 1991 mit der internen Reorganisation der Streitkräftestrukturen. Die Vorschläge, in welche Richtung die NATO geändert werden sollte, gaben dabei immer auch Aufschluß, welche Organisationsprobleme wahrgenommen wurden. In der Regel hatten die Änderungswünsche zum Ziel, die Balance zwischen dem Einfluß der USA und dem Einfluß der europäischen Verbündeten innerhalb der NATO zu verändern. Dies berücksichtigen auch die folgenden Fragen, die die Befragten vor verschiedene Alternativen stellen, wie die Bundesrepublik am besten für ihre Sicherheit sorgen könnte.

Wie teilweise oben schon gesehen, zeigt sich, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO dabei nie von einer Mehrheit der Befragten zur Disposition gestellt wurde. Die Alternative, daß Westdeutschland weiterhin Mitglied der NATO bleiben solle, gaben 1955 wie auch 1981 rund 85 Prozent der Befragten an. Angesichts der zwischen diesen beiden Zeitpunkten liegenden Spanne von mehr als einem Vierteljahrhundert ist der exakte Wert dieser beiden Zeitpunkte sicherlich zufällig; er zeigt aber auch, daß sich die Zustimmung zur NATO Anfang der achtziger Jahre im gleichen Rahmen bewegte, wie während der ersten Phase des Kalten Krieges. Wie deutlich solche Werte schwanken zeigt sich im Vergleich der beiden nachfolgenden Zeitpunkte vom Juli 1981 und März 1987: Auch zu diesem Zeitpunkt gaben noch deutlich mehr als drei Viertel aller Befragten an, daß Westdeutschland auch weiterhin Mitglied in der NATO bleiben sollte, die Werte reichen jedoch nicht an die im März 1981 gemessenen heran. Trotzdem läßt sich festhalten, daß auch hier die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft in der Bevölkerung deutlich befürwortet wird.

Auch über die achtziger Jahre hinweg zeigt sich innerhalb der deutschen Öffentlichkeit wenig Bereitschaft, die Strukturen der NATO zu verändern. Gefragt, ob die Bundesrepublik der NATO auch weiterhin in unveränderter Form, ob sie einer mehr aufgelockerten oder aber einer mehr gefestigten NATO angehören soll oder ob es besser für sie sei, aus der NATO auszuscheiden, entschieden sich mindestens zwei Drittel aller Befragten für den Status quo, das heißt, der NATO auch weiterhin in unveränderter Form anzugehören (Tabelle 1642). Diese zwei Drittel Zustimmung waren jedoch der Minimalwert in der vorliegenden, von 1981 bis 1993 reichenden Datenreihe. Tatsächlich lagen die meisten Werte deutlich darüber: Zwischen 1981 und 1988 unterstützten rund vier von fünf Befragten die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in einer unveränderten NATO, erst ab 1989 nimmt der Druck der Öffentlichkeit auf die NATO, sich zu reformieren, langsam zu. So sank der Anteil derjenigen, die sich für eine unveränderte NATO aussprachen, von rund drei Viertel aller Befragten 1989 auf zwei Drittel aller Befragten 1991, und scheint sich auch in diesem Bereich bis 1993 zu stabilisieren. Der Anteil derjenigen aber, die sich für eine aufgelockertere NATO aussprachen, stieg nicht im selben Maße und über denselben Zeitraum: Bis 1983 waren es nur zwischen fünf und sechs Prozent der Befragten, die sich für eine aufgelockertere NATO aussprachen, zwischen 1984 und 1989 stieg dieser Wert auf Bereiche zwischen acht und zehn Prozent, zwischen 1990 und 1991 ging dieser Wert

relativ stark nach oben (16 bis 17 Prozent), um sich dann ab 1992 wieder auf dem vorherigen Niveau einzupendeln. In etwa demselben Maße und Umfang fluktuiert auch der Anteil derjenigen, die die Bundesrepublik aus der NATO lösen möchten: Seit 1983 liegt dieser Wert mit leichten Schwankungen bei ungefähr 11 Prozent der Befragten, selbst 1991 steigt er nicht höher als auf 13 Prozent. Einen noch geringeren Anteil in der Bevölkerung stellen jene, die sich für eine gefestigtere NATO aussprechen. Zwischen 1983 und 1990 liegt dieser Anteil der Bevölkerung mit Werten zwischen zwei und fünf Prozent im Prinzip schon unterhalb der Nachweisgrenze empirischer Meinungsumfragen. Erst unter dem Eindruck des Golfkriegs und des jugoslawischen Bürgerkrieges beginnt dieser Anteil seit 1991 leicht zu steigen und erreichte 1993 einen Wert von zehn Prozent. Von einer Krise der NATO in den Augen der Öffentlichkeit kann aufgrund dieser Daten für die achtziger Jahre zumindest nicht gesprochen werden, Werte von 80 Prozent weisen auf eine deutliche einheitliche Zustimmung hin.

Seit Mitte der achtziger Jahre existiert somit in der deutschen Öffentlichkeit eine zwar nicht besonders starke, aber relativ konstante Strömung, die sich für eine Reform der NATO ausspricht. In welche Richtung sollte diese Auflockerung gehen? Eine Auflockerung der NATO könnte sowohl bedeuten, daß die europäischen Verbündeten innerhalb der NATO gegenüber den USA mehr Selbständigkeit an den Tag legten, eine Lockerung der militärischen Integration, ein europäisches Bündnis ohne die USA oder eine Lockerung der Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 NATO-Vertrag. Ganz deutlich wird, daß diejenigen, die angaben, daß die NATO aufgelockert werden sollte, damit kein Verlassen des herkömmlichen Verteidigungsrahmens im Sinn hatten, sondern vielmehr innerhalb des bestehenden Bündnisses die Rolle der europäischen Verbündeten gestärkt sehen mochten (Tabelle 1854). Ebenso wird deutlich, daß die USA innerhalb der NATO als Hegemonialmacht perzipiert werden, und diese Position in der Öffentlichkeit auch zusehends in Frage gestellt wurde. Die Vorstellung von der NATO, die in der Öffentlichkeit gehegt wird, ist ein Bündnis gleichberechtigter Partner, kein europäischer Alleingang ohne die USA oder gar ein deutscher Alleingang. Faßt man diejenigen, die sich für ein gleichberechtigtes Bündnis und diejenigen, die sich gegen eine Vormacht der USA aussprechen, zusammen, so zeigt sich, daß innerhalb dieser Befragtengruppe eine Stärkung der europäischen Position gegenüber den USA besonders zu Anfang der achtziger Jahre

als Grund für eine Auflockerung der NATO im Vordergrund stand. Bis zu Beginn der neunziger Jahre trat dies Bedürfnis allerdings etwas zurück, mit Beginn der neunziger Jahre wurde innerhalb dieser Befragtengruppe von einem deutlichen Teil auch weniger Rüstungsausgaben als Grund angegeben.

Dieser Aspekt der Auflockerung der NATO-Struktur wurde in einem etwas anderen Zusammenhang noch einmal erhoben (Tabelle 3124). Während die Werte oben Antworten auf eine offene Nachfrage, in welcher Weise die NATO geändert werden müsse, darstellen, die anschließend vom Institut kategorisiert wurden, wurden in der vorliegenden Frage feste Antwortvorgaben gemacht. Auch hier zeigt sich, daß eine absolute Mehrheit der Befragten den Status quo einer Veränderung der NATO-Struktur vorzieht: Zwischen 49 und 69 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß die Bundesrepublik weiterhin Mitglied im NATO-Bündnis bleiben solle, zwischen 17 und 31 Prozent der Befragten sprachen sich für eine europäische Verteidigungsmacht unter europäischem Kommando, aber innerhalb der NATO aus. Eine noch deutlichere Minderheit von 6, bzw. 14 Prozent sprach sich für eine rein europäische Lösung ohne die USA aus. Auch hier wird deutlich, daß die deutsche Öffentlichkeit sowohl in den achtziger Jahren wie auch über die achtziger Jahre hinaus an der NATO in ihrer bisherigen Organisationsform und Struktur festhalten möchte. Ein Reformdefizit wird hier nur in der internen Machtbalance zwischen den Europäern und den USA gesehen, wobei der Öffentlichkeit bewußt ist, daß die NATO auf die Mitgliedschaft der USA angewiesen ist. An diesen Grundsäulen europäischer Verteidigung, wie sie seit nunmehr über 40 Jahren bestehen, soll auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht gerüttelt werden.

Wie verteilen sich nun die Präferenzen für verschiedene NATO-Strukturen über die einzelnen Gruppen in der Bevölkerung? Zunächst ist festzuhalten, daß hier sowohl das Alter, Bildung, Konfession und Parteineigung in der Strukturierung der Einstellungen eine deutliche Rolle spielen, wobei wieder die Parteineigung am deutlichsten hervortritt (Tabelle 1642). Bei dieser zeigt sich wieder das bekannte Muster, daß Anhänger der CDU/CSU am deutlichsten die bisherige Form der NATO-Struktur unterstützen, das heißt eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik ohne Veränderungen. Teilweise werden hier Zustimmungswerte von 90 Prozent erreicht (1986), die ab 1988 bis 1991 auf Werte von rund 75 Prozent zurückgehen, um danach wieder leicht anzusteigen. Für Alternativen, wie z.B. eine aufgelockertere NATO oder gar einen

Austritt, bleibt bei solchen Werten kaum Spielraum. Etwas darunter und damit weitgehend dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechend liegen die Werte für die Anhänger der SPD: Zwischen 1981 und 1988 sind dies rund 80 Prozent, die sich für eine NATO in der bisherigen Form aussprechen, ab 1988 sinkt auch hier dieser Anteil auf rund 61 Prozent ab, um dann ab 1992 wieder leicht zuzulegen. Während auch hier eine gefestigte NATO kaum jemals eine Alternative darstellte, schwankte der Anteil derjenigen, die sich für eine aufgelockertere NATO aussprachen, zwischen sechs Prozent (1981) und 19 Prozent (1990); bzw. für einen Austritt aus der NATO zwischen drei Prozent (1981) und 16 Prozent (1991). Deutlich von diesen beiden Parteien unterscheiden sich die Anhängerschaft der Grünen: So hat lediglich 1989 und 1993 nur jeder zweite eine unveränderte Mitgliedschaft in der NATO unterstützt, ansonsten lagen diese Werte deutlich darunter. Von den anderen Parteianhängerschaften unterscheiden sich die Grünen auch in der Fluktuation, wie sie einzelne Alternativen unterstützen. So nahm die Unterstützung der NATO-Mitgliedschaft zwischen 1981 und 1986 von 41 Prozent auf 29 Prozent ab, um sich dann bis 1989 wieder auf 49 Prozent zu erholen, nur um dann, entsprechend dem Trend, der auch bei den anderen Parteianhängerschaften zu beobachten ist, auf 23 Prozent 1991 abzusinken und für 1992 und 1993 wieder deutlich anzusteigen. Offensichtlich sind die Präferenzen der Grünen-Anhänger in diesen Fragen noch deutlich weniger festgefügt als es z.B. bei den Anhängerschaften der SPD oder CDU/CSU der Fall ist. Auf der anderen Seite zeigt sich, daß in der Frage der NATO-Struktur die Anhängerschaft der Grünen deutlich gespalten ist: So stehen sich zwei ungefähr gleich große Teile mit gegensätzlichen Einstellungen zur NATO-Mitgliedschaft gegenüber, nämlich zum einen der Austritt aus der NATO, zum anderen die Mitgliedschaft in einer unveränderten NATO. Die Mittelposition, die sich für eine aufgelockertere NATO ausspricht, ist zwar zahlenmäßig immer noch substantiell (im Mittel über diese Datenreihe bewegt sie sich bei rund 20 Prozent), fällt in der Stärke aber gegenüber den anderen beiden Blöcken (jeweils knapp 40 Prozent im Mittel) deutlich ab. 1987 befürwortete noch eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent dieser Gruppe den Austritt aus der NATO, dieser Anteil schrumpfte bis 1993 auf rund 23 Prozent. Ebenfalls 1987 sprachen sich lediglich 13 Prozent der Grünen-Anhänger für eine aufgelockertere NATO aus, bis 1991 stieg dieser Anteil auf 30 Prozent. Zwischen 1991 und 1993 zeichnet sich ab, daß derjenige Teil, der eine Mitgliedschaft in einer unveränderten NATO befürwortet, innerhalb der Anhängerschaft der Grünen wieder deutlich an

Position gewinnt: 1993 nahm fast jeder Zweite (49 Prozent) diese Position ein, für eine aufgelockertere NATO sprachen sich rund ein Viertel der Anhängerschaft aus (24 Prozent), ein fast gleich großer Anteil plädierte noch für einen NATO-Austritt. Insgesamt zeigt sich in diesem Meinungsbild, wie sich in der Anhängerschaft der Grünen der Konflikt zwischen einem „fundamentalpolitischen“ und einem „realpolitischen“ Flügel innerhalb der Funktionäre widerspiegelt - wobei sich angesichts der Parteistruktur der Grünen die Frage stellt, ob nicht die Funktionärseliten lediglich die Spaltung der Anhängerschaft widerspiegeln.

Neben diesen deutlichen Differenzierungen durch die jeweilige Parteineigung läßt sich die Einstellung zur NATO-Struktur auch durch die anderen hier aufgeführten Kriterien deutlich differenzieren. Nach der Parteineigung spielen vor allem Bildungsunterschiede eine deutliche Rolle. Hier zeigt sich, daß Befragte mit niedrigerer Bildung deutlich häufiger den bisherigen Status Quo befürworten, während Befragte mit höherer Bildung eher bereit sind, für eine aufgelockertere oder einen Austritt aus der NATO zu plädieren. So zeigen sich teilweise Unterschiede von bis zu 30 Prozentpunkten in der Befürwortung einer NATO-Mitgliedschaft wie bisher. Etwas geringere, aber immer noch sehr deutliche Unterschiede finden sich auch, wenn man zwischen den Altersgruppen differenziert, hier liegen die Werte teilweise bis zu 20 Prozentpunkte auseinander. Auch hier zeigt sich, daß Ältere deutlich eine Mitgliedschaft in der NATO präferieren, während unter Jüngeren ein Anteil zwischen acht und 20 Prozent sich für eine aufgelockertere NATO erwärmen könnte, bzw. zwischen neun Prozent und 18 Prozent sich auch einen Austritt aus der NATO vorstellen können.

3.2.2.5 Aufgaben der NATO

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Paktes verschwand auch die Bedrohung durch einen groß angelegten, gleichzeitig an allen europäischen NATO-Fronten vorgetragenen Angriff. Während einige Beobachter damit die Aufgaben des Bündnisses als erledigt betrachteten und für eine Auflösung der NATO oder zumindest eine Zurückstufung ihrer Bedeutung und einer Aufwertung z.B. der KSZE, bzw. OSZE plädierten, hielten andere die NATO nach wie vor noch als für die europäische Sicherheit unabdingbar und sprachen sich für eine Erweiterung der Aufgaben der NATO aus. Dies war dann auch die Haltung, auf die sich die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO einigten, und die auch in das neue stra-

tegische Konzept des Bündnisses einfloß. Hier trat neben die weiterhin bestehende Aufgabe der kollektiven Verteidigung auch die Bewältigung von Krisen und die Verhütung von Konflikten. Dies bedeutet für die NATO, daß neben die bisherigen Verteidigungsaufgaben im engeren Sinn eine ganze Reihe von weiteren Aufgaben tritt, die von präventiver Diplomatie bis zur Durchführung von militärischen Zwangsmaßnahmen im Auftrag der UNO oder OSZE, reichen können. Welche Aufgaben sollte die NATO nach Meinung der Öffentlichkeit durchführen? Auch nach dem Ende des Kalten Krieges und in einem neuen Sicherheitsumfeld ist für eine deutliche Mehrheit der Befragten der Schutz vor einem Angriff die wichtigste Aufgabe der NATO - rund vier von zehn Befragten gaben dies an (Tabelle 4783). Nur jeder achte sah in Zukunft die wichtigste Aufgabe in der Überwachung von Rüstungsabkommen, knapp jeder zehnte in der Überwachung von Waffenstillständen, und rund acht Prozent der Befragten in der Herstellung von Frieden in Osteuropa. Andere Aufgaben, wie z.B. die gemeinsame Planung von Verteidigungsausgaben, Hilfe an Osteuropa, oder die gemeinsame Entwicklung von Waffensystemen werden nur von einem Bruchteil der Öffentlichkeit, der in der Regel jeweils unter drei Prozent liegt, als wichtigste Aufgabe angesehen. Auch eher allgemein formulierte Aufgaben, wie die Sicherung westlicher Interessen oder die Sicherung der Rohstoffversorgung, werden kaum von einem bedeutendem Teil der Öffentlichkeit als zukünftige wichtigste Aufgabe wahrgenommen. Gleiches gilt für die Rolle der NATO als Instrument der Politikkoordinierung: Weder die Abstimmung der Außenpolitik noch die Abstimmung der Wirtschaftspolitik (letzteres war in Artikel 2 des NATO-Vertrages ausdrücklich erwähnt gewesen) werden als wichtige Aufgabe wahrgenommen. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen ergeben sich im wesentlichen nur in der Bewertung der primären Aufgabe der NATO, Schutz vor Angriffen zu bieten und der Überwachung von Rüstungsabkommen als weiterer Aufgabe: Der Schutz vor Angriffen als wichtigste Aufgabe der NATO wird mehrheitlich von Älteren und Anhängern der CDU/CSU gesehen, wohingegen die Überwachung von Rüstungsabkommen sowie die Überwachung von Waffenstillständen vergleichsweise stärker von Jüngeren und Anhängern der SPD und der Grünen/Bündnis 90 präferiert wird. Insgesamt zeigt sich hier, daß die NATO in der Bevölkerung nach wie vor vor allem als Versicherungsinstitution wahrgenommen wird, die dem Schutz und der Sicherheit vor militärischen Angriffen dient. Eine Ausweitung ihrer Aufgaben findet nur eine begrenzte Unterstützung, wenn, dann umfaßt sie Aufgaben im Bereich der Rüstungskontrolle oder Aufgaben

im Bereich der Friedenssicherung. Eine Ausweitung ihrer politischen Rolle, z.B. als zentrale Koordinierungsinstanz, oder eine auf einen globalen Rahmen mit einem wenig definierten Auftrag, wie z.B. die „Sicherung westlicher Interessen“ werden hingegen abgelehnt. Die NATO wird als eine Organisation mit einem fest umrissenen Auftrag und einem fest umrissenen Einsatzgebiet gesehen: Auch 1993 war eine absolute Mehrheit von rund 58 Prozent der Befragten der Meinung, daß sich die NATO aus Konflikten außerhalb des NATO-Bereichs heraushalten solle (Tabelle 4808).

3.2.3 Europäische Integration

Wurde die Bundesrepublik sicherheitspolitisch und militärisch durch die NATO in das westliche Staatensystem integriert, so erfolgte die politische und wirtschaftliche Integration über die 1952 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie die 1958 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Beide Integrationsprozesse lassen sich analytisch als formale Äquivalente betrachten - der eine auf militärischem, der andere auf wirtschaftlichem Gebiet -, politisch und von der zugrundeliegenden Idee her unterscheiden sie sich jedoch deutlich: Während für die Bundesrepublik der Beitritt zur NATO 1955 der Betritt zu einem bereits von anderen Staaten gegründetem Bündnis war, gehörte die Bundesrepublik im Falle der europäischen Integration selber mit zu den Gründungsmitgliedern und in der Folge zu den Antriebskräften. Während der NATO die Idee eines „klassischen“ Verteidigungsbündnisses zugrunde lag, konnte sich die Gründung der drei Gemeinschaften auf die bis ins Mittelalter zurückreichende Idee einer „Einheit des Abendlandes“ berufen. Mit der Verwirklichung dieser Idee sollten die Krisen und Konflikte des in Groß- und Kleinstaaten zersplitterten Europas überwunden werden, ebenso wie Bedrohungen Europas von außen abgewehrt werden. Nach zwei Weltkriegen innerhalb einer Generation war deutlich, daß diese Idee so aktuell wie eh und je war. Schließlich unterscheiden sich NATO und Europäische Gemeinschaften darin, daß die NATO ein Bündnis nach wie vor souveräner Nationalstaaten ist, während bereits 1952 in der „Hohen Behörde“ der Montanunion supranationale Elemente verankert worden sind, die über die nationale Souveränität hinausreichen. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften ging die Hoffnung auf Frieden, die Überwindung nationalstaatlichen Eigensinns und wirtschaftlicher Prosperität in Westeuropa einher. Dieser Integrationsprozeß verlief dabei in zwei Richtungen: Zum einen wurde der geogra-

phisch von der Europäischen Gemeinschaft umfaßte Raum durch die Erweiterungen 1973, 1981, 1986 und 1996 von den ursprünglich sechs Gründungsmitgliedern auf mittlerweile 15 Mitglieder erweitert; zum anderen wurde der Integrationsprozeß auf der inhaltlichen Ebene weiter vorangetrieben, und umfaßt neben der ursprünglichen wirtschaftlichen Integration zusehends auch Felder, die nur mittelbar damit zusammenhängen, ebenso wie Bereiche, die, wie die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), in den ursprünglichen Dokumenten gar nicht vorgesehen waren. Für die Bevölkerung selber wurde der zunehmende Integrationsprozeß sichtbar zum Beispiel im Wegfall von Personenkontrollen an den Grenzen, vereinheitlichten europäischen Dokumenten (Paß, Führerschein), mittlerweile vier Direktwahlen zum Europäischen Parlament, sowie der Aussicht, daß nationale Zahlungsmittel im Vollzug der Wirtschafts- und Währungsunion durch den „Euro“ abgelöst werden. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 begründeten die Vertragsparteien der Europäischen Gemeinschaft eine „Europäische Union“, die im Prozeß der europäischen Integration eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas darstellen soll.

Wie beurteilten nun die Bürger diesen europäischen Integrationsprozeß? Das Ziel einer Vereinigung Westeuropas wurde in den Anfangsjahren der europäischen Integration fast einstimmig in der Öffentlichkeit unterstützt (Tabelle 56): Zwischen 1954 und 1957 sprachen sich jeweils deutlich über 90 Prozent der Befragten für Bestrebungen mit dem Ziel einer Vereinigung Westeuropas aus. Lediglich im Mai 1962 sank die Zustimmung für eine solche Vereinigung auf rund 81 Prozent - der Grund für diesen Rückgang dürfte im Scheitern der Fouchet-Pläne liegen, die einen Verfassungsentwurf für eine Europäische Politische Union darstellen sollten. Im Vormonat der Umfrage war eine Konferenz der europäischen Außenminister ergebnislos auseinandergegangen, die über diese Pläne beraten hatte. Mit 97 Prozent Zustimmung wurde im Mai 1965 der höchste Wert der hier vorliegenden Datenreihe erreicht. Rund 20 Jahre später wurde diese Frage noch einmal erhoben, und auch 1987 sprachen sich noch 86 Prozent der Befragten für das Ziel einer Vereinigung Westeuropas aus. Gerade dieser letzte Datenpunkt zeigt, daß die Idee einer europäischen Vereinigung nicht nur von derjenigen Generation getragen und gefördert wurde, die die Schrecken der Weltkriege, die Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft und den wirtschaftlichen Wiederaufbau erlebte, sondern daß

auch für die Nachfolgegeneration die Idee einer europäischen Vereinigung nach wie vor attraktiv ist und in der Bevölkerung insgesamt auf deutlichen Widerhall stößt. Das Ziel einer Vereinigung Westeuropas ist in der westdeutschen Bevölkerung nach wie vor unumstritten, so zeigen sich keinerlei signifikante Unterschiede über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg. Bemerkenswert ist darüber hinaus nicht nur das äußerst hohe Maß an Zustimmung zu diesem Ziel, sondern eben auch die über eine Generation hinweg reichende zeitliche Konstanz, mit der dieses Ziel unterstützt wird.

Die Unterstützung eines solchen Zieles sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie wichtig dies im Vergleich zu anderen politischen Zielen ist, oder welche Form die Vereinigung Westeuropas annehmen soll. So zeigt sich z.B., daß eine äußerst hohe Zustimmung zu einem solchen politischen Ziel durchaus mit einem niedrigen Stellenwert in der politischen Agenda korrespondieren kann (Tabelle 154). In der Rangfolge der wichtigsten Probleme, denen Westdeutschland zum Zeitpunkt der Befragung gegenüberstand, rangierte die Europäische Einigung in der Regel nur auf den hinteren Plätzen. Wiedervereinigung, Frieden, Lebensstandard, Wohnraumbeschaffung sowie andere politische Probleme beanspruchten zwischen 1955 und 1960 die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung weitaus mehr als Fragen der europäischen Einigung. Lediglich in den Augen Höhergebildeter genoß die europäische Einigung einen deutlich höheren Stellenwert und rangierte entsprechend auch auf den oberen Rangplätzen der Probleme, denen sich die Politik gegenübersah. Zu Beginn der neunziger Jahre jedoch scheinen Fragen der europäischen Einigung etwas an Bedeutung gewonnen zu haben (Tabelle 4757). Scheiterten 1962 noch die Fouchet-Pläne an unterschiedlichen Auffassungen zwischen Franzosen und den übrigen fünf Mitgliedern, so konnte 1992 der Maastrichter „Vertrag über die europäische Union (EU)“ unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten. Sowohl im Vorfeld wie im Anschluß an diesen Vertrag kam es dabei zu erheblichen Diskussionen um die Ausgestaltung und Finalität eines solchen Vertrages: Zum einen natürlich zwischen den unterschiedlichen Staaten, aber auch innerhalb der Staaten selber zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Im wesentlichen ging es dabei um die Frage, wieviel Souveränität die Staaten weiterhin abtreten sollten, und wie die europäischen Gesellschaften in einem weitergehenden Integrationsprozeß ihre jeweilige Identität würden behalten können. Im Gegensatz

zur eher staatsrechtlichen Frage der Souveränität eignete sich dabei die Frage der Identität besonders, Ängste und Befürchtungen eines Verlusts und gegenüber einem europäischen „Superstaat“ zu schüren. Besonders Splitterparteien machten sich dies zunutze und konnten dadurch das Thema „europäische Einigung“ auf die politische Agenda setzen. Entsprechend zeigt sich, daß zwischen 1992 und 1993 für etwas mehr als die Hälfte aller Befragten das zukünftige Ausmaß der europäischen Integration, d.h. die Frage, ob es eine gemeinsame europäische Regierung geben solle oder ob die europäische Einigung schon jetzt viel zu weit ginge, als sehr wichtig oder wichtig empfunden wird (Tabelle 4769). Deutliche Unterschiede in der Wichtigkeit dieses Themas treten dabei weniger klar zutage, wenn, dann zeigt sich, daß Höhergebildete sowie Anhänger von kleineren Parteien (FDP, Grüne/Bündnis 90, sowie Anhänger anderer Parteien) ihm eine etwas höhere Wichtigkeit beimessen als andere Bevölkerungsgruppen. Inhaltlich zeigt sich zu dieser Frage, daß die Bevölkerung weitergehenden Plänen der europäischen Integration, die auf eine gemeinsame europäische Regierung hinauslaufen, skeptisch gegenüberstehen. Während zwischen 1992 und 1993 eine absolute Mehrheit der Befragten eine Mittelposition vorzog, die zwischen diesen beiden Polen lag, sank der Anteil der Befürworter einer europäischen Regierung von 18 Prozent im Sommer 1992 auf nur noch zehn Prozent im Herbst 1993, wohingegen der Anteil derjenigen, denen die europäische Einigung schon jetzt viel zu weit ging, über alle drei Befragungszeitpunkte mit rund 30 Prozent weitgehend konstant blieb. Wenn es im Zusammenhang mit der Schaffung einer europäischen politischen Union so etwas wie einen Europaoptimismus gegeben hat - was mit diesen Daten allerdings nicht belegbar ist - so ist dieser wohl im Gefolge der Diskussion um die Währungs- und Wirtschaftsunion und ob die „harte“ D-Mark gegen den vermeintlich „weichen“ Euro eingetauscht werden solle, verflogen. Daß besonders Splittergruppen, die außerhalb des etablierten Parteienspektrums agieren, auf der Welle der Europaskepsis reiten, zeigt sich, wenn man die Position der Befragten zum europäischen Integrationsprozeß nach Parteineigungen differenziert. Einer vertieften europäischen Integration stehen die Anhänger der FDP am aufgeschlossensten gegenüber, während die Anhänger von CDU/CSU, SPD sowie Grünen/Bündnis 90 eher eine Mittelposition beziehen. Zu weit geht der europäische Einigungsprozeß mittlerweile jenen, die keine Parteineigung aufweisen: Hier liegt der Mittelwert mit 0,76 eindeutig im Bereich der Ablehnung des bisherigen Integrationsprozesses.

Insgesamt zeigt sich jedoch, daß die Idee einer Vereinigung Westeuropas auch nach über 40 Jahren nur wenig an ihrem Glanz verloren hat, ihr jedoch im Vergleich zu anderen politischen Problemen vom größten Teil der Bevölkerung nur eine geringe politische Priorität zugewiesen wird, wobei Höhergebildete ihr eine vergleichsweise höhere Priorität zuweisen. Gleichfalls zeigt sich, daß eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung extremen Vorschlägen skeptisch gegenübersteht: So wird weder eine gemeinsame europäische Regierung gewollt, noch sollte das Rad des Integrationsprozesses zurückgedreht werden. Diese prinzipiell positive Haltung gegenüber dem europäischen Einigungsprozeß schlägt sich auch in der Bewertung der Europäischen Gemeinschaft als Organisation nieder (Tabelle 4828). Eine deutliche Mehrheit der Befragten (rund 60 Prozent) bewertete 1992 und 1993 die EG als etwas oder sehr positiv. Auch hier zeigt sich wieder, daß Höhergebildete und Anhänger der drei „Altparteien“ CDU/CSU, SPD und FDP die EG deutlich positiv bewerteten, wohingegen Anhänger von Splitterparteien die EG eher verhalten betrachteten.

Wie werden schließlich die Positionen der Parteien in Fragen der europäischen Integration von der Bevölkerung perzipiert? Hier offenbart sich eine große Kluft zwischen der eigenen Position und derjenigen, die der jeweils präferierten Partei zugeschrieben wird (Tabellen 4753 bis 4756). Als am deutlichsten integrationsfreudig wird in der Bevölkerung die CDU/CSU gesehen, sie erreicht für alle drei Erhebungszeitpunkte auf der oben beschriebenen Skala einen Wert von 0,23. Mit etwas Abstand folgt ihr die Wahrnehmung der FDP (0,33) sowie der SPD (0,38). Mit einem Wert von 0,49 stellen die Grünen/Bündnis 90 das Schlußlicht dar, was ihre wahrgenommene Integrationsfreudigkeit anbetrifft. Für alle vier angesprochenen Parteien gilt, daß keine von ihnen als antieuropäisch wahrgenommen wird, sondern daß sie ganz im Gegenteil eine äußerst europafreundliche Haltung einnehmen. Diese Perzeptionen der Parteien kontrastieren jedoch mit den jeweiligen Mittelpositionen, die ihre eigenen Anhänger jeweils in dieser Frage einnehmen. Die größte Differenz zeigt sich dabei zwischen den Anhängern der CDU/CSU und der wahrgenommenen Position ihrer eigenen Partei, sie beträgt hier rund drei Skalenpunkte. Etwas geringer fällt sie bei den Anhängern der FDP und denen der SPD aus, während die Positionen der Anhänger von Grünen/Bündnis 90 und ihrer eigenen Partei fast deckungsgleich sind. Für die Parteien bedeutet ein solcher Spagat zwischen der eigenen Position und dem Willen ihrer Wähler, daß sie sich entweder über kurz oder lang an die Meinung ihrer

Parteianhängerschaft annähern müssen oder daß sie bereit sind, diesen Spagat auszuhalten. Der Augenschein spricht hier für letzteres, da, wie oben gesehen, die Frage der europäischen Integration für die Wähler nicht diejenige Wichtigkeit hat, die zum Beispiel Fragen der Arbeitslosigkeit oder der sozialen Sicherung haben.

Mit der Idee der europäischen Integration war ursprünglich auch die Idee verbunden, eine gemeinsame, europäische Armee zu schaffen. Der erste Anlauf dazu wurde zu Beginn der fünfziger Jahre mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gemacht, die aber 1954 scheiterte. Die Folge war, daß die Streitkräfte der europäischen Staaten in jeweils unterschiedlichem Maße über die NATO integriert wurden, ohne dabei aber im nennenswerten Umfang „europäische“ Verbände zu bilden. Erst 1988 wurde mit der Gründung des (zunächst) deutsch-französischen „Eurokorps“ und der Bildung des deutsch-französischen Verteidigungsrates der Versuch unternommen, eine Keimzelle für eine zukünftige europäische Armee zu bilden. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde auch offiziell die Perspektive einer zukünftigen europäischen Verteidigungspolitik, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könne, entworfen und niedergelegt. Damit tritt auf europäischer Ebene künftig neben die bisherige wirtschaftliche und politische Integration auch eine genuin europäische militärische Integration. Auch diese Bestrebungen einer militärischen Integration werden in der Bevölkerung mehrheitlich und im zunehmenden Maße unterstützt: 1991 sprachen sich noch rund 46 Prozent der Befragten dafür aus, daß im Zuge des Zusammenwachsens der europäischen Staaten auch europäische Streitkräfte aus allen Staaten der Europäischen Union geschaffen werden sollten, 1993 waren dies bereits 56 Prozent (Tabelle 4492). Der Anteil derjenigen, die sich in diesem Zeitraum dagegen aussprachen, sank von rund einem Viertel 1991 auf 16 Prozent 1993. Einem knappen Drittel der Befragten war dieses Problem gleichgültig. Die deutlichsten Unterschiede in der Haltung zu dieser Frage zeigen sich wieder zwischen den Parteianhängerschaften: Am deutlichsten wurden diese von CDU/CSU-Anhänger befürwortet, aber auch Anhänger der SPD und FDP standen ihnen 1993 kaum nach. Allein unter Anhängern der Grünen/Bündnis 90 zeigte sich 1991 und 1992 eine relative Mehrheit, die sich gegen die Schaffung europäischer Streitkräfte aussprach. 1993 - offensichtlich unter dem Eindruck der Ereignisse im jugoslawischen Bürgerkrieg - wandelte sich auch hier die Meinung eines großen Teils der Anhängerschaft dieser Partei, nunmehr unterstützte auch hier eine Mehrheit der

Befragten die Schaffung europäischer Streitkräfte. In dieselbe Richtung weisen auch die Reaktionen auf die Aussage: „Das vereinigte Europa braucht eine gemeinsame Armee“ (Tabelle 4688). Auch hier sprach sich zu allen Zeitpunkten eine absolute Mehrheit der Befragten für diese Aussage aus, und auch hier zeigt sich, daß die zunächst skeptischen Anhänger von Grünen/Bündnis 90 zwischen 1992 und 1993 teilweise ihre Meinung revidierten und, wenn auch unter Vorbehalt, diese Aussage befürworteten.

Wie lassen sich jetzt diese Befunde zusammenfassen? Wie schon in der Untersuchung der Einstellungen gegenüber der NATO zeigt sich auch hier, daß die Unterstützung der europäischen Integration innerhalb der Bevölkerung fest verankert und weit ausgeprägt ist. Diese Zustimmung zur europäischen Integration findet sich dabei nicht nur bei älteren Menschen, für die die Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg noch ein außergewöhnliches Ereignis gewesen war, sondern auch bei jüngeren, die die Unterstützung der europäischen Integration - sei es teils als Wert an sich, sei es teils aus Nutzenerwägungen - übernommen haben. Auch die neben die wirtschaftliche Integration getretene Perspektive einer militärischen Integration wird von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt, allerdings läßt sich angesichts der Schwankungen in der Zustimmung dazu vermuten, daß diese Einstellungen im Vergleich zu den Einstellungen zur wirtschaftlichen Integration noch nicht so fest verankert sind. Etwas skeptischer als die wirtschaftliche oder die militärische Integration wird die über beides hinausreichende politische Integration in der Bevölkerung beurteilt. Die öffentliche Meinung nimmt hier eher eine Mittelposition ein und scheint abzuwarten. Die Positionen der Parteien hingegen werden als durchaus integrationsoffener gesehen als in der Regel die eigene Haltung. Eine Form von Opposition gegenüber einer weitergehenden europäischen Integration ist jedoch (noch) nicht abzusehen.

3.3 Ostpolitik: „Images of the Adversary“

So wie die Geschichte der Bundesrepublik eng mit den Beziehung zu den USA verknüpft ist, ist sie auch - wenngleich unter umgekehrten Vorzeichen - mit der Geschichte der UdSSR bzw. Rußlands verknüpft. Während die USA für Werte wie Demokratie, Individualismus, Freiheit und Marktwirtschaft stand, verkörperte die UdSSR die „Diktatur des Proletariats“, Vermassung, Zwang und Planwirtschaft. Beide Ge-

sellschaftsformen wurden als diametral gegenüberstehend wahrgenommen, die amerikanische Gesellschaft stellte eine „offene Gesellschaft“ dar, die der UdSSR eine „geschlossen Gesellschaft“. Während die USA die westeuropäischen Länder mit Wirtschafts- und Konsumgütern, Informationen, Filmen und Musik überschwemmten, so daß nach kurzer Zeit bereits einige Beobachter schon von einer „Amerikanisierung Europas“ sprachen, drangen nur vergleichsweise wenig Informationen über die UdSSR und - nach Errichtung des Eisernen Vorhangs - ihre Satellitenstaaten nach draußen. Churchill umschrieb die UdSSR als „A riddle wrapped in a mystery inside an enigma“. Die USA schienen das gesellschaftliche Vorbild, die UdSSR hingegen die gesellschaftliche Bedrohung darzustellen. Bedrohungen setzen sich jedoch aus den Fähigkeiten oder dem Potential eines Gegners sowie seinen (vermuteten oder tatsächlichen) Absichten zusammen (Singer 1958). Um einzuschätzen, wie weit die deutsche Öffentlichkeit während und nach dem Kalten Krieg die UdSSR bzw. Rußland als Bedrohung ansieht, muß daher sowohl zwischen der Einschätzung des Kräftepotentials der UdSSR wie auch ihrer Absichten unterschieden werden. In den folgenden Abschnitten wird deshalb zuerst auf die Wahrnehmung der Kräftebalance zwischen Ost und West eingegangen werden, anschließend auf die vermuteten Absichten und das in der Öffentlichkeit herrschende Image der UdSSR.

3.3.1 Potentiale

3.3.1.1 Allgemeine Einschätzung

Eines der grundlegenden strategischen Probleme, dem sich der Westen in der Zeit des Kalten Krieges gegenüber sah, war die deutliche konventionelle Überlegenheit der UdSSR und ihrer Verbündeten in Europa. Während nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die westlichen Alliierten einen Großteil ihrer Truppen aus Europa zurückzogen bzw. abrüsteten, ließ die UdSSR den größten Teil ihrer Truppen in Mitteleuropa sowohl westlich des Urals als auch in den von ihr besetzten Staaten stehen. Die Europäer versuchten zunächst, durch einen massiven Truppenaufbau diese konventionelle Überlegenheit der UdSSR auszugleichen, als aber absehbar war, daß dies ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigen würde, versuchten sie, durch den Rückgriff auf taktische und strategische Nuklearwaffen dieses Kräfteungleichgewicht auszubalancieren. Wie sah nun die Bevölkerung dieses generelle Kräftegleichgewicht? Zwischen 1977 und 1988 wurde die Kräftebalance der NATO und

Warschauer Pakt vom größten Teil der Bevölkerung als ausgewogen perzipiert (zwischen 44 und 52 Prozent der Befragten). Daß der in den Tabellen ausgewiesene Mittelwert auf die Perzeption einer Überlegenheit des Warschauer Pakt hinweist, rührt daher, daß in der Bevölkerung ein rund doppelt so großer Anteil der Befragten den Warschauer Pakt als überlegen ansieht (rund ein Drittel), während nur rund ein Sechstel der Befragten die NATO als überlegen perzipiert. Auffallend an dieser Zahlenreihe ist, daß 1983 der Warschauer Pakt im Vergleich zu den vor- und nachfolgenden Zeitpunkten als stärker angesehen wird, während der Anteil derjenigen, die beide Bündnisse als etwa gleich stark perzipieren, in diesem Zeitraum etwas zurückgegangen ist. Offensichtlich hat die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß und die Argumentation, daß sich durch die Mitte der siebziger Jahre erfolgte Aufstellung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen das militärische Kräftegleichgewicht in Europa zu Gunsten der UdSSR verschoben habe, im Bewußtsein der Bevölkerung niedergeschlagen, die zu diesem Zeitpunkt eine Überlegenheit der UdSSR perzipierte. Die eigene Nachrüstung durch Pershing-2A und Cruise Missiles scheint hingegen in den Augen der Öffentlichkeit bis 1986 die Balance ungefähr wiederhergestellt zu haben.

Das prinzipiell gleiche Bild ergibt sich auch, wenn getrennt wird einerseits nach den Streitkräften der USA bzw. der UdSSR und andererseits nach den Streitkräften der NATO und des Warschauer Paktes. Hier zeigt sich wieder, daß zwischen 1981 und 1991 sowohl im Verhältnis der Blöcke als auch im Verhältnis der beiden Supermächte von einer deutlichen Mehrheit der Befragten die Kräftebalance als ausgeglichen angesehen wurde (Tabellen 1645, 1641). Seit 1981 nahm dabei der Anteil derjenigen, die die Streitkräfte der Amerikaner als denen der Russen gleich stark einschätzten, von 54 Prozent auf 64 Prozent in den Jahren 1987 und 1988 zu, während im selben Zeitraum der Anteil derjenigen, die diese Streitkräfte als schwächer perzipierten, von 32 auf 23 Prozent zurückging. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes setzte sich dieser Rückgang noch weiter fort: 1991 war nur noch jeder Zehnte der Meinung, daß die amerikanischen Streitkräfte schwächer als die der UdSSR seien, während mittlerweile mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung war, daß sie stärker seien. Allerdings war immer noch jeder Zweite der Meinung, daß die beiden Streitkräfte gleich stark seien (54 Prozent, Tabelle 1645). Ähnlich verhält es sich, wenn nach der Überlegenheit des einen oder anderen Militärblocks gefragt wird

(Tabelle 1641): Wenn sich auch an dem generellen Bild der Einschätzung der Kräfteverhältnisse in der Öffentlichkeit im Vergleich zur Einschätzung der amerikanischen Streitkräfte wenig geändert hat, so fällt doch auf, daß die NATO als Organisation im Ganzen im Vergleich zum Warschauer Pakt etwas schlechter beurteilt wird. So lag der Anteil derjenigen, die beide Blöcke für gleich stark hielten, in der Regel unter dem Anteil derjenigen, die die beiden Streitkräfteverhältnisse für gleich stark hielten, während der Anteil derjenigen, die die NATO für unterlegen hielten (bzw. den Ostblock für überlegen), über dem Anteil der Befragten lag, die die amerikanischen Streitkräfte für überlegen hielten. Aber auch hier zeigt sich, daß ab 1990 eine Veränderung in der Einschätzung der Kräftebalance einsetzt: Zum ersten Mal überwog 1990 der Anteil derjenigen, die die NATO für stärker hielten den Anteil derjenigen, die sie als unterlegen einschätzten, diese Veränderung setzte sich bis 1991 (der Auflösung des Warschauer Paktes) fort. Die unterschiedliche Einschätzung der amerikanischen Streitkräfte einerseits und der NATO als Organisation andererseits läßt sich damit erklären, daß der NATO als Bündnis in den Augen der Öffentlichkeit nicht das Ausmaß an Handlungsfähigkeit zugetraut wird, wie es eine Supermacht wie die USA, die auch alleine außerhalb des Bündnisrahmens agieren kann, zu leisten in der Lage ist. Auffallend bei diesen Kräfteeinschätzungen ist, daß innerhalb der hier untersuchten Gruppen nur sehr geringe Meinungsunterschiede darüber herrschten, wie die militärische Balance einzuschätzen ist. Die deutlichsten Unterschiede ergeben sich hier wiederum nach der Parteizugehörigkeit: Dabei zeigt sich wieder, daß die größten Unterschiede zwischen Anhängern der Grünen und Anhängern der CDU/CSU bestehen. Während unter Anhängern der CDU/CSU der Anteil derjenigen, die die USA bzw. die NATO als der UdSSR bzw. dem Warschauer Pakt als unterlegen ansehen, deutlich größer ist als der Anteil, der diese Kräfteverhältnisse genau andersherum sieht, ist unter Anhängern der Grünen der Anteil derjenigen, welche die USA bzw. NATO als dem Warschauer Pakt bzw. der UdSSR überlegen ansehen, größer. In beiden Parteianhängerschaften sind jedoch die Anteile derjenigen, die beide Blöcke als etwa gleich stark ansehen, auch etwa gleich groß. Geschlechts-, Alters-, Bildungs- und Religionsunterschiede spielen hingegen in der Einschätzung der militärischen Balance kaum eine Rolle.

3.3.1.2 Vergleich USA-UdSSR

Wie stellt sich die Entwicklung der militärischen Balance im historischen Kontext dar? Dazu liegen Datenreihen - wenn auch mit leicht unterschiedlichen Frageformulierungen - von 1960 bis 1991 vor. Dieser Zeitraum läßt sich bis ungefähr 1989 in drei Phasen einteilen: In der ersten Phase von 1960 bis 1969 wurden die USA im Vergleich zur UdSSR als dasjenige Land angesehen, welches augenblicklich in der militärischen Gesamtstärke führend war (Tabelle 1009). Ab Mai 1960 - in diesem Monat wurde das amerikanische Spionageflugzeug U2 über der UdSSR abgeschossen - bis Oktober 1969 gab rund jeder zweite der Befragten an, daß die USA führend seien, der Anteil derjenigen, die im Gegensatz dazu die UdSSR als führend sahen, ging von 61 Prozent im Februar 1960 auf nur noch 13 Prozent im Mai 1965 zurück. Bis Ende der sechziger Jahre hatte jedoch die UdSSR die atomare Überlegenheit der USA, auf der diese Einschätzung wohl beruhte, in Frage gestellt. Diese Veränderung der strategischen Situation ab Ende der sechziger Jahre wurde auch als solche von der Öffentlichkeit offensichtlich perzipiert: In der zweiten Phase der Entwicklung der öffentlichen Meinung von 1977 bis 1985 gab seitdem eine relative Mehrheit der Befragten an, daß die UdSSR in der Gesamtstärke führend sei (zwischen 41 und 53 Prozent der Befragten), während nur noch zwischen 16 und 23 Prozent der Befragten die USA als führend betrachteten. Ab 1985 änderte sich jedoch wieder das Bild, ein zusehends größer werdender Teil der Befragten sah beide Länder als militärisch etwa gleich stark an. Augenfällig ist in dieser Entwicklung, daß das Gefühl einer militärischen Überlegenheit der UdSSR bereits 1977, also schon vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß, in der Bevölkerung vorhanden war. Die nachfolgende Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß und die Argumentation der Doppelbeschluß-Befürworter schufen also nicht erst das Gefühl einer sowjetischen Überlegenheit, sondern konnten es bestenfalls für sich mobilisieren. Gleichzeitig ist aber festzustellen, daß bereits Ende der siebziger Jahre ein großer Teil der Bevölkerung der Meinung war, daß beide Staaten etwa gleich stark seien. Erst dieser große Anteil, der eine militärische Parität zwischen Ost und West bzw. USA und UdSSR perzipierte, machte es überhaupt möglich, daß das Thema einer Nachrüstung mit nuklearen Mittelstreckenraketen politisiert werden konnte: Wenn beide Seiten als gleich stark perzipiert wurden, dann machte auch eine Nachrüstung keinen Sinn mehr, sondern wurde nur als ein weiteres Drehen der Rüstungsspirale empfunden. Ebenso bedeutete die Perzeption einer

Überlegenheit der UdSSR unter einem gleich großen Anteil der Bevölkerung, daß hier der Resonanzboden für eine Zustimmung zu einer solchen Nachrüstung gefunden werden konnte. In dem Moment, wo die Perzeption einer Überlegenheit der UdSSR immer weniger Unterstützung in der Öffentlichkeit fand und sich die Position derjenigen, die eine Parität der Kräfte sahen, weiter durchsetzte - wie eben ab Mitte der achtziger Jahre - waren auch weitere Modernisierungen, wie etwa bei nuklearen Kurzstreckenwaffen, in der Öffentlichkeit politisch nicht mehr durchsetzbar.

Vergleicht man die Einstellungen gegenüber der perzipierten Kräftebalance zwischen den USA und der UdSSR innerhalb der Bevölkerung über die verschiedenen Gruppen, so lassen sich kaum Unterschiede feststellen. Erst ab Beginn der achtziger Jahre macht sich ein geringer Einfluß von Lebensalter und erreichtem Bildungsabschluß bemerkbar (Konfessionszugehörigkeit und Parteineigung wurden in diesen Studien nicht erhoben). Durch den geringen Abstand der Studien zueinander läßt sich auch deutlich eingrenzen, wodurch dieser Einfluß zustandegekommen ist: Während sich im Juli 1981 noch keinerlei Unterschied in der Perzeption der Kräftebalance innerhalb der Bildungs- und Altersgruppen feststellen läßt, beginnt er sich im Oktober 1981 abzuzeichnen und ist deutlich feststellbar im Dezember 1981. Zeitlich fällt dies zusammen mit der Wiederaufnahme von Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen (INF) zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Genf Ende November 1981 sowie der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember des Jahres. In der Folge führte dies dazu, daß vor allem Ältere die UdSSR eher als überlegen ansahen, sowie Höhergebildete in diesem Zeitraum dazu tendierten, die USA und UdSSR als eher gleich stark wahrzunehmen. Insofern scheint allein schon die Ankündigung von Verhandlungen und die damit zusammenhängende Medienberichterstattung auszureichen, um bestimmte Wahrnehmungsmuster oder Schemata, die je nach Bevölkerungsgruppe in durchaus gegensätzliche Richtungen laufen können, zu aktivieren. Für den weiteren Verlauf der Entwicklung zeigt sich, daß der Einfluß des Alters wieder auf ein Minimum zurückkehrt, der Einfluß der Bildung sich aber seitdem von Geschlechts- und Altersunterschieden deutlich abhebt.

3.3.1.3 Konventionelle Streitkräfte

In der Untersuchung der generellen Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West wurde gezeigt, daß, je nach Fragestellung, spätestens ab Beginn der achtziger Jahre in der deutschen Öffentlichkeit die Vorstellung einer kräftemäßigen Parität zwischen beiden Blöcken herrschte. Worauf beruht jetzt diese Einschätzung im einzelnen? Dazu soll hier zunächst auf die konventionelle Bewaffnung eingegangen werden. Leider stehen dazu nur Zeitreihen seit Ende der achtziger Jahre für die Untersuchung zur Verfügung. Es zeigt sich aber deutlich, daß von 1987 bis 1989 eine absolute Mehrheit der Befragten davon ausging, daß der Warschauer Pakt bei konventionellen Waffen eine Überlegenheit besitzt. Innerhalb dieser drei Jahre verstärkte sich sogar der Eindruck in der Öffentlichkeit: Waren 1987 noch 51 Prozent der Befragten dieser Meinung, so gaben 1989 bereits 57 Prozent dies an (Tabelle 3408). Im selben Zeitraum sank der Anteil derjenigen, die angaben, daß beide Blöcke ungefähr gleich stark gerüstet seien, von 41 auf 34 Prozent zurück. Nur jeder Zehnte war der Meinung, daß die NATO im Bereich der konventionellen Waffen dem Warschauer Pakt überlegen sei. Ein ähnliches Ergebnis zeigt auch Tabelle 3126, wobei hier sowohl aufgrund eines etwas feineren Skalenniveaus wie auch einer etwas anderen Fragestellung (es wurde nach USA und NATO gefragt) die Unterschiede etwas weniger deutlich zugunsten des Warschauer Paktes/UdSSR ausfallen. Mit dem Ende des Kalten Krieges seit 1990 änderte sich dieses Bild jedoch dramatisch: In der Öffentlichkeit kam zusehends der Eindruck auf, daß die NATO überlegen sei (hier verdreifachte sich der Anteil derjenigen, die dieser Meinung waren), der Anteil derjenigen, die den Warschauer Pakt als überlegen ansahen, halbierte sich fast, und der Anteil derjenigen, die beide Blöcke als etwa gleich stark perzipierten, stieg von 34 auf 40 Prozent. Deutlich wird aber auch, daß das Ungleichgewicht in der Öffentlichkeit als wesentlich ausgeprägter zugunsten des Warschauer Pakts angesehen wurde als die gesamte militärische Stärke: Vergleicht man diese Tabelle mit Tabelle 1641, so liegt der Mittelwert der Tabelle, welche die Einschätzung bei konventionellen Waffen mißt, bis zuletzt (1991) mindestens einen Skalenpunkt höher als der Mittelwert derjenigen Tabelle, die das gesamte militärische Kräfteverhältnis mißt. Auch in diesen Tabellen zeigt sich, daß, wenn überhaupt eine Variable Einfluß auf die Einschätzung des konventionellen Kräfteverhältnisses hat, dies die Parteistärke ist: Anhänger der Grünen sahen hier dies Ungleichgewicht etwas weniger stark zu Ungunsten des Warschauer Pakts verschoben, glichen sich

bis 1989 aber weitgehend in ihren Einstellungen der Bevölkerungsmehrheit an. Nach dem Stimmungsumschwung 1990 waren dies aber wiederum diejenigen, die am deutlichsten eine Machtverschiebung im Bereich der konventionellen Stärke perzipierten.

3.3.1.4 Nuklearwaffen

Wie schon in der Einschätzung der Gesamtstärke des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West gesehen, spiegeln sich in den Einstellungen der Bevölkerung die tatsächlichen Kräfteverhältnisse mehr oder weniger akkurat wider. Dies gilt auch für die Perzeption des nuklearen Mächtegleichgewichts. Mitte der fünfziger Jahre - also zu Zeiten einer eindeutigen amerikanischen atomaren Überlegenheit - nahm eine absolute Mehrheit der Befragten diese Überlegenheit auch als solche wahr: Jeder zweite Befragte war der Ansicht, daß die USA im Verhältnis der Atomwaffen gegenüber der UdSSR überlegen sei, knapp ein Drittel der Befragten war der Meinung, daß beide etwa gleich stark seien und weniger als ein Fünftel der Befragten, daß die UdSSR überlegen sei (Tabelle 421). Bis in die siebziger Jahre hinein blieb dieses Bild der Öffentlichkeit weitgehend konstant. Zu Beginn der achtziger Jahre änderte es sich allerdings dramatisch: Der vergleichsweise größte Teil der Bevölkerung war nun der Meinung, daß beide Länder im Bereich der Nuklearwaffen eine Parität erreicht hatten, ein etwas kleinerer Teil der Meinung, daß die UdSSR eine Überlegenheit erreicht hätte und nur noch knapp jeder Fünfte war der Meinung, die USA hätten eine Überlegenheit. Noch deutlicher wird die Perzeption der Kräftebalance, wenn man den geographischen Bereich, in dem Atomwaffen stationiert sind, einschränkt: Wird nach der jeweiligen Überlegenheit der in Europa stationierten Atomwaffen gefragt (Tabelle 2047), so war nur noch jeder Zehnte der Meinung, daß hier die USA eine Überlegenheit hätten, während zwei in der Bevölkerung etwa gleich starke Gruppen die Ansicht vertraten, daß entweder die UdSSR eine Überlegenheit hätte oder daß beide ungefähr gleich stark seien. Auf die Mittelwerte als Maß bezogen bedeutet dies, daß hier das Pendel deutlich zu Gunsten der UdSSR ausschlägt. Stellt man allerdings die Frage nach den nuklearen Kräftepotentialen der jeweiligen Bündnisse, so relativiert sich die Überlegenheit der UdSSR bzw. des Warschauer Paktes wieder etwas (Tabelle 1161): So zeigt sich auch hier, daß zu Beginn der sechziger Jahre noch die NATO als überlegen angesehen wurde und in den achtziger Jahren bis 1989 der Warschauer Pakt, aber auch hier stellt zumindest für die achtziger Jahre die

Gruppe derjenigen, die eine Parität zwischen beiden Militärbündnissen vermuten, die jeweils größte Bevölkerungsgruppe dar.

Die Perzeptionen der Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West während des Kalten Krieges lassen sich also so zusammenfassen, daß in der Gesamtbalance das westliche Bündnis während der sechziger Jahre als eher überlegen angesehen wurde, zur Zeit der siebziger Jahre hatte das östliche Bündnis aufgeholt und schien in den Augen der Öffentlichkeit eine Superiorität zu besitzen, die schließlich in den achtziger Jahren in eine von der Bevölkerung perzipierte Parität der beiden Blöcke mündete. Dabei schien die Bevölkerung nicht nur deutlich zwischen Kräfteverhältnissen im konventionellen und im nuklearen Bereich zu unterscheiden, sondern auch danach, ob in der Frageformulierung nach den Kräfteverhältnissen zwischen den USA und der UdSSR, den Kräfteverhältnissen zwischen NATO und Warschauer Pakt oder den Kräfteverhältnissen allein in Europa unterschieden wurde. Dies bedeutet, daß die Öffentlichkeit nicht nur den tatsächlichen Stand der Rüstungsentwicklung mehr oder weniger genau nachvollziehen konnte, sondern daß sie durchaus in der Lage war, ihre Einschätzung daraufhin abzustellen, nach welchem Aspekt der Kräftebalance gefragt wurde.

3.3.1.5 Absichten USA/UdSSR: Wettrüsten

In der Diskussion um Rüstungsprogramme wurden diese in der Regel immer damit begründet, daß die andere Seite in einem bestimmten Bereich eine Überlegenheit aufweise, die ausgeglichen werde müsse. Dieser Logik lag die Umstellung der NATO-Doktrin auf eine nukleare Abschreckung zu Beginn der fünfziger Jahre zugrunde, J.F. Kennedy führte seinen Wahlkampf gegen Nixon mit dem Argument, die alte Administration habe es zugelassen, daß eine „Raketenlücke“ zugunsten der UdSSR entstanden sei, die Reagan-Administration sah zu Beginn der achtziger Jahre ein „Fenster der Verwundbarkeit“ und die UdSSR begründete die Stationierung der SS-20 Mittelstreckenwaffen in Europa mit den französischen und britischen Nuklearwaffen, die sie bedrohten. Gleichzeitig wurde von allen Seiten immer wieder betont, daß keiner ein Interesse habe, eine militärische Überlegenheit aufzubauen, vielmehr drehe es sich nur um die Wahrung einer militärischen Kräftebalance. Im Ergebnis stellte sich jedoch jede „Nachrüstung“ des einen als „Vorrüstung“ aus der Sicht des anderen dar, die ausgeglichen werden müsse. Welche Absichten vermu-

tete die deutsche Öffentlichkeit hinter dem jeweiligen Handeln der beiden Supermächte? Zwischen 1981 und 1983 vermutete jeder Zweite, daß die USA bestrebt seien, gegenüber der UdSSR ein militärisches Gleichgewicht zu erlangen, in den Jahren 1985 und 1986 hingegen nur noch jeder Dritte, und erst 1988 war wieder knapp die Hälfte der Befragten der Meinung, sie strebten ein Gleichgewicht an (Tabelle 1736). Die jeweils andere Hälfte bzw. die anderen zwei Drittel waren der Meinung, die USA strebten ein militärisches Übergewicht gegenüber der UdSSR an. Vor allem die jüngeren Altersgruppen und Höhergebildete vermuteten ein amerikanisches Streben nach Überlegenheit. Besonders deutlich sind wieder die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften. Während 1986 nur jeder zweite Anhänger von CDU/CSU ein solches Streben vermutete, waren dies unter denen der Grünen über vier Fünftel der Befragten; 1988 veränderte sich dies Verhältnis von einem Drittel zu genau vier Fünftel. Deutlich schlechter wurde hingegen die UdSSR bewertet: Hier gaben zwischen 1981 und 1985 nur zwischen 20 und 14 Prozent der Befragten an, daß ihr Hauptziel ein militärisches Gleichgewicht sei, die anderen Befragten vermuteten, daß sie eine militärische Überlegenheit anstrebe (Tabelle 1737). Im Gegensatz zu den Einschätzungen der USA zeigen sich hier jedoch nur wenig Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, allein die Bildung spielt insoweit eine geringe Rolle, als daß Höhergebildete etwas eher bereit sind, ihr auch ein Streben nach Gleichgewicht zuzubilligen.

Tabelle 1858 führt diese Fragen noch über die achtziger Jahre hinaus: Auch hier zeigt sich, daß Mitte der achtziger Jahre eine relative Mehrheit der Befragten vermutete, daß die USA eine militärische Überlegenheit anstrebten, während ab 1987 wieder eine relative Mehrheit ein Ausbalancieren der Kräfteverhältnisse vermutete. Allerdings zeigt sich auch, daß mit dem Ende des Kalten Krieges nur eine kurzfristige Änderung in der Wahrnehmung der Absichten der USA einsetzte. Lediglich 1990 sahen über zwei Drittel der Befragten die amerikanische Politik auf einen Erhalt des militärischen Gleichgewichts mit der UdSSR ausgerichtet, 1991 schlug das Pendel jedoch schon wieder auf das Niveau von 1989 zurück. Die Gründe vor allem für die mißtrauische Einschätzung der amerikanischen Absichten Mitte der achtziger Jahre sind schlecht einzuschätzen. Es kann jedoch angenommen werden, daß hier die Ankündigung der „Strategischen Verteidigungsinitiative“ Reagans und vor allem ihre Diskussion unter dem Schlagwort „Krieg der Sterne“ in der Bevölkerung die Befürch-

tung geweckt hat, daß dieses Programm vor allem zur Erlangung einer strategischen Superiorität der USA bzw. zur Wiederherstellung des amerikanischen Sanktuariums dienen sollte - zumal dies in das Bild von Reagans Aufrüstungsoffensive während seiner ersten Amtszeit gepaßt hätte. Auch in dieser Frage zeigen sich wieder deutliche Unterschiede in der Einschätzung der verschiedenen Gruppen. Am deutlichsten treten diese Unterschiede zu Beginn der achtziger Jahre hervor, flachen dann aber über die Jahre hinweg ab. Ihren Höhepunkt hat die Polarisierung der Einschätzungen im Jahr 1983, dem Höhepunkt der Friedensbewegung: Ein Bestreben der USA, eine militärische Überlegenheit zu erringen, sah hier jeder Sechste der unter 30jährigen (gegenüber etwas mehr als einem Viertel der über 65jährigen), zwei Drittel der Befragten mit Abitur und höherem Bildungsabschluß (gegenüber einem Drittel der Befragten mit Hauptschulabschluß), knapp drei Viertel der nicht konfessionell Gebundenen (gegenüber vier von zehn Katholiken bzw. Protestanten) und über drei Viertel der Anhänger der Grünen (gegenüber etwas mehr als einem Viertel der Anhänger von CDU/CSU). Im Gegensatz dazu zeigen sich 1991 nur noch Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften (so sahen hier noch 57 Prozent der Anhänger der Grünen/Bündnis 90 gegenüber 29 Prozent der CDU/CSU-Anhänger ein Streben nach militärischer Überlegenheit der USA) und den Bildungsgruppen (rund 45 Prozent der Höhergebildeten gegenüber 32 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluß). Die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluß haben somit in dieser Frage deutlich zu einer Polarisierung innerhalb der Bevölkerungsgruppen geführt, eine Änderung in der Haltung der Öffentlichkeit ist aber erst in den darauf folgenden Jahren eingetreten, da sich hier (1984 und 1986) eine Mehrheit der Meinung anschloß, daß die USA eine militärische Überlegenheit anstrebten. Noch 1983 war dies eine - wenn auch substantielle - Minderheitenposition. Überhaupt keine Rolle in der öffentlichen Meinung spielten hingegen diejenigen, die davon ausgingen, daß die USA auch bereit wären, eine Unterlegenheit hinzunehmen: ihr Anteil an den Befragten schwankt zwischen 2,9 Prozent (1983 und 1986) und 6,4 Prozent (1988).

3.3.2 Beziehungen zur UdSSR

Bereits in dem Abschnitt, in dem die Images der USA und der UdSSR miteinander verglichen wurden, wurde zu dem der UdSSR festgestellt, daß es im Vergleich zu den USA deutlich negativ ausfällt. Der Bipolarität des Ost-West-Konflikts auf der

Ebene des internationalen Systems entsprach somit auf der kognitiven Ebene in der Bevölkerung ein Freund-Feind-Schema. Allerdings zeigte der Überblick auch, daß die achtziger Jahre ein Bild des Wandels abgeben: Das starre Freund-Feind-Schema begann sich aufzulösen, nicht zuletzt aufgrund von Veränderungen in der Perzeption der amerikanischen Politik, aber auch von Veränderungen im UdSSR-Bild, das durch das Erscheinen Gorbatschows eine Wandlung erfuhr. War oben das UdSSR-Bild nur im Vergleich zu den USA thematisiert worden und daher zwangsläufig kursorisch geblieben, so soll in diesem Abschnitt das Bild der UdSSR weiter ausgeleuchtet und konturiert werden.

3.3.2.1 Allgemeine Einstellungen

Eine der längsten Datenreihen, die uns für diese Analysen zur Verfügung stehen, fragt nach der Meinung der bundesdeutschen Öffentlichkeit gegenüber der UdSSR. Zwischen 1954 und 1991 stehen uns hier 22 Datenpunkte zur Verfügung, die einen Einblick in die Wandlungen des „Rußland“-Bildes der Deutschen geben (Tabelle 78). Dabei zeigt sich, daß sich die Einstellungen in der Öffentlichkeit in zwei Epochen einteilen lassen: So ab 1954 das „Feindbild“ Rußland, bzw. UdSSR und daran anschließend der Verfall dieses Feindbildes seit ungefähr dem Ende der sechziger Jahre bis 1991. Während der ersten Phase war die Einstellung in der Öffentlichkeit gegenüber der UdSSR durch eine teilweise einstimmige schlechte oder sehr schlechte Meinung gekennzeichnet: Zum für die UdSSR besten Zeitpunkt (Mai 1955) gaben immer noch knapp zwei Drittel der Befragten an, daß sie eine schlechte oder sehr schlechte Meinung von ihr hatten, zum schlechtesten Zeitpunkt (November 1956) waren dies rund 90 Prozent der Befragten. Die Spannbreite dieser beiden Werte zeigt aber auch, daß auch in der Phase des Kalten Krieges und der überwiegend deutlichen Ablehnung der UdSSR durchaus noch Spielraum für unterschiedliche Reaktionen war. So verbesserte sich die Einstellung ihr gegenüber zwischen Oktober 1954 und Mai 1955 etwas, dem Zeitpunkt, an dem die Bundesrepublik auch außenpolitisch souverän wurde und in das westliche Bündnissystem integriert wurde. Vermutlich spielten die Erleichterung über die Integration, die Tatsache, daß die UdSSR bis zum Mai 1955 keine Drohgebärden unternahm, um diesen Schritt doch noch zu verhindern, sowie die Aussicht auf die im Juli des Jahres stattfindende Genfer Gipfelkonferenz - der ersten nach Potsdam 1945 - eine Rolle für diese etwas positivere Einschätzung.

Dies Bild begann sich jedoch im Herbst 1955 schon wieder einzutrüben. Für die Stimmung scheint hier weniger der im September stattgefundene Moskaubesuch Adenauers eine Rolle zu spielen, sondern eher die fehlgeschlagene Genfer Außenministerkonferenz im Oktober/November des Jahres. Die schlechteste Bewertung erhielt die UdSSR im November 1956: Die Öffentlichkeit stand hier noch ganz unter dem Eindruck der Niederschlagung des Ungarnaufstands durch sowjetische Truppen im selben Monat. Von diesem Meinungstief sollte sich die UdSSR bis zum Oktober 1958 langsam wieder erholen, so daß sie direkt vor der von Chruschtschow ausgelösten Berlin-Krise im November des Jahres in den Augen der Öffentlichkeit wieder eine so „gute“ Beurteilung wie im Mai 1955 erhielt. Nach der Auslösung dieser Krise verschlechterte sich das Ansehen der UdSSR wieder und blieb bis mindestens Mitte der sechziger Jahre auf diesem niedrigen Niveau. Bemerkenswert ist jedoch, daß auch der Bau der Berliner Mauer im August 1961 keinen spürbaren Einfluß auf die Einschätzung der UdSSR hat. Entweder wurde dies in den Augen der Öffentlichkeit tatsächlich mehr oder weniger als ein Alleingang Ulbrichts gesehen, oder die Stimmung war durch die Berlin-Krise seit Ende der fünfziger Jahre bereits so schlecht, daß sich dieser Mauerbau in das eh schon schlechte Image der UdSSR nur noch nahtlos einfügte. Eine Veränderung in der Haltung der Bevölkerung gegenüber der UdSSR ist erstmals im Oktober 1969 zu beobachten. Die Gründe mögen hier zum einen im begonnenen Dialog der beiden Supermächte untereinander (Weltraumvertrag 1967, Nichtverbreitungsvertrag 1968) liegen, zum anderen aber auch in innenpolitischen Gründen wie dem Ende der großen Koalition und der Wahl Brandts zum Bundeskanzler im September 1969. Gegen eine solche These wäre anzuführen, daß im Sommer 1968 der „Prager Frühling“ durch Truppen des Warschauer Pakts unter Führung der UdSSR niedergeschlagen wurde, so wie die Verkündung der „Breschnew-Doktrin“ über die begrenzte Souveränität sozialistischer Länder zu einer Verschlechterung der Meinung über die UdSSR hätte führen sollen. Spätestens jedoch in den achtziger Jahren zeigt sich, daß das alte Feindbild deutlich am Zerfallen war - selbst noch zu Zeiten, in denen die UdSSR und der Warschauer Pakt existierten. So nahm zu jedem der seitdem aufgeführten Zeitpunkte der Anteil derjenigen, die von der UdSSR eine schlechte oder sehr schlechte Meinung hatten, kontinuierlich ab, im September 1991 waren dies schließlich nur noch 17 Prozent der Befragten. Bis hierher läßt sich also festhalten, daß die schlechte oder negative Einstellung gegenüber der UdSSR während der ersten Phase bis Mitte der sechziger

Jahre in sich selber gar nicht so fest war, daß nicht noch Schwankungen möglich gewesen wären, und daß sich das so schlechte Image der UdSSR innerhalb weniger Jahre so weit veränderte, daß schließlich nur noch eine Minderheit eine schlechte Einstellung gegenüber der UdSSR, bzw. Rußland, hatte.

3.3.2.2 Exkurs: Perioden- oder Generationeneffekte im Wandel des Rußlandbildes?

Worauf läßt sich jetzt dieser Sinneswandel zurückführen? Dazu lassen sich zwei alternative Erklärungsmodelle anführen: Im ersten Modell wird davon ausgegangen, daß Einstellungsveränderungen dadurch zustande kommen, daß Individuen auf Reize oder Signale der Umwelt reagieren, sie entsprechend verarbeiten und bewerten. Individuen vollziehen sozusagen das nach, was in ihrer Umwelt passiert, ohne dabei durch vorher gemachte Lernerfahrungen festgelegt zu sein (Periodeneffekt). Das andere Modell geht davon aus, daß Individuen im Laufe ihrer Sozialisation Erfahrungen gemacht haben, die für die spätere Beurteilung von Signalen, die aus ihrer Umwelt kommen, prägend und beeinflussend sind. Wenn diese prägenden Erfahrungen Ereignisse sind, die auf einen großen Teil der Bevölkerung im gleichen Maße zutreffen, wie z.B. Krieg oder Naturkatastrophen, und diese Erfahrungen auch tatsächlich die weitere Bewertung von Ereignissen „einfärben“, so müßten sich Teile dieser Bevölkerung im Laufe der Zeit von nachfolgenden Generationen, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben, in charakteristischer Weise abheben (Generationenhypothese). Für die Einstellungen gegenüber der UdSSR müßte sich, wenn diese Hypothese zutrifft, zeigen lassen, daß die Träger des Einstellungswandels vor allem Jüngere sind, während ältere Generationen noch ein deutlich schlechtes Image von der UdSSR behalten haben - denn diese haben ihre Erfahrungen mit der UdSSR in einer Zeit gemacht, in der ein Großteil der Bevölkerung, wie gesehen, ein deutlich schlechtes Image von ihr hatte. Liegt hingegen ein Periodeneffekt vor, so würde dies bedeuten, daß der Einstellungswandel gegenüber der UdSSR im Wesentlichen alle Altersgruppen und Generationen in der Bevölkerung im gleichen Maße erfaßt hat. Dies läßt sich mit den hier vorliegenden Datenreihen untersuchen. Als Ausgangspunkt soll hier die Alterskohorte der zwischen 1925 und 1934 Geborenen genommen werden, das heißt diejenigen, die das Ende des Zweiten Weltkrieges im Alter zwischen 11 und 20 Jahren erlebten. Diese „Flakhelfer“-Generation erlebte die entscheidenden Phasen ihrer politischen Sozialisation mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Beginn des Kalten Krieges zwischen Ost

und West. Für sie dürfte die Sowjetunion noch am deutlichsten als Feind und Gegner präsent sein, sie war zwischen 27 und 36 Jahren alt, als die Mauer in Berlin gebaut wurde. Würde die Generationenhypothese zutreffen, so wäre zu erwarten, daß sie sich in ihren Einstellungen immer weiter vom zunehmend positiveren Image der UdSSR, welches sich seit den achtziger Jahren in der Bevölkerung entwickelte, entfernen dürfte. Ein Blick auf die Daten zeigt jedoch, daß dies ganz und gar nicht der Fall ist: Der Mittelwert für diese Alterskohorte pendelt immer eng um den Mittelwert der gesamten Bevölkerung, und dies sowohl zu Beginn der Datenreihe - wie dies auch zu erwarten gewesen wäre - wie auch zu Ende der Datenreihe - wie dies nach der Generationenhypothese eben nicht zu erwarten gewesen wäre. Der größte absolute Unterschied zwischen der Meinung der Bevölkerungsmehrheit und dieser Kohorte ist im September 1987 zu finden, und gerade hier hat die beschriebene Kohorte eine deutlich bessere Einstellung gegenüber der UdSSR als die Mehrheit der Bevölkerung. Das gleiche gilt, wenn man die Differenzen der jeweils ältesten Kohorten bzw. der jeweils jüngsten Kohorten vom Bevölkerungsdurchschnitt berechnet: Auch hier zeigt sich, daß die jeweiligen Kohortenmittelwerte über den gesamten Beobachtungszeitraum von rund 37 Jahren nur im geringen Maße vom Bevölkerungsmittelwert abweichen - und dies, ohne daß eine Tendenz in der Richtung der Abweichung festzustellen wäre. Dies bedeutet also, daß in der Einstellung gegenüber der UdSSR die Generationenhypothese verworfen werden muß. Vielmehr zeigt sich, daß die Einstellungen gegenüber der Sowjetunion innerhalb der verschiedenen Kohorten deutlich auf externe Stimuli reagieren, und zwar in etwa gleichem Maße über alle Kohorten hinweg. Damit läßt sich zusammenfassen, daß das Bild der Sowjetunion in diesem Fall nicht von einmal gemachten Erfahrungen determiniert wird, sondern hingegen die Einschätzung der UdSSR immer wieder aufs neue überprüft wird und gegebenenfalls an den äußeren Umständen neu bemessen wird.

Welche anderen Merkmale beeinflussen nun die Einstellung gegenüber der Sowjetunion? Hier ist zunächst einmal festzuhalten, daß die hier zur Untersuchung herangezogenen unabhängigen Variablen Geschlecht, Alter, Bildung, Religion und Parteineigung nur im geringen Umfang in der Lage sind, zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu differenzieren. Geringe, aber systematische Unterschiede zeigen sich jedoch, wenn man die Einstellungen gegenüber der Sowjetunion zwischen Männern und Frauen vergleicht: Bis in die neunziger Jahre hatten Frauen ein

etwas schlechteres Image von der Sowjetunion als Männer, wobei bis zur Mitte der fünfziger Jahre diese Variable teilweise bis zur Hälfte der Gesamtvarianz erklären konnte. Dies bestätigt die von Meyer (1983) gemachte Beobachtung der „Russenfurcht“ unter Frauen, die ihren Ursprung zum einen in der Propaganda des Dritten Reichs sowie Berichten über Vergewaltigungen während des russischen Einmarschs in Deutschland, zum anderen aber auch im regelmäßig etwas höheren anzutreffenden Bedrohungsgefühl von Frauen hat. Während ersteres für die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Zeit bis zur Mitte der fünfziger Jahre ausschlaggebend sein dürfte, sind die Unterschiede in der Einschätzung der Sowjetunion in den darauffolgenden Jahren wohl eher auf das letztere, höhere Bedrohungsgefühl seitens der Frauen zurückzuführen. Andere Variablen, wie z.B. Alter oder Bildung, treten nur sporadisch in Erscheinung: Diese beiden Variablen treten in der Regel nur gemeinsam auf, und zwar in den Jahren 1965 und 1969 sowie Ende der achtziger Jahre. Hier sind es offensichtlich die Jüngeren und Höhergebildeten, bei denen sich eher ein positiveres Image der Sowjetunion durchzusetzen beginnt. Ohne dies mit den Daten hier weiter belegen zu können, läßt sich vermuten, daß diese Gruppe im Bereich der außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen als Träger gesellschaftlichen Einstellungswandels bezeichnet werden kann. Den über die Jahre hinweg konstantesten Einfluß hat jedoch nach wie vor die jeweilige Parteineigung: In der Regel verhält es sich über den gesamten beobachteten Zeitraum so, daß Anhänger der CDU/CSU das schlechteste Bild der UdSSR halten. Bis zu Beginn der sechziger Jahre stellten den Gegenpol die Anhänger der SPD dar, die das vergleichsweise beste Image der UdSSR hatten - wenn auch die Unterschiede in der Beurteilung keineswegs gravierend waren. In den sechziger Jahren nähert sich die Einstellung derjenigen, die angeben, daß sie keine oder eine andere als die vorgegebene Parteineigung haben, an die Position der SPD-Wähler an, teilweise unterbieten sie sie sogar. In den achtziger Jahren schließlich treten die Wähler der Grünen auf den Plan, fortan sind dies diejenigen, die im Vergleich zu anderen Parteianhängerschaften das beste Image von der Sowjetunion haben. Aber auch hier ist wieder hinzuzufügen, daß diese Unterschiede zu anderen Parteien und Gruppierungen alles andere als gravierend sind. Insgesamt läßt sich also zusammenfassen, daß im großen und ganzen innerhalb der bundesdeutschen Öffentlichkeit über die gesamten 37 hier beobachteten Jahre mehr oder weniger ein Konsens darüber herrschte, wie die Sowjetunion zu sehen sei.

3.3.2.3 Vertrauen in die UdSSR

Worauf gründet nun dieses schlechte Image der UdSSR? Zunächst einmal wird der UdSSR gründlich mißtraut: Zwischen 1955 und 1960 sank der Anteil derjenigen, die der Meinung waren, daß die Handlungsweise der UdSSR auch mit ihren Ankündigungen übereinstimmte, von 12 auf nur noch knapp zwei Prozent - ein Anteil, der mit Meinungsumfragen kaum noch nachzuweisen ist. Zwar gaben 1969 wieder rund neun Prozent der Befragten an, daß Handeln und Ankündigungen übereinstimmten, aber dem steht eine fast einstimmige Haltung gegenüber, die der UdSSR nicht traute (Tabelle 216).

In dieselbe Richtung gehen auch die folgenden Fragen, wieviel Vertrauen man in die Fähigkeit der Sowjetunion habe, die gegenwärtigen Weltprobleme klug oder verantwortungsvoll anzugehen (Tabellen 1369, 1962). Wie schon oben zeigte sich, daß der Sowjetunion deutlich mißtraut wird: Selbst in Zeiten, in denen das Image der UdSSR vergleichsweise gut war, waren immer noch mehr als zwei Drittel aller Befragten der Meinung, daß sie kein Vertrauen in die diesbezüglichen Fähigkeiten der UdSSR hätten (Tabelle 1369), auch Mitte 1972 waren es noch knapp drei Viertel der Befragten. Zu Beginn der achtziger Jahre sank das Vertrauen in die UdSSR, sich als verantwortungsvoller Akteur auf der internationalen Bühne zu präsentieren, fast ins Bodenlose: Im Dezember 1983 setzte im Prinzip niemand irgendeine Art von Vertrauen in die UdSSR. Nach dem Abschuß des koreanischen Passagierflugzeuges KAL 007 im September des Jahres und dem Abbruch der INF-Verhandlungen im November gaben rund 94 Prozent der Befragten an, daß sie kein oder überhaupt kein Vertrauen hätten. Zwar ging bis September 1985 dieses Mißtrauen leicht zurück, es umfaßte aber immer noch mehr als vier Fünftel aller Befragten. Die erste Erholung in der öffentlichen Meinung zeigte sich zum Jahreswechsel 1985, nachdem im November des Jahres auf dem Gipfel in Genf Reagan und Gorbatschow im Grundsatz eine Reduzierung der strategischen Nuklearkräfte um 50 Prozent und eine Interimslösung zu Fragen der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa vereinbarten. Diese leichte Erholung wurde jedoch in den Augen der Öffentlichkeit durch das Verhalten der UdSSR nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl Ende April 1986 wieder zunichte gemacht: Die zögerliche und zunächst vertuschende Informationspolitik der UdSSR angesichts einer solchen Katastrophe konnte kaum davon überzeugen, daß sie mit Weltproblemen verantwortlich fertig werden würde. 1987 sollte jedoch das Jahr des

Umschwungs im Ansehen der UdSSR werden. Waren im Februar 1987 immer noch fast neun von zehn Befragten der Meinung, daß man nur wenig oder sehr wenig Vertrauen in die UdSSR setzen könne, schloß dieses Jahr mit Werten ab, bei denen deutlich mehr als jeder Zweite der Meinung war, daß man der UdSSR vertrauen könne. Dazwischen lagen der Besuch Reagans in Westberlin im Juni, im Juli die grundsätzliche Einigung über die „Doppelnull-Lösung", durch die sowjetische und amerikanische landgestützte Flugkörper mittlerer und größerer Reichweite weltweit abgeschafft werden sollten, die ersten gegenseitigen Inspektionen von Manövern durch sowjetische und amerikanische Militärs sowie im Dezember die Unterzeichnung des INF-Vertrages durch Reagan und Gorbatschow, der zum ersten wirklichen Abrüstungsabkommen zwischen den Supermächten wurde. Der größte Teil des Jahres 1988 zeigt die öffentliche Meinung gespalten: Etwas mehr als jeder Zweite war nach wie vor der Meinung, daß man nur wenig oder sehr wenig Vertrauen in die UdSSR setzen könne, wohingegen etwas weniger als jeder Zweite mittlerweile seine Meinung revidiert hatte. Gorbatschows Rede vor der UNO-Vollversammlung im Dezember 1988 überzeugte schließlich auch den größten Teil der verbliebenen Skeptiker: Nach der Ankündigung einseitiger konventioneller Rüstungsreduzierungen waren nur noch rund 17 Prozent der Befragten der Meinung, daß man kein Vertrauen in die Fähigkeiten der UdSSR haben könne, daß sie mit Problemen der Weltpolitik verantwortungsvoll fertig werden würde. Zwar blieb dieser Wert der bisherige Höhepunkt im der UdSSR entgegengebrachten Vertrauen, im Laufe des Jahres 1989 pendelten sich diese Werte im Bereich von 25 Prozent ein. Das Ende des sowjetischen Truppenabzugs aus Afghanistan, der Wiederbeginn der START-Verhandlungen sowie Gorbatschows Besuch in der Bundesrepublik schienen die Vertrauensbasis in der Öffentlichkeit zu festigen.

Bis hierhin zeigt sich, daß die Schwankungen im Vertrauen, welches der UdSSR entgegengebracht wird, alles andere als zufällig sind, sondern Reaktionen auf außenpolitische Ereignisse. Es zeigt sich auch, daß das Vertrauen bzw. Mißtrauen gegenüber der UdSSR nicht durch ein oder zwei einzelne Ereignisse gewonnen werden konnte, sondern daß die Öffentlichkeit zunächst einmal abwartend reagierte. Erst in dem Moment, als das politische Establishment begann, der UdSSR Vertrauen entgegenzubringen, griff auch die Öffentlichkeit dies auf. Von einem vorauseilenden Vertrauensbeweis gegenüber der UdSSR kann anhand dieser Daten auf keinen Fall

gesprochen werden, vielmehr entwickelte sich das Vertrauen erst über einen bestimmten Zeitraum und nach einer Reihe außenpolitischer Signale hinweg. Dabei zeigt sich allerdings auch, daß die Öffentlichkeit bereit war, auf Enttäuschungen - wie z.B. im Fall Tschernobyl - wieder mit größerem Mißtrauen zu reagieren. Auch „Stimmungshochs“ waren meist nur von kurzer Dauer und gingen in der Regel auf ein wieder etwas skeptischeres Maß zurück. Die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der UdSSR läßt sich am besten mit einem „Wie-Du-mir-so-ich-Dir“-Spiel vergleichen, in dem positives Verhalten durch reziprokes positives Verhalten - in diesem Fall Vertrauen - belohnt, negatives Verhalten durch Vertrauensentzug bestraft wurde. Auf diese Weise konnte sich sukzessive ein relativ deutlicher Abbau des Mißtrauens entwickeln, wie er auch im Image der UdSSR in den Augen der Bevölkerung zu beobachten gewesen ist.

Welche Rolle spielen nun die verschiedenen unabhängigen Variablen in der Erklärung dieser Einstellungen? Die am deutlichsten strukturierende Variable zwischen den verschiedenen Einstellungen ist auch hier wieder die Parteineigung. Dort, wo sie erhoben wurde, kann sie in der Regel auch mindestens die Hälfte der Gesamtvarianz aufklären, teilweise liegt sie sogar noch deutlich darüber. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteianhängerschaften sind jedoch alles andere als beeindruckend: So macht die größte Differenz zwischen den Anhängern der Grünen und denen der CDU/CSU gerade 0,16 Punkte aus, in der Regel liegen die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen deutlich darunter. Inhaltlich zeigt sich hier, daß die Anhängerschaft der CDU/CSU sowie jene, die angeben, keine Parteineigung zu haben, der UdSSR am skeptischsten gegenüberstanden, wohingegen Anhänger der Grünen und der SPD am ehesten bereit waren, ihrer Partei verantwortungsvolles Handeln in der Weltpolitik zuzubilligen. Als die zweit- und drittwichtigsten Variablen für die Erklärung von Einstellungsunterschieden erweisen sich hier wieder Bildung und die Altersgruppe. Auch hier zeigt sich wieder, daß in der Regel Jüngere und Höhergebildete eher bereit waren, der UdSSR Vertrauen entgegenzubringen, als niedriger Gebildete und Ältere. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen sind aber keineswegs beeindruckend oder gar dramatisch. Insofern zeigt sich auch hier, daß innerhalb der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein hohes Maß an Übereinstimmung und Einigkeit darüber bestand, wie weit die UdSSR als verantwortungsvoller Akteur auf der internationalen Bühne anzusehen sei. Es gab keine großen Unter-

schiede zwischen den Gruppen, die sich für eine politische Mobilisierung hätten instrumentalisieren lassen können. Dies gilt nicht nur für die achtziger Jahre, sondern gleichermaßen auch für den Beginn der siebziger Jahre: So schlagen sich z.B. die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrags im Laufe des Frühjahrs 1972 kaum in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nieder (Tabelle 3169) - wobei hier allerdings anzumerken ist, daß die Parteineigung in diesen Studien nicht erhoben worden war.

3.3.2.4 Kriegsverhütung und Kriegsgefahr

Zum verantwortungsvollen Handeln in der Weltpolitik gehörte gerade auch in der Anfangsphase des Kalten Krieges, daß man unter Beweis stellte, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu verhindern. Es dauerte bis zur Kubakrise im Oktober 1962, daß die Supermächte die Politik des „Brinkmanship“ - das heißt einer Politik, die versuchte auszutesten, was der Gegner noch bereit war hinzunehmen und sich somit am Rande eines neuen Weltkriegs bewegte - aufzugeben, und zu einer Politik der Koexistenz zu kommen. In den Augen der meisten Deutschen schien die UdSSR jedoch kaum bereit, alles, was sie könnte und sollte, zu tun, um einen neuen Krieg zu vermeiden (Tabelle 67). Mindestens 85 Prozent aller Befragten waren zwischen 1954 und 1960 dieser Meinung. Lediglich im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955, der Genfer Gipfelkonferenz der vier Siegermächte im Juli sowie im Vorfeld des Adenauer-Besuchs in Moskau im September des Jahres wurde der UdSSR in dieser Frage etwas größere Verantwortung zugebilligt: So gab im Mai und August 1955 rund ein Viertel der Befragten an, daß Rußland alles täte, um einen neuen Krieg zu vermeiden. Einen deutlichen Wandel in der Einschätzung der UdSSR bringt jedoch erst die Kubakrise 1962. Nachdem dort beide Supermächte am Abgrund eines nuklear geführten Krieges standen und diese Krise nur durch beiderseitiges Nachgeben entschärft werden konnte, begannen beide Seiten von einer konfrontativen zu einer eher kooperativen Politik zu finden. Die Einrichtung eines „heißen Drahtes“ zwischen Moskau und Washington im Juni 1963 war eine der ersten Konsequenzen, die aus dieser Krise gezogen wurden. In der Öffentlichkeit wurde dieser Wandel der Politik honoriert: So verdreifachte sich der Anteil derjenigen, die der UdSSR Verantwortungsbereitschaft konzedierten zwischen 1961 und 1964 auf nunmehr 30 Prozent, dieser Anteil konnte sich bis 1965, dem Ende der vorliegenden Datenreihe, halten. Wie schon im allgemeinen Image der UdSSR zeigt

sich auch hier, daß vor allem das Geschlecht einen deutlichen Einfluß auf die Einstellung gegenüber der UdSSR in dieser Frage hat. Männer erwiesen sich hier als grundsätzlich eher bereit, der Sowjetunion ein Interesse an der Kriegsvermeidung zuzugestehen, als Frauen. Die Unterschiede betrugen hier zwischen den Geschlechtern teilweise bis zu 15 Prozentpunkte und blieben bis zum Ende der Datenreihe Mitte der sechziger Jahre auch weitgehend konstant.

Mit einer ähnlichen Frage wird dieses Thema zu Anfang der achtziger Jahre wieder aufgegriffen. Hier wird etwas konkreter danach gefragt, ob die Politik und die Handlungen der Sowjetunion im vergangenen Jahr eher den Frieden gefördert oder eher die Kriegsgefahr erhöht habe (Tabelle 1827). Auch hier zeigt sich wieder, daß die Öffentlichkeit die UdSSR an ihren Handlungen maß: So waren im März 1982 lediglich 14 Prozent der Befragten der Meinung, daß ihre Handlungen eher den Frieden gefördert hätten - wesentlich für diese schlechte Einschätzung dürfte die Verhängung des Kriegsrechts Mitte Dezember 1982 in Polen sein, welches, so wurde damals vermutet, vor allem auf Druck der sowjetischen Regierung geschah. Auf der anderen Seite wurde der Beginn der START-Verhandlungen im Juni 1982 von der Bevölkerung als ein Akt gesehen, der den Frieden fördere: Nunmehr war rund jeder vierte Befragte der Meinung, daß die UdSSR eher den Frieden gefördert denn die Kriegsgefahr erhöht habe. Der Abbruch der INF- und START-Verhandlungen im November/Dezember 1983 schlug sich entsprechend auch in einer schlechteren Beurteilung der UdSSR nieder. Zwischen Februar und September 1985 setzte eine Entwicklung ein, die zusehends der UdSSR eine positivere Haltung zuschrieb. Diese fand ihren vorläufigen Höhepunkt im Dezember dieses Jahres, als nach dem Genfer Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow jeder zweite Befragte bereit war, der UdSSR ein gutes Zeugnis auszustellen. Das Verhalten der UdSSR während und nach der Katastrophe von Tschernobyl warf zwar wieder einen deutlichen Schatten auf die Einstellung ihr gegenüber, im November 1987 erfuhr ihre Bewertung jedoch einen neuen Höhepunkt. Im Oktober 1987 trafen sich Reagan und Gorbatschow erneut, diesmal in Reykjavik, und wenn auch dies Treffen substantiell erfolglos geblieben war, so führte es doch dazu, daß in den Augen der Öffentlichkeit - je nach Umfrage - mehr als drei Viertel der Befragten bzw. mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung waren, daß die Politik der UdSSR im letzten Jahr den Frieden gefördert habe.

3.3.2.5 Exkurs: Ein methodologisches Problem der Umfrageforschung

Unabhängig von der inhaltlichen Interpretation dieser Umfragewerte weisen diese beiden letzten Daten auf ein interessantes methodisches Problem hin. Beide Umfragen wurden im selben Monat, vom selben Institut und mit einer absolut identischen Frageformulierung erhoben. Trotzdem klafft zwischen den beiden Werten eine Lücke von rund 25 Prozentpunkten. Wie ist dies zu erklären? Eine mögliche Ursache könnte darin liegen, daß die Studie, die den höheren Wert zutage bringt, eine Telefonumfrage ist, während die Studie mit dem niedrigeren Wert im persönlichen Gespräch von Angesicht zu Angesicht zwischen Interviewer und Interviewtem durchgeführt wurde. Gegenüber Telefongesprächen bietet eine Interviewsituation, die von Angesicht zu Angesicht geführt wird, den Befragten eher Gelegenheit, über ihre Antworten nachzudenken und zu einem ausgewogeneren Urteil zu kommen als in Telefongesprächen, die immer unter einem gewissen Zeitdruck geführt werden müssen, so daß Interviewer eher dazu tendieren, seitens der Interviewten spontane Reaktionen herauszufordern. Der zweite, wohl gravierendere Unterschied zwischen beiden Studien liegt im Kontext, in den diese beiden Fragen eingebettet worden sind. In der telefonischen Erhebung stand die betreffende Frage ganz zu Anfang des Interviews an fünfter Stelle, vorher waren nur allgemeine Fragen zum Verhältnis zur USA und der UdSSR gestellt worden. Von daher ist hier anzunehmen, daß die Beantwortung dieser Frage im Wesentlichen spontan und unter dem Eindruck des Gipfeltreffens stand. Ganz anders jedoch der Kontext, in dem die Frage in der zweiten Erhebung stand: Hier wurde sie erst im letzten Drittel einer sehr umfangreichen Studie über das Amerika- und Sowjetunionbild der Deutschen gestellt. Hier waren Fragen zur Gemeinsamkeit von Werten, der Beurteilung des Einflusses der beiden Supermächte auf die deutsche Politik, kulturelle und wirtschaftliche Interessen etc. erhoben worden, was für die Befragten im Laufe dieses Gesprächs zur Folge hatte, daß Bilder und Erinnerungen aus der Geschichte der letzten vierzig Jahre noch einmal reaktiviert und so auch die Antwort auf die betreffende Frage eingetrübt wurden.

Keine der beiden Fragen mißt also genau die Einschätzung, ob die Politik der Sowjetunion im vergangenen Jahr eher den Frieden gefördert oder eher die Kriegsgefahr erhöht habe, sondern beide sind nur im jeweiligen Kontext zu interpretieren. Dies bedeutet, daß der „wahre“ Wert vermutlich zwischen diesen beiden Punkten liegt. Trotzdem läßt sich daraus folgern, daß im Vergleich zu den vorangegangenen

Jahren die Einschätzung der UdSSR Ende 1987 einen Höhepunkt erlebt hatte. Ansonsten ist hier auch wieder das Bild, das schon in den vorangegangenen Fragen zu beobachten war, zu bestätigen, daß sich die Einschätzungen der UdSSR innerhalb der Bevölkerungsteile kaum unterscheiden. Wenn überhaupt eine Variable einen spürbaren Einfluß hat, ist dies wieder die Parteineigung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß das Image der UdSSR bis zu Beginn der achtziger Jahre in der deutschen Bevölkerung denkbar schlecht war. Die Öffentlichkeit stand der UdSSR äußerst mißtrauisch und skeptisch gegenüber, war auf der anderen Seite aber auch durchaus bereit, Zeichen der Kooperation als solche wahrzunehmen und entsprechend ihre Einstellungen zu überprüfen. Erratische Schwankungen oder Stimmungen sind dabei jedoch nicht auszumachen, selbst bei Anzeichen der Kooperation blieben sie immer noch im wesentlichen im Bereich der Skepsis. Auch der Amtsantritt Gorbatschows führte nicht automatisch zu einem Stimmungswandel, vielmehr wartete die Öffentlichkeit ab, bis sich deutliche Zeichen für einen Wechsel in der sowjetischen Politik ergaben. Nachdem sich allerdings herausgestellt hatte, daß diese neue Politik nicht nur ein kurzfristiges Tauwetter in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten bzw. zwischen Ost und West darstellte, ereignete sich ein in den Ausmaßen geradezu dramatischer Meinungswandel im Verhältnis zur UdSSR. Dies zeigt auf der anderen Seite, daß die skeptische und mißtrauische Haltung gegenüber der UdSSR nicht auf einem festen, unverrückbaren Feindbild beruhte, sondern in der Einschätzung flexibel und revidierbar war. Für das Fehlen eines solchen festgefügten Feindbildes spricht auch, daß sich in der Untersuchung der Generationenzusammenhänge kein diesbezüglicher Einfluß ergeben hat. Der Meinungswandel gegenüber der UdSSR erfaßte alle Bevölkerungsteile, unabhängig in welchem Zeitraum sie sozialisiert worden waren, gleichermaßen. Anders wäre auch die große Homogenität in den Einstellungen über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg kaum erklärbar.

3.3.2.6 Allgemeine Beziehungen zwischen Bundesrepublik und UdSSR

Nachdem das negative Image der UdSSR und sein Verfall beschrieben worden sind, soll im folgenden auf die Einschätzungen der politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR eingegangen werden. Ein, nach den oben berichteten Ergebnissen kaum erstaunlicher Befund ist, daß im wahrsten Sinne des Wortes

niemand bis zu Beginn der siebziger Jahre der Meinung war, daß die Interessen der Bundesrepublik mit denen der Sowjetunion in irgendeinem Maße übereinstimmten (Tabelle 991). Zwischen 1960 und 1965 gaben zwischen 96 und 99 Prozent der Befragten an, daß die Interessen ziemlich oder sehr verschieden seien. Erst zu Beginn der siebziger Jahre konstatierte ein geringer Teil der Bevölkerung, daß es zumindest ein gewisses Maß an Übereinstimmung gebe, 1972 waren dies 14 Prozent, 1982 rund 20 Prozent der Befragten. Mit anderen Worten: Die Interessen zwischen beiden Ländern waren so verschieden wie Tag und Nacht. Wie würde dann eine Entspannungspolitik bewertet werden, die ja vom Sinn her davon ausgeht, daß es zumindest ein Minimum an gemeinsamen Interessen zwischen beiden Ländern bzw. zwischen beiden Blöcken geben muß, bei denen man zu einem Ausgleich kommen kann? Bis 1986 ging entsprechend eine absolute Mehrheit der Befragten davon aus, daß Moskau die Verständigungsbereitschaft der Bundesrepublik mißbrauche (Tabelle 1857). Ab 1986 konzedierte aber eine zunehmend größere Zahl von Befragten der UdSSR, daß sie es selber ernst mit der Entspannungspolitik meine. Der Anteil wuchs von 64 Prozent auf 93 im Jahr 1990. Dieser Wert sank 1991 allerdings etwas, die Gründe dafür könnten im Staatsstreich gegen Gorbatschow liegen, der in die Zeit der Erhebung fiel und erhebliche Unsicherheit über die Zukunft des künftigen innen- und außenpolitischen Kurses der Sowjetunion hervorrief.

Bemerkenswert ist hier jedoch, wie sehr sich in dieser Frage unterschiedliche Einstellungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen feststellen lassen. Wurde das schlechte Image der UdSSR im Prinzip von allen Bevölkerungsgruppen geteilt, so wurden die Folgen für die praktische Politik deutlich unterschiedlich gesehen. Das Ausmaß der Polarisierung war hier jedoch nicht zu allen Zeitpunkten gleich stark, so flachten die Unterschiede ab 1988 zwischen den einzelnen Gruppen ab und waren in den letzten Jahren 1989 bis 1991 nur noch kaum auszumachen. Dies deutet darauf hin, daß in dieser Frage über die verschiedenen Gruppen hinweg wieder ein gemeinschaftlicher Konsens in der Beurteilung der Absichten der UdSSR gefunden werden konnte. Die deutlichste Polarisierung zeigt sich, wie erwartet, wieder in der Differenzierung nach den verschiedenen Parteianhängerschaften. Während vor allem die Anhängerschaft der CDU/CSU bis 1986 noch mehrheitlich der Meinung war, daß die UdSSR die Entspannungspolitik mißbrauche, waren zum selben Zeitpunkt die Anhänger der SPD sowie der Grünen mehrheitlich der Meinung, daß sie es mit der

Entspannungspolitik ernst meine. Der deutlichste Gegensatz ergibt sich hier wieder zwischen den Anhängern der CDU/CSU und denen der Grünen, hier betragen die Unterschiede teilweise rund 40 Prozentpunkte. Den deutlichsten Meinungswandel machten entsprechend auch die Anhänger der CDU/CSU durch. Waren 1984 noch zwei Drittel der Meinung, Moskau mißbrauche die Verständigungsbereitschaft der Bundesrepublik, so war es sechs Jahre später nur noch einer von zehn, der dieser Ansicht war. Neben der Parteineigung weisen auch Religion, Bildungs- und Altersgruppen einen eigenständigen Effekt auf die Einschätzung der Entspannungspolitik auf: So zeigten sich schon zu Beginn der Datenreihe 1982 jene, die keine Konfessionszugehörigkeit aufwiesen, mehrheitlich davon überzeugt, daß die Sowjetunion es ernst mit der Entspannungspolitik meine, das gleiche gilt für Höhergebildete und Jüngere.

Faßt man diese vier Merkmale: Neigung gegenüber den Grünen, keine Konfessionszugehörigkeit, höhere Bildung und jünger zusammen, so schält sich hier diejenige Gruppe heraus, die als Trägerin der Friedensbewegung identifiziert worden ist. Dies war, wie oben gezeigt, auch diejenige Gruppe, die eher eine Parität in den Kräfteverhältnissen zwischen Ost und West perzipierte und daraus folgerte, daß ein weiteres Drehen an der Rüstungsspirale in keinem Interesse der beiden Seiten lag und somit die Konsequenz nur eine Entspannungspolitik sein könnte. Allerdings zeigt sich auch, daß diese Unterschiede im Laufe der Zeit zu verschwinden begannen, je mehr sich die Überzeugung breit machte, daß auch Moskau Interesse an der Entspannungspolitik habe. Es läßt sich verfolgen, daß sich die anderen Bevölkerungsgruppen in ihrer Einschätzung der eben beschriebenen Teilgruppe immer weiter anglichen.

Wenn auch Anfang der achtziger Jahre noch eine Mehrheit der Befragten der Meinung war, die UdSSR würde die Verständigungsbereitschaft der Bundesrepublik ausnutzen, so schien sie gleichfalls von einer Position der Stärke zu argumentieren. Zur selben Zeit gab eine Mehrheit der Befragten an, daß sie nur wenig besorgt oder ganz unbesorgt sei, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik unter Druck setzen würde, eine Politik zu verfolgen, die in erster Linie den Interessen der Sowjetunion diene (Tabelle 1604). Auch wenn die UdSSR die Verständigungsbereitschaft der Bundesrepublik zu mißbrauchen schien, so bedeutete dies für eine Mehrheit der Befragten nicht, daß sie die Bundesrepublik auch unter Druck setzen könne. Die Inte-

gration in das westliche Bündnis ließ hier eine Haltung zu, bei der man der UdSSR entgegenkommen konnte, ohne dabei eigene Positionen preiszugeben oder gar in Gefahr zu geraten, seine eigene Politik dem Druck aus Moskau anpassen zu müssen. Und auch hier zeigt sich im Verlauf der Jahre, daß die Mehrheit, die sich unbesorgt zeigte, in der Bevölkerung noch weiter an Stärke gewann, bis schließlich im November 1987 neun von zehn Befragten sich nur wenig besorgt oder unbesorgt zeigten. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich hier nach den Altersgruppen, wobei sich über den gesamten Zeitraum hinweg vor allem Jüngere als deutlich unbesorgter erweisen als Ältere. Interessanterweise hat die Schulbildung auf die Einschätzung dieser Lage hier keinen Einfluß. Dort, wo die Parteineigung erhoben wurde, zeigt sich wieder das vertraute Bild, daß Anhänger der CDU/CSU sich als etwas besorgter erweisen, während Anhänger der Grünen sich als deutlich unbesorgter zeigten.

3.3.2.7 Politische Beziehungen

Images, Stereotypen und Feindbilder spiegeln die affektive Dimension von Einstellungen wider, daß heißt Antworten werden eher „aus dem Gefühl“ heraus gegeben, sie spiegeln eher Stimmungen denn tatsächliche Einschätzungen wider. Auf der Ebene der kognitiven Einstellungsdimension spielen Einschätzungen eine größere Rolle, die weniger durch Stimmungen und Gefühle, sondern deutlicher durch Wissen und Abwägungen gekennzeichnet sind. Eher auf der Wissens- und Bewertungsdimension dürfte denn auch die Einschätzung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion liegen (Tabelle 173). Zunächst einmal zeigt sich auch hier der für die Einstellungen Ende der achtziger Jahre charakteristische Trend, daß die UdSSR und ihre Politik zusehends positiver bewertet werden, es zeigen sich aber auch in dieser Tabelle zwei besondere Umstände. Zum ersten ist dies die gleichermaßen schlechte Einschätzung der Beziehungen sowohl im Februar 1955 wie rund 30 Jahre später im Juni 1985. Zu beiden Zeitpunkten war eine deutliche Mehrheit der Befragten der Meinung, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten schlecht oder sehr schlecht seien. Das zweite auffällige Merkmal ist, daß auch 1987 noch ein deutlicher Teil der Befragten davon ausging, daß die Beziehungen schlecht seien. Während sich zu diesem Zeitpunkt schon das allgemeine Image der UdSSR zu bessern begann, hatte dies wohl zunächst noch wenig Einfluß

auf die Einschätzung der Beziehungen. Ein positiveres Images bedeutete damit automatisch nicht gleich eine bessere Einschätzung der Beziehungen.

Unabhängig von der Frage, wie das gegenwärtige Verhältnis beurteilt wird, stellt sich die Frage, wie sich die zukünftigen Beziehungen gestalten werden. So wurde zwischen 1981 und 1993 gefragt, ob zu erwarten wäre, daß sich die Beziehungen im Laufe der nächsten Zeit eher verbessern, sie unverändert bleiben oder eher schlechter werden (Tabelle 1681). Zu Beginn der achtziger Jahre war die Öffentlichkeit weder optimistisch noch pessimistisch, sondern eher abwartend: So gaben 1981 rund 70 Prozent der Befragten an, daß sie im Verhältnis zur Sowjetunion in der nächsten Zeit keine Veränderung erwarten würden, 16 Prozent erwarteten eine Verschlechterung und 14 Prozent eine Verbesserung des Verhältnisses. Das Verhältnis zur UdSSR wurde also Anfang der achtziger Jahre sowohl als schlecht beurteilt, wie auch weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung zu erwarten waren. Allerdings zeigt sich schon seit Beginn der achtziger Jahre, daß diese abwartende Haltung zu Gunsten einer eher optimistischeren Haltung den Platz räumen mußte. In dem Maße, wie der Anteil derjenigen, die keine Veränderung sahen, zurückging, nahm auch der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung erwarteten, zu. 1984 vermutete jeder Fünfte, daß sich das Verhältnis verbessern würde, 1986 bereits jeder Dritte und 1987 jeder Zweite der Befragten. Der Anteil derjenigen, die in Zukunft eine Verschlechterung des Verhältnisses erwarteten, ging im selben Zeitraum bis auf eine marginale Größe von nur noch zwei Prozent der Befragten im Jahr 1987 zurück. In diesem Jahr übertraf der Anteil der „Optimisten“ zum ersten Mal auch den Anteil derjenigen, die eine Stagnation im Verhältnis sahen. Bis 1990 sollte sich dieser Anteil noch bis auf drei Viertel aller Befragten vergrößern. 1990 stellt einen Wendepunkt in der Erwartung des zukünftigen Verhältnisses zwischen beiden Ländern dar: Seit diesem Zeitpunkt ging der Anteil der Optimisten von rund 76 auf nur noch 40 Prozent im Jahr 1993 zurück.

Zwei Gründe mögen bei diesem Rückgang eine Rolle gespielt haben: Erstens schien für einen Teil der Befragten eine „Sättigungsgrenze“ erreicht worden zu sein, bei der das Verhältnis zwischen beiden Ländern als so gut perzipiert wurde, daß eine weitere Steigung realistischerweise kaum noch möglich sei. Der zweite Grund liegt sicherlich auch in einer Ernüchterung über die Beziehungen zwischen der GUS, bzw. Rußland, und der Bundesrepublik. Eine instabile innenpolitische Lage, in der sich

Reformer auf der einen und Kommunisten und Ultranationalisten auf der anderen Seite gegenüberstehen, führt zu einer Außenpolitik, die immer stärker auf den Großmachtstatus Rußlands pocht. Die Osterweiterung der NATO sowie der Streit um die Rückgabe der „Beutekunst“ führten dazu, daß die Positionen der Bundesrepublik und Rußlands als zusehends gegensätzlich wahrgenommen werden. Allerdings stellte der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten sahen, immer noch eine ganz klare Minderheit von acht Prozent 1993 dar. Vor allem das Bildungsniveau spielte eine Rolle in der Einschätzung des zukünftigen Verhältnisses zwischen beiden Ländern. So waren sich Befragte mit niedrigerer Bildung in der Einschätzung des zukünftigen Verhältnisses eher unsicher, sie tendierten dahin, keine Veränderung des Verhältnisses anzunehmen. Im Gegensatz dazu zeigten Befragte mit höherer Bildung eine größere Variationsbreite in ihren Antworten: So war der Anteil von Befragten mit dem höchsten Bildungsabschluß sowohl in der Gruppe derjenigen, die eine Verbesserung als auch in der Gruppe derjenigen, die eine Verschlechterung vermuten, anzutreffen. Mit der Ausnahme des Jahres 1983 tendierten Befragte mit höherer Bildung eher dazu, das zukünftige Verhältnis zwischen beiden Ländern als optimistisch einzuschätzen. Unterschiede, wenn auch weit weniger deutlich, zeigten sich auch, wenn man nach verschiedenen Altersgruppen differenziert. Hier zeigt sich, wenn auch nicht durchgängig, daß eher die mittleren Altersgruppen, d.h. jene zwischen 30 und 44 Jahren, bzw. zwischen 45 und 64 Jahren diejenigen waren, die eher noch als die jüngste bzw. die älteste Gruppe eine Verbesserung des Verhältnisses erwarteten. Vor allem die jüngste Altersgruppe ging bis 1986 im Vergleich zu den anderen Altersgruppen häufiger davon aus, daß sich das Verhältnis verschlechtern würde. Der gleiche Befund trifft auch auf die Anhänger der Grünen zu, wenn man die Einstellung diesbezüglich nach Parteineigung differenziert. Auch hier zeigt sich, daß im Vergleich zu den anderen etablierten Parteien diese Anhänger häufiger pessimistisch waren. So gab im Sommer 1984 rund jeder vierte Anhänger dieser Partei an, daß er erwarte, daß sich das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion eher verschlechtern werde, im Vergleich zu z.B. nur jedem zehnten Anhänger der CDU/CSU oder der SPD. Lediglich unter jenen, die keine Parteineigung aufwiesen, war der Anteil noch etwas höher. Dieser eher pessimistische Grundzug unter der Anhängerschaft der Grünen läßt sich noch bis 1988 nachweisen. Auf der anderen Seite zeigt sich aber auch, daß Anhänger der Grünen (sowie teilweise der FDP) im Vergleich zu anderen Parteianhänger-

schaften sich als etwas optimistischer erwiesen. Eher abwartend verhielten sich hingegen die Anhänger von CDU/CSU und SPD. Bis ungefähr 1987 traten Unterschiede zwischen den jeweiligen Parteianhängerschaften noch vergleichsweise deutlich zutage, begannen aber sich ab 1988 langsam abzuschwächen. Ab diesem Moment begannen sich in der UdSSR glaubhafte Veränderungen zu vollziehen, die sich auch in den Verhältnissen zur Bundesrepublik wie auch zu anderen Staaten niederschlugen. Bis zu diesem Zeitpunkt herrschte noch weitgehend Rätselraten darüber, wie sich der zukünftige politische Kurs innerhalb der UdSSR vollziehen werde, entsprechend unterschiedlich fielen auch die Schlüsse der jeweiligen Parteiführungen wie auch ihrer Anhängerschaften aus, und entsprechend unterschiedlich wurde eben auch das zukünftige Verhältnis eingeschätzt.

Nicht nur die Einschätzung der zukünftigen Beziehungen zwischen der UdSSR bzw. Rußland und der Bundesrepublik, sondern das ganze neue Image dieses Landes beruht auf dem Wandel vom Kommunismus zur Demokratie und Marktwirtschaft. Anfang der neunziger Jahre war dieser Wandel aber alles andere als abgesichert, denn starke innenpolitische Kräfte vor allem aus dem Bereich der Staatswirtschaft sowie große Teile einer zusehends verarmenden Bevölkerung wollten zurück zu einem planwirtschaftlichen System, gleichzeitig wollten starke nationalistische Kräfte ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion nicht akzeptieren und versuchten, eine Restauration der alten UdSSR durchzusetzen. Die deutsche Öffentlichkeit betrachtete diese Auseinandersetzungen von außen zunächst sehr optimistisch: Auf die Frage, für wie groß sie die Gefahr halte, daß in einer unbestimmten Zukunft die Sowjetunion auf den Kurs des harten Kommunismus früherer Tage zurückfalle, gaben im Dezember 1989 noch knapp drei Viertel aller Befragten an, daß sie diese Gefahr für nicht sehr groß hielten oder überhaupt keine Gefahr sähen (Tabelle 4236). Dreizehn Monate später, im Januar 1991, hatte sich das Stimmungsbild deutlich geändert: Nach dem Rücktritt des in Deutschland sehr populären sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse im Dezember 1989, den dieser ausdrücklich mit einer Warnung vor einer neuerlichen Diktatur in der Sowjetunion verband, sowie dem Versuch sowjetischer Truppen, in Lettland die Wehrpflicht durchzusetzen, sahen nun rund zwei Drittel der Befragten eine sehr große oder große Gefahr, daß die Sowjetunion auf den Kurs eines harten Kommunismus zurückfallen könnte. Wiederum acht Monate später hatte sich das Bild neuerlich gewendet: Nachdem der Staatsstreich

gegen Gorbatschow vom August 1991 am Widerstand großer Teile der russischen Bevölkerung sowie von Teilen der Armee, die sich loyal verhielten, gescheitert war, schien für den größten Teil der deutschen Öffentlichkeit (76 Prozent) der Rückfall in „alte“ Zeiten gebannt. Auf der anderen Seite zeigen diese extremen Schwankungen in den Verteilungen aber auch, daß dort, wo sich die Öffentlichkeit nicht auf Informationen stützen kann - und zu diesem Zeitpunkt herrschte auch innerhalb der politischen Klasse große Unsicherheit über den Verlauf der weiteren Reform in der UdSSR - sie offensichtlich „aus dem Bauch“ heraus entscheidet, bzw. sehr stark durch Medienereignisse in ihrer Einschätzung beeinflußt wird. Dort, wo sie solche Ereignisse innerhalb eines Interpretationsrahmens verorten und bewerten kann, scheinen sich solche Ereignisse auch weniger stark in Stimmungsschwankungen der öffentlichen Meinung niederzuschlagen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich die UdSSR mit einem Gürtel von Satellitenstaaten umgeben, auf die sie durch die Einsetzung kommunistischer Parteien und eines ihr ähnlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems Einfluß nahm. Dieser Einfluß ging so weit, daß die Sowjetunion in der „Breschnew-Doktrin“ die begrenzte Freiheit der eigenen Entwicklung sozialistischer Staaten dekretieren konnte. Mit den inneren Reformen der UdSSR und ihrem späteren Zerfall ging damit natürlich auch die Frage einher, ob sie versuchen würde, auch in Zukunft ihren Einfluß über diese Länder zu wahren, oder ob sie diese Länder unabhängig werden lassen würde (Tabelle 4154). Noch im Juli 1989 zeigten sich mehr als zwei Drittel der Befragten skeptisch und meinten, die UdSSR würde versuchen, an ihrem Einfluß festzuhalten. Mit den deutlichen Auflösungserscheinungen des „Ostblocks“ wuchs allerdings auch die Überzeugung, daß die UdSSR diese Länder unabhängig lassen werde, so waren im September bereits 44 Prozent und im November 1989 bereits 47 Prozent der Befragten dieser Meinung. Die ersten freien Wahlen in Polen im Juni des Jahres, die Öffnung der ungarischen Grenze nach Westen, das Drängen Gorbatschows in der DDR auf Reformen, die Ablösung Honeckers im Oktober sowie die Demonstrationen für politische Reformen sind Meilensteine in der Auflösung des Ostblocks, die durch die sowjetische Regierung nicht behindert, sondern durchaus billigend in Kauf genommen wurde.

3.3.2.8 Gorbatschow

In der Wahrnehmung der Außenpolitik von Staaten spielen nicht nur Ereignisse eine Rolle, sondern auch Personen. Mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows als neuer Generalsekretär der KPdSU am 11. März 1985 schien im Kreml nicht nur eine neue Person, sondern auch ein „neues Denken“ Einzug zu halten, welches durch diese Person verkörpert wurde. Mit seinem Amtsantritt endete die Periode der Unsicherheit, die seit dem Tod Breschnews am 10. November 1982 die sowjetische Außenpolitik stagnieren ließ. Breschnews Nachfolger Andropow und Tschernenko galten noch als Vertreter der „alten Garde“, mit Gorbatschow erschien ein neuer Typ von Generalsekretär an der Spitze der KPdSU. Unter dem Programm „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) wurden innenpolitische Reformen eingeläutet, außenpolitisch zeigte sich Gorbatschow äußerst flexibel und stellte die westliche Diplomatie, die über Jahrzehnte an das schwerfällige und leicht durchschaubare Gebaren ihres sowjetischen Gegenspielers gewöhnt war, vor erhebliche Probleme. Durch die Ablösung der „alten Garde“ in Schlüsselministerien (z.B. des dienstältesten Außenministers der Welt, Andrei Gromyko, durch Eduard Schewardnadse) sowie sein persönliches Auftreten, welches eher an westliche Politiker denken ließ denn an russische Apparatschiks, gewann er innerhalb der westlichen Öffentlichkeit schnell an Popularität (Tabellen 3425, 4105). Dabei erreichte er Bewertungen, die auch westliche Politiker als Traumnoten bezeichnen würden: Nachdem er im Juli 1987 die Bereitschaft ankündigte, im Zusammenhang mit einem INF-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion alle nuklearen Mittelstreckenwaffen einschließlich der im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten Flugkörper zu beseitigen, hatten noch zwei Monate später, im September, rund 85 Prozent der Befragten eine gute oder sehr gute Meinung von ihm. Gesteigert wurde diese positive Einschätzung noch im Jahr 1989: Bereits vor Gorbatschows Besuch in der Bundesrepublik im Juni des Jahres hatten schon im Mai rund 94 Prozent der Befragten eine ziemlich oder sehr positive Einstellung ihm gegenüber. Bis in den November des Jahres hielt dieser Höhenflug an, sein Ende zeichnete sich zu Beginn des Jahres 1991 ab - nach dem Rücktritt Schewardnadses und den Auseinandersetzungen um die Wehrpflicht in Lettland.

Aber auch zu diesem Zeitpunkt waren immer noch rund drei Viertel aller Befragten Gorbatschow gegenüber positiv eingestellt. Bis zum September des Jahres, nach

dem überstandenen Staatsstreich, hatte sich seine Einschätzung in der Öffentlichkeit wieder erholt, man war nun offensichtlich erleichtert darüber, daß die Reformer im Kreml in diesem Fall die Oberhand behalten hatten. Angesichts dieser insgesamt sehr hohen Zustimmungswerte, derer sich Gorbatschow erfreuen konnte, zeichnen sich auch nur wenige Unterschiede in der Bewertung innerhalb der deutschen Öffentlichkeit ab, und wenn sie auftreten, sind sie minimal. Den deutlichsten Einfluß auf die Einschätzung Gorbatschows hat in diesem Fall das Lebensalter - wenn Unterschiede auftreten, dann sind es eher die älteren Altersgruppen, die Gorbatschow positiver beurteilen als die jüngeren.

Nachdem bis hierher die Beziehungen der Bundesrepublik zu den USA wie auch zur Sowjetunion untersucht wurden, soll zum Schluß dieses „Beziehungsdreieck“ geschlossen werden: Wie schätzte die deutsche Öffentlichkeit in der Vergangenheit die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ein? Die Qualität der Beziehungen der beiden Supermächte untereinander bestimmte immer auch den außenpolitischen Spielraum der Bundesrepublik: Mit dem Beginn der Koexistenz zwischen beiden Supermächten Mitte der sechziger Jahre wurde die Bundesrepublik gedrängt, ihr Verhältnis zu Osteuropa und zur DDR zu klären, die Phase der außenpolitischen Détente der siebziger Jahre erlaubte ihr, ihre eigene Ostpolitik zu verfolgen, die sie zu Beginn der achtziger Jahre vor der zunehmenden Konfrontation zwischen beiden Supermächten versuchte abzuschirmen, wobei sich hier ihr Handlungsspielraum wieder reduzierte. Ein Nachhall der Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR zu Beginn der achtziger Jahre läßt sich auch in der Einschätzung des Verhältnisses der beiden Staaten durch die deutsche Öffentlichkeit Mitte der achtziger Jahre finden. Selbst kurz nach dem Genfer Gipfel 1985 zwischen Reagan und Gorbatschow, der als Ziel der Rüstungskontrollverhandlungen eine Halbierung der strategischen Nuklearwaffen sowie eine Lösung der INF-Frage in Aussicht stellte, waren noch über 40 Prozent der Befragten der Meinung, daß das Verhältnis zwischen beiden Staaten ziemlich oder sehr schlecht sei. Bis 1987 stieg der Anteil derjenigen, die dieser Meinung waren, auf rund drei Viertel aller Befragten, selbst das Treffen in Reykjavik im Oktober 1986 konnte diesen Trend nicht aufhalten. Im September 1987 kippte diese Stimmung deutlich um: Nunmehr waren zwei Drittel der Befragten der Meinung, daß die Beziehungen zwischen beiden Supermächten als eher gut zu bezeichnen seien, ein Drittel der Befragten beurteilte sie immer noch als

schlecht. Der Grund für diesen Sinneswandel ist sicherlich in der Akzeptanz der schon mehrfach erwähnten „Doppel-Null-Lösung“ zu sehen, die die sowjetischen Unterhändler im Juli 1987 machten. Damit machte sich nicht nur Erleichterung in der Öffentlichkeit breit, daß das Problem der sie beunruhigenden Nuklearwaffen endlich aus der Welt geschafft werden würde, sondern zeigte auch, daß beide Seiten auf dem Wege zu einem wirklichen Abrüstungsabkommen waren. Seit diesem Zeitpunkt im Sommer 1987 findet sich bis zum Ende des Jahres 1989, dem Ende der vorliegenden Datenreihe, eine teilweise fast einstimmige Mehrheit, die die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen als gut oder sehr gut beurteilt. Besonders Gipfeltreffen - wie der Gipfel in Washington im Dezember 1987 sowie der Gipfel in Moskau im Mai 1988 - trugen deutlich dazu bei, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern positiver eingeschätzt wurden als während des normalen politischen Tagesbetriebes. Die durchgängigsten Einstellungsunterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen finden sich, wenn man nach Altersgruppen und Parteianhängerschaft differenziert, wobei letztere wieder den stärkeren Effekt hat. Dort, wo unter den Altersgruppen Unterschiede auftreten, zeigt sich, daß Jüngere die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR eher schlechter einschätzen als Ältere. Unterscheidet man nach Parteianhängerschaften, so treten hier wieder die bekannten Differenzen zwischen den Anhängerschaften der CDU/CSU einerseits und denen der Grünen andererseits hervor: Während die Anhänger der Unionsparteien in der Regel die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten jeweils am positivsten perzipieren, werden diese Beziehungen von Anhängern der Grünen als jeweils am schlechtesten beurteilt. Diese Unterschiede sind jedoch insgesamt gesehen keineswegs gravierend, sondern lassen sich eher als Nuancen in der Wahrnehmung beschreiben. Entsprechend gering ist auch die gesamte Aufklärungskraft aller Variablen kombiniert, so daß man hier auch davon ausgehen kann, daß die Einschätzung der Beziehungen der Supermächte untereinander von der deutschen Öffentlichkeit im Wesentlichen im gleichen Maße geteilt wird.

3.3.3 Zusammenfassung

Die hier vorgelegten Analysen der Einstellungen in der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der UdSSR bzw. Rußland, die einen Zeitraum von knapp vierzig Jahren umfassen, lassen ein beeindruckendes Maß sowohl an Kontinuität wie an Wandel erkennen. Die Kontinuität in den Einstellungen der öffentlichen Meinung zeigt sich

seit Mitte der fünfziger Jahre bis teilweise in die Mitte der achtziger Jahre. Während dieses Zeitraums wurde sie kontinuierlich schlecht bewertet, ihr wurde mißtraut, sie erschien als Bedrohung mit kaum einer Neigung, den Frieden zu fördern, es wurden keinerlei Interessensübereinstimmungen zwischen der Bundesrepublik und ihr gesehen. Bis nach dem Amtsantritt Gorbatschows wurden die deutsch-sowjetischen Beziehungen schlecht bewertet, erst langsam schälte sich eine Haltung heraus, die erwartete, daß sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern verbessern würden. Tatsächlich setzte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ja auch eine deutliche Verbesserung der Beziehungen ein, die die deutsche Öffentlichkeit auch honorierte. Allerdings scheint dies weniger mit der Person Gorbatschows zusammenzuhängen als vielmehr mit den daraus resultierenden politischen Ergebnissen. So hatte die Öffentlichkeit auch in der Vergangenheit zu Zeiten außenpolitischer Frostperioden durchaus entsprechende außenpolitische Signale honoriert ohne dabei das Mißtrauen aufzugeben. Dieser Kontinuität der Einstellungen gegenüber der UdSSR steht ein beeindruckendes Maß an Wandel in den letzten Jahren gegenüber. Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat sich das Bild vom Gegner zu einem fast normalen Partner gewandelt. So schien sich innerhalb von nur vier bis fünf Jahren das so tief sitzende Mißtrauen gegenüber der UdSSR aufgelöst zu haben. Der Grund dafür ist wohl weniger in den handelnden Personen zu sehen, sondern darin, daß die UdSSR bzw. Rußland als Bedrohung aufgehört haben zu existieren. Am deutlichsten wird dies in den Wahrnehmungen der jeweiligen Kräfteverhältnisse. Hier zeigt sich, daß die Bevölkerung einerseits die Veränderungen in der tatsächlichen Kräftebalance weitgehend nachvollzogen hat, sowie andererseits, daß sie durchaus in der Lage ist, über die Einschätzung einer generellen Kräftebalance hinaus auch danach zu differenzieren, ob zum Beispiel das Verhältnis zwischen der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation, den USA und der UdSSR oder der in Europa stationierten und den weltweiten Kräfteverhältnissen gemeint sind. Ebenso zeigt sich deutlich, daß die Bevölkerung in der Lage ist, zwischen konventionellen und nuklearen Kräfteverhältnissen zu unterscheiden. Erst in dem Moment, wo sich die Kräfteverhältnisse zu ändern begannen, und dies von der Bevölkerung auch so perzipiert wurde, setzte auch ein Wandel in den Einstellungen gegenüber der UdSSR ein. Insofern zeigt sich, daß - legt man ein eingeschränktes Konzept zugrunde - die Haltung der Öffentlichkeit als durchaus rational bezeichnet werden kann.

3.4 Ost-West-Konflikt: „Images of Security“

Sicherheitspolitik muß sich heutzutage, wie alle anderen Politikbereiche auch, in den Augen der Öffentlichkeit legitimieren. Dies kann sie nicht mehr allein dadurch, daß sie einen Staat vor Bedrohungen schützt, sondern sie muß vielmehr auch in der Lage sein, die zu schützende Bevölkerung zu beruhigen und ihr zu vermitteln, daß das in die Sicherheitspolitik gesetzte Vertrauen gerechtfertigt ist. Aus Sicht der Bürger bedeutet Sicherheit damit nicht nur die Abwesenheit von Bedrohungen, sondern auch ein gewisses Maß an Vertrauen in sicherheitsgarantierende Institutionen. Im folgenden Kapitel wird auf diese beiden Aspekte, Bedrohungen und Institutionen, eingegangen werden. Unter dem Aspekt der Bedrohungen stellt sich zunächst die Frage, wer oder was bedroht? Dabei kann unterschieden werden zwischen einerseits Staaten, Organisationen und Personen, denen Handlungen zugeschrieben werden können, und andererseits Bedrohungen, die keinen Urheber haben bzw. keinen, der identifizierbar wäre. Diese erste Form der Bedrohung wird mittlerweile als Risiko bezeichnet, das heißt bei schädigenden Ereignissen läßt sich im Nachhinein ein Verursacher feststellen, auf den diese Schäden zurückgehen, die zweite Form der Bedrohung wird in der Regel als Gefahr bezeichnet, das heißt ein Verursacher bleibt unbestimmt. In dem Maße, wie Sicherheit nicht mehr nur auf militärische Sicherheit beschränkt wird, sondern auch Formen der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Sicherheit in den Blickpunkt kommen, treten neben Bedrohungen, die als Risiken beschreibbar sind, zusehends auch solche Bedrohungen, bei denen ein Verursacher im engeren Sinne nicht mehr identifiziert werden kann und die als Gefahren beschrieben werden. So stellt sich hier die Frage, welche Formen der Bedrohungen - Risiko oder Gefahren - in der Bevölkerung wahrgenommen werden. Wer wird als Urheber von Bedrohungen gesehen? Wie stellen sich die von ihm hervorgerufenen Bedrohungen dar? Werden diese als militärische, wirtschaftliche oder politische Bedrohungen gesehen? Welche Gefahren werden wahrgenommen? Sind dies Bedrohungen im ökologischen Bereich, zum Beispiel die Erwärmung der Erdatmosphäre oder die Ausdünnung der Ozonschicht, oder sind dies Bedrohungen im gesellschaftlichen Bereich, wie z.B. die Angst vor einem Verlust der eigenen gesellschaftlichen Identität durch massive Einwanderungsströme? Wie verändern sich solche Bedrohungswahrnehmungen? Werden sie von allen Bevölke-

rungsgruppen gleichermaßen wahrgenommen? Soweit die hier vorliegenden Daten dies zulassen, soll diesen Fragen im folgenden nachgegangen werden.

Neben der Perzeption von Bedrohungen spielt das Vertrauen in Institutionen und Organisationen, die mit der Wahrung von Sicherheit beauftragt sind, eine wesentliche Rolle. Eine Welt ohne Bedrohungen ist wohl kaum vorstellbar, ihnen kann aber durch die Schaffung von Institutionen und Organisationen entgegengetreten werden. Im Bereich der Sicherheitspolitik (im engeren Sinne) sind dies Streitkräfte und die Suche nach Verbündeten, Strategien, die ihren Einsatz in Bezug auf ein bestimmtes Ziel festlegen, sowie Techniken, die die Erfüllung dieses Zieles möglich machen sollen. Auf die vorliegende Untersuchung bezogen bedeutet dies, daß nach den Einstellungen zur Bundeswehr gefragt wird (die Einstellungen gegenüber Verbündeten wurden schon oben abgehandelt), nach Einstellungen gegenüber Strategien der Abschreckung und der Rüstungskontrolle, sowie den Techniken, wie z.B. der Rolle von Nuklear- und konventionellen Waffen, SDI und Marschflugkörpern.

3.4.1 Bedrohungen und Kriegsgefahr

In einer Umwelt, in der nach wie vor noch Staaten die zwar nicht mehr alleinigen, aber immer noch die wichtigsten Akteure sind, stellen sie entsprechend auch für andere Staaten die Hauptquelle von Bedrohungen dar. Nach wie vor haben alleine Staaten das Recht, Kriege zu erklären und Kriege zu beenden, sie haben die Gewalt über ihre Staatsangehörigen und sie haben die Möglichkeit, innerhalb ihrer eigenen Grenzen den Rahmen für politisches und wirtschaftliches Handeln so zu setzen, daß es zu ihrem eigenen Nutzen beiträgt - zunächst einmal unabhängig davon, ob damit anderen Staaten auch genutzt wird oder ihnen geschadet wird. Für ihre Umwelt können sie somit Bedrohungen darstellen, wobei sich diese Bedrohungen nicht notwendigerweise nur auf militärische Drohungen beschränken müssen, sondern auch zum Beispiel ideologische oder wirtschaftliche Bedrohungen sein können. In nur wenigen anderen Bereichen lassen sich so grundlegende Änderungen feststellen, wie in der Frage danach, welches Land augenblicklich die größte militärische Bedrohung für die Bundesrepublik darstelle (Tabelle 3609). 1986 sahen noch knapp drei Viertel aller Befragten in der UdSSR die größte militärische Bedrohung und nur knapp sechs Prozent sahen sich durch kein Land bedroht. Vier Jahre später hatte sich das Bild dramatisch geändert: Nur noch jeder Sechste (17 Prozent) sah sich durch die

UdSSR bedroht, aber rund 43 Prozent der Befragten sahen sich durch kein Land bedroht. Die UdSSR als Bedrohung hatte aufgehört zu existieren, auch in den folgenden Jahren sollte jeweils nur rund jeder zehnte Befragte sie oder Rußland als jeweils größte militärische Bedrohung nennen. Kein anderes Land sollte in der Folgezeit bis zum Ende der Datenreihe wieder ein solches Ausmaß an Bedrohung darstellen, wie es die UdSSR tat. Mit ihrem Verschwinden stieg der Anteil derjenigen, nach deren Ansicht kein Land mehr eine Bedrohung darstellte, auf weit mehr als die Hälfte der Befragten an. Die vergleichsweise größte Bedrohung in der Zeit nach dem Kalten Krieg stellte in den Jahren 1990 bis 1992 der Irak dar. Im August 1990 - nach der irakischen Invasion in Kuwait - sah jeder fünfte Befragte den Irak als die größte militärische Bedrohung, im Januar 1991 - auf dem Höhepunkt der Irakkrise und kurz vor dem Angriff der Alliierten gegen den Irak - waren rund 43 Prozent der Befragten dieser Meinung. Anderthalb Jahre später, nachdem der Irak besiegt worden war, sahen noch rund sieben Prozent der Befragten in ihm die größte militärische Bedrohung. Demgegenüber wurde der Krieg in Jugoslawien nur von einem geringen Teil der Befragten (zwischen drei und vier Prozent) als militärische Bedrohung wahrgenommen. Nachdem der Irak keine Rolle mehr spielte, rückte die militärische Bedrohung durch Rußland wieder an die Spitze der Bedrohungsperzeptionen, diesmal allerdings nur von einem Zehntel der Bevölkerung als solche angegeben. Deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen sowie Parteianhängerschaften zeigen sich noch in der Einschätzung des Irak als militärische Bedrohung. Je niedriger der erreichte Bildungsabschluß ist, desto höher ist der Anteil derjenigen, die ihn als Bedrohung wahrnehmen: Im Januar 1991 nannte jeder zweite Befragte mit Hauptschulabschluß den Irak, wohingegen nur jeder dritte Befragte mit Abitur oder höherem Bildungsabschluß ihn als Bedrohung perzipierte. Umgekehrt gab mehr als jeder zweite Parteianhänger der CDU/CSU den Irak an, wohingegen unter den Parteianhängern der Grünen nur jeder siebente ihn als Bedrohung sah.

Wonach werden nun diese Bedrohungsperzeptionen strukturiert? Den deutlichsten Einfluß haben hier wieder der jeweils erreichte Bildungsabschluß sowie die Parteineigung. So zeigt sich, daß z.B. in den Jahren 1987 und 1990 Befragte mit niedrigerer Schulbildung etwas häufiger die UdSSR als Bedrohung nennen als solche mit höherer Schulbildung, gleiches auch für die Nennung des Irak als Bedrohung. Umgekehrt sind unter denen, die die USA als Bedrohung sehen, überdurchschnittlich

viel Höhergebildete. Nach Parteien unterschieden zeigt sich, daß Ende der achtziger Jahre überdurchschnittlich viele Anhänger der CDU/CSU die UdSSR als Bedrohung perzipierten (83 Prozent), während weniger als jeder zweite Anhänger der Grünen (48 Prozent) dies tat. Umgekehrt waren mehr als ein Drittel der Anhänger dieser Partei (37 Prozent) der Meinung, daß die USA die größte Bedrohung darstellten. Interessant ist, daß sich, unterschieden nach den Parteineigungen, die Verhältnisse in den Beziehungen zur UdSSR bzw. Rußland verkehrt haben. Es zeigt sich nämlich, daß im Vergleich zu anderen Parteien die Anhänger der Grünen seit den neunziger Jahren mindestens ebenso oft, manchmal sogar etwas häufiger die UdSSR als Bedrohung perzipieren, als dies z.B. die Anhänger der CDU/CSU tun.

Insgesamt zeigt sich aber, daß die Einschätzung einer militärischen Bedrohung nur sehr unklar durch die hier verwandten Strukturmerkmale beschrieben werden kann. Im Fall der Einschätzung einer Bedrohung durch die USA bzw. die UdSSR bis Anfang der neunziger Jahre schien hier noch ein ideologisches Moment mitzuspielen, welches sich in unterschiedlichen Einstellungen der jeweiligen Bildungsgruppen und Parteianhängerschaften noch niederschlug. Das Beispiel des Irak zeigt, daß Bedrohungen, wenn sie, wie in diesem Fall, sehr deutlich hervortreten, gerade dann von verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutlich unterschiedlich perzipiert werden. Dort, wo keine potentielle Bedrohung erscheint, greifen solche ideologischen Unterschiede auch nicht.

Die Frage, welches Land eine militärische Bedrohung für die Bundesrepublik darstelle, hat gezeigt, daß hier - wie nicht weiter verwunderlich - der größte Wandel im Zusammenhang mit der Perzeption einer Bedrohung durch die UdSSR geschehen ist. Tabelle 2212 zeigt, daß der Wandel in der Bedrohungsperzeption durch die UdSSR nicht erst mit dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt hat, sondern bereits schon deutlich davor, nämlich Mitte der achtziger Jahre. Während nach diesen Zahlen noch 1983 etwas mehr als jeder zweite der Befragten angab, daß die Bundesrepublik von der Sowjetunion militärisch bedroht würde, waren dies 1986 nur noch 40 Prozent und 1988 bereits nur noch 27 Prozent. Die krassen Unterschiede im Vergleich zur vorhergehenden Frage - dort gaben 72 Prozent der Befragten an, daß die UdSSR die größte militärische Bedrohung darstelle, während es hier rund 30 Prozentpunkte weniger sind - rührt aus einem leicht unterschiedlichen Frageformat her. Oben wurde den Befragten eine Liste von Ländern vorgelegt, und offensichtlich kamen diese 72

Prozent dadurch zustande, daß die Befragten aus dieser Liste die jeweils relativ größte Gefahr - in diesem Fall die UdSSR - im Vergleich zu den anderen Ländern nannten. In der vorliegenden Frage wird aber auf die „absolute“ Einschätzung der Gefahr gezielt. Diese liegt dadurch deutlich niedriger als die Einschätzung der Bedrohung im Vergleich zu anderen Ländern. Insofern kommen auch diese drastisch unterschiedlichen Ergebnisse durch einen unterschiedlichen Fragestimulus zustande und sind eben nicht zufällige oder erratische Schwankungen der öffentlichen Meinung. Deutlich unterscheiden sich in der Einschätzung der Bedrohung hier wieder die Anhängerschaften der verschiedenen Parteien: Während zu allen drei Befragungszeitpunkten die Anhänger der CDU/CSU überproportional häufig angeben, daß die UdSSR die Bundesrepublik militärisch bedrohe, geben dies die Anhänger der Grünen unterproportional häufig an. Ebenso auffällig ist hier, daß auch die Konfession eine Rolle in der Einschätzung der Gefahr spielt: Am häufigsten geben Katholiken an, daß sie sich bedroht sehen, etwas weniger hoch ist der Anteil der Protestanten, während jene, die angeben, eine andere Konfession zu haben, sich deutlich weniger oft bedroht fühlen. Mit der Auflösung der UdSSR ist entsprechend auch eine Bedrohung der westlichen Staaten verschwunden. Dieser Aussage (Tabelle 4578) stimmten nach der Auflösung der UdSSR 1992 und 1993 jeweils deutlich mehr als die Hälfte der Befragten zu (57 Prozent). Allerdings scheint allein die Auflösung der UdSSR nicht gänzlich zu beruhigen, denn drei Viertel der Befragten waren 1992 und 1993 der Meinung, daß die atomaren und konventionellen Waffen und das technische Know-how der ehemaligen Sowjetarmee weiterhin eine Bedrohung für die westliche Welt darstellten (Tabelle 4580). Wenn Bedrohung bedeutet, daß sowohl eine Absicht wie auch die Fähigkeit, Schäden zuzufügen, Bestandteil sind, dann steht nach diesen Daten zu vermuten, daß die Bevölkerung mit dem Untergang der UdSSR auch die Absicht, der Bundesrepublik Schäden zuzufügen, untergegangen sieht, während gleichzeitig die Fähigkeit dazu weiterbestehen bleibt.

Wenn auch, wie oben gesehen, Staaten nach wie vor die Hauptquelle von Bedrohungen sind, so sind doch im Laufe der Zeit andere Quellen und Formen der Bedrohung neben sie getreten, die nicht direkt mit Staaten im Zusammenhang stehen. Im folgenden soll auf diese Formen von Bedrohungen eingegangen werden. Eine der durchgängigsten Bedrohungen für den Staat und die Gesellschaft der Bundesrepublik stellte sicherlich die „kommunistische Bedrohung“ dar. Innerhalb der Bundesre-

publik schien diese Gefahr von kommunistischen und linksextremistischen Parteien und Gruppierungen auszugehen, von außen durch die UdSSR und die DDR. Wenn, wie in Tabelle 1648, nach der Einschätzung des Ausmaßes der kommunistischen Bedrohung gefragt wird, so ist damit nicht ganz deutlich, auf welche Quellen diese Bedrohung zurückzuführen sein soll. Es zeigt sich aber, daß seit dem Beginn dieser Datenreihe 1981 das Ausmaß der kommunistischen Bedrohung in der Bevölkerung kontinuierlich geringer geschätzt wird. Während 1981 die eine Hälfte der Bevölkerung eine sehr große oder große kommunistische Bedrohung perzipierte, sah die andere Hälfte eine nicht so große oder nicht ernstzunehmende kommunistische Bedrohung. Seit 1981 stieg der Anteil derjenigen, die diese Bedrohung als eher gering veranschlagten, kontinuierlich an. 1991 sah schließlich nur noch ein Sechstel der Befragten eine große oder sehr große kommunistische Bedrohung, fünf Sechstel der Befragten sahen eine solche Bedrohung als kaum noch mehr gegeben. Zur Einschätzung dieses Rückgangs ist allerdings noch hinzuzufügen, daß das Ausgangsjahr 1981 ein etwas fehlleitender Ausgangspunkt ist, denn zu diesem Zeitpunkt befand sich - ausgelöst durch die sowjetische Invasion in Afghanistan und die „Eiszeit“ in den West-Ost-Beziehungen - die Einschätzung einer kommunistischen Bedrohung auf einem Niveau, wie es vorher nur noch zu Beginn und in der Mitte der sechziger Jahre geherrscht hatte (Schweigler 1985: 183). Auf der anderen Seite ging das Ausmaß einer solchen Bedrohungsperzeption auch soweit zurück, daß es nach 1991 in der vorliegenden Datenreihe nicht mehr angemessen erschien, danach zu fragen, da letztlich nur noch eine Minderheit eine solche Bedrohung wahrnahm.

Es zeigt sich, daß die Wahrnehmung einer solchen kommunistischen Bedrohung wieder deutlich von der Parteineigung, aber auch deutlich vom Alter sowie der Konfessionszugehörigkeit mitbestimmt wird. Der Bildungsabschluß tritt in der Einschätzung dieser Bedrohung nur sporadisch in Erscheinung. So sind es vor allem Jüngere, konfessionell Ungebundene und Anhänger der Grünen, die eine kommunistische Bedrohung in geringerem Maße sahen. Die größten Unterschiede innerhalb der einzelnen Gruppen treten dabei in den Jahren 1981 bis 1983 auf und schwächen sich in den folgenden Jahren etwas ab. Verfolgt man die Entwicklung über die Zeit innerhalb der einzelnen Altersgruppen, Konfessionen und Parteianhängerschaften, so zeigt sich der größte Einstellungswandel im Aggregat bei denjenigen, die zu Beginn der achtziger Jahre am deutlichsten eine kommunistische Bedrohung perzipier-

ten - also Ältere, konfessionell Gebundene und Anhänger der CDU/CSU. Zu Beginn der neunziger Jahre sind die Unterschiede in dieser Einschätzung nur noch minimal, der größte - aber auch nicht sonderlich beeindruckende - findet sich wieder zwischen den Anhängern der CDU/CSU und denen der Grünen.

Diese Frage nach der Einschätzung einer kommunistischen Bedrohung ist allerdings in einer weiteren Hinsicht interessant, denn in einer Nachfrage wurden die Interviewten gebeten, Gründe anzugeben, weshalb sie glaubten, daß die kommunistische Bedrohung sehr groß oder groß sei bzw. daß sie nicht so groß oder kaum ernstzunehmen sei (Tabellen 1637 A-D, 1658 A-D). Für diejenigen, die sich bedroht fühlten, schienen in den achtziger Jahren vor allem drei Gründe eine Rolle gespielt zu haben: Der sowjetische Expansionismus, die militärische Überlegenheit sowie eine ideologische Bedrohung. Über die Jahre hinweg gab durchschnittlich jeweils ein Achtel derjenigen, die sich durch den Kommunismus bedroht sahen, an, daß sie sich durch die sowjetische Machtausdehnung bedroht fühlten, die militärische Überlegenheit sowie den ideologischen Anspruch der KPdSU, die Weltrevolution zu verbreiten. Konkrete „Ereignisse im Osten“ gab nur 1981 ein bedeutender Teil der Befragten an, insgesamt war der Anteil derjenigen, die sich auf solche Ereignisse bezogen, nur relativ gering. Für einen größeren Teil der Befragten gründete also die kommunistische Bedrohung eher auf Ursachen, die mit dem politischen und ideologischen System der UdSSR verbunden waren, nur für einen kleineren Teil gründete die kommunistische Bedrohung auf einer perzipierten militärischen Überlegenheit. Auf der anderen Seite stehen diejenigen Befragten, die eine kommunistische Bedrohung für nicht so groß oder nicht ernstzunehmend halten. Für sie steht vor allem ein Argument im Vordergrund, welches diese geringe Bedrohungsperzeption rechtfertigt: Jeder Vierte war hier der Meinung, daß ein Krieg niemandem diene. Ein deutlich geringerer Teil (nur jeder Zehnte) führte die eigenen Probleme innerhalb des Ostblocks an, ein noch geringerer Teil sah das Kräfteverhältnis als ausgeglichen und jeder Dreizehnte gab an, daß der Kommunismus unattraktiv sei und von daher auch keine Bedrohung darstelle. Während also ein Teil derjenigen, die sich bedroht fühlten, dies den Eigenschaften des sowjetischen Systems zuschrieb und von daher diese Bedrohung erst aufhörte zu existieren, als dieses System nicht mehr bestand, hoben diejenigen, die sich nicht bedroht fühlten, darauf ab, daß es trotz aller ideologischer

Unterschiede auch für die UdSSR nicht realistisch gewesen sei, diese mit einem Krieg durchzusetzen.

Eine kommunistische Bedrohung hat spätestens mit dem Untergang der UdSSR zumindest für Europa aufgehört zu existieren. Die Welt ist damit jedoch nicht friedlicher oder weniger bedrohlich geworden, sondern an ihre Stelle traten nur neue Formen der Bedrohungen. Welche Bedrohungen würden nach dem Ende des Kommunismus von der westdeutschen Bevölkerung wahrgenommen werden? Aus einer Liste von 18 möglichen Bedrohungen wurden 1992/1993 die Befragten aufgefordert, die jeweils größte, zweit- und drittgrößte Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands anzugeben. Als größte Bedrohung wurde von rund jedem fünften Befragten zwischen 1992 und 1993 eine Masseneinwanderung nach Deutschland angegeben (Tabelle 4724A). Daß die Bedrohung durch eine Masseneinwanderung nach Deutschland als die mit Abstand auch größte Bedrohung wahrgenommen wird, hat ihren Grund sicherlich darin, daß zu diesem Zeitpunkt die Bevölkerung durch die Debatte über ein neues Asylrecht und einen angeblichen „Asylmißbrauch“ sensibilisiert worden war und dieses Thema auf der politischen Agenda weit oben stand. Entsprechend zeigt sich auch, daß im Sommer 1992 eine solche Masseneinwanderung über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark wahrgenommen wurde und sich die verschiedenen Perzeptionen bis Ende 1993 weitgehend anglichen. So waren es vor allem Ältere, niedriger Gebildete, Katholiken, Befragte, die eine andere oder keine Parteineigung hatten sowie Anhänger der CDU/CSU, die eine Masseneinwanderung als größte Bedrohung nannten. An zweiter Stelle rangiert die Angst vor einer unkontrollierten Verbreitung von Atomwaffen (Tabelle 4724C). Im Sommer 1992 nannte noch jeder Siebte dies als größte Bedrohung, im Herbst 1993 hingegen nur noch jeder Elfte. Gespeist wurde diese Befürchtung vor allem durch Berichte durch frei herumvagabundierendes Nuklearmaterial, die vermeintliche oder tatsächliche Abwerbung russischer Nuklearexperten durch diktatorische oder totalitäre Regime sowie Probleme bei der Kontrolle der ehemaligen sowjetischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen. Fast gleichauf mit diesen Befürchtungen steht die Wahrnehmung ökologischer Bedrohungen: So gaben 1992 14, 1993 jeweils zehn Prozent der Befragten an, daß sie Unfälle in Atomkraftwerken ähnlich wie in Tschernobyl als die größte Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands sähen (Tabelle 4724D), ein nur geringfügig geringerer Anteil nannte eine Umweltkatastro-

phe wie das Ozonloch (Tabelle 4724E). Erst mit Abstand folgt dann der internationale Drogenhandel als eine Bedrohungsursache (4724B). Kriegerische Konflikte oder ein Angriff auf Deutschland werden hingegen nur von einem verschwindend geringen Teil der Bevölkerung als größte Bedrohung angegeben. Mit dem Wegfall der kommunistischen Bedrohung und der damit verbundenen Gefahr eines militärischen Konflikts wurden also keine neuen militärischen Bedrohungen, die mit bestimmten Staaten in Verbindung gebracht werden können oder konkrete Verursacher haben, an ihre Stelle gesetzt. Vielmehr wurden von der Bevölkerung gesellschaftliche und ökologische Gefahren perzipiert, die keinen Verursacher haben, der dafür als Auslöser in Frage käme und der damit haftbar gemacht werden könnte. Vor allem sind dies Gefahren, denen nicht mehr mit dem Instrumentarium militärischer Macht begegnet werden kann, sondern die neue Wege der Diplomatie, Kooperation sowie freiwillige Selbst- und gegenseitige Einbindung erfordern. Bemerkenswert ist hierbei, daß sich - mit Ausnahme der Perzeption einer Masseneinwanderung - bei all den oben genannten Bedrohungen so gut wie keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen festmachen lassen. Weder Alters-, Bildungs- oder Parteiunterschiede spielen offensichtlich eine große Rolle in der Wahrnehmung dieser „neuen“ Bedrohungen. So läßt sich aus diesem Befund zum einen schließen, daß diese Bedrohungen zwar wahrgenommen werden, aber nicht - wiederum mit Ausnahme der Frage der Masseneinwanderung - im Zentrum einer politischen Debatte stehen. Zum anderen weisen diese geringen Unterschiede über die Bevölkerungsgruppen hinweg darauf hin, daß es sich auch um eine weitgehend uniform geteilte Wahrnehmung von Bedrohungen innerhalb der Bevölkerung handelt.[6] Daß militärische Bedrohungen in der Zukunft eine eher untergeordnete Rolle spielen werden, vermuteten bereits 1988 mehr als zwei Drittel der Befragten (Tabelle 4034). Bis 1990 sollte dieser Anteil auf vier Fünftel aller Befragten ansteigen. Auch hier zeigte sich bereits schon, daß diese Meinung weitgehend innerhalb der Bevölkerung gleich geteilt wurde: Selbst bei der normalerweise deutlich strukturierenden Parteineigung

---

[6] Aus Platzgründen wird auf die Darstellung der perzipierten zweit- und drittgrößten Bedrohung hier verzichtet, diese sind als Tabellen 4725A-E bzw. 4726A-E dargestellt. Ebenso ist die Einschätzung aller 18 hier zugrundeliegenden Bedrohungsperzeptionen durch die Bevölkerung in Tabelle 4707 bis Tabelle 4723 nachvollziehbar.

ergeben sich nur unwesentliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften.

Unter allen Gefahren und Bedrohungen sticht die Kriegsgefahr besonders deutlich hervor. Der Zweite Weltkrieg hatte gezeigt, zu welchem Ausmaß an Zerstörung selbst ein konventionell geführter Krieg mittlerweile in der Lage war, die Atombombenabwürfe auf Hiroschima und Nagasaki ließen erahnen, welche Schrecken ein atomar geführter Krieg mit sich bringen würde. Auf der anderen Seite ließ der Koreakrieg 1950 bis 1953 die Befürchtung wach werden, daß auf ähnliche Weise auch ein Krieg in Europa beginnen könnte. Durch die mittlerweile starke militärpolitische Verflechtung innerhalb des Westens wie des Ostens würde ein solcher Konflikt, wenn er sich denn zwischen Ost und West abspielte, auch zwangsläufig den Charakter eines neuen Weltkrieges annehmen. Wie sehr befürchtete die westdeutsche Bevölkerung, daß ein solcher Krieg bevorstünde? Trotz des vergleichsweise hohen Spannungsniveaus, welches zwischen West und Ost in den fünfziger und sechziger Jahren bestand, ging der weitaus größte Teil der Bevölkerung davon aus, daß es in den nächsten drei bis vier Jahren nicht zu einem neuen Weltkrieg kommen würde (Tabelle 65). So gaben zwischen Oktober 1954 und November 1955 jeweils rund drei Viertel aller Befragten an, daß sie dies nicht erwarteten, lediglich zwischen zehn und fünfzehn Prozent nahmen das Gegenteil an, der Rest gab sich unentschieden. Am deutlichsten sticht aus dieser Zeitreihe wieder der August 1955 hervor, also kurz bevor Adenauer nach Moskau aufbrach: Zu diesem Zeitpunkt waren mehr als vier Fünftel der Befragten der Meinung, daß ein neuer Weltkrieg nicht bevorstünde. Diese optimistische Haltung läßt sich bis zu Beginn der sechziger Jahre verfolgen (Tabelle 482). In diesem Frageformat sollten die Befragten auf einem Thermometer, welches von Null („keine Kriegsgefahr“) bis 100 („Krieg kommt bestimmt“) reichte, angeben, wie hoch sie die Wahrscheinlichkeit einschätzten, daß innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre ein solcher Weltkrieg ausbrechen könnte. Eine deutliche relative Mehrheit zwischen 24 Prozent und 43 Prozent gab dabei an, daß sie überhaupt keine Kriegsgefahr sähe, zwischen 14 und 20 Prozent der Befragten sahen eine 50-prozentige Kriegsgefahr. Insgesamt zeigt sich, daß die Angst vor einem neuen Weltkrieg in der Bevölkerung zu dieser Zeit nicht sonderlich stark ausgeprägt war. Zwischen 1955 und 1960 liegen die Werte in der Regel im unteren Skalendrittel. Lediglich in den Umfragen vom November 1956 und Mai 1957 ist ein leichtes Ansteigen

der Kriegsangst festzustellen: Im Herbst 1956 ist dies sicherlich auf die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn durch sowjetische Truppen zurückzuführen, im Mai 1957 auf die beginnende Kampagne „Kampf dem Atomtod“, mit der die von Adenauer befürwortete Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen verhindert werden sollte. Für diese letzte Interpretation spricht auch, daß lediglich bei den Anhängern der CDU/CSU ein Rückgang der Kriegsangst nach dem November 1956 festzustellen ist, während bei den Anhängern derjenigen Parteien, die eine solche nukleare Rüstung der Bundeswehr ablehnten, das Niveau im Vergleich zur vorhergehenden Umfrage gleich geblieben ist und erst später wieder absinkt bzw. sich dem Niveau der Anhänger der CDU/CSU anpaßt. Dies sind allerdings auch die einzig deutlichen Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in dieser Frage, ansonsten zeugen die Daten von einer weitgehend einheitlichen Wahrnehmung.

Im gleichen Frageformat - das heißt auf einer Skala von null bis zehn - wurde rund 30 Jahre später eine ähnliche Frage gestellt (Tabelle 4702). Zu Beginn der neunziger Jahre wurde gefragt, für wie wahrscheinlich es die Befragten hielten, daß Deutschland in den nächsten zehn Jahren in einen Krieg verwickelt würde. Auch hier zeigt sich, daß in der Regel eine relative Mehrheit der Meinung war, daß Deutschland sicher nicht in einen Krieg in absehbare Zeit verwickelt würde: Zwischen 16 Prozent und 26 Prozent gaben dies an. Wie oben lagen die jeweiligen Mittelwerte im unteren Skalendrittel, wiesen aber zwischen Sommer 1992 und Herbst 1993 eine leicht steigende Tendenz auf - das heißt, daß in diesem Zeitraum ein größer werdender Teil der Bevölkerung davon ausging, daß die Wahrscheinlichkeit, Deutschland würde in einen Krieg verwickelt werden, ansteigen könnte. Die Ursachen für diese leicht steigende Kriegsbefürchtung liegen in der zunehmenden Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Einsätzen, die über den Rahmen von Katastrophenhilfe oder Manövern hinausgehen. Die Entsendung eines Bundeswehrkontingents nach Somalia wie die Beteiligung an Einsätzen zur Überwachung des Luft- und Seeraums in der Adria zur Durchsetzung des UNO-Waffenembargos gegen Jugoslawien haben zu einer innenpolitischen Debatte geführt, in der einerseits die Verfassungsmäßigkeit eines solchen Einsatzes bezweifelt wurde und in der andererseits auf die damit verbundene Gefahr, in Kriege verwickelt zu werden, hingewiesen wurde. Allerdings zeigte sich auch hier wieder, daß Merkmale wie Alter, Bildung, Re-

ligion oder Parteineigung nur wenig oder kaum in dieser Einschätzung, in einen Krieg verwickelt zu werden, differenzieren. Interessant ist hier auch der Vergleich der Werte der neunziger Jahre mit denen der fünfziger Jahre: Da hier die Unterschiede zwischen beiden Zahlenreihen nur relativ gering sind, bedeutet dies aus heutiger Sicht, daß die fünfziger Jahre wohl doch nicht so sehr im Schatten einer erneuten Kriegsfurcht standen, wie es heute, eine Generation später, manchmal den Anschein hat. Zwar wurde auch dort, wie gesehen, auf außenpolitische Krisen mit einer etwas erhöhten Kriegsfurcht reagiert, aber insgesamt scheinen die Integration in das westliche Bündnis und das Vertrauen in die Stärke des eigenen Staates dazu beigetragen zu haben, daß trotz der hohen Bedrohung und dem schlechten Ansehen der UdSSR die Situation nicht so empfunden wurde, daß ein Krieg in greifbare Nähe gerückt war.

Darauf weisen auch die Umfragen aus den achtziger Jahren hin (Tabelle 1620). Hier wurde explizit danach gefragt, für wie wahrscheinlich es die Befragten hielten, daß die Sowjetunion Westeuropa innerhalb der nächsten fünf Jahren angreifen würde. Zwischen 1981 und 1984 gaben mindestens vier Fünftel der Befragten an, daß sie dies für nicht so wahrscheinlich oder überhaupt nicht wahrscheinlich hielten. Bezieht man diese Prozentangaben wieder auf die Mittelwerte, so zeigt sich auch hier, daß diese deutlich im unteren Skalendrittel liegen. Bemerkenswert ist jedoch wieder, daß, wenn der Fragestimulus nur leicht verändert wird, teilweise deutlich andere Stimmungsbilder zum Vorschein kommen. Wird zum Beispiel danach gefragt, wie besorgt man sei, daß die Sowjetunion innerhalb der nächsten fünf Jahre Westeuropa angreift (Tabelle 1571), so zeigen sich im März und Oktober 1981 lediglich 62 Prozent bzw. 54 Prozent der Befragten als nicht sehr oder unbesorgt. So scheint es, daß die Öffentlichkeit unterscheidet zwischen der Wahrscheinlichkeit eines Angriffs und der Sorge, die man sich deswegen macht. Eine Erklärung für diese teilweise deutlich auseinanderliegenden Ergebnisse könnte sein, daß in der Frage nach der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit von den Befragten ein mehr oder weniger rationales Kalkül erwartet wird, während die Frage danach, wie besorgt man sei, wohl eher ein diffuses Angstgefühl bzw. eine Stimmung anspricht. Das Stimmungsbild der achtziger Jahre wird abgerundet, wenn man danach fragt, ob die Bevölkerung die Aussichten auf die Bewahrung des Friedens in Europa zuversichtlich oder besorgt sieht (Tabelle 2189). Waren 1983 noch diejenigen, die der Zukunft eher zuversichtlich entgegenblickten, in der Minderheit (40 Prozent), so überwogen sie drei Jahre später

leicht und stellten 1988 die deutliche Mehrheit in der Bevölkerung: Zu diesem Zeitpunkt gaben drei von vier Befragten an, daß sie die Aussicht für die Bewahrung des Friedens in Europa zuversichtlich einschätzten. Während sich jedoch in den Fragen nach Bedrohungen und Risiken kaum Unterschiede in der Einschätzung der Bevölkerung ausmachen ließen, zeigen sich in dieser Frage deutliche Unterschiede vor allen Dingen in der Unterscheidung nach Geschlechtern und der Parteineigung. So beurteilten Männer diese Aussichten wesentlich zuversichtlicher als Frauen. Gleiches gilt für die Anhängerschaft der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP: Während hier 1983 bereits mehr als jeder Zweite zuversichtlich in die Zukunft sah und sich dieser Anteil bis 1988 auf mehr als vier Fünftel steigerte, waren die Anhänger der Grünen weitaus pessimistischer, denn unter diesen Anhängern zeigten sich 1983 nur 14 Prozent zuversichtlich, 1988 waren es sechs von zehn Befragten.

Die Tatsache, daß sich in der Einschätzung der Bewahrung des Friedens zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen Unterschiede auftun, wo dies in der Einschätzung von Drohungen und Risiken nicht der Fall ist, ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß der Begriff „Frieden“ in der politischen Kommunikation über Außen- und Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle spielt, während Risiken und Bedrohungen nur eine untergeordnete oder marginale Rolle spielen. Weil über das Ziel der Bewahrung des Friedens politisch gerungen wird, sind damit auch unterschiedliche Deutungsmuster der außenpolitischen Situation durch die Parteien verbunden, die so auf ihre Parteianhängerschaften übertragen werden. Diese unterschiedlichen parteipolitischen Positionen spiegeln sich denn auch in den Einstellungen und Haltungen der Bevölkerung bzw. Öffentlichen Meinung wider, während dies bei der Auseinandersetzung über Risiken und Bedrohungen nicht der Fall ist, da sie als politische Symbole in der Auseinandersetzung eben keine Rolle spielen.

Schließlich stellt sich noch die Frage, wie diese Kriegsgefahr auch nach dem Ende des Kalten Krieges bewertet wird. Diese Frage stellt sich besonders unter Bezug auf die UdSSR bzw. die GUS-Staaten. Zwischen 1989 und 1991 glaubte teilweise deutlich mehr als jeder Zweite, daß sich die Politik der UdSSR bzw. GUS-Staaten grundsätzlich in Richtung Abrüstung und Frieden entwickeln würde, es also praktisch keine Kriegsgefahr mehr durch die UdSSR bzw. GUS gebe (Tabelle 4174). Ein anderer Teil der Bevölkerung verhielt sich jedoch durchaus skeptisch und abwartend: Dieser stimmte eher der Aussage zu, daß, wenn man betrachtet, wie häufig und schnell sich

in der Vergangenheit Dinge verändert haben, man noch nicht sagen könne, wie sich die Politik der UdSSR bzw. GUS-Staaten in Zukunft entwickeln würde. Die Gefahr eines Krieges könne damit auch weiterhin bestehen. 1992, am Ende der hier vorliegenden Datenreihe, stellte diese skeptische und abwartende Haltung bereits wieder die Mehrheit in der Bevölkerung: Sechs von zehn Befragten stimmten dieser Meinung zu, während sich nur vier von zehn optimistisch zeigten. Interessant ist hier, daß sich 1989 und 1990 noch relativ deutliche Unterschiede über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in dieser Frage ausmachen ließen, die bis 1992 allerdings verschwunden waren. So zeigten sich 1989/1990 vor allem Jüngere, Höhergebildete und die Anhänger der Grünen als deutlich optimistischer als der Rest der Bevölkerung. Während sich von den Anhängern der Grünen 1989 rund zwei Drittel und 1990 knapp drei Viertel der Befragten optimistisch zeigten, waren dies unter den Anhängern der CDU/CSU 1989 nur etwas mehr als ein Drittel und 1990 jeder Zweite. Diese Unterschiede blieben 1991, bezogen auf die Parteianhängerschaften, weitgehend bestehen, während sich 1992 die Anhänger von CDU/CSU und Grünen/Bündnis 90 nur marginal unterschieden. Der Beginn der neunziger Jahre schien tatsächlich so etwas wie eine „Friedenseuphorie“ hervorgebracht zu haben, von der aber vor allem Jüngere und Höhergebildete infiziert worden waren. Seit 1992 scheint diese Friedenseuphorie durch den Golfkrieg sowie die unsicheren Aussichten auf eine stabile russische Demokratie wieder deutlich abgeebbt zu sein. Diese Ernüchterung nach der Friedenseuphorie wird auch in den Aussagen der Befragten selber deutlich (Tabelle 4644): Im Sommer 1992 mochte immer noch jeder Dritte der Aussage zustimmen, daß die Welt in den letzten fünf Jahren viel sicherer geworden sei, im Winter und Herbst 1993 war dies nur noch knapp jeder Vierte. War die Stimmung zu Beginn der neunziger Jahre durch die vergleichsweise friedliche Auflösung des Ostblocks und der UdSSR, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sowie der Hoffnung auf eine neue Weltordnung geprägt, so machte sich kurze Zeit später eine „Katerstimmung“ breit.

3.4.2 Strategien

3.4.2.1 Abschreckung

Wohl nur selten hat ein Begriff, der aus dem Bereich der Militärdoktrin und -strategie stammt, so breite Verwendung und Bekanntheit in der Öffentlichkeit gefunden wie

der Begriff der Abschreckung. Dieser Begriff ist fest mit dem des Kalten Krieges verbunden, er kann als die Militärdoktrin des Kalten Krieges bezeichnet werden. Für beide Begriffe wesentlich ist die Reduzierung auf eine Konfliktsituation, in der sich zwei Mächte feindlich gegenüberstehen, die über Nuklearwaffen verfügen und über die gegenseitige Drohung mit dem Einsatz dieser Waffen versuchen, den jeweils anderen zu beeinflussen. Abschreckung beinhaltet denn auch das Problem, militärische Macht, speziell nukleare Macht, politisch so zu instrumentieren, daß deren Anwendung zwar glaubhaft gemacht, aber vermieden und dennoch der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann (Schwarz/van Cleave 1981: 132). Für die Bekanntheit dieses Begriffes spricht neben der Tatsache, daß er die militärstrategische Doktrin der letzten 40 Jahre darstellte, auch die scheinbar einfach Vorstellbarkeit der Sprache. Das Prinzip der Drohung und Gegendrohung mit nuklearen Waffen schien einleuchtend und verständlich, blieb aber immer auch ein hypothetisches Konstrukt, über dessen innewohnende Dilemmata man sich keine Sorgen machte. Grundlegendes Ziel der Abschreckungspolitik war, einen Angriff auf das jeweils eigene Land oder Bündnis zu verhindern.

Während der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre war auch immer eine relative Mehrheit der Befragten der Meinung, daß es vor allem der atomaren Abschreckung zu verdanken sei, daß Westeuropa in den letzten 30 bzw. 40 Jahren von der Sowjetunion nicht angegriffen wurde (Tabelle 2243, 4692). Dieser relativen Mehrheit stand allerdings immer auch eine substantielle Minderheit gegenüber, die der gegenteiligen Meinung war. Diese reichte - je nach Frageformat - von 28 Prozent bis zu 49 Prozent. Dementsprechend zeigen sich auch deutliche Unterschiede in der Haltung zur atomaren Abschreckung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So stimmten 1983, als Fragen der nuklearen Abschreckung gerade besonders im Zentrum der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit standen, nur vier von zehn Befragten der jüngsten Altersgruppe dieser Aussage zu, gegenüber mehr als sechs von zehn Befragten der ältesten Altersgruppe. Ebenso standen Höhergebildete sowie konfessionell nicht Gebundene der Abschreckung wesentlich kritischer und skeptischer gegenüber als Befragte mit niedrigerer Schulbildung oder Katholiken. Ganz deutlich werden die Unterschiede, wenn man nach der jeweiligen Parteineigung differenziert. So stimmten 1983 70 Prozent und 1986 81 Prozent der Anhänger der CDU/CSU der Aussage zu, daß die atomare Abschreckung in Westeuropa einen

Angriff verhindert habe, während dies im selben Zeitraum nur 15 Prozent bzw. 31 Prozent der Anhänger der Grünen waren. Dieses Bild bleibt auch in den neunziger Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges bestehen: Auch hier sind es deutlich mehr Ältere, Befragte mit niedrigerer Schulbildung sowie Anhänger der CDU/CSU, die der Meinung sind, es sei der atomaren Abschreckung zu verdanken, daß der Friede in Europa in den letzten 40 Jahren gesichert worden sei. Jüngere, Befragte mit höherer Bildung, Konfessionslose sowie Anhänger der Grünen/Bündnis 90 sind hingegen mehrheitlich skeptisch gegenüber dieser Aussage eingestellt.

Insgesamt zeigt sich hier also ein Bild, bei dem der atomaren Abschreckung durchaus ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in den letzten 40 Jahren zugesprochen wird, sich unter dieser relativen Mehrheit aber deutliche Differenzen je nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen ergeben. Dies wird auch deutlich, wenn man danach fragt, ob auch in Zukunft allein die atomare Abschreckung die Sicherheit der Bundesrepublik und Westeuropas vor einem Angriff der Sowjetunion erhalten würde (Tabelle 2244). Hier zeigt sich, daß ein Teil derjenigen, die der atomaren Abschreckung eine Wirkung in der Vergangenheit zubilligten, keineswegs bereit waren, ihr auch in Zukunft eine kriegsverhindernde Funktion zuzugestehen. Somit wird deutlich, daß die relative Mehrheit, die die Sicherung des Friedens der atomaren Abschreckung in der Vergangenheit zuschrieb, keineswegs eine Zustimmung zu diesem Prinzip bedeutet. Zwischen 1983 und 1988 war eine deutliche Mehrheit der Befragten (rund 60 Prozent) eben nicht der Meinung, daß das Prinzip der Abschreckung auch in Zukunft die Sowjetunion vor einem Angriff auf Europa abhalten würde. Auch hier zeigt sich wieder, daß diese Skepsis am deutlichsten unter Jüngeren, Befragten mit höherem Schulabschluß, konfessionell nicht Gebundenen sowie Anhängern der Grünen ausgeprägt war.

Waren die bisherigen Fragen eher auf die Einschätzung der Wirkung von Abschreckung als solcher gerichtet, so gehen die folgenden Fragen eher auf die „Logik der Abschreckung“ ein. War im „vornuklearen Zeitalter“ der Krieg noch denkbar als eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz), so sollte durch die gegenseitige nukleare Drohung und der geballten Zerstörungskraft von Atomwaffen Krieg überhaupt undenkbar werden. Eines der Dilemmata der nuklearen Abschreckung besteht jedoch darin, daß, um seiner Drohung Glaubwürdigkeit zu verleihen, so gerüstet werden muß, daß einem Gegner unzumutbare Schäden zugefügt werden

können. Da in einer solchen Situation beide Seiten dieser Logik folgen, bedeutet dies, daß sich beide ihre gegenseitige Vernichtung garantieren. Über die Drohung eines Einsatzes seiner Waffen sollte eben dieser Einsatz in Zukunft verhindert werden. Gegner der Abschreckung konnten so argumentieren, daß dieses Konzept einem unvorstellbaren Rüstungswettlauf Vorschub leistet, bei dem Atomwaffenarsenale angehäuft werden, die weit über das benötigte Mindestmaß an Abschreckung hinausgehen und zu einem mehrfachen „Overkill" der Menschheit führen würden, ebenso, daß es moralisch unhaltbar sei, daß das, was zu Schützen sei, einer möglichen gegenseitigen Vernichtung preisgegeben wird. Befürworter des Abschreckungsgedankens hingegen argumentierten, daß auf diese Weise ein mehr oder weniger stabiles Gleichgewicht hergestellt würde, welches dazu führe, daß über die Verknüpfung von konventionellen mit nuklearen Waffen auch ein konventioneller Angriff die Gefahr einer nuklearen Eskalation in sich berge und damit ebenso wie ein nuklear geführter Krieg verhindert würde.

Beide Positionen wurden zwischen 1984 und 1993 als Alternativen in der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Befragten wurden aufgefordert, sich zwischen zwei Aussagen zu entscheiden: Erstens, daß man durch die Stationierung von Atomwaffen in Ost- und Westeuropa seit 30 Jahren auf einem Pulverfaß lebe und der Einsatz von Atomwaffen etwas so schreckliches sei, daß man diese Waffen sofort abschaffen solle. Zweitens, daß, gerade weil man weiß, wie schrecklich der Einsatz von Atomwaffen sei, sie in den letzten drei Jahrzehnten auch nie eingesetzt worden sind. Und gerade weil man ihren Einsatz auf beiden Seiten so sehr fürchte, habe es seitdem keine großen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West gegeben. Ohne die Abschreckung durch Atomwaffen wäre die Gefahr eines konventionellen Krieges in Europa viel größer (Tabelle 2425).[7] Hier zeigt sich, daß die Position, daß die Atomwaffen abgeschafft werden sollten, erst mit dem Ende des Kalten Krieges in der Bevölkerung eine Mehrheitsposition erlangen konnte. 1984 stimmten rund 42 Prozent

---

[7] Diese Frageformulierung ist methodisch insofern problematisch, da sie einerseits sehr lang ist, so daß angesichts dieser schwierigen Materie vermutet werden kann, daß sie einen Teil der Befragten überfordert. Darüber hinaus ist sie in ihren Antwortalternativen nicht eindeutig formuliert, denn der zweiten Aussage kann zugestimmt werden, weil man der Meinung ist, daß das nukleare Gleichgewicht den Einsatz dieser Waffen verhindert hat und sie deshalb - trotz ihres Schreckens - beibehalten werden müßten, *oder* weil man der Meinung ist, daß das nukleare Gleichgewicht auch die Gefahr eines konventionellen Krieges verringert hat.

der Befragten dieser Position zu, seit 1990 war dies mehr als jeder zweite der Befragten und 1993 endet die vorliegende Zeitreihe mit einem Wert von 56 Prozent der Befragten, die dieser Meinung waren. Umgekehrt ging der Anteil derjenigen, die mit der Abschaffung von Atomwaffen auch eine Vergrößerung der Gefahr auch eines konventionellen Krieges sahen, zurück. Die Strategie der atomaren Abschreckung ist also, wie sich hier zeigt, in den Augen der Öffentlichkeit eng an den Kalten Krieg gebunden und wird auch mit dem Ende dieses Systemkonflikts zunehmend zur Disposition gestellt. Während selbst im Nachklang der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre noch eine Mehrheit der Befragten Atomwaffen eine abschreckende Wirkung zubilligte (auch wenn sie sich letztlich nicht allzu lange darauf verlassen wollten), verkehrt sich mit dem Ende des Kalten Krieges diese Mehrheit in eine Minderheit innerhalb der Bevölkerung. Auch hier treten die oben erwähnten Unterschiede in der Einstellung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wieder auf, im Verlauf dieser Zeitreihe zeigt sich aber auch, daß sie bis zum Beginn der neunziger Jahre zusehends an Unterscheidungskraft verlieren. Die größten Einstellungsänderungen vollzogen sich dabei in denjenigen Gruppen, die zuvor das Prinzip der nuklearen Abschreckung am deutlichsten unterstützt hatten: Waren 1984 nur 37 Prozent der 65jährigen und älteren der Meinung, daß die Atomwaffen abgeschafft werden sollten, so waren es 1993 53 Prozent. Die Differenz zwischen der ältesten und der jüngsten Altersgruppe in ihren Einstellungen schrumpfte über die Jahre von 13 Prozentpunkten auf nur noch vier Prozentpunkte. Noch deutlicher stellt sich der Meinungswandel im Vergleich der Parteianhänger von CDU/CSU und Grünen dar: Betrug dieser 1984 noch rund 53 Prozentpunkte, so halbierte er sich bis 1993 auf „nur“ noch 23 Prozentpunkte. Somit gab es 1993 nach den vorliegenden Daten keine Bevölkerungsgruppe mehr, die noch mehrheitlich für eine Beibehaltung der nuklearen Abschreckung plädierte.

Wie weit das Argument innerhalb der Bevölkerung akzeptiert wird, daß mit einem Wegfall der atomaren Abschreckung auch die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges steigen würde, läßt sich mit den folgenden Fragen besser fassen: Zwischen 1983 und 1988 wurde gefragt, ob es zutreffend oder nicht zutreffend sei, daß der Verzicht der NATO auf die atomare Abschreckung in Europa die Gefahr eines konventionellen Krieges erhöhen würde (Tabelle 2245). 1983 waren rund 46 Prozent der Befragten dieser Meinung, 1986 54 Prozent und 1988 wiederum 47 Pro-

zent. War hier in der Fragestellung nur von der NATO die Rede und konnte dies auch als eine einseitige Vorleistung interpretiert werden, so wurde in Frage 3407 ein hypothetisches Szenario entworfen, nach dem es in Ost und West keine Atomwaffen mehr gebe, sondern nur noch konventionelle Waffen. Hier war zwischen 1987 und 1991 nur noch eine Minderheit zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten der Meinung, daß bei einem beiderseitigen Verzicht auf Atomwaffen ein konventioneller Krieg wahrscheinlicher würde. Eine Einhegung auch konventioneller Kriege wurde also der Strategie der nuklearen Abschreckung seitens der Bevölkerung nur von einer kleinen Minderheit zugebilligt, der weitaus größte Teil der Bevölkerung zog keine Verbindung zwischen nuklearer und konventioneller Abschreckung.

Allerdings scheint weniger das Prinzip der Abschreckung als solches Besorgnisse bei der Bevölkerung auszulösen, sondern vielmehr, daß dies eine *nukleare* Abschreckung ist. Das Problem wird darin gesehen, was passiert, falls diese nukleare Abschreckung versagen sollte. Insofern erscheint es auch schlüssig, wenn zwischen 1986 und 1988 rund zwei Drittel der Befragten dafür plädierten, daß man sich zur Abschreckung eines sowjetischen Angriffs anstatt auf nukleare auf konventionelle Waffen verlassen solle (Tabelle 2760). Nur jeweils ein Drittel der Befragten war der anderen Meinung, daß Nuklearwaffen notwendig seien.

3.4.2.2 Einsatz von Atomwaffen

Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen stellte über Jahrzehnte hinweg das Kernstück der westlichen wie östlichen Militärstrategie dar - beiderseits mit dem Wissen, daß einerseits ein solcher Einsatz das, was zu verteidigen gewesen wäre, so sehr zerstören würde, daß eine Verteidigung ihren Sinn verloren hätte, und andererseits in der Hoffnung, daß es aus eben diesem Grund gar nicht erst zu einem Einsatz von Nuklearwaffen kommen würde. Nuklearwaffen waren nur noch „politische“ Waffen, deren Einsatz eigentlich undenkbar war und die gleichermaßen den Gegner wie auch den Verteidiger abschreckten. Trotzdem mußte, damit die gegenseitige Drohung aufrechterhalten bleiben konnte, glaubwürdig damit gedroht werden, diese Waffen einzusetzen. Der Bevölkerung war diese Logik jedoch kaum zu vermitteln: zwischen 1983 und 1988 waren zwischen 76 und 85 Prozent der Befragten, die eine substantielle Antwort gaben, gegen eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik, auch wenn dazu Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik eingesetzt

werden müßten (Tabelle 2219). Deutlich zeigt sich wieder, daß die Parteineigung der beste Prädiktor für die jeweilige Haltung in dieser Frage ist: So waren 1986 immer noch rund 55 Prozent der Befragten, die der CDU/CSU nahestanden, gegen eine nukleare Verteidigung, gegenüber rund 97 Prozent von Anhängern der Grünen; Lebensalter und Bildung spielten nur in der Umfrage aus dem Jahr 1986 eine Rolle. Zur Strategie der Abschreckung gehörte außerdem seitens der NATO, die Warschauer Vertragsorganisation darüber im Unklaren zu lassen, unter welchen Umständen sie solche Waffen zu gebrauchen planten. Nur so glaubte sie zu verhindern, daß auf der anderen Seite diese „Nuklearschwelle“ einkalkuliert und eine militärische Drohung unterhalb dieser Schwelle aufgebaut werden würde. Nach innen war der Bevölkerung eine solche bewußte Unklarheit allerdings schwer zu vermitteln, die Bevölkerung urteilte nicht aufgrund strategischer Überlegungen, sondern aufgrund politischer, d.h. sie bezog die jeweilige „Großwetterlage“ in ihre Antworten mit ein. So war eine relative Mehrheit der Befragten (46 Prozent) zu Beginn der achtziger Jahre noch der Meinung, daß die NATO wenn überhaupt, dann Atomwaffen nur einsetzen solle, wenn die Sowjetunion sie als erste bei einem Angriff einsetzt (Tabelle 1624). Atomwaffen erscheinen dieser Logik nach als Mittel des Zweitschlags, um einen potentiellen Angriff überhaupt abzuschrecken. Den Einsatz von Atomwaffen aber zur Abwehr auch eines konventionellen Angriffs, wie es die gängige Strategie implizierte, befürworteten bis in die Mitte der achtziger Jahre nur knapp 19 Prozent der Befragten. Faßt man diese beiden Gruppen zusammen, so läßt sich für den Beginn der achtziger Jahre feststellen, daß knapp zwei Drittel der Befragten in der einen oder anderen Weise die gängige Strategie zum Einsatz von Atomwaffen akzeptierten - wenn auch, wie die erste Gruppe, mit deutlichem Vorbehalt und sozusagen nur als „Minimalkonzept“. Diesen beiden Gruppen stand bereits ein deutlicher Teil gegenüber, die jeglichen Einsatz von Atomwaffen ablehnten. 1981 waren dies 36 Prozent der Befragten, die angaben, daß die NATO unter keinen Umständen Atomwaffen einsetzen solle, bis zum Ende der Datenreihe 1987 war dies bereits mehr als jeder Zweite. Der Anteil der Befürworter eines strategischen „Minimalkonzepts“ - Atomwaffen als reine Zweitschlagswaffen - blieb relativ stabil, vor allem aber die Unterstützer der gängigen NATO-Strategie verloren an Gewicht, 1987 sprach sich nur noch jeder 15. Befragte für diese Option aus.

Mit der Abschwächung des Ost-West-Konflikts, einer Veränderung der sowjetischen Außenpolitik und einem ersten tatsächlichen Abrüstungsabkommen wie dem INF-Vertrag wurden offenbar auch veränderte Bedingungen perzipiert, und diese Veränderungen sollten sich auch in einer veränderten Strategie niederschlagen. Überlegungen wie ein „begrenzter Atomwaffeneinsatz“, die in den achtziger Jahren vor allem aus der amerikanischen Administration laut wurden, stießen unter diesen Umständen in der Bevölkerung auf wenig Verständnis: Zwischen 87 und 82 Prozent der Befragten waren zwischen 1988 und 1990 der Meinung, daß ein solcher begrenzter Einsatz zu einer nuklearen Kettenreaktion führen würde, nur eine Minderheit zwischen 13 und 18 Prozent war der Meinung, daß sich somit eine schnelle Kriegsbeendigung herbeiführen lassen könne. Hier wie auch für die vorangegangenen Umfrageergebnisse gilt, daß vor allem die Parteipräferenz die deutlichsten Hinweise auf die Haltung gegenüber Fragen der nuklearen Abschreckung gibt. Die deutlichsten Unterschiede tun sich hier zwischen CDU/CSU- und Grünen-Anhängern auf, wobei erstere am ehesten bereit waren, die gängige NATO-Strategie zu unterstützen (wobei dieses höhere Ausmaß der Unterstützung nur relativ ist), während sich die Anhänger der Grünen am entschiedensten und in der Regel fast einstimmig vom gängigen Konzept distanzierten. Altersgruppen-, Bildungs- und Geschlechtszugehörigkeit hingegen ließen nur sporadisch und in weitaus geringerem Maße Rückschlüsse auf die jeweils eingenommene Haltung in diesen Fragen zu.

3.4.2.3 Stationierung: Doppelbeschluß

Als eine der Grundlagen einer glaubwürdigen Abschreckung wird angenommen, daß sich die Rüstungspotentiale beider Gegner in einem quantitativen oder qualitativen Gleichgewicht befinden. So waren die Rüstungsanstrengungen der beiden gegnerischen Blöcke während des Kalten Krieges zunächst darauf ausgerichtet, eine Unterlegenheit in der Zahl der Sprengköpfe oder Raketen auszugleichen bzw. - je nach Blickwinkel - aufrechtzuerhalten, später ging es darum, durch qualitative Veränderungen (Mehrfachsprengköpfe, geringere Verwundbarkeit der eigenen Waffen, höhere Präzision) zahlenmäßige Ungleichgewichte auszugleichen. Ein solches Ungleichgewicht wurde Ende der siebziger Jahre in Europa gesehen. Nachdem die USA und die UdSSR in den SALT-Verträgen zu einer Vereinbarung über die ungefähre strategische Parität zwischen beiden Ländern gekommen waren, kam in Europa die Sorge auf, daß durch die Aussparung der europäischen Kräfteverhält-

nisse hier eine „Grauzone“ minderer Sicherheit entstehen könne, da für diesen Bereich keine solche Rüstungskontrollabkommen abzusehen waren. Dazu kam, daß die UdSSR in Osteuropa begann, neue weitreichende Mittelstreckenwaffen vom Typ SS-20 aufzustellen. Nachdem dieses Problem vom damaligen Bundeskanzler Schmidt 1977 in einer Rede auf die Tagesordnung gesetzt wurde, verabschiedete im Dezember 1979 die NATO den sogenannten „Doppelbeschluß“. Einerseits sollten, um das perzipierte Ungleichgewicht abzubauen, bestehende Nuklearstreitkräfte modernisiert werden, zum anderen ging mit diesem Beschluß die Forderung einher, daß gleichzeitig Rüstungskontrollverhandlungen in Europa geführt würden, die eine Parität beider Waffensysteme auf einem niedrigeren Niveau zum Ergebnis haben sollten. Mit diesem Beschluß schuf die NATO den Kristallisationskern, um den herum sich die europäischen Friedensbewegungen organisieren konnten und in dem sie ihren gemeinsamen Nenner fanden. Der Doppelbeschluß sollte somit die NATO in die Lage versetzen, ein existierendes Ungleichgewicht in Europa auszubalancieren, indem sowohl Mittelstreckenwaffen großer Reichweite (bis 5500 km) stationiert werden sollten wie auch ältere Systeme durch modernere ausgetauscht wurden. Die UdSSR war durch die Stationierung der SS-20-Raketen in die Lage versetzt worden, von ihrem Gebiet aus Ziele in Westeuropa zu treffen, mit der Stationierung der Pershing-2-Rakete wollte die NATO eine entsprechende Waffe dagegensetzen.

Zu verschiedenen Zeitpunkten 1981 und 1982 wurde die Bevölkerung gefragt, ob es ihres Wissens nach auf deutschem Boden Atomwaffen gäbe, die das Gebiet der UdSSR erreichen könnten (Tabelle 1625). Diese Frage ist insofern schwierig zu beantworten, als es zwar tatsächlich keine Mittelstreckenraketen gab, die dies vermochten (die bis dahin stationierten Systeme Pershing 1A, Nike Hercules und Lance hatten eine maximale Reichweite von 640 km), allerdings existierte in den Arsenalen der NATO eine ganze Reihe von Atombomben, deren Einsatzgebiet allein durch die Reichweite der Flugzeuge begrenzt war und die durchaus auch von deutschem Boden aus Ziele in der UdSSR hätten erreichen können (Kelleher 1987). In dieser Frage herrschte in der deutschen Öffentlichkeit zu Beginn der achtziger Jahre große Unsicherheit, denn zwischen 30 und 46 Prozent der Befragten konnten auf diese Frage keine substantielle Antwort geben. Deutlich sicherer fühlte man sich hingegen, wenn danach gefragt wurde, ob es Waffen in der UdSSR gäbe, die Westeuropa erreichen könnten: Hier waren es nur zwischen 14 und 30 Prozent der Befragten, die

keine Antwort geben mochten. Die Unsicherheit bezüglich der Fähigkeiten des eigenen Bündnisses war in dieser Hinsicht deutlich größer als in den perzipierten Fähigkeiten des anderen Bündnisses. Dies spiegelt sich auch wider, wenn man sich die Verteilungen derjenigen betrachtet, die sich in der Lage sahen, eine substantielle Antwort zu geben: Während in der Frage, ob in der UdSSR solche Waffen stationiert seien, jeweils mehr als zwei Drittel aller Befragten dies bejahten und nur eine Minderheit von drei bis fünf Prozent dies verneinten, so war bezüglich der eigenen Fähigkeiten die Verteilung der Antworten wesentlich ambivalenter. Zwischen 17 und 27 Prozent der Befragten waren der Ansicht, daß es auf dem Boden der Bundesrepublik keine Atomwaffen gäbe, die das Gebiet der UdSSR erreichen könnten, dem standen zwischen 32 und 43 Prozent der Befragten gegenüber, die der Meinung waren, daß tatsächlich solche Waffen in der Bundesrepublik stationiert seien - eine Antwort, die, auch wenn es die nachfolgende Frage suggeriert, keineswegs falsch ist. Über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede, sowohl ob man sich zutraut, eine Antwort auf diese Frage zu geben, wie auch in den gegebenen Antwortverteilungen selber. In der ersten Hinsicht ist es vielleicht wenig überraschend, daß sich zwischen 70 und 78 Prozent der Befragten mit Abitur in der Lage sehen, eine substantielle Antwort zu geben, während von Befragten mit Hauptschulabschluß in der Regel nur jede zweite dazu in der Lage war. Ähnliches gilt für die verschiedenen Altersgruppen: Zwischen 37 und 59 Prozent der ältesten Befragten sahen sich in der Regel in der Lage, auf die gestellte Frage entweder mit Ja oder mit Nein zu antworten, während es unter der jüngsten Altersgruppe der bis 29jährigen zwischen 59 Prozent und 77 Prozent gewesen sind. Deutliche Unterschiede ergeben sich aber auch in der Unterscheidung zwischen Männern und Frauen: Mindestens zwei Drittel aller Männer, teilweise sogar mehr als drei Viertel, wollten oder konnten eine substantielle Antwort geben, wohingegen nur zwischen 43 und 65 Prozent der Frauen sich dazu in der Lage sahen. Inhaltlich zeigt sich, daß Männer wesentlich entschiedener der Meinung waren, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Atomwaffen stationiert seien, die das Gebiet der UdSSR erreichen könnten, wohingegen Frauen zwar auch mehrheitlich dieser Meinung waren, die Verhältnisse aber gegenüber denjenigen, die diese Frage verneinten, längst nicht so ausgeprägt waren wie unter den Männern. Im Prinzip gilt dies auch für die Vergleiche zwischen den jüngsten und ältesten Altersgruppen sowie den verschiedenen Bildungsgruppen: Die Jüngeren und die Höhergebildeten sind wesentlich ent-

schiedener der Meinung, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik solche Waffen stationiert seien als die Älteren und die niedriger Gebildeten. Einen geringeren Unterschied als in den meisten anderen Fragen macht hier die Parteineigung: Am entschiedensten der Meinung, daß in der Bundesrepublik solche Atomwaffen stationiert seien, waren die Anhänger der Grünen. Hier waren zu den beiden jeweils erhobenen Zeitpunkten mehr als 60 Prozent der Befragten dieser Meinung.

Die Unsicherheit wird auch deutlich, wenn man danach fragt, ob entweder die Sowjetunion, die NATO-Länder Westeuropas, die Sowjetunion und die NATO-Länder oder weder die UdSSR noch die NATO-Länder Westeuropas über solche Waffen verfügen (Tabelle 2015). Zwischen 33 und 22 Prozent der Befragten gaben hier explizit an, daß sie dies nicht wüßten, der deutlich größte Teil der Befragten gab allerdings an, daß sowohl die UdSSR wie auch die NATO-Länder über solche Waffen verfügten: Dies waren je nach Studie zwischen 44 und 57 Prozent der Befragten. Jeweils zwischen 12 und 19 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß nur die UdSSR solche Waffen habe, im April 1983 waren nur drei Prozent der Befragten der Meinung, daß allein die NATO-Länder über solche Raketen verfügten. Bemerkenswert ist hier der relativ hohe Anteil derjenigen, die angeben, daß sowohl NATO wie auch UdSSR über Waffen verfügten, die in Europa stationiert sind und das jeweils andere Gebiet treffen könnten. Da hier die Fragestellung eindeutig ist (es wird explizit von Mittelstreckenraketen gesprochen), so daß die Befragten auch nicht legitimerweise Atombomben, die von Flugzeugen transportiert werden, in dieses Rüstungspotential einrechnen können, läßt sich diese Antwort zunächst als eindeutig falsch klassifizieren. Der Bundestagsbeschluß, mit dem die Stationierung dieser Waffen gebilligt wurde, sollte erst im November 1983 getroffen werden, so daß bis dahin tatsächlich keine solchen Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert waren. Dieser hohe Anteil läßt demnach zwei Interpretationen zu: Erstens, daß den Befragten nicht bewußt war, daß die Entscheidung über die Stationierung erst noch gefällt werden mußte und sie deshalb annahmen, daß sich solche Waffen schon in der Bundesrepublik bzw. Westeuropa befinden; zweitens, daß den Befragten zu Recht bewußt ist, daß sich in beiden Bündnissen Mittelstreckenwaffen befinden, daß sie aber zwischen westlichen Mittelstreckenwaffen kürzerer und längerer Reichweite nicht unterscheiden und sie somit auch nicht die politische und strategische Bedeutung der Stationierung westlicher weitreichender Mittelstreckenwaffen

einschätzen können. Beiden Interpretationen, die sich auch nicht ausschließen, ist gemein, daß sie aus diesen Antwortverteilungen ein erhebliches Maß an Unsicherheit und auch Uninformiertheit in dieser, zugegebenermaßen komplexen, Frage schließen.

Die Unsicherheit in der Frage nach den Fähigkeiten der NATO, mittels Atomraketen von Westeuropa auch das Gebiet der UdSSR treffen zu können, spiegelt sich auch in den Schwankungen der Verteilungen wider, wenn den Befragten in der darauffolgenden Frage Informationen mitgeliefert werden (Tabelle 1626). Hier wurden die Befragten darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion 450 Atomsprengköpfe auf neuen Mittelstreckenraketen habe, die auf Westeuropa gerichtet sind, während die NATO keine solche Raketen auf die UdSSR gerichtet habe. Die Probanden wurden anschließend gefragt, ob sie in Anbetracht dieser Lage einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, welche die Sowjetunion erreichen könnten, in der Bundesrepublik zustimmen könnten oder nicht zustimmen würden. Unterstützten im Juli 1981 noch rund 60 Prozent der Befragten eine solche Stationierung, sank dieser Wert über den Oktober 1981 bis zum Juli 1982 auf 42 Prozent der Befragten ab. Diese Abnahme in der Unterstützung ist um so bemerkenswerter, als in der Frageformulierung explizit eine Bedrohung durch die SS-20-Sprengköpfe beschworen wird (vgl. Rattinger/Heinlein 1986: 152). Die deutlichsten Unterschiede in der Zustimmung zu einer solchen Stationierung finden sich hier zwischen den verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen (Konfessionszugehörigkeit und Parteineigung wurden zu diesen Zeitpunkten nicht erhoben). 1982 - als die Auseinandersetzungen um die „Nachrüstung“ in der Öffentlichkeit ihrem Höhepunkt entgegengingen - waren es lediglich die über 65jährigen, die noch mehrheitlich (53 Prozent) einer Stationierung zustimmten, alle anderen Gruppen lehnten sie mehr oder weniger explizit ab. Die geringste Unterstützung findet sich hier denn auch innerhalb der jüngsten Altersgruppe (bis 29jährige 33 Prozent) und den am höchsten Gebildeten (24 Prozent). Dies sind auch gleichzeitig diejenigen Gruppen, die zwischen 1981 und 1982 den deutlichsten Meinungswandel vollzogen haben, die Zustimmung ging hier um über 20 Prozentpunkte zurück.

Die Frage war, welche Haltung die Öffentlichkeit zum im Dezember 1979 von der NATO verabschiedeten „Doppelbeschluß“ einnahm. Dieser sah vor, daß ältere Waffensysteme wie die Pershing-1A-Rakete gegen modernere mit größerer Reichweite

(Pershing-2) sowie mit neuartigen Marschflugkörpern ersetzt werden sollten. Auf diese Weise würden alte Waffen modernisiert und gleichzeitig das bestehende Ungleichgewicht der sogenannten „eurostrategischen“ Waffen, welches durch die sowjetische Stationierung der SS-20-Raketen hervorgerufen war, ausgeglichen werden. Gleichzeitig sollte der UdSSR ein Verhandlungsangebot gemacht werden, welches eine gemeinsame Obergrenze dieser weitreichenden eurostrategischen Waffen zum Ziel hatte. Die NATO war damit bereit, auf einen Teil der neu zu stationierenden Waffen zu verzichten, keineswegs aber diese Modernisierung und die Dislozierung neuer Waffen gänzlich auszusetzen. Erst zu Beginn der achtziger Jahre übernahmen die USA die von den europäischen Verbündeten favorisierte „Null-Lösung“, das heißt, sie waren bereit, in einem ersten Schritt auf die Dislozierung von Pershing 2 und landgestützten Marschflugkörpern zu verzichten, wenn die Sowjetunion ihrerseits ihre SS-20, SS-4 und SS-5-Rakten abbauen würde. Zur gleichen Zeit nahmen im November 1981 die UdSSR und die USA ihre Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen, im Juni 1982 die START-Verhandlungen wieder auf, und legten im Juli 1982 in den MBFR-Verhandlungen neue Vorschläge auf den Tisch. Damit nahm der Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses Form an. Welche Haltung nahm nun die Öffentlichkeit zu diesem Junktim zwischen Modernisierung bzw. Nachrüstung und Rüstungskontrolle ein? Zwischen März 1981 und April 1983 wurde der Öffentlichkeit die Frage vorgelegt, unter welchen Umständen die Marschflugkörper in der Bundesrepublik stationiert werden sollten (Tabelle 1595). Die Position, die am häufigsten vertreten wurde, war, daß unter keinen Umständen einer Stationierung dieser Atomwaffen in der Bundesrepublik zugestimmt werden sollte. Im betrachteten Untersuchungszeitraum stimmten zwischen einem Drittel und der Hälfte der Befragten dieser Position zu. Allerdings zeigen sich hier auch Schwankungen im Grad der Zustimmung: So scheint die erste Großdemonstration gegen den NATO-Doppelbeschluß im Oktober 1981 in Bonn die Zustimmung zu dieser Position noch einmal kurzfristig erhöht zu haben (von 40 Prozent im Oktober 1981 auf 48 Prozent im Dezember 1981), anschließend sank sie bis zum Frühjahr 1982 wieder auf rund 33 Prozent der Befragten. Bis zum Oktober 1982 nahm sie wieder zu - diesmal gab jeder Zweite an, daß er eine Zustimmung zu dieser Stationierung unter allen Umständen ablehnen würde - der anschließende Rückgang auf nunmehr 43 Prozent im April 1983 fällt weitaus geringer aus als der vorangegangene Rückgang zwischen Dezember 1981 und März 1982. Die Gegenposition, daß diesen Waffen ohne zunächst

auf Verhandlungen zur Rüstungskontrolle zu bestehen zugestimmt werden solle, wurde hingegen in der Bevölkerung nur von einer geringen Minderheit vertreten: Der größte Anteil, der dieser Position zustimmte, betrug 14 Prozent im Juli 1981, der geringste betrug vier Prozent im Dezember desselben Jahres. Insgesamt betrug das Verhältnis zwischen denjenigen, die eine Stationierung bedingungslos ablehnten, und jenen, die einer Stationierung bedingungslos zustimmten, zwischen 2:1 und 14:1 im Dezember 1981. Ab Mitte 1982 pendelte sich das Verhältnis bei ungefähr 5:1 bzw. 7:1 ein. Wie verhält es sich jetzt mit den in der Frageformulierung angebotenen „Zwischenpositionen“? Eine der Positionen besagte, daß der Stationierung dieser Waffen in der Bundesrepublik nur dann zugestimmt werden solle, wenn gleichzeitig Verhandlungen über Rüstungskontrolle mit der Sowjetunion durchgeführt würden. Bis zum Beginn der INF-Verhandlungen im November 1981 waren zwischen 21 und 29 Prozent der Befragten dieser Meinung, nach dem Beginn der Verhandlungen ging die Unterstützung dieser Position leicht zurück. Inhaltlich ist diese Frage jedoch schwierig zu interpretieren: Bedeutet diese Position, daß erst Waffen stationiert und anschließend wegverhandelt werden sollten, oder war diese Position so gemeint, daß sie als Junktim nicht gegenüber der UdSSR, sondern gegenüber der USA gerichtet war, um diese an den Verhandlungstisch zu bringen?

Die Diskussion um den Doppelbeschluß stand aber nicht nur unter dem Aspekt des Ausgleichs einer perzipierten Unterlegenheit - in diesem Falle wäre die Diskussion relativ vorhersehbar gelaufen - sondern in ihr wurde eben auch die Unzufriedenheit und das Mißtrauen großer Bevölkerungsteile gegen die „etablierte“ Logik der Sicherheitspolitik laut. Eine der Befürchtungen, die in diesem Zusammenhang artikuliert wurde, lautete, daß ein neuerliches Nachrüsten die Sicherheit der Bundesrepublik nicht erhöhen, sondern vielmehr verringern werde, da sich die Rüstungsspirale einerseits wieder eine Drehung weitergewunden hätte, ohne daß eine politische Lösung in Sicht wäre, andererseits eine Stationierung von Waffen, die potentielle Erstschlagswaffen sind - wie es die Cruise Missiles darstellten - die strategische Situation so destabilisierten, daß sie zu einem Präemptivschlag herausfordern könnten. Dieser Argumentation mochte allerdings nur eine relative Minderheit der Befragten zu Anfang der achtziger Jahre folgen. Im Auftrag des Verteidigungsministeriums wurde zwischen 1982 und 1984 die Frage gestellt, ob sich durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen die Möglichkeit eines Angriffs erhöhe, ob da-

durch die Sicherheit größer werde oder ob diese Stationierung keinen Einfluß darauf habe (Tabelle 1856). Zwischen 40 und 45 Prozent der Befragten waren nach diesen Umfragen der Meinung, daß eine Stationierung die Sicherheit vergrößere, und zwischen 28 und 33 Prozent, daß dies keinen Einfluß habe. Befürchtungen, daß mit einer solchen Stationierung auch die Gefahr eines Angriff steige, äußerte rund ein Viertel der Befragten, wobei sich im Vorfeld des „heißen Herbstes“ 1983 dieser Anteil auf knapp ein Drittel erhöhte. In dieselbe Richtung weisen auch die Ergebnisse mehrerer USIA-Studien aus den Jahren zwischen 1981 und 1984 (Tabelle 1735): Zwischen 47 und 66 Prozent der Befragten geben hier an, daß die Stationierung neuer Atomwaffen dazu beitrage, einen sowjetischen Angriff auf Westeuropa zu verhindern. Allerdings zeigen sich in dieser Datenreihe die Fluktuationen innerhalb der öffentlichen Meinung zu diesem Thema: Im Anschluß an die Großdemonstration von Anhängern der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten am 10.10.1981 sank der Anteil derjenigen, die der Stationierung solcher Waffen eine Schutzfunktion zuwiesen, kurzfristig von 62 Prozent im Oktober auf 47 Prozent im Dezember, nur um drei Monate später im März 1982 wieder auf 66 Prozent anzusteigen. Im Verlauf der Diskussion um das Für und Wider einer Stationierung sank anschließend dieser Anteil bis zum Dezember 1983 auf Werte um die 50 Prozent - d.h. es gelang offensichtlich den Gegnern der Stationierung, einen Teil der früheren Befürworter von ihrer Position zu überzeugen.

Nachdem aber diese Waffen im Dezember 1983 stationiert worden waren, fand sich ein Teil der Befragten mit diesen Tatsachen ab, so daß im Sommer 1984 wieder knapp zwei Drittel der Befragten der Meinung waren, daß diese Waffen einen Angriff verhindern würden. Dieser Meinungswandel läßt sich besonders deutlich bei den Parteianhängern der SPD beobachten. Innerhalb der SPD waren bereits 1980 Stimmen laut geworden, die ein Unbehagen am Bündnis und dem Doppelbeschluß artikulierten (vgl. Haftendorn 1986: 256ff.) und sich damit in Gegensatz zum damaligen Bundeskanzler Schmidt stellten, im April 1982 beschloß der SPD-Parteitag gegen den Willen Schmidts, eine Entscheidung über die Stationierung dieser Waffen erst im Herbst 1983 zu fällen. Dieses Unbehagen an der Entscheidung spiegelt sich entsprechend unter den SPD-Anhängern wider: Waren im März 1982 noch über zwei Drittel dieser Befragtengruppe der Meinung, die amerikanischen Mittelstreckenwaffen trügen dazu bei, die UdSSR von einem Angriff abzuschrecken, so sank dieser Anteil

bis zum April 1983 auf 41 Prozent, um dann bis zum Sommer 1984 wieder auf 53 Prozent anzusteigen. Gleichzeitig bringt dieser Wandel auch eine zunehmende Polarisierung zwischen den beiden großen im Bundestag vertretenen Parteien zum Ausdruck: Betrug die Differenz zwischen SPD- und CDU/CSU-Anhängern in dieser Frage zunächst nur knapp sieben Prozentpunkte, so stiegen diese Unterschiede bis zum April 1983 auf über 26 Prozentpunkte, 1984 waren es immer noch 24 Prozentpunkte. Zwar schwankte auch innerhalb der CDU/CSU-Anhängerschaft der Anteil derjenigen, die der Stationierung dieser Waffen eine mögliche Verhinderung eines Angriffs zubilligten, wenn auch nur innerhalb einer wesentlich geringeren Spannbreite. Gleichzeitig ist in diesen Umfragen auch deutlicher zu fassen, wer die Träger dieses Protests gewesen sind, denn hier wird deutlich, daß nach der Parteineigung auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Alterskohorte eine Rolle spielt. Im Vergleich zwischen Altersgruppen und Kohorten zeigt sich nämlich, daß nicht die jüngsten, sondern die Gruppe der 1981 17- bis 26jährigen am ehesten der Meinung sind, daß eine solche Stationierung die Chancen eines Angriffs erhöhe, während sowohl Ältere wie noch Jüngere eher der Auffassung waren, daß dadurch ein sowjetischer Angriff verhindert würde.

Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen begann im Dezember 1983, nachdem deutlich geworden war, daß die UdSSR zu keinem Abzug ihrer Mittelstreckenwaffen in Europa bereit war. Nach dem Einverständnis des Bundestags zur Stationierung dieser Waffen in der Bundesrepublik brach die UdSSR im November 1983 die INF-Verhandlungen ab, erst eineinhalb Jahre später, im März 1985, sollten sie wieder aufgenommen werden. Im Oktober 1986 zeichnet sich auf dem Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik eine Lösung dieses Problems ab, im Dezember 1987 konnte schließlich eine Vereinbarung darüber getroffen werden, daß alle amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km innerhalb von drei Jahren abgebaut werden müssen. Im Nachhinein schien damit die Rechnung der NATO aufgegangen zu sein, sich dem sowjetischen Druck nicht zu beugen und die Waffen aufzustellen, nur um sie später wegzuverhandeln. Die deutsche Öffentlichkeit schien in ihrer Mehrheit im Herbst 1987 dieser Argumentation zu folgen (Tabelle 3568). Rund 60 Prozent der Befragten gaben an, daß die Stationierung eigener Mittelstreckenwaffen durch die NATO große oder zumindest spürbare Auswirkungen auf die Bereitschaft der UdSSR

hatte, ein Abkommen über die Abschaffung aller ihrer Mittelstreckenraketen zu unterzeichnen.

Ein Problem im Zusammenhang mit dem Abzug der amerikanischen Mittelsteckenwaffen stellte die Koppelung der amerikanischen an die europäische Sicherheit dar. Militärstrategisch sollten nämlich diese Mittelstreckenwaffen auch dazu dienen, daß die Bundesrepublik im Falle einer sowjetischen Nuklearbedrohung nicht isoliert dastehen würde. Mit diesen Waffen sollte das Versprechen der USA, die amerikanische Sicherheit an die seiner europäischen Partner zu binden, Substanz erhalten (vgl. Hanrieder 1991: 139ff). Nicht nur eine Reduzierung, sondern gleich ein völliger Rückzug dieser Waffen konnte demzufolge auch so interpretiert werden, daß die USA versuchten, sich von diesem Versprechen zu distanzieren. Die amerikanischen Pläne einer strategischen Verteidigungsinitiative, die sie „unverwundbar“ machen sollte, taten zu den europäischen Befürchtungen ein übriges. Die deutsche Bevölkerung nahm aber wie auch in all den Jahrzehnten zuvor die USA in die Pflicht: Nur etwa jeder siebente Befragte war im Frühjahr und Herbst 1987 der Meinung, daß die USA durch die Abschaffung dieser Waffen weniger zur Verteidigung Europas verpflichtet seien (Tabelle 3385), die anderen sahen die USA genauso wie bisher dazu verpflichtet. Dieser Konsens erstreckt sich dabei weitgehend unabhängig von Parteineigung, Geschlecht, Alter, Bildung oder Konfessionszugehörigkeit über die Bevölkerung. Am Grundpfeiler der deutschen Sicherheitspolitik, dem amerikanischen Nuklearschirm über Westeuropa, hatten offensichtlich in den Augen der Bevölkerung die achtziger Jahre wenig ändern können.

Der Grund für diese Überzeugung liegt darin, daß mehr als vier Fünftel der Öffentlichkeit davon zu Recht überzeugt waren, daß die USA noch über andere, in Europa stationierte Atomwaffen verfügt (Tabelle 3377). Wie weit dies in den Augen der Bevölkerung als Schutzgarantie durch die besagte Verkoppelung oder aber als Relativierung der mit dem INF-Vertrag vereinbarten Abrüstung gesehen wurde, läßt sich schwer nachvollziehen. Da aber gerade diejenigen Gruppen, die sich Nuklearwaffen gegenüber besonders kritisch äußerten auch diejenigen sind, die am ehesten vermuten, daß noch Bestände - taktische Atomwaffen, Atomgranaten und nuklear bestückte Flugzeuge - auch nach dem Vertrag verblieben, liegt vor allem die zweite Interpretation nahe. Tatsächlich begann auch kurze Zeit nach dem Vertragsabschluß eine Diskussion um die Modernisierung eben dieser Waffen, die allein durch das Ende

des Kalten Krieges und die Auflösung der Bedrohung durch die Warschauer Vertragsorganisation beendet wurde. Nukleare Waffen wurden für die Sicherheit in Europa praktisch bedeutungslos, gleichzeitig gingen die USA und Rußland zunächst in mehreren START-Abkommen einen Abrüstungswettlauf ein, der seinesgleichen suchte. Trotzdem blieb auch angesichts erheblich reduzierter Arsenale die Unsicherheit vor allem über den politischen Kurs Rußlands, zumal dort von konservativen Politikern und Militärs in der Verfügung über Atomwaffen auch ein Mittel gesehen wird, die Rolle als (militärische) Großmacht zu wahren. Hinzu kommen periodisch Meldungen über die Versuche bislang kernwaffenfreier Staaten, durch Kauf oder Eigenentwicklungen in den Kreis der Nuklearmächte vorzustoßen. Eine Abschaffung von Atomwaffen ist demnach völlig aussichtslos, Nichtverbreitung und eigene Abschreckung werden deshalb auch in Zukunft für die Gewährleistung militärischer Sicherheit eine, wenn auch verminderte, Rolle spielen. Zu diesem Thema wurde 1992 und 1993 die westdeutsche Bevölkerung gefragt, ob, solange andere Staaten über Atomwaffen verfügten, die uns bedrohen könnten, auch in Deutschland Atomwaffen stationiert bleiben müßten (Tabelle 4646). Obwohl nicht spezifiziert wurde, welche und wieviel Atomwaffen dies bedeuten würde, wurde diese Aussage mehrheitlich abgelehnt, rund jeder Zweite konnte ihr gar nicht oder eher nicht zustimmen. Am deutlichsten fiel die Ablehnung unter Befragten mit höherer Schulbildung, Konfessionslosen und Anhängern der Grünen aus. Die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik stellt somit immer noch ein erhebliches Konfliktpotential dar, welches aber auch gerade in Zeiten allgemeiner nuklearer Abrüstung anachronistisch anmutet.

3.4.2.4 Rüstungskontrolle

3.4.2.4.1 Rüstungskontrolle und Abrüstung

Der Begriff der „Rüstungskontrolle“ gehört sicherlich zu denjenigen Begriffen, die in der Öffentlichkeit durchgängig positiv besetzt sind - zu sehr schwingt in ihm auch die Konnotation von „Abrüstung“ mit. In der wissenschaftlichen Diskussion steht „Rüstungskontrolle“ allerdings nicht für die Beseitigung der Konfliktpotentiale und der militärischen Instrumente, sondern für die Fähigkeit zur Manipulation militärischer Möglichkeiten nach Stabilitätsgesichtspunkten (Forndran 1995: 217). Rüstungskontrolle kann Abrüstung einschließen, aber auch die Aufrechterhaltung einer glaub-

würdigen nuklearen Zweitschlagsfähigkeit von Staaten. Dieser zweite Aspekt von Rüstungskontrolle scheint allerdings in öffentlichen Diskussionen kaum eine Rolle zu spielen, vor allem angesichts der Angst um die mehrfachen Overkill-Kapazitäten der USA und UdSSR während des Kalten Krieges. Wie stark der Wunsch nach Abrüstung in der Bevölkerung ist, wird deutlich in Tabelle 1131. Ein Mittelwert von 0,12 auf einer Skala von „Vollständige Abrüstung“ bis „Keine Einschränkung“ bedeutet, daß sich 1961 rund drei von vier Befragten (74 Prozent) für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in der ganzen Welt aussprechen, nur knapp jeder Fünfte nahm eine teilweise Beschränkung der Waffenarten hin und lediglich vier Prozent der Befragten traten für keinerlei Einschränkungen ein. Diese fast einmütige Forderung nach Abrüstung ist vermutlich vor allem als Aufforderung an die Supermächte zu verstehen gewesen, in Gespräche und Verhandlungen über die gegenseitige Rüstung einzutreten. Denn sobald dies geschehen war, sank der Anteil derjenigen, die eine vollständige Abrüstung forderten, deutlich ab, vor allem zu Gunsten derjenigen, die sich mit einer lediglich teilweisen Beschränkung zufrieden gaben. Vergleicht man die Verteilung der Mittelwerte über den Zeitraum von 1961 bis 1972, so scheint die Kubakrise 1962 ein Auslöser für eine - wenn auch nicht allzu starke, so doch deutlich sichtbare - Differenzierung der Haltung vor allem zwischen den Geschlechtern und den Parteianhängern gewesen zu sein. Lassen sich 1961 noch kaum Differenzen ausmachen, so zeigten sich 1964 und 1965 vor allem Frauen deutlich einer vollständigeren Abrüstung zugeneigt als Männer. Unter Parteianhängern waren es umgekehrt diejenigen der FDP, die deutlich eine nur teilweise Beschränkung der Waffenarten akzeptierten, gefolgt von denen der CDU, während die SPD-Anhänger noch deutlich dem Ideal einer umfassenden und weltweiten Abrüstung anhingen.

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges forderte die Öffentlichkeit eine Fortsetzung des Abrüstungsprozesses. Verhieß das Ende des Ost-West-Konflikts zunächst noch eine immense „Friedensdividende“ und schien diese auch durch einen gemeinsamen Abrüstungswettlauf der Bündnisse und Supermächte in greifbare Nähe gerückt, so wurde zwar diese Friedenshoffnung durch die Invasion Kuwaits durch den Irak und den Ausbruch des Krieges in Jugoslawien zunächst abrupt beendet. Insgesamt kam jedoch ein Prozeß in Gange, der durch die START-Abkommen 1991 und 1993 sowie deren Protokolle zu einer erheblichen Reduzierung der strategischen Waffen, einer Begrenzung der konventionellen Rüstung in Europa durch den KSE-Vertrag und

nicht zuletzt auch zu einer Umstrukturierung der Bundeswehr ebenso wie der NATO führte. Auch angesichts dieser Veränderungen war 1992 eine deutliche Mehrheit der Befragten der Meinung, daß der Abbau der militärischen Rüstung noch weiter gehen sollte (Tabelle 4801). Auf einer Skala von Null („Abbau geht viel zu weit“) bis Eins („Abbau sollte noch viel weiter gehen“) lag der Mittelwert 1992 mit 0,71 deutlich auf der Seite derjenigen, die zu weiterer Abrüstung drängten, dies entsprach knapp zwei Drittel der Befragten. Mit der Eskalation des Krieges in Jugoslawien und der Diskussion, ob und wie weit sich die NATO in diesen Krieg einmischen sollte, sank allerdings auch der Anteil derjenigen, die diese Position vertraten; im Herbst 1993 war dies nur noch jeder Zweite. Deutlich spielen in der Haltung zu dieser Frage soziodemographische Merkmale und die Parteineigung eine Rolle: Vor allem jüngere Befragte und Höhergebildete plädierten stärker für weitere Abrüstungsschritte. Den deutlichsten Einfluß hat jedoch wieder die Parteineigung: So beträgt der Unterschied zwischen Anhängern der Grünen und Anhängern der CDU/CSU mehr als 0,2 Skalenpunkte, gleichzeitig entwickelte er sich zwischen 1992 und Frühjahr 1993 in entgegengesetzte Richtungen. Während sich die Anhänger der CDU/CSU von einer Unterstützung der Abrüstungsposition abwandten, betonten die Anhänger der Grünen gerade diese Position zunächst besonders, um dann auf das Ausgangsniveau ihrer Zustimmung zurückzugehen.

Diese „Ernüchterung“ der abrüstungspolitischen Hoffnungen der Bevölkerung läßt sich auch deutlich in Tabelle 4035 nachvollziehen. Zwischen 1988 und 1993 ließ das Bundesverteidigungsministerium die Frage stellen, ob durch die laufenden Rüstungskontrollvereinbarungen die Verteidigungsprobleme der Bundesrepublik wirksam gelöst werden könnten, oder ob sie eher ein zusätzliches Mittel der Verteidigungspolitik seien. Macht man sich klar, daß Rüstungskontrollpolitik gerade auch ein Mittel der Verteidigungspolitik ist und daß jede Verteidigungspolitik natürlich versuchen sollte, die Verteidigungsprobleme der Bundesrepublik zu lösen, so wird deutlich, daß diese Fragealternativen keine echten Alternativen sind, die sich gegenseitig ausschließen und unter denen die Befragten auswählen können. Eine sinnvolle Interpretation des Inhalts dieser Frage ist damit eigentlich nicht möglich. Unterstellt man jedoch, daß diejenigen, die angeben, daß sich mit Rüstungskontrolle eine Lösung der Verteidigungsprobleme der Bundesrepublik erreichen ließe, damit auch eher die Vorstellung von „Abrüstung“ im Sinn haben - wofür die zunächst hohen

Zustimmungswerte sprechen - , so zeigt sich, daß diese Position nach 1991 deutlich an Boden verlor. So votierten seit 1988 in der Regel rund sieben von zehn Befragten für diese „Abrüstungsposition“ (eine Ausnahme stellt 1989 mit „nur“ 63 Prozent dar), 1992 sank dieser Wert auf 45 und 1993 auf 51 Prozent. Diese Entwicklung spricht zum einen dafür, daß die Unterstützung einer „Abrüstungsposition“ in der Bevölkerung vor allem als Aufforderung an die Politik verstanden wird, tatsächlich Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Diese Position wird dann geräumt, wenn - wie in diesem Zeitraum zu beobachten - diese Forderung erfüllt wird. Dies bedeutet aber auch, daß die Unterstützung einer solchen Haltung für einen erheblichen Teil der Bevölkerung nicht unter einem Wertegesichtspunkt getroffen wird, sondern vor allem eine „taktische“ Antwort ist. Zum anderen wird diese Position auch durch Ereignisse in der internationalen Politik deutlich beeinflußt, in diesem Fall der Eskalation in Jugoslawien, die zu einer deutlich reservierteren Haltung gegenüber weiteren Abrüstungsschritten führten.

3.4.2.4.2 Bereiche der Rüstungskontrolle und Verhandlungen

Wenn bis zu Beginn der neunziger Jahre die Forderung nach Abrüstung so groß war, in welchen Bereichen sollte vordringlich abgerüstet werden? Ganz deutlich standen Ende der achtziger Jahre strategische und taktische Nuklearwaffen auf der Prioritätenliste der Bevölkerung (Tabelle 3772). Nachdem 1987 ein Abkommen über die zuvor stationierten Mittelstreckenwaffen unterzeichnet worden war, gaben 1988 und 1989 jeweils rund 85 Prozent der Befragten an, daß Frieden und Sicherheit in Europa durch eine Reduzierung der anderen beiden Atomwaffentypen erhöht werden könnten. Der Bereich der konventionellen Rüstung kam dabei nur jeweils 15 Prozent der Befragten in den Sinn, auch wenn dieser am deutlichsten durch ein militärisches Ungleichgewicht zugunsten der Warschauer Vertragsorganisation gekennzeichnet war. Deutlich häufiger wird dieser Bereich jedoch von Männern als von Frauen genannt, während diese umgekehrt wesentlich häufiger strategische Atomwaffen als Ziel von Rüstungskontrollbemühungen aufführen.

Wenn Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle so deutlich seitens der Öffentlichkeit eingefordert werden, dann dürfte erwartet werden, daß sie die Existenz solcher Verhandlungen auch zur Kenntnis nimmt. Zu Beginn der achtziger Jahre wurde danach gefragt, ob die Befragten wüßten, daß die USA und die UdSSR über die Be-

grenzung von Mittelstreckenwaffen in Europa verhandelten (Tabelle 1910). Rund ein Jahr nach Aufnahme dieser Verhandlungen waren davon vier von fünf Befragten informiert, bis zum Oktober 1983 waren dies mehr als neun von zehn. Nachdem aber diese Gespräche (ebenso wie die Verhandlungen über strategische Waffen) im November, bzw. Anfang Dezember 1983 abgebrochen wurden, glaubte immer noch jeder Vierte, daß darüber gegenwärtig verhandelt würde. Als dann aber fast auf den Tag genau vier Jahre nach Abbruch der Verhandlungen Reagan und Gorbatschow ein Abkommen zur Reduzierung dieser Mittelstreckenwaffen unterzeichneten, wurde dies von der Öffentlichkeit einstimmig begrüßt (Tabelle 3085). Hielt sich die Zustimmung vor der Unterzeichnung in Washington noch bei Werten von rund 90 Prozent, so stieg sie nach der Unterzeichnung auf Werte von 97 Prozent Zustimmung. Diese Werte sind so hoch, daß sie eine Differenzierung nach Parteineigung oder sozio-demographischen Merkmalen kaum zulassen.

Die Erwartung, daß, so bald verhandelt würde, dies auch Ergebnisse zeitigen würde, war aber über den größten Teil der achtziger Jahre hinweg niedrig. Am skeptischsten war die Öffentlichkeit 1977, daß die USA und die UdSSR innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Abkommen zur substantiellen Reduzierung ihrer Atomwaffen erreichen würde, etwas hoffnungsfroher hingegen zeigte sie sich Ende 1985. Lag 1977 der Mittelwert bei 0,64 - dies bedeutete, daß mehr als drei Viertel der Befragten (78 Prozent) der Meinung waren, es sei entweder nicht sehr wahrscheinlich oder unwahrscheinlich, daß ein solches Abkommen zustande kommt -, so lag der Mittelwert im Dezember 1985 bei 0,55, entsprechend 63 Prozent der Befragten mit einer skeptischen Haltung (Tabelle 1521). Allerdings erwies sich in beiden Fällen die Öffentlichkeit als schlechter Augur, denn jeweils zwei Jahre später wurde 1979 das SALT-II-Abkommen, bzw. 1987 das INF-Abkommen zwischen den USA und UdSSR unterzeichnet. Hier kommt eine „reservierte“ Haltung gegenüber Abrüstungsverhandlungen zum Vorschein, die sich - wie noch zu zeigen sein wird - vor allem in den erwarteten Ergebnissen niederschlägt. Ebenso skeptisch verhielt sich die Öffentlichkeit in den Erwartungen gegenüber den Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen in Europa, die im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses im November 1981 zwischen den USA und der UdSSR aufgenommen worden waren. Auch hier war die Öffentlichkeit sehr vorsichtig in ihren Erwartungen, zwischen Juli und Dezember 1981 veränderte sich trotz des offiziellen Beginns der Verhandlungen in Genf die Haltung

nicht. Die Mittelwerte dieser Skalen liegen konstant bei 0,60 (Tabelle 1628), dies bedeutet, daß zu jedem Zeitpunkt knapp zwei Drittel der Befragten die Aussichten für einen Verhandlungserfolg innerhalb der nächsten zwei Jahre für „ziemlich“ oder „sehr unwahrscheinlich“ hielten - sehr zu Recht, wie der Abbruch der Gespräche im November 1983 nach dem Beginn der Stationierung dieser Waffen zeigt.

Bis in die Mitte der achtziger Jahre war die Öffentlichkeit äußerst skeptisch gegenüber den Erfolgen von Rüstungskontrollverhandlungen, im wesentlichen ging es ihr wohl darum, daß die Politiker beider Blöcke überhaupt miteinander sprachen. Daß die 1985 neu aufgenommenen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zu einem Ergebnis führten, hat die Öffentlichkeit weitgehend überrascht, denn auch hier war sie aufgrund früherer Erfahrungen sehr vorsichtig gewesen. Nachdem aber diese zu einem positiven Abschluß führten, schlug die Stimmung in der Öffentlichkeit um. Nun erschien es ihr auch möglich, daß sich die USA und die UdSSR in der Frage der strategischen Rüstungen - die ebenfalls seit 1985 wieder verhandelt wurden - innerhalb eines Jahres auf eine wesentliche Einschränkung einigen könnten (Tabelle 3756). Zum Washingtoner Gipfeltreffen im Dezember 1987, auf dem der INF-Vertrag unterschrieben werden sollte, lag der Mittelwert der von Null („Sehr wahrscheinlich“) bis Eins („Überhaupt nicht wahrscheinlich“) kodierten Skala je nach Studie zwischen 0,36 und 0,43, d.h. zwischen 63 und 71 Prozent der Befragten hielten nun ein solches Abkommen für möglich. Dieser Meinungswandel umfaßte dabei alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen, denn wie bei den früheren „skeptischen“ Haltungen lassen sich auch hier kaum bedeutsame Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen ausmachen. Insoweit ist dieser Umschwung auch ein Beispiel für eine „rationale“ Meinungsänderung der Bevölkerung in dem Sinne, daß hier aufgrund eines außenpolitisches Ereignisses die außenpolitische Lage neu eingeschätzt wurde und daraufhin auch die Chancen für weitere Erfolge im Bereich der Rüstungskontrolle deutlich positiver eingeschätzt wurden.

Worin lagen aber die Skepsis und der plötzliche Meinungsumschwung begründet? Lag es nur daran, daß den Politikern beider Blöcke Unwilligkeit, zu einem Ergebnis zu kommen, unterstellt wurde? Bereits in den fünfziger Jahren wurde gefragt, welches Land in den Augen der Öffentlichkeit größere Anstrengungen unternehme, um ein ernsthaftes Abrüstungsabkommen zu erreichen - die USA, die UdSSR, beide gleichermaßen oder keiner (Tabelle 736). Die Antworten weisen auf das niedrige

Vertrauen in die Politiker seitens der Öffentlichkeit hin: 1957 gab ein fast genauso großer Teil der Befragten an, daß die USA größere Anstrengungen unternähmen, wie diejenigen, die keiner der beiden Supermächte Verhandlungswilligkeit zugute hielten (41 gegenüber 40 Prozent); 1958 stellte dies die vorherrschende Meinung dar (45 Prozent); 1962 ging dieser Anteil wieder auf 37 Prozent der Befragten zurück. Umgekehrt sah nur etwa jeder Achte bei beiden Blöcken gleich große Anstrengungen, und nur eine verschwindende Minderheit von zwei bis sechs Prozent bei der UdSSR die größeren Verhandlungsanstrengungen. Dies Muster entspricht durchaus den Images dieser beiden Supermächte, die in den vorherigen Kapiteln identifiziert wurden: Vertrauen überwog eindeutig gegenüber den USA einerseits, Mißtrauen gegenüber der UdSSR andererseits. In dieser Frage steht allerdings auch einem den USA zugeneigter Teil der Bevölkerung ein anderer, deutlich skeptischerer Teil gegenüber, der auch den USA vorwirft, keine Verhandlungsbereitschaft zu zeigen. Diese Einstellungen weisen allerdings innerhalb der Bevölkerung unterschiedlich starke Verteilungen auf: Deutlich positiver wurde die Bereitschaft der USA von Anhängern der CDU/CSU gesehen, Befragte ohne Parteineigung oder mit einer anderen als den hier aufgeführten sahen deutlich häufiger, daß keine der beiden Mächte ernsthafte Anstrengungen machte. Die deutlichsten Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen zeigen sich jedoch in der Umfrage aus dem Jahr 1987. Zwar ist hier die Frageformulierung mit denen der älteren Studien identisch, allerdings wurden die Befragten gezwungen, sich nur zwischen den USA und der UdSSR zu entscheiden (vgl. auch Tabelle 3067). In dieser Formulierung ergeben sich deutliche Unterschiede nach den Alters- und Bildungsgruppen, wobei die älteren und niedriger Gebildeten mehrheitlich bei den USA und die jüngeren und Höhergebildeten mehrheitlich bei der UdSSR die größeren Anstrengungen sehen.

Zu Beginn und Mitte der achtziger Jahre war die wesentliche Frage in bezug auf Rüstungskontrollverhandlungen nicht, was sie erbringen, sondern ob sie überhaupt stattfinden würden. Mit dem Amtsantritt Reagans begann dieser 1981 eine interne Revision der bisherigen Strategie und Einsatzkräfte, die solche Verhandlungen immer wieder hinauszögerte. So begannen die INF-Verhandlungen in Genf erst zehn Monate nach Amtsantritt des Präsidenten, die START-Verhandlungen zur Reduzierung strategischer Waffen erst siebzehn Monate danach. Darüber hinaus setzte Reagan, der in seinem Wahlkampf schon die Ergebnisse der SALT-I und II-Verhandlun-

gen sowie die Entspannungspolitik heftig attackiert hatte, zunächst erklärte Gegner dieser Verhandlungen in Bürokratie und Verhandlungsgruppen ein. Trotzdem meinten im Juli 1981 noch über zwei Drittel der Befragten, daß die USA aufrichtig bemüht seien, in ernsthafte Rüstungsbegrenzungsverhandlungen mit der UdSSR einzutreten (Tabelle 1630), auch im Oktober 1982 schloß sich immer noch jeder Zweite dieser Meinung an. Der UdSSR hingegen wurde von einem deutlich geringeren Teil der Bevölkerung dies zugute gehalten, zu den vergleichbaren Zeitpunkten waren dies 39 und 28 Prozent (Tabelle 1629).[8] Bis zu diesem Zeitpunkt Ende 1982 war diese Haltung über alle Bevölkerungsteile gleichermaßen zu finden. Mit dem Abbruch der Verhandlungen im November (INF) und Dezember (START) 1983, der darauf folgenden „Eiszeit“ bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen im März 1985 änderte sich dieses Bild. Zwar waren nach wie vor rund zwei Drittel der Befragten der Meinung, die USA seien wirklich aufrichtig bemüht, nun aber zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So sind es seitdem vor allem die jüngeren und Höhergebildeten, die den USA ein geringeres Maß an Anstrengung unterstellen, während es die älteren und schlechter Gebildeten sind, die ihnen dementsprechend deutlich höhere Anstrengungen zusprachen. Offensichtlich wird dieser Differenzierungseffekt erst zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Verhandlungen, er fügt sich aber in die schon im anderen Zusammenhang gemachten Beobachtungen ein, daß erst zu Beginn der achtziger Jahre diese Themen für die Öffentlichkeit so bedeutsam werden, daß sich Einstellungen entlang von Parteilinien oder soziodemographischen Merkmalen gruppieren. Diese Differenzierung findet sich hier jedoch längst nicht so stark in der Frage, ob die Sowjetunion aufrichtige Anstrengungen unternehme. Dazu kommt noch, daß bis zum Dezember 1985 die Differenz zwischen jenen, die seitens der USA, und jenen, die seitens der UdSSR entsprechende Anstrengungen wahrnahmen, zwischen 22 und 29 Prozentpunkten zugunsten der USA lag. In den letzten beiden Punkten der Datenreihe verringert sich dieser Abstand aber immer weiter, so daß er zum Schluß nur noch bei 5,4 Prozent-

---

[8] In diesen Studien wurde die Frage zunächst nach der Einschätzung der Anstrengungen der UdSSR, anschließend nach denen der USA gestellt. Die Befragten mußten sich nicht zwischen zwei einander ausschließenden Alternativen entscheiden, so daß sich die Werte nicht auf 100 Prozent addieren lassen. Vielmehr ist es durchaus möglich, daß ein Teil der Befragten sowohl den USA wie der UdSSR aufrichtige Anstrengungen, in Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten, attestiert.

punkten liegt. Den USA und der UdSSR wurden in den Augen der Bevölkerung im Lauf ein immer ähnlicheres Maß an Interesse an Rüstungskontrollverhandlungen zugeschrieben. Möglicherweise war es eben diese „Gleichbehandlung“ von USA und UdSSR, die zu der oben erwähnten Differenzierung nach Alters- und Bildungsgruppen führte.

Diese Perzeption von zunehmendem Interesse an Rüstungskontrolle auf beiden Seiten der Blöcke läßt sich auch deutlich in Tabelle 2213 erkennen. War 1983 und 1986 noch etwas mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung, daß beide Staaten gleichermaßen daran interessiert seien, über eine wirkungsvolle Abrüstung, insbesondere auf dem atomaren Gebiet, zu verhandeln, so war es 1988 fast die Hälfte aller Befragten (47 Prozent). Umgekehrt sank der Anteil derjenigen, die keiner Seite ein Interesse daran unterstellten, von einem Drittel (1986) auf ein Zehntel (1988) der Befragten ab. Gleichzeitig veränderten sich die Einschätzungen der Interessenslagen der beiden Supermächte: War 1983 noch jeder Fünfte der Meinung, die USA seien stärker an Abrüstungsverhandlungen interessiert, so sank dieser Anteil auf nur noch ein Zehntel der Befragten. Umgekehrt wurde auf Seite der UdSSR ein immer stärkeres Interesse an diesen Verhandlungen gesehen, der Anteil der Befragten, die dieser Meinung waren, hatte sich innerhalb dieser Befragungsreihe von knapp zwölf auf 33 Prozent fast verdreifacht. Mit dieser Frageformulierung lassen sich zu allen drei Zeitpunkten Differenzierungen in den Einstellungen über fast alle Bevölkerungsgruppen festmachen. Am deutlichsten tritt dabei wieder die Parteineigung hervor: So waren 1983 Anhänger der CDU/CSU zu großen Teilen davon überzeugt, daß entweder die USA stärker oder zumindest beide gleichermaßen stark interessiert waren, während Anhänger der Grünen ein stärkeres Interesse bei der UdSSR sahen oder aber davon ausgingen, daß keiner von beiden Interesse an solchen Verhandlungen hatte. 1988 unterstellte die mehrheitliche Haltung der CDU/CSU-Anhänger beiden Mächten ein gemeinsames Interesse, bei Anhängern der Grünen war die Mehrheitsmeinung, daß die UdSSR ein stärkeres Interesse habe.

War hier bislang nur generell von Einstellungen gegenüber Rüstungskontrollverhandlungen die Rede, d.h. es wurde nicht unterschieden zwischen Verhandlungen über strategische Systeme oder Mittelstreckenwaffen, so soll im folgenden kurz auf die Einstellungen gegenüber den INF-Verhandlungen eingegangen werden. Diese stellten neben der geplanten Stationierung und Modernisierung bestehender Mittel-

streckenwaffensysteme die zweite Dimension des „NATO-Doppelbeschlusses“ dar. Analog zu den Tabellen 1629 und 1630 wurde auch hier getrennt danach gefragt, ob man glaube, daß die USA (Tabelle 2016), bzw. die UdSSR (Tabelle 2017) wirklich bemüht seien, ein Abkommen zu erreichen, durch das die Zahl der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa verringert würde, oder ob die USA/UdSSR sich nicht wirklich darum bemühe. Dabei zeigt sich das mittlerweile vertraute Bild, daß den beiden Supermächten ein deutlich ungleiches Maß an Bemühen zugetraut wird. So geben zwischen 63 und 75 Prozent der Befragten an, daß sie glauben, daß sich die USA bemühten; der UdSSR wollten dies nur zwischen 35 bis 48 Prozent der Befragten zugestehen. Ebenso zeigt sich auch hier, daß sich die deutlichsten Differenzierungen über verschiedene Bevölkerungsgruppen in den Einstellungen zum Bemühen der USA ergeben, kaum jedoch in den Einstellungen gegenüber der UdSSR. Wo erhoben, stellt wieder die Parteineigung die am stärksten strukturierende Variable dar, die sich vor allem aus den Unterschieden zwischen den Einstellungen der CDU/CSU- und Grünen-Anhänger ergibt. Wie zuvor sind rund vier von fünf Anhängern der CDU/CSU der Meinung, daß sich die USA bemühten, unter den Grünen-Anhängern sind dies im April 1983 nur jeder siebente und im Juni 1984 etwas mehr als ein Viertel dieser Anhängerschaft. In etwas schwächerem Maße stellen auch das Alter sowie der Bildungstitel strukturierende Merkmale dar, wobei hier auffällt, daß der Einfluß dieser Variablen zu Beginn der Datenreihe im April 1983 etwas stärker ist und sich bis zum Ende der Datenreihe im Sommer 1984 hin abschwächt. Dies weist wieder darauf hin, daß die hier vorgefundenen Differenzierungen weniger durch eine Form der politischen Sozialisation, sondern vielmehr durch die Dynamik politischer Auseinandersetzungen erzeugt werden.

Die eingangs gestellte Frage, ob den Supermächten mangelhafte Bereitschaft, zu Vereinbarungen über Rüstungskontrollen zu kommen, seitens der Öffentlichkeit unterstellt wird und ob diese für die Skepsis gegenüber dem Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen verantwortlich ist, läßt sich mit den hier vorgelegten Ergebnissen kaum eindeutig beantworten. Deutlich wurde, daß die Öffentlichkeit in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem großen Teil bei beiden Seiten kein Interesse an solchen Verhandlungen sah, und wenn überhaupt, dann eher auf der Seite der USA. Die UdSSR wurde bis in die Mitte der achtziger Jahre mißtrauisch betrachtet und ihr nur von einer kleinen Minderheit zugebilligt, daß auch sie ein Interesse an einer wie

auch immer gearteten Rüstungskontrolle haben könnte. Dieser Meinungswandel ging einher mit und war Bestandteil von einem allgemeinen Einstellungswandel ihr gegenüber. Gleichwohl läßt aber die in den achtziger Jahren beobachtete hohe Bereitschaft, den USA Verhandlungs- und Einigungswillen zu unterstellen, bei gleichzeitiger geringer Hoffnung auf tatsächliche Ergebnisse, den Schluß zu, daß ein Scheitern solcher Verhandlungen dann in erster Linie in der Haltung der UdSSR gesucht wurde. Selbst angesichts der von den USA notierten „Fermate“ in den Rüstungskontrollverhandlungen (Czempiel 1989) schien die Öffentlichkeit prinzipiell eine hohe Bereitschaft des Westens zu sehen, zu einem Ausgleich zu kommen, die zunächst an der unnachgiebigen Haltung und dem geringen Interesse der UdSSR zu scheitern schien. Insofern waren dann eben auch die Hoffnungen auf substantielle Ergebnisse in der Rüstungskontrolle sehr niedrig zu hängen, sollten sie nicht enttäuscht werden.

3.4.2.4.3 Sicherheit durch Rüstungskontrolle?

Welche Erwartungen knüpften die Befragten an die Rüstungskontrolle und die Unterzeichnung dieses INF-Vertrages? In vier Umfragen zwischen 1986 und 1987 wurde gefragt, ob das amerikanisch-sowjetische Abkommen zur Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenraketen in Europa die Sicherheit in Westeuropa erhöhen oder verringern würde, oder ob sich dadurch nichts ändern würde (Tabelle 3087). Daß ein Abschaffen aller Mittelstreckenraketen in Europa die militärische Sicherheit erhöhen würde, glaubte 1986 und 1987 nur eine Minderheit. Auf der von Null („Würde die Sicherheit verringern“) bis Eins („Sicherheit erhöhen“) kodierten Skala liegen die Werte zu allen vier Befragungszeitpunkten nahe dem Skalenmittelpunkt, auch wenn sich eine etwas positivere Einschätzung durchsetzte. Rund jeder zweite Befragte war hier der Meinung, daß ein solches Abkommen nichts verändern würde, zwischen 28 und 42 Prozent der Befragten, daß sich die Sicherheit erhöhen würde, und ein etwas geringerer Teil (zwischen 15 und 25 Prozent) sogar, daß sich die Sicherheit dadurch verringern würde. Den deutlichen Forderungen nach Abrüstungsschritten steht offenbar ein geringes Vertrauen in ihre Wirksamkeit entgegen. Am ehesten sind noch die Anhänger der Grünen der Meinung, daß sich mit einem solchen Abkommen die Sicherheit in Europa erhöhen ließe, am skeptischsten sind hingegen die Anhänger der CDU/CSU. Dies ist auch diejenige Variable, die die größte Erklärungskraft für die Einstellung gegenüber diesem Abkommen aufweist.

Mit einer fast gleichen Frageformulierung wurde zwischen 1986 und 1987 gefragt, ob eine Vereinbarung zwischen den USA und der UdSSR, alle Mittelstreckenwaffen in Europa abzuschaffen, so daß man mehr auf nicht-atomare Streitkräfte angewiesen wäre, die militärische Sicherheit in Europa erhöhen, verringern oder gar nicht verändern würde (Tabelle 3073). Der Unterschied zur oben referierten Frage liegt allerdings darin, daß hier der Nebensatz „... so daß wir mehr auf nicht-atomare Streitkräfte angewiesen wären“ eingefügt wurde. Vergleicht man nur die beiden fast zeitgleich liegenden Studien vom Oktober und November 1986 miteinander, so zeigt sich, daß diese Betonung der konventionellen Rüstung nur einen geringen Einfluß auf das Antwortverhalten der Befragten hat, allerdings in der Richtung, daß die Ergebnisse eines solchen Abkommens noch skeptischer gesehen werden. Der Mittelwert liegt bei dieser Frageformulierung bei gleicher Skalierung der Antwortvorgaben bei 0,48, für die Frageformulierung ohne Betonung der konventionellen Rüstung bei 0,50. Die Skepsis, die in diesem Antwortverhalten gegenüber tatsächlichen Abrüstungsabkommen zum Ausdruck kommt, wird kaum noch durch die in der Frageformulierung mitgelieferten Konsequenzen bestärkt.

Diese Konsequenzen wiederum wurden in der Öffentlichkeit nur gering geschätzt. Da die NATO-Strategie unter anderem als eine mögliche Option eine mit Nuklearwaffen vorgetragene Verteidigung auch auf einen konventionellen Angriff vorsah, wurde folglich auch befürchtet, daß mit der Abschaffung der nuklearen Mittelstreckenwaffen ein mögliches Abschreckungsmittel gegen einen solchen Angriff wegfallen würde und damit Westeuropa verwundbarer sein könnte. Auch hier zeigte sich die Öffentlichkeit in den Auswirkungen des INF-Vertrages skeptisch (Tabelle 3748): Zwar weisen die Mittelwerte der Skalierung darauf hin, daß zunächst ein größerer Teil der Befragten der Meinung war, Westeuropa wäre verwundbarer geworden, aber - je nach Studie - zwischen 54 und 63 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß der Vertrag in dieser Hinsicht keine Wirkung habe. Interessant ist hier die Beobachtung, daß die jeweiligen Verhältnisse zwischen jenen, die Westeuropa für verwundbarer, und jenen, die es für weniger verwundbar halten, je nach Studie erheblich variieren: Während das Verhältnis in der ersten Studie fast 2:1 zugunsten derjenigen ist, die Westeuropa für verwundbar halten, ist dies Verhältnis in der letzten Studie ausgeglichen. Einig sind sich diese Studien lediglich im Befund, daß eine absolute Mehrheit der Meinung ist, der Vertrag habe keine Auswirkungen.

Damit stellt sich die Frage, was die Gründe für die Skepsis gegenüber diesem ersten tatsächlichen Abrüstungsabkommen in der Geschichte der Rüstungskontrollverhandlungen sein mögen. Eine Möglichkeit könnte sein, daß aus Erfahrungen der Vergangenheit dem Abrüstungsteil mißtraut wurde. So stellten die SALT-Abkommen 1972 und 1979 letztlich nur Obergrenzen für die Zahl zukünftiger Waffensysteme auf, die teilweise noch über dem tatsächlichen Stand lagen, und ließen eine Kompensation dieser quantitativen Begrenzungen durch eine qualitative Modernisierung (z.B. in Treffergenauigkeit, Zahl der Sprengköpfe, Stationierungsvorrichtungen etc.) zu. Auf diese Weise wurde der Rüstungswettlauf zwar kanalisiert, aber nicht beendet. Die Öffentlichkeit hatte also durchaus Grund, einem Abrüstungsabkommen gegenüber skeptisch zu sein, wenn sie gleichzeitig vermutete, daß die dort getroffenen Abmachungen anderweitig umgangen werden würden. Zwischen 1988 und 1991 wurde sie gefragt, ob die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR bei atomaren Mittelstreckenraketen zu einer dauerhaften Verringerung atomarer Waffen führen werden oder ob die Supermächte früher oder später bei anderen Waffen aufrüsten würden (Tabelle 4036). Tatsächlich antworteten aber zwischen 72 und 84 Prozent der Befragten, daß sie eine wirkliche Verringerung der atomaren Waffen erwarten würden, diese Erwartungen hegten im Prinzip alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen, und selbst die normalerweise anzutreffenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften treten kaum zutage.

Da dem INF-Vertrag weder substantielle Auswirkungen bezüglich der Sicherheit der Bundesrepublik zugestanden wurde, noch den Vertragsparteien unterstellt wurde, daß sie ihn letztlich umgehen wollten, muß der Enthusiasmus, mit dem er begrüßt wurde, auf anderen Feldern gewachsen ein. Tatsächlich scheint die Bedeutung des Vertrages in den Augen der Bevölkerung vor allem in der Tatsache, daß die Supermächte miteinander verhandelten und in der Lage waren, sich auf einen Kompromiß zu einigen, zu liegen. Ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages antworteten mehr als zwei Drittel der Befragten, daß durch die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR die militärische Bedrohung aus dem Osten geringer oder viel geringer geworden sei, der entsprechende Mittelwert liegt bei 0,37 auf der von Null („Bedrohung viel geringer“) bis Eins („Bedrohung angestiegen“) kodierten Skala (Tabelle 4033). Eine solche Interpretation entspricht auch dem oben gezeichneten Bild, daß Abrüstungsverhandlungen vor allem gefordert werden, um die Politi-

ker an den Verhandlungstisch zu drängen, und weniger, daß dies auf eine grundlegende pazifistische Haltung schließen ließe. Die militärische Bedrohung wird damit auch vor allem als durch die „Intentionen“ des anderen gegeben gesehen, und weniger durch seine „Fähigkeiten“. Die folgenden Punkte dieser Zeitreihe lassen allerdings einen solch unikausalen Schluß auf die Bewertung von Abrüstungsverhandlungen kaum zu. Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Fall der Mauer und der Auflösung von WVO und UdSSR ging entsprechend auch die militärische Bedrohung zurück, vor allem dadurch, daß sich der Gegner selbst auflöste. Die Abrüstungsverhandlungen zwischen beiden Supermächten spielten wohl im perzipierten Absinken der Bedrohung eine Rolle, alleine können sie sicherlich nicht erklären, daß der Mittelwert bis zum Ende der Datenreihe um über einen Skalenpunkt von 0,38 auf 0,27 rutschte. So gaben 1991 rund vier von fünf Befragten an, daß die militärische Bedrohung aus dem Osten durch die Abrüstungsverhandlungen etwas, bzw. viel geringer geworden sei. Diese Haltung teilte im wesentlichen die gesamte Bevölkerung, wenn sich auch Höhergebildete sowie Anhänger der Grünen etwas sorgloser in Hinsicht auf die Bedrohung äußerten.

Eine andere Möglichkeit, warum diesen Vereinbarungen keine große Wirksamkeit unterstellt wird, liegt möglicherweise darin, daß ihre Einhaltung durch die Vertragsparteien in Zweifel gezogen wird. Mitte der achtziger Jahre wurde danach gefragt, wie hoch das Vertrauen sei, daß die USA in einem Rüstungskontrollabkommen gemachte Vereinbarungen auch einhalten würde (Tabelle 2340). Die Öffentlichkeit zeigte sich hier durchaus mißtrauisch - die Mittelwerte der zwischen Null („Sehr großes Vertrauen“) und Eins („Überhaupt kein Vertrauen“) kodierten Skala lagen entweder am oder jenseits des Mittelpunktes, d.h. zwischen 50 und 64 Prozent der Befragten hatten 1984/85 kein sehr großes oder überhaupt kein Vertrauen in die USA. Ganz anders verhielt es sich knapp drei Jahre später in bezug auf die UdSSR (Tabelle 3754). Hier wurde gefragt, ob sie die Abzugsvereinbarungen über die atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa einhalten würde. Eine deutliche Mehrheit der Befragten bezeichnet hier die UdSSR als vertrauenswürdig, die entsprechenden Mittelwerte lagen im Dezember 1985 zwischen 0,38 und 0,41, dies entspricht einem Anteil von 64 bis 72 Prozent der Befragten, die der UdSSR in dieser Hinsicht „sehr viel“ oder zumindest „ziemlich viel“ Vertrauen entgegenbrachten. Dieser Stimmungswandel der zuvor mißtrauischen Einstellungen korrespondiert wieder mit den

veränderten Erwartungen nach dem Abschluß dieses Abkommens - wessen Image sich zum Positiven wandelt und wem nunmehr ein Interesse an Rüstungskontrolle unterstellt wird, von dem wird auch erwartet, daß er sich an die getroffenen Vereinbarungen hält. Auffällig ist im Vergleich der beiden letzten Tabellen der unterschiedliche Grad der Differenzierung der Einstellungen: Während sich im Vertrauen gegenüber den USA die Befragten über die Bevölkerungsgruppen hinweg weitgehend einig in ihren Ansichten sind, unterscheiden sich die Haltungen gegenüber der UdSSR zwischen den Gruppen: Vor allem Höhergebildete waren eher bereit, der UdSSR einen Vertrauensbonus einzuräumen, als niedriger Gebildete; gleiches gilt für Männer und Anhänger der Grünen.

3.4.2.5 SDI

Am 23. März 1983 verkündete der amerikanische Präsident Reagan in einer Fernsehansprache seiner Nation und den NATO-Verbündeten, daß er beabsichtige, Forschungsarbeiten beginnen zu lassen, die zum Ziel hätten, den USA eine wirksame Verteidigung gegen Nuklearwaffen an die Hand zu geben - die Idee der „Strategic Defense Initiative“ oder kürzer: „Star Wars“. Innerhalb der nächsten zehn Jahre wären 70 Milliarden Dollar nötig, eine weltraumgestützte Verteidigungslinie aufzubauen, die es ermöglichen sollte, ankommende Nuklearraketen noch während des Fluges unschädlich zu machen. Das Territorium der USA wäre damit wieder in den Zustand eines unverwundbaren „Sanktuariums“ zurückversetzt worden, wie er in den Jahren zwischen 1945 und 1957 herrschte. Auch wenn in der öffentlichen Diskussion relativ schnell die technischen Probleme eines solchen Schutzschildes offenbar wurden, die einen wirksamen Schutz immer zweifelhafter erscheinen ließen, so kam diese Idee den Sicherheitsinteressen der USA, zumindest der Reagan-Administration, entgegen: Die USA könnten unabhängig von jeder Zustimmung und Beteiligung anderer geschützt werden, sie könnten die Verkoppelung der amerikanischen mit der europäischen Sicherheit auflösen, und sie könnten gegenüber der UdSSR ihre strategische Superiorität ausbauen (vgl. Hanrieder 1991: 144ff.). Das Prinzip der aktiven Abschreckung würde zugunsten der Verteidigung aufgegeben werden, wobei die Fähigkeit zu einer solchen Verteidigung zunächst den USA vorbehalten bliebe. Die USA wären - zumindest eine Zeitlang - in die Rolle eines Hegemons versetzt worden, der nach wie vor über starke Offensivfähigkeiten verfügt, selber aber unverwundbar wäre. Daß diese Kombination zu einer erheblichen Störung des fragilen Abschrec-

kungsgleichgewichts zwischen Ost und West führen würde, war auch der amerikanischen Administration klar. Aus diesem Grund versuchte sie, Befürchtungen sowohl ihrer Verbündeten wie der UdSSR dadurch zu zerstreuen, daß sie vage anbot, Erkenntnisse aus einem solchem Forschungsvorhaben zu teilen, die westeuropäischen Verbündeten einlud, sich an den Forschungen zu diesem Projekt zu beteiligen und die Idee einer „European Defense Initiative“ lancierte. Nach einer zunächst heftigen Ablehnung der Pläne schwenkte dann auch die Bundesregierung um und beteiligte sich, wenn auch in geringem Umfang, an den Forschungen, nicht zuletzt auch aus dem Grund, die Beziehungen zu den USA nicht zu belasten.

Diese Idee, das Prinzip der Abschreckung durch das der Verteidigung zu ersetzen, wurde in der deutschen Bevölkerung zunächst positiv aufgenommen. Rund zwei Jahre nach Reagans Ankündigung hielten knapp zwei Drittel der Befragten die Entwicklung eines solchen Verteidigungssystems für eine gute Idee (Tabelle 2495). Die Zustimmung begann jedoch in dem Maße, wie das Projekt in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, abzuebben, so daß im Dezember 1985 nur noch zwischen 43 und 49 Prozent der Befragten ein solches Vorhaben unterstützen mochten. Dieses Absinken der Zustimmung erfolgte allerdings nur in bestimmten Bevölkerungsgruppen, vor allem Ältere und schlechter Gebildete revidierten ihre ursprünglich große Unterstützung. So sank der Anteil derjenigen, die dieses Projekt für eine gute Idee hielten, unter den über 45jährigen von über 70 Prozent im Februar 1985 auf Werte bei 50 Prozent im Dezember 1985, im gleichen Maße veränderten sich die Einstellungen derjenigen mit Hauptschulabschluß. Demgegenüber blieben die Haltungen vor allem der Jüngeren und Höhergebildeten überwiegend mehrheitlich ablehnend.

Der Zerfall der Zustimmung zu den SDI-Plänen läßt sich mit einer etwas anders formulierten Frage noch weiter bis in den Januar 1987 verfolgen (Tabelle 2701). Auf der von Null („Befürworte sehr“) bis Eins („Lehne stark ab“) kodierten Skala wanderte der Mittelwert von Dezember 1985 von 0,59 bis zum Januar 1987 auf 0,73. Zuletzt mochten also nur noch knapp 27 Prozent der Befragten die Fortführung dieser Forschung unterstützen. Die Idee einer Verteidigung gegenüber Nuklearwaffen hatte deutlich an Nimbus verloren; im Oktober 1986 verhinderte das Festhalten an ihr einen Durchbruch beim Gipfel in Reykjavik. SDI war damit zum Bremsschuh für die von der Öffentlichkeit geforderte Rüstungskontrolle geworden. Im selben Maße wurde SDI zum Politikum und immer stärker differenzierte sich die entsprechende

Haltung der Bevölkerung nach den Parteilinien. Waren im Dezember 1985 die Unterschiede nur gering ausgeprägt, so klafften zum Ende der Datenreihe deutliche Lücken zwischen den Einschätzungen der jeweiligen Anhängerschaften: Während sich der Mittelwert für die Parteianhänger der CDU/CSU zwischen 0,45 und 0,50 bewegte, wuchs die Ablehnung nicht nur unter den Anhängern der Oppositionsparteien SPD und Grüne, sondern auch innerhalb der Anhängerschaft des Koalitionspartners FDP. Im Januar standen einem Mittelwert von 0,50 für CDU/CSU-Anhänger Mittelwerte von 0,94 für Anhänger der Grünen, 0,71 für FDP- und 0,82 für SPD-Anhänger gegenüber. In Anteilen ausgedrückt bedeutet dies, daß 98 Prozent der Grünen-, 84 Prozent der SPD- und 74 Prozent der FDP-Anhänger eine weitere Forschung an diesem Projekt ablehnten, 53 Prozent der CDU/CSU-Anhänger eine Fortsetzung aber befürworteten.

Der Grund für die zunächst hohe Zustimmung zu diesem Projekt findet sich in der Einschätzung des Nutzens, den nach Meinung der Befragten auch Westeuropa von einem solchem Forschungsprojekt haben würde (Tabelle 2517): Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten (zwischen 34 und 38 Prozent) war der Meinung, daß diese Forschungen lediglich der Verteidigung der USA dienten, die anderen waren der Meinung, daß sie auch der Verteidigung Westeuropas zugute kämen, wobei Höhergebildete gegenüber den Intentionen der USA eher skeptisch und niedriger Gebildete eher optimistisch eingestellt waren. Daß sich jedoch die Bundesrepublik daran beteiligen sollte, wurde in der Öffentlichkeit nur von einer Minderheit befürwortet (Tabelle 2713). Im Dezember 1985 waren dies rund vier von zehn, im Juli 1986 jeder Dritte und im Februar 1987 wieder vier von zehn Befragten.

Kritiker dieses Projekts argumentierten, daß der Aufbau eines solchen Schutzschirms zu einer erheblichen Destabilisierung des nuklearen Gleichgewichts führen würde. Der Gegner könnte, um sich Erpressungsversuchen zu entziehen, dazu verleitet werden, mit einem Präemptionsschlag eine neue Situation herzustellen, die einen Aufbau eines solchen Verteidigungssystems unmöglich machte (vgl. Dürr 1986). Die paradoxe Konsequenz wäre, daß durch die Errichtung eines Verteidigungsschirms die Gefahr eines Atomkriegs zumindest zeitweilig ansteigen würde. Zwischen 1985 und 1986 wurde gefragt, ob ein solches Projekt die Gefahr eines Atomkrieges erhöhe, vermindere oder keinen Unterschied mache (Tabelle 2497). Die Beantwortung einer solchen Frage setzt natürlich voraus, daß man sich der

Destabilisierung der Abschreckungsstrategie in der Zeit, in der eine solches Projekt entwickelt wird, bewußt ist. Daß dies einen Teil der Befragten überfordern kann, wird an dem hohen Anteil der ungültigen Angaben deutlich: Zwischen Februar 1985 und Juli 1986 mochte rund jeder Fünfte auf diese Frage nicht antworten. Bei denjenigen, die sich trotzdem eine Meinung zu dieser Frage zutrauten, gewann die Haltung, daß ein solches Projekt eher die Kriegsgefahr erhöhe, immer mehr an Bedeutung. Auf der von Null („Erhöht die Gefahr“) bis Eins („Verringert die Gefahr“) kodierten Skala lag der Mittelwert im Winter 1985 noch bei 0,49, bis zum Sommer 1986 war er auf 0,27 abgesunken. So gaben im Februar 1985 die meisten Befragten an, daß dieses Vorhaben für die Gefahr eines Atomkrieges keinen Unterschied mache (40 Prozent), die zweitgrößte Gruppe stellten diejenigen dar, die meinten, daß damit die Gefahr eines Atomkrieges vermindert würde (34 Prozent), und rund 27 Prozent der Befragten waren der Ansicht, daß sich damit die Gefahr eher erhöhen würde. Bis zum Sommer 1986 wurde dies zur Mehrheitsmeinung mit 42 Prozent der Befragten. Demgegenüber sahen nun nur noch 24 Prozent der Befragten, daß dies die Gefahr vermindere, und 34 Prozent, daß dies keinen Unterschied mache. Deutlich zeigen sich in dieser Frage die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Am stärksten läßt sich hier nach Bildungsgruppen differenzieren, wobei die besser Gebildeten viel eher eine Erhöhung der Kriegsgefahr sehen als die schlechter Gebildeten. Den zweitgrößten Einfluß hat das Alter, hier sind es vor allem die jüngeren, die SDI skeptisch entgegensehen. Dazu tritt der eher selten zu beobachtende Einfluß der Geschlechtszugehörigkeit, wobei Männer eher als Frauen vermuten, daß SDI die Kriegsgefahr erhöhen würde.

Diese Vorbehalte gegenüber SDI schlagen sich auch in den Antworten auf die Frage nieder, ob SDI auf jeden Fall - auch auf die Gefahr hin, daß daran ein Rüstungskontrollabkommen scheitert - weiterverfolgt werden solle, oder ob SDI nur als „Verhandlungschip“ eingesetzt werden solle und bei Bedarf aufgegeben werden könne (Tabelle 2498). Rund sechs von zehn Befragten bewerteten dabei zwischen Februar und September 1985 ein Rüstungskontrollabkommen höher als ein Festhalten an SDI, wobei wieder vor allem Höhergebildete, die diesem Projekt gegenüber sowieso eher skeptisch eingestellt waren, diese Meinung vertraten.

Einer der - aus europäischer Sicht - möglichen Gründe, der Strategischen Verteidigungsinitiative Reagans gegenüber kritisch eingestellt zu sein, war die Befürchtung,

durch die Abkoppelung der amerikanischen von der europäischen Sicherheit würde auch die Bereitschaft der USA, Europa und speziell Deutschland vor einem sowjetischen Angriff zu schützen, sinken. Diese Befürchtung ging jedesmal in Europa um, wenn die USA im Begriff waren, ihre Strategie oder ihr Streitkräftedispositiv zu ändern. Umgekehrt ließ sich jedoch auch argumentieren, daß gerade durch die Unverwundbarkeit der USA ihre Bereitschaft, Europa zu verteidigen, größer geworden sei, da sie ja nun im Falle eines Eingreifens weniger Kosten zu gewärtigen hätte. Offensichtlich war es im Laufe der Diskussion gerade diese Argumentation, die ein etwas größerer Teil der Bevölkerung bereit war, zu glauben. Im Mai und September 1985 gaben dies jeweils rund 55 Prozent der Befragten an, im Dezember 1985 waren es bereits 61 Prozent (Tabelle 2535). Dies entsprach auch ungefähr den Werten, wie sie für die allgemeine Frage nach dem Vertrauen in die amerikanische Verteidigungsgarantie erhoben worden waren (vgl. Tabelle 2220). Eine deutliche Unterscheidung nach Bevölkerungsgruppen läßt sich hier kaum konstatieren, das Lebensalter wie der Bildungsabschluß stellen eher schwach strukturierende Einflüsse dar. Dabei neigen gerade die Träger höherer Bildungstitel mehrheitlich der Auffassung zu, daß die USA mit einem solchen Verteidigungssystem weniger bereit seien, die Bundesrepublik zu verteidigen, wohingegen diejenigen mit niedrigeren Bildungstiteln in zunehmenden Maße die gegenteilige Ansicht vertraten. Unterscheidet man nach Altersgruppen, so zeigt sich das größte Vertrauen bei denjenigen, die zwischen 45 und 64 Jahren alt sind, die jüngste und die älteste Befragtengruppe hingegen weisen zunächst jedoch ein ähnlich niedriges Vertrauen in die Verteidigungsbereitschaft der USA auf. Diese Differenzen beginnen aber bis zum Dezember des Jahres zu verschwimmen, so daß sich ein eindeutiger, statistisch signifikanter Effekt des Alters nicht mehr nachweisen läßt.

Insgesamt zeigen sich für den hier beobachteten Zeitraum nur schwache soziodemographische Einflüsse auf die Einstellungen zu SDI. Eine Erklärung dürfte in der Komplexität dieses Themas liegen, welches nur auf den ersten Blick einsichtig und verständlich ist. Die Einfachheit der Idee war sicherlich auch der Grund für die zunächst hohe Zustimmung. Je weiter dies Thema diskutiert wurde, desto mehr Probleme kamen zum Vorschein, die eine einfache Lösung immer mehr in den Hintergrund treten ließen. Mit der Komplexität dieses Themas war schließlich ein Teil der Befragten überfordert. Gleichzeitig stellte sich dieses Projekt als Stolperstein für Rü-

stungskontrollverhandlungen heraus. Damit konnte SDI als Thema wieder in einen kognitiven Kontext eingebunden werden, der es erlaubte, von der zunächst affektiven Zustimmung zu einer ablehnenderen Haltung überzugehen, die in der hohen Präferenz für Rüstungskontrolle ihren Ursprung hat. In dem Maße, wie SDI damit in einen Bewertungsrahmen gesetzt wurde, begannen sich auch die Einstellungen der Bevölkerungsgruppen entlang der Parteilinien zu gruppieren; das Thema wurde damit „politisiert". In dem Moment, wo durch die Haltung der Reagan-Administration Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle verhindert wurden, brauchten die Parteiführungen dieses Thema nur noch „von der Straße auflesen". Insofern läßt sich hier vermuten, daß neben den im Einführungsteil angesprochenen Beziehungen - eine elitengeleitete, eine öffentlichkeitsgeleitete und eine Mischform von beiden - noch eine vierte Beziehung existiert, nach der beide, Eliten und Öffentlichkeit, in gleicher Weise auf externe Ereignisse reagieren und sich auf der Grundlage von inhaltlichen Präferenzen „Strukturierungen" in Öffentlichkeit und Eliten ergeben.

3.4.3 Einstellungen zur Bundeswehr

Wie in jeder anderen Institution spiegeln sich auch in der Bundeswehr die gesellschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen wider. Im August 1950 stellte Adenauer den Westmächten das Junktim, mit dem im Gegenzug für die Übernahme eines Beitrages zur westlichen Verteidigung die politische Souveränität der Bundesrepublik gewährt werden sollte. Bereits im Oktober 1950 wurden militärstrategische und organisatorische Überlegungen zu einem deutschen Militärbeitrag verfaßt (die „Himmeroder Denkschrift") sowie Theodor Blank zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" ernannt, dem Vorläufer des Verteidigungsministeriums. Die Aufstellung einer Armee wurde dabei an für sie konstituierende Bedingungen geknüpft (vgl. de Maizière 1982): sie ist ausdrücklich auf den Verteidigungsauftrag verpflichtet; sie ist in einem Bündnis integriert und hat auf eine eigene, nationale Militärpolitik verzichtet; sie ist die Streitkraft einer parlamentarischen Demokratie und unterliegt wie jedes andere Exekutivorgan dem Primat der Politik; sie ist auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht gegründet; und sie ist als Gesamtstreitkraft organisiert, d.h. nicht als drei nebeneinanderstehende Teilstreitkräfte, sondern integriert durch eine zentrale Steuerung mit weitgehend gemeinsamen Regelungen ihrer Teile. Darüber hinaus unterlag die Bundesrepublik durch den WEU-Vertrag seit 1955 Rüstungsbeschrän-

kungen wie dem Verzicht auf A-, B- und C-Waffen sowie Beschränkungen über Truppenhöchstgrenzen, Bewaffnung und Struktur.

Bei der Gründung der Bundeswehr stand die Bundesregierung jedoch nicht nur vor einem materiellen Problem, wie und unter welchen Bedingungen eine solche Armee aufzustellen sei. Ein ebenso gravierendes Problem ergab sich aus dem Verhältnis von Streitkräften und Staat, wie es sich seit der preußischen Armee entwickelt hatte: Weigerte sich in der Weimarer Republik das Militär, die Republik anzuerkennen und verselbständigte es sich weitgehend, so ließ es sich im Nationalsozialismus willfährig vereinnahmen und wurde zum Werkzeug eines fürchterlichen Weltanschauungs- und Vernichtungskrieges (vgl. Kaldrack 1982). Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mußten Demokratie und Armee in Deutschland als miteinander unvereinbar erscheinen, die Verurteilung der Reichswehr-Generäle als Kriegsverbrecher durch die „Nürnberger Prozesse“ waren der letzte Beweis dafür. Die Gründer der Bundeswehr versuchten, durch das Konzept der „Inneren Führung“ und dem Bild des „Soldaten als Bürger in Uniform“ diese Kluft zwischen Militär und Gesellschaft von Anfang an zu überbrücken. Trotzdem mußte die Aufstellung einer Armee - geboren aus einem hohen Bedrohungsgefühl durch den Beginn des Koreakrieges 1950 und als „Tauschpfand“ für die Ablösung des Besatzungstatuts - zwangsläufig Opposition auf den Plan rufen. Ihre Entstehung wurde zwar in enger Abstimmung mit den westlichen Verbündeten weitgehend im Verborgenen geplant, die nur zum Teil ausreichend informierte öffentliche Diskussion hinkte aber weit hinter den längst von den Handlungsträgern abgestimmten Entscheidungen her (Bald 1994: 17). Kriegs- und Nachkriegselend hatten in der Bevölkerung eine „Ohne-mich“-Haltung produziert, die allem Militärischen ablehnend gegenüberstand. Die Aufstellung der Bundeswehr fiel damit in die innenpolitische denkbar schlechteste Zeit, SPD und KPD versuchten, diese Stimmung auszunutzen und eine Kampagne gegen die „Wiederbewaffnung“ zu initiieren (vgl. dazu Jacobsen 1975; Brand/Büsser/Rucht 1986). Nur langsam vollzog sich zwischen 1950 und 1955 ein langsamer, aber stetiger Prozeß der Einstellungsänderung von einer überwiegenden Ablehnung einer Wiederbewaffnung zur Tolerierung und schließlich bis zur wachsenden Zustimmung zum Regierungskurs und damit zum Aufbau von Streitkräften (Jacobsen 1975: 67).

Ab diesem Zeitpunkt setzt die vorliegende Untersuchung ein. Sie wird den Zeitraum von 1955 bis 1993 überspannen und zunächst nach den Legitimationsgrundlagen

von Streitkräften allgemein und der Bundeswehr speziell fragen. Ein zweiter Abschnitt wird der Frage der Verteidigungsausgaben gewidmet sein, die in der Regel von der Öffentlichkeit besonders argwöhnisch betrachtet werden. Ein dritter Abschnitt setzt sich mit den seit dem Ende der sechziger Jahre deutlich wachsenden Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung und dem Image von Wehrpflichtigen auseinander. Im vierten Abschnitt werden Einstellungen zur Struktur der Bundeswehr untersucht. Die beiden letzten Abschnitte befassen sich schließlich mit den Aufgaben der Bundeswehr und ihrer perzipierten Einsatzbereitschaft.

3.4.3.1 Allgemeine Einstellungen

1955 erhielt die Bundesrepublik die „volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ (Deutschlandvertrag, Art. 1) zurück. Im Austausch dafür erklärte sie sich bereit, einen eigenen Beitrag zur westlichen Verteidigung zu leisten. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte bereits eine knappe Mehrheit der Befragten die Aufstellung von Militär in Westdeutschland (Tabelle 149). Der Mittelwert sank auf der von Null („Sehr dagegen“) bis Eins („Sehr dafür“) kodierten Skala von 0,50 (dies entspricht 56 Prozent der Befragten, die „sehr“ oder „etwas dafür“ waren) im Januar 1955, auf 0,41 im Mai 1955. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Pariser Verträge, die die Aufhebung des Besatzungsstatuts und den Eintritt in die NATO und WEU regelten, stieg der Anteil der Befürworter auf rund zwei Drittel der Bevölkerung, um sich dann im Dezember 1955 wieder bei etwas mehr als der Hälfte (58 Prozent) einzupendeln. Nach der vorangegangenen „Kampagne gegen die Wiederbewaffnung“ ist es dabei wenig verwunderlich, wenn hier die Parteineigung die Einstellung zu diesem Thema am stärksten strukturiert: Anhänger der CDU/CSU sowie der FDP standen schon deutlich mehrheitlich hinter der Wiederbewaffnung, während die Anhänger der SPD deutlich dagegen eingestellt waren. Schwächer strukturieren hingegen Alter und Bildung diese Einstellungen. Gerade Jüngere waren gegen die Wiederbewaffnung, ebenso, wenn auch etwas schwächer, niedriger Gebildete. Umgekehrt stimmten Höhergebildete der Aufstellung von Militär eher zu - eine Umkehrung des bis hierhin beobachteten Sachverhalts, wonach gerade diese Gruppe vor allem gegenüber Militär und Rüstung skeptisch eingestellt ist. Gleiches läßt sich auch beobachten, wenn danach gefragt wird, ob sich Westdeutschland mit Militär an der Verteidigung Westeuropas beteiligen solle (Tabelle 13). Diese Formulierung weist stärker auf die Integration des aufzustellenden Militärs in einen

westeuropäischen Verbund hin; sie ist insofern „weicher“ als die vorige Frage, als sie die möglichen Ängste vor einer eigenständigen, nationalen Armee berücksichtigt und zudem noch auf den Aspekt der gemeinschaftlichen Verteidigung abhebt. Trotz dieser einladenderen Formulierung erweckt sie kaum eine höhere Beteiligung (die Mittelwerte liegen für den September 1954 bei 0,43 [63 Prozent „sehr“ oder „etwas dafür“], für Januar und Februar 1955 bei 0,51 [54, bzw. 56 Prozent dafür]). Dies läßt vermuten, daß im Bewußtsein der Bevölkerung die Aufstellung von Militär zu diesem Zeitpunkt bereits fest mit einer europäisch-atlantischen Integration verbunden war. Auch hier waren die Höhergebildeten am zustimmendsten. Eine noch deutlichere Differenzierung als oben ergibt sich aber nach der Parteineigung: Anhänger der SPD standen einer Beteiligung an einer europäischen Verteidigung noch etwas ablehnender gegenüber, Anhänger der CDU/CSU und FDP noch etwas zustimmender. Der Grund dafür liegt in der Erwähnung der westeuropäischen Verteidigung, denn damit standen implizit auch grundlegende außenpolitische Konzepte wie das von Adenauer vertretene der „Westbindung“ wie das von Schumacher vertretene des „Dritten Weges“ zur Disposition.

War es für die Bevölkerung wenige Jahre nach dem Kriegsende noch verständlicherweise schwierig, sich mit der Aufstellung einer neuen Armee anzufreunden - auch wenn sie mit neuem Namen und neuem Konzept daherkam -, so hat sie diese erstaunlicherweise recht schnell akzeptiert. Weniger die Einsicht in die Notwendigkeit einer Landesverteidigung als vielmehr die wachsende Prosperität, der erweiterte Handlungsspielraum und fehlende überzeugende Alternativen angesichts des Ost-West-Konflikts haben wohl den Ausschlag gegeben (Jacobsen 1975: 67). Seitdem ist die Bundeswehr immer stärker zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Bundesrepublik geworden, auch wenn sie immer wieder ins Gerede gekommen ist. Wie sehr Streitkräfte mittlerweile als Teil der Bundesrepublik akzeptiert worden sind, läßt sich an den folgenden Umfrageergebnissen erkennen. So stimmten mehr als zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, daß es zu einer unabhängigen und souveränen Nation gehöre, Streitkräfte zu haben (Tabelle 4381); die Mittelwerte auf der von „Stimme überhaupt nicht zu“ (Null) bis „Stimme voll zu“ (Eins) kodierten Skala liegen zwischen 1991 und 1993 zwischen 0,70 und 0,72. Diese Meinung wird fast einhellig von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen geteilt, selbst die Parteineigung, die in diesen Fragen am ehesten Unterschiede zum Vorschein bringt, weist

hier nur einen relativ geringen Einfluß auf. Eine Ausnahme stellt lediglich die Umfrage aus dem Jahr 1991 dar: Hier liegt der Einfluß der Parteineigung deutlich höher als bei den anderen Studien. Dies ist jedoch auf ein leicht verändertes Frageformat zurückzuführen: Waren hier lediglich vier Antwortkategorien angeboten worden, konnte in den anderen drei Studien auch eine Mittelposition angegeben werden. Dies hat zur Folge, daß in der ersten Studie eine Polarisierung geschaffen wurde, die so in den Einstellungen gar nicht bestehen muß.

Maß diese Frage eher eine allgemeine Haltung zur Notwendigkeit von Streitkräften, so läßt sie sich noch akzentuieren, wenn nach der Notwendigkeit einer starken Bundeswehr gefragt wird, obwohl kein anderes Land eine größere militärische Gefahr darstelle (Tabelle 4809). Die Mittelwerte liegen hier im zustimmenden Bereich, sie steigen sogar noch deutlich an. So stimmten im Sommer 1992 rund 45 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, bis zum Herbst 1993 waren dies 54 Prozent, wobei jeweils knapp ein Viertel der Befragten die eher unverbindliche Kategorie „Teils-teils“ angab. Im Gegensatz zu den Fragen aus den fünfziger Jahren zeigt sich hier wieder, daß mit höherer Bildung eine etwas distanziertere Haltung zur Notwendigkeit von Streitkräften einhergeht. Den deutlichsten Einfluß hat hier wieder die Parteineigung, wobei sich Anhänger von Bündnis90/Grüne skeptischer zeigen, während Anhänger der CDU/CSU eine überdurchschnittliche Zustimmung zu dieser Aussage aufweisen. Allerdings sind diese Unterschiede wiederum nicht so groß, daß von einer deutlichen Polarisierung in den Haltungen der Anhängerschaften gesprochen werden kann. Sie bewegen sich vielmehr im Rahmen dessen, was aufgrund der unterschiedlichen Klientel der Parteien erwartet werden kann.

Eine deutlich stärkere Polarisierung hingegen findet sich, wenn behauptet wird, die Bundesrepublik brauche schon aufgrund ihrer geographischen Lage eine gut funktionierende Armee (Tabelle 4172). Zwischen 75 und 82 Prozent konnten dieser Aussage „vollkommen“ oder „etwas“ zustimmen; auf der vierstufigen Skala entsprach dies Mittelwerten von 0,35 bis 0,28. Unterscheidet man allerdings nach Parteipräferenzen, so zeigt sich, daß Anhänger der Grünen mit Mittelwerten zwischen 0,68 und 0,50 mehrheitlich diese Aussage ablehnen, während Anhänger der CDU/CSU mit Werten zwischen 0,24 und 0,17 ihr deutlich zustimmen. Diese Polarisierung läßt hier offensichtlich keinen Rückschluß auf die Akzeptanz oder Legitimation der Bundeswehr zu, sondern kommt vielmehr durch die Begründung für eine gut funktionierende

Armee zustande: Anhänger der CDU/CSU waren wohl deutlich eher bereit, geostrategischen Argumenten zu folgen, als Anhänger der Grünen. Im Laufe der Zeit verliert die Parteipräferenz jedoch an Erklärungskraft, die Polarisierung läßt zwischen 1989 und 1993 deutlich nach. Den nach der Parteineigung stärksten Einfluß hat der formale Bildungsabschluß, gefolgt vom Alter: Jüngere ebenso wie Höhergebildete lehnen diese Aussage auch eher ab, wenn auch nicht in der Vehemenz, wie es die Parteineigung gegenüber den Grünen alleine erscheinen läßt.

Die gleichen Einstellungsmuster finden sich in der Begründung von Streitkräften durch das Argument der Erpreßbarkeit (Tabelle 4169). Der Aussage, jeder eigenständige Staat brauche Streitkräfte, um politisch nicht erpreßbar zu sein, stimmten zwischen 1989 und 1993 regelmäßig mehr als vier von fünf Befragten zu. Während sich jedoch Anhänger der CDU/CSU deutlich mehrheitlich zu dieser Begründung bekennen (die Mittelwerte liegen zwischen 0,16 und 0,21 auf der Skala von „Stimme vollkommen zu“ bis „Lehne vollständig ab“), sind die Grünen-Anhänger in ihrer Haltung dazu gespalten, der Mittelwert liegt zwischen 0,44 (1993) und 0,58 (1991). Die Haltung der CDU/CSU-Anhänger hat sich über diesen Zeitraum kaum verändert, wohingegen die der Anhänger der Grünen/Bündnis 90 bis zum Sommer 1991 noch weiter ablehnend war und sich dann - wahrscheinlich unter dem Eindruck des Krieges in Jugoslawien und der fruchtlosen diplomatischen Ultimaten - zu einer eher zustimmenden Haltung entwickelt hat. Auch hier fällt wieder auf, daß die Erklärungskraft von Parteineigung über den Zeitraum seit 1989 zurückgegangen ist - bis 1993 hat sich dieser Wert fast halbiert. Gleichwohl ist dies, wie schon oben gesehen, der nach wie vor stärkste Prädiktor für Einstellungen gegenüber der Bundeswehr.

Während der Auseinandersetzungen um den „NATO-Doppelbeschluß“ der achtziger Jahre lautete eine Parole der Nachrüstungsgegner „Lieber Rot als tot“. Sie wies auf das Dilemma hin, daß das, was geschützt werden sollte, im Falle einer militärischen Verteidigung zerstört werden würde, und zog polemisch die Konsequenz, daß im Falle eines Angriffs durch die UdSSR und ihre Verbündeten das Leben im „real existierenden Sozialismus“ dem Tod allemal vorzuziehen sei, eine Verteidigung der Bundesrepublik also abgelehnt wurde. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entbehrte diese Einstellung der Grundlage, da sich der jahrzehntelange Gegner selbst aufgelöst hatte. So stimmten zwischen 79 und 82 Prozent der Befragten der Aussage zu, daß im Falle eines militärischen Angriffs Deutschland durch die Bundeswehr

verteidigt werden müsse (Tabelle 4775). In dieser Frage herrscht über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg weitgehender Konsens, der Einfluß der Parteineigung ist zwar nachweisbar, dies aber nur schwach. Auch Anhänger der Grünen stimmen dieser Aussage mit deutlicher Mehrheit zu, tatsächlich ist das Ausmaß der Zustimmung im Herbst 1993 in dieser Gruppe noch etwas größer als unter der Anhängerschaft der Sozialdemokraten. Unter den anderen unabhängigen Variablen vermag allein das Lebensalter in geringem Maße zu unterscheiden. Eine radikalpazifistische Grundströmung läßt sich angesichts dieser Werte kaum ausmachen, wenn, dann stünde sie einem deutlichen Konsens in der Gesellschaft gegenüber, daß die Bundesrepublik verteidigt werden müsse.

In eine etwas andere Richtung geht jedoch die Aussage, die Bundesrepublik müsse eine starke nationale Abwehr haben, um ihr Gebiet zu verteidigen (Tabelle 3485). Wenn auch zeitlich etwas früher beginnend (1987), so weist sie trotzdem sowohl ein deutlich niedrigeres Maß an Zustimmung als auch eine deutliche höhere Differenzierung vor allem zwischen den Parteianhängerschaften auf als die oben gestellte Formulierung. Zum einen wird hier das Element der „Stärke“ der Verteidigung betont, wobei das, was als „stark“ betrachtet wird, sehr vom jeweiligen Standpunkt und Ermessensspielraum abhängt. Zum anderen rührt die Formulierung der „nationalen“ Abwehr an den Konsens, daß die Bundeswehr gerade kein nationales Instrument ist und keine eigene Führungsfähigkeit besitzt, sondern im Zusammenhang mit den Verbündeten als eine Armee im Bündnis gedacht wird. Insofern ist diese Formulierung in zweierlei Hinsicht etwas kontrovers, und sie läßt die Interpretation in zwei Richtungen zu: als Betonung der Stärke und als Betonung der nationalen Führungsfähigkeit. Trotz dieser Formulierungen konnten ihr 1987 noch knapp sieben von zehn Befragten zustimmen, 1991 waren dies nur noch sechs von zehn; die Mittelwerte, die in Richtung der ablehnenderen Haltung kodiert waren, stiegen von 0,37 auf 0,45. Am ablehnendsten reagierten die Anhänger der Grünen auf diese Formulierung, hier stiegen die Mittelwerte von 0,66 auf 0,74, während sich die Anhänger der CDU/CSU noch am zustimmendsten äußerten (0,26, bzw. 0,36).[9] Die Einstellungen der Parteianhängerschaften bewegten sich innerhalb dieses von Grünen und CDU/CSU be-

[9] 1987 wurde die Parteipräferenz nicht erhoben.

grenzten Spektrums mit Mittelwerten von 0,43, bzw. 0,46 für die SPD-Anhängerschaft und 0,34, bzw. 0,45 der FDP-Anhängerschaft. Alters- und Bildungsunterschiede traten zwar deutlich, aber nur unsystematisch auf. Insgesamt waren es aber die Jüngeren und Höhergebildeten, die diese Aussage eher ablehnten.

Eines der häufig vorgebrachten Argumente zur Legitimierung der Bundeswehr ist, daß durch sie der Frieden sicherer gemacht werde, andere argumentierten, daß durch die Existenz von Streitkräften der Friede gerade gefährdet werde. Zwischen 1981 und 1993 wurden diese beiden Alternativen zur Auswahl vorgegeben (Tabelle 1680). Die Einstellungen auf der Aggregatebene erweisen sich dabei als äußerst stabil: Der Anteil derjenigen, die der Meinung sind, daß die Bundeswehr eine wirkliche Verständigungspolitik mit dem Osten störe und damit eher eine Gefahr für den Frieden sei, schwankt zwischen 1981 und 1991 lediglich zwischen zehn und 14 Prozent der Befragten, umgekehrt waren 86 bis 90 Prozent der Befragten der Meinung, daß die Existenz der Bundeswehr den Frieden sicherer mache. Für die Jahre 1992 und 1993 wurde die zusätzliche Antwortkategorie „Bundeswehr hat keinen Einfluß darauf“ angeboten, so daß die Werte nicht mehr direkt vergleichbar sind. Dadurch gingen die Werte derjenigen, die in der Bundeswehr eine mögliche Gefahr sahen, bis auf einen Restbestand von zwei Prozent zurück, gleichzeitig sanken die Anteile derjenigen, die in ihr eine Friedenssicherung sahen, von 90 über 79 auf 68 Prozent. Weniger als ein Drittel der Befragten war der Ansicht, die Bundeswehr habe keinen Einfluß, mehr als zwei Drittel, daß sie den Frieden sicherer mache, und nur ein Bruchteil, daß sie eine Gefahr darstelle. Angesichts solcher Werte läßt sich einerseits kaum von einer „Legitimationskrise“ der Bundeswehr sprechen. Auf der anderen Seite zeigt sich aber auch, daß zu Zeiten große Teile der Bevölkerung kritischer eingestellt waren, als es diese Gesamtwerte vermuten lassen. So stieg bis 1983, dem Höhepunkt der Friedensbewegung und Auseinandersetzung um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa, der Anteil derjenigen, die in der Bundeswehr eine Gefahr für den Frieden sahen, unter den bis 29jährigen auf mehr als ein Viertel der Befragten (26 Prozent); unter den Höhergebildeten war dies sogar jeder Dritte. Mit geringen Schwankungen sanken diese Anteile aber seit 1983 jeweils stetig ab, 1991 waren in der jüngsten Altersgruppe nur noch 13 Prozent und in der höchsten Bildungsgruppe nur noch 16 Prozent dieser Ansicht. Unter der Anhängerschaft der Grünen verschoben sich diese Höhepunkte um zwei Jahre; zwar war bereits

1983 mehr als die Hälfte dieser Anhängerschaft der Meinung, die Bundeswehr stelle eine Gefahr für den Frieden dar, aber erst 1986 und 1988 erreichte sie mit 58 Prozent den Spitzenwert. Allerdings weist sich gerade dieser Bevölkerungsteil durch ein hohes Maß an Instabilität der Einstellungen auf der Aggregatebene aus, denn zwischen 1988 und 1989 sinkt dieser Wert von 58 auf 36 Prozent, um danach gleich wieder auf 51 Prozent (1990) zu steigen. Wie schon oben ist auch hier wieder zu beobachten, daß die Erklärungskraft der Parteipräferenz als Prädiktor zwar immer noch am höchsten ist, aber seit Mitte der achtziger Jahre etwas und seit dem Ende der achtziger Jahre deutlich schwächer wird. Die Parteineigung spielt ganz offensichtlich dann eine Rolle für die Einstellungen der Bevölkerung, wenn ein Thema zum Politikum wird, sobald dieses Thema an Relevanz verliert, läßt auch die Bedeutung der Parteipräferenz nach. Dies zeigt sich in ihrem Anstieg bis zur Mitte der achtziger Jahre, als sich die Grünen als Partei bundesweit etabliert hatten, mit ihnen als politischer Kraft gerechnet werden mußte und sie in der Lage waren, auf die politische Agenda Einfluß zu nehmen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verloren diese Themen an Relevanz, entsprechend sank die Bedeutung der Parteineigung auf Werte, die nur noch etwas über denen anderer Variablen liegen. Dieser Zyklus läßt sich anhand dieser Datenreihe, wenn auch in schwächerem Umfang, für die Bedeutung der anderen Variablen Altersgruppen (und damit zusammenhängend Kohortenzugehörigkeit), Bildung und Religion beschreiben.

Eine letzte Frage mißt wohl am direktesten Akzeptanz und Abneigung der Bundeswehr und beruht auf der Überlegung, daß Institutionen, die in den Augen der Bevölkerung ihre Funktion eingebüßt haben und sinnlos geworden sind, aufgelöst werden sollten. Der Aussage, die Bundeswehr solle abgeschafft werden (Tabelle 4482), mochten zwischen 1991 und 1993 nur zwischen 15 und 18 Prozent der Befragten „vollkommen“ oder „etwas“ zustimmen, umgekehrt lehnte eine deutliche Mehrheit (zwischen 56 und 64 Prozent) diese Aussage „vollkommen“ ab. Vor allem jüngere Befragte neigten dazu, dieser Aussage zuzustimmen. Die deutlichsten Unterschiede lassen sich wieder in Bezug auf die Parteipräferenz ausmachen; am stärksten wird diese Aussage von Anhängern der CDU/CSU und FDP sowie, etwas weniger stark, von Anhängern der SPD abgelehnt. Die Anhänger der Grünen waren zu dieser Aussage zunächst geteilter Meinung, bis 1993 lehnten sie aber auch sie diese Aussage in deutlicher Mehrheit ab. Durch diese Einstellungsänderung verlor auch die Erklä-

rungskraft der Parteineigung; 1993 war sie zwar immer noch die höchste der hier beschriebenen Variablen, sank aber zwischen 1991 und 1993 auf knapp ein Drittel der Stärke ihres Einflusses.

Faßt man die Ergebnisse bis hierhin zusammen, so läßt sich sagen, daß die Existenz der Bundeswehr in der Gesellschaft mittlerweile unbestritten und fest verankert ist. Die achtziger Jahre haben zwar zu einer Polarisierung über Alters- und Bildungsgruppen, stärker aber noch über die Parteianhängerschaften, geführt, diese Polarisierung hat aber andererseits im Laufe der Zeit an Einfluß verloren. Dies ist vor allem auf einen Meinungswandel innerhalb der besonders kritisch eingestellten Gruppen der Jüngeren und Höhergebildeten zurückzuführen. Diese Gruppen überlappen teilweise mit der Anhängerschaft von Bündnis90/Die Grünen, wobei hier noch zusätzlich ein ideologisches Element in der Einstellungsformierung hinzutritt. Dieser Meinungswandel hat sich gerade zu Beginn der neunziger Jahre vollzogen; zwar nehmen diese Gruppen im Vergleich immer noch die kritischste Haltung gegenüber der Bundeswehr ein, sie lehnen diese Institution jedoch nicht ab. Die Bundeswehr als Institution scheint damit auch innerhalb dieser Publika akzeptiert worden zu sein.

Mit der Legitimation der Bundeswehr dürfte auch die Bereitschaft zusammenhängen, im Ernstfall die Bundesrepublik zu verteidigen. Oben wurde schon nach der allgemeinen Verteidigungsbereitschaft gefragt, ob die Bundesrepublik verteidigt werden solle. Diese Frageformulierung ist so allgemein gestellt, daß sie für den Einzelnen zunächst keine Kosten und Belastungen nach sich zieht. Anders sieht es jedoch aus, wenn im folgenden danach gefragt wird, ob man bereit sei, eigene Belastungen auf sich zu nehmen. Zunächst wurde die Einstellung zur Aussage „Natürlich möchte niemand Krieg. Wenn es aber dennoch dazu kommen sollte, sollte jeder, der dazu fähig ist, bereit sein, für sein Land zu kämpfen“ (Tabelle 4382) erhoben. Eine deutliche Mehrheit der Befragten stimmte zwischen 1991 und 1993 dieser Aussage zu, die Mittelwerte lagen zwischen 0,64 (1992) und stiegen bis 1993 auf 0,71. Einen deutlichen Einfluß hat hier wieder die Parteipräferenz, gerade Anhänger der Grünen äußerten sich hier zunächst überwiegend ablehnend, während die Anhänger der CDU/CSU die jeweils größte Zustimmung aufwiesen. Im Laufe der Zeit vollzog sich jedoch bei den Grünen-Anhängern ein Meinungswandel, so daß im Herbst 1993 auch hier eine deutliche Mehrheit dieser Aussage zustimmte. Die Gründe für diesen Meinungswandel können einerseits darin liegen, daß mit dem Ende des Ost-West-

Konflikts die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts gesunken ist und somit durch diese gesunkenen „Kosten“ die Bereitschaft, zustimmend zu antworten, gestiegen ist. Andererseits kann auch der Krieg in Jugoslawien dazu beigetragen haben, zu einer Neueinschätzung zumindest einer konventionell bewaffneten Armee geführt zu haben. Dies impliziert, daß der Bundeswehr neue Aufgaben, und hier vor allem Aufgaben im Rahmen der Friedenssicherung, zugeschrieben wurden. Darauf wird unten noch einzugehen sein.

Eine Zeitreihe, die die Einstellung zum Verhalten während eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik erheben soll, liegt seit 1981 mit den vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebenen Studien zur „Wehrpolitischen Lage“ vor (Tabelle 1673). Den Befragten wurden dabei zunächst drei, in späteren Studien bis zu fünf Alternativen angeboten: Bis 1987 „mit der Waffe kämpfen“, „wenn nicht ausgebildet, irgendwie kämpfen und sich wehren“, „beides ablehnen“; 1989 und 1990 wurde die letzte Alternative durch „Verwundete versorgen“ ersetzt; ab 1991 wurden noch die beiden zusätzlichen Alternativen „Fliehen“ und „Beten“ angegeben. Die Intention dieser Frage war es, die hypothetische Verteidigungsbereitschaft in der Bevölkerung zu eruieren. Problematisch dabei ist jedoch, daß diese Antworten in der Summe kaum aufschlußreich sind, da beispielsweise Frauen nicht zum Wehrdienst herangezogen und damit auch gar nicht an der Waffe ausgebildet werden können. Dies bedeutet, daß für sie eine der Antwortkategorien kaum in Betracht kommt und so das Ergebnis systematisch verzerrt wird. Vergleicht man zunächst nur die Reihen für die männlichen Befragten, so standen 1981 bis 1987 einem Anteil von deutlich über zwei Dritteln, die angaben, sich mit der Waffe oder „irgendwie“ verteidigen zu wollen, zwischen 25 und 31 Prozent Befragte gegenüber, die beides ablehnten. Die Alternative, Verwundete zu versorgen, gaben 1988 und 1989 rund ein Drittel der Befragten an, in der Form ab 1990 waren dies unter den fünf Alternativen rund 28 Prozent. Von denjenigen, die sich verteidigen wollten, verteilten sich die Antworten jeweils zum etwas größeren Teil auf diejenigen, die „irgendwie kämpfen“ wollten, den etwas kleineren Teil machten diejenigen aus, die sich mit der Waffe verteidigen wollten. Insgesamt lag der Anteil letzterer über die achtziger Jahre hinweg zwischen 36 Prozent (1981) und 32 Prozent (1984). Ab 1988 ging dieser Anteil jedoch sukzessive von 30 Prozent auf 24 Prozent (1991) zurück, während der Anteil derjenigen, die sich irgendwie verteidigen wollten, weitgehend konstant blieb. Da von denjenigen,

die angaben, sich mit der Waffe verteidigen zu wollen, kaum anzunehmen ist, daß sie nunmehr eine der Alternativen „Verwundete pflegen“, „Fliehen“ oder „Beten“ angaben, kann dies unabhängig von den veränderten Antwortalternativen als ein tatsächlicher Rückgang in der Verteidigungsbereitschaft unter Männern bewertet werden. Betrachtet man die Verteilungen unter den Frauen, so gaben zwischen 44 Prozent (1982) und 52 Prozent an, daß sie eine aktive Verteidigung ablehnten; ab 1988 war es ein Prozentsatz zwischen 54 und 58 Prozent, die angaben, Verwundete pflegen zu wollen. Eine Verteidigung mit Waffe kam nur für Anteile von elf (1981) bis zwei Prozent (1991) in Betracht, die anderen gaben an, sich irgendwie verteidigen zu wollen. Diese systematischen Verzerrungen zwischen Männern und Frauen spiegeln sich natürlich auch deutlich in der entsprechenden Kontingenztabelle wider, nach der das Geschlecht hier den deutlichsten Einfluß auf diese Einstellung habe. Vor allem die Parteipräferenz weist wieder deutliche eigene Einflüsse auf, ebenso das Alter, etwas geringer hingegen der Bildungstitel. Anhänger der Grünen finden sich unterdurchschnittlich häufig bei denjenigen, die sich aktiv verteidigen wollen, entsprechend finden sie sich deutlich häufiger bei denjenigen, die eine aktive Verteidigung für sich selber ablehnen, bzw. angeben, sie würden Verwundete pflegen. Umgekehrt weisen von den etablierten Parteien die Anhänger der CDU/CSU die jeweils höchsten Anteile auf, die angeben, sich mit der Waffe verteidigen zu wollen. Auch hier zeigt sich im Zeitverlauf, daß die Bedeutung der Parteipräferenz für diese Einstellung langsam zurückgeht und sich der Stärke der soziodemographischen Variablen anpaßt. Der konstante Einfluß des Alters wiederum ist ebenso wie der des Geschlechts auf eine systematische Verzerrung im Antwortverhalten zurückzuführen: So weisen, wenig überraschend, gerade die 65jährigen und älteren die jeweils geringsten Anteile derer auf, die sich aktiv verteidigen wollten.

Die Akzeptanz der Bundeswehr speist sich aber nicht nur aus grundsätzlichen Einstellungen über die Notwendigkeit von Streitkräften für Staaten, Einstellungen zur militärischen Gewalt oder zum Verhältnis von Demokratie und Militär. Sie bemißt sich auch an durchaus konkreteren Ereignissen, wie beispielsweise die Belastung durch Manöver oder Tiefflüge. Wie weit die Bevölkerung die sich aus der Existenz von Militär ergebenden Belastungen zu tragen bereit sei, wurde mit der Einstellung zur Aussage „Manöver und Tiefflüge sind Belastungen, die man der Bevölkerung zumuten kann“ erhoben (Tabelle 4774). Trotz der hohen Akzeptanz der Bundeswehr ist die

Bevölkerung kaum bereit, die damit verbundenen Belastungen zu akzeptieren: Auf der fünfstufigen, von Null („Stimme gar nicht zu“) bis Eins („Stimme voll zu“) kodierten Skala lagen zwischen 1992 und 1993 die Mittelwerte zwischen 0,32 und 0,40; d.h. lediglich zwischen 22 und 26 Prozent der Befragten stimmten zu, dem standen zwischen 52 und 63 Prozent der Befragten gegenüber, die diese Aussage ablehnten, die anderen optierten für die Mittelkategorie. In die gleiche Richtung geht die Aussage, der Lärm von Düsenjägern terrorisiere die Bevölkerung (Tabelle 4171). Zwischen drei Viertel und neun Zehntel der Bevölkerung stimmen dieser Aussage zu. Angesichts der konkreten und individuell spürbaren Belastungen verschwinden bei beiden Frageformulierung die Unterschiede nach Parteipräferenzen oder Bildungsgruppen weitgehend. Sie sind zwar noch nachweisbar, haben aber einen nur vergleichsweise geringen Einfluß auf diese Einstellung.

Versucht man, die bisherigen Ergebnisse zu ordnen, so weist sich die Bundeswehr in der Gesellschaft als fest etabliert und legitimiert aus. Zustimmungsraten von bis zu neunzig Prozent zu einzelnen Items und ein Konsens in den grundlegenden Einstellungen zur Bundeswehr, der mindestens zwei Drittel der Bevölkerung erfaßt, lassen dagegen einzelne Ergebnisse, wie die Ablehnung von Tiefflügen, verblassen. Gerade diese sind auch durchaus nachvollziehbar, da sie die generelle Unterstützung der Bundeswehr als Institution nicht betreffen, sondern lediglich einzelne Aspekte. Zu dem hohen Konsens gesellt sich ein Meinungswandel, der die Haltung von in der Vergangenheit eher ablehnenden Gruppen verändert. Bei Jüngeren, Höhergebildeten und Anhängern der Grünen läßt sich feststellen, daß sie in einzelnen Fragen ihre Opposition aufgegeben haben und sich langsam der „Mehrheitsmeinung“ anschließen. Dies hat zur Folge, daß die Mitte der achtziger Jahre deutlichen Polarisierungen entlang der Parteilinien in diesen Fragen zunehmend abgebaut werden, allerdings noch sichtbar bleiben. Der Einfluß der Parteipräferenz als Prädiktor für diese Art von Einstellungen nimmt damit ab und gleicht sich tendenziell den soziodemographischen Variablen Alter und Bildung an.

3.4.3.2 Verteidigungsausgaben

Verteidigungsausgaben gehören zu den unbeliebtesten Ausgaben in der Bevölkerung - wenn sie danach gefragt wird, wo ihrer Meinung nach zu allererst gespart werden müsse, so nennen rund 40 Prozent der Befragten die Verteidigungsausga-

ben, gefolgt von Minister- und Abgeordnetengehältern, Industriesubventionen, Beamtengehältern und der Finanzhilfe für Osteuropa (Tabellen 4745A-E, vgl. auch Tabellen 4746A-E und 4747A-E). Verteidigungsausgaben stehen mehr noch als andere Ausgaben unter einem permanenten Rechtfertigungsdruck, da sie in der Regel als „totes Kapital“ angesehen werden, welches anderen - bevorzugt sozialen - Zwecken nützlicher zugeführt werden könnte. Fragt man jedoch, ob die Bundesregierung gegenwärtig zu wenig, zu viel oder gerade genügend Geld für die Verteidigung der Bundesrepublik aufwende, so zeigte sich bis zu Beginn der achtziger Jahre mehr als die Hälfte der Befragten mit der Höhe der Aufwendung zufrieden; einem Drittel der Befragten, die sie als zu hoch empfanden, stand ein Anteil von rund 13 Prozent gegenüber, die sie als zu niedrig einstuften (Tabelle 1487, vgl. auch Tabelle 1552). Rechnet man diese Angaben zur besseren Vergleichbarkeit in Mittelwerte um, so zeigt sich, daß 1981 die Öffentlichkeit mit der Höhe der Verteidigungsausgaben am zufriedensten war. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dies gerade auf dem Höhepunkt der Konfrontation zwischen Ost und West erhoben wurde, anderthalb Jahre nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan und während der Krise in Polen, die dort ein halbes Jahr später zur Verhängung des Kriegsrechts führte. Diese Zufriedenheit ging aber im Laufe der Jahre bis zum Frühjahr 1993 kontinuierlich zurück, die Verteidigungsausgaben wurden von einem immer größer werdenden Teil der Befragten als zu hoch angesehen. Der Mittelwert der Skala sank zwischen 1981 von 0,43 auf 0,26 im Sommer 1992, zu diesem Zeitpunkt waren knapp drei Viertel der Befragten der Meinung, die Bundesregierung gebe zu viel aus. Der Krieg in Jugoslawien und die Beteiligung der Bundeswehr an der Überwachung des UN-Embargos scheinen hingegen einen leichten Meinungswandel bewirkt zu haben, da die Mittelwerte nun wieder bis auf 0,36 im Herbst 1993 stiegen. Bemerkenswert ist dabei, daß sich über das Ende des Ost-West-Konflikts kein starker Abfall in der Einschätzung der Verteidigungsausgaben der Bundesregierung feststellen läßt, vielmehr setzte sich der Rückgang kontinuierlich seit 1981 fort.

Den stärksten Einfluß auf die Einstellung zum Verteidigungsetat hat die Parteipräferenz. An dieser fast ununterbrochenen Zeitreihe von 1981 an läßt sich dabei gut die These von der Polarisierung und Depolarisierung der Einstellungen im Laufe der achtziger Jahre zeigen: 1981 hatte die Auseinandersetzung über verteidigungs- und sicherheitspolitische Themen ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, zu diesem Zeit-

punkt weist die Parteineigung zwar einen klaren Einfluß auf, der aber noch weit von späteren Werten entfernt ist. Zum Höhepunkt der Debatte um Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluß hat sich dieser Einfluß mehr als verdoppelt, seinen höchsten Wert hat er 1987 während der INF-Verhandlungen erreicht. Seitdem begann er, zurückzugehen, im Frühjahr 1993 war er schließlich so schwach wie der Einfluß der Altersgruppen; im Herbst 1993 konnte die Parteipräferenz noch einmal an Stärke gewinnen. Etwa parallel zur Entwicklung der Parteipräferenz verläuft die Entwicklung der Stärke des Alters- und des Bildungseinflusses, allerdings auf einem erheblich niedrigeren Niveau. Dies ist insoweit erklärbar, als die Neigung für eine bestimmte Partei nach wie vor mit soziodemographischen Variablen zusammenhängt. Allerdings ermöglicht erst das Element der Parteiideologie, zu bestimmten Themen Positionen zu beziehen und diese an die Parteianhängerschaft weiterzuvermitteln.

Die Frage, die sich letztlich stellt, ist jedoch, woran die jeweiligen Verteidigungsausgaben gemessen werden sollen. Kaum ein Befragter dürfte in der Lage sein, die Höhe des laufenden Verteidigungshaushaltes noch seinen Anteil am Gesamthaushalt anzugeben. Ein Kriterium könnte sein, den Verteidigungsetat an dem zu bemessen, was die anderen Etats gerade noch zulassen (Tabelle 4254). Dies würde bedeuten, daß dem Verteidigungshaushalt die niedrigste Priorität in den Etatverhandlungen zugewiesen wird - was implizit auch der Einstellung vom Verteidigungshaushalt als erstem Haushalt, der gekürzt werden kann, entspricht. Angesichts leerer Kassen steigt natürlich die Bereitschaft, den Verteidigungshaushalt immer weiter hintenan zu stellen: 1990 stimmten diesem Kalkül 45 Prozent, 1992 bereits 52 Prozent zu, die Mittelwerte der in Richtung „Ablehnung“ kodierten Skala sanken von 0,44 auf 0,35. Wie schon in der „Streichliste“ für Haushaltseinsparungen sind sich hier die Befragten über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Parteipräferenzen hinweg so einig, daß sich fast keine Unterschiede in den Einstellungen zumindest nach den hier verwendeten Kriterien finden lassen.

Ein weiteres Kriterium könnte sein, daß die Bundesrepublik soviel ausgeben solle wie ihre Nachbarstaaten (Tabelle 1674, vgl. auch Tabelle 4252). In dieser Frageformulierung wurden die Alternativen „Erhöhung“ und „Senkung der Verteidigungsausgaben“ mit dem Kriterium, die Höhe solle den Pro-Kopf-Ausgaben der Nachbarstaaten in Ost und West angepaßt sein, verknüpft. Während die Interpretation der ersten beiden Alternativen einsichtig ist, hängt die Interpretation der dritten Alternative aber

davon ab, wie hoch die Befragten die Verteidigungsausgaben der jeweils anderen einschätzen: Eine Ablehnung könnte sowohl bedeuten, daß sie die Verteidigungsausgaben als zu hoch einschätzen und einer Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben auf diesem Weg vorbauen möchten (was wohl die wahrscheinlichere Alternative ist), wie sie andererseits bedeuten kann, daß die Befragten die Ausgaben als zu niedrig einschätzen und auf diesem Weg eine Verringerung der eigenen Ausgaben verhindern möchten. Gleichzeitig haben die ersten beiden Antwortalternativen mit den eigenen Verteidigungsausgaben einen festen Bezugspunkt, während die dritte es offen läßt, ob man für oder gegen eine Erhöhung sei. Sie erscheint auf den ersten Blick wie eine Mittelkategorie, liegt aber eigentlich „quer“ zu den beiden anderen Antwortalternativen. Bis 1987 war tatsächlich die Mittelkategorie die präferierteste, zwischen 52 und 56 Prozent der Befragten wollten die eigenen Verteidigungsausgaben an die der anderen Staaten koppeln. Erst 1988 wurde sie abgelöst durch eine Mehrheit der Befragten, die der Meinung waren, man könne es sich erlauben, bei der Bundeswehr gewisse Einsparungen vorzunehmen. Der Anteil derjenigen, die diese Meinung vertraten, war seit 1981 von 27 Prozent kontinuierlich angewachsen und umfaßte 1990 zwei Drittel der Befragten. Seit 1991 sank dieser Anteil zunächst langsam ab, fiel dann aber zwischen 1992 und 1993 von 64 auf nunmehr 53 Prozent ab. Die Rüstungsausgaben schienen seit den achtziger Jahren mehr und mehr zur Bürde geworden zu sein. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß das Ausgangsjahr 1981 gerade den Höhepunkt einer neuerlichen Konfrontation zwischen West und Ost darstellt und dadurch eher die Bereitschaft gegeben sein konnte, sich zumindest den Ausgaben der anderen Länder anzupassen, wenn nicht unabhängig davon die Ausgaben erhöhen zu wollen. Insofern läßt sich der Rückgang während der achtziger Jahre auch bis zu einem gewissen Maß als eine „Normalisierung“ bezeichnen, an die sich die Hoffnung auf eine „Friedensdividende“ in der Zeit nach dem Kalten Krieg anschloß. Die Alternative, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, wurde entsprechend von einem immer geringer werdenden Teil der Bevölkerung präferiert: 1981 war dies noch knapp jeder Fünfte, 1993 nur noch jeder Zwanzigste. Auch in dieser Zeitreihe zeigt sich wieder die oben beschriebene Entwicklung des Einflusses der Parteipräferenzen: Das größte Maß an Polarisierung über die Parteianhängerschaften zeigt sich wieder in der Zeit zwischen 1983 und 1987: So wollten 1983 drei Viertel der Anhänger der Grünen die Verteidigungsausgaben senken, gegenüber 15 Prozent der CDU/CSU- und 12 Prozent der FDP-Anhänger.

Umgekehrt waren zwei Drittel der CDU/CSU-Anhänger der Meinung, man solle diese Ausgaben den Ausgaben der anderen Länder anpassen, während dem nur ein knappes Drittel der Grünen zustimmen mochte. Bis 1993 sank der Einfluß der Parteineigung als Prädiktor ab, zwar lassen sich auch hier noch teilweise deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften feststellen, diese Unterschiede reichen aber nicht an die während der achtziger Jahre gemessenen heran.

3.4.3.3 Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung

Interpretiert man die Fragen nach der Existenz von Streitkräften oder der Verteidigungsbereitschaft als Indikatoren für die Legitimität von Streitkräften, so erscheint die Bundeswehr als Institution heute noch entfernter von einer Legitimationskrise zu sein als etwa zu Beginn der achtziger Jahre. Nimmt man jedoch die kontinuierlich steigenden Zahlen der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung - seit 1991 liegen sie bei über 100.000 Anträgen jährlich - als Indikator, so scheint sich doch anhaltender Legitimationsbedarf, vor allem gegenüber Jüngeren, abzuzeichnen.[10] Denn in dem Maße, wie sich die Einstellungen gegenüber Wehr- und Zivildienst sowie die Gründe der Wehrdienstverweigerer verändert haben (Bald 1994: 122) - von ursprünglich ethisch-religiösen hin zu säkulareren, wohl auch politischeren Orientierungen - verliert der Wehrdienst seine Norm als „staatsbürgerliche Pflicht“ und neben ihn tritt der Zivildienst als Alternative (Kohr 1993). Gleichzeitig ist aber die Debatte um die Kriegsdienstverweigerung moralisch und politisch aufgeladen, denn einerseits geht es in dieser Frage um eine ganz individuelle Gewissensentscheidung, der man sich selber stellen muß, andererseits geht es um den Anspruch des Staates, daß die Pflicht zur Landesverteidigung von allen getragen werden müsse. Insoweit sind die folgenden Befunde, die ein hohes Maß an Polarisierung in den Einstellungen zu Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung feststellen, auch nicht überraschend, sondern Ausdruck dieses Spannungsverhältnisses zwischen Individuum und Staat.

---

[10] Ob aber tatsächlich die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ein sinnvoller Indikator für einen Prozeß der „Delegitimierung“ der Bundeswehr ist, darf bezweifelt werden. Denn allein die Entscheidung zwischen zwei Alternativen - auch wenn sie als solche ursprünglich nicht so gedacht waren - bedeutet doch nicht die Legitimierung oder Delegitimierung von Zivildienst oder Wehrpflicht. Die Haltung von Zivildienstleistenden sei heute „(...) nicht unmittelbar anti-militaristisch oder anti-militärisch. So wie nicht jeder bei der Post arbeitet, die Post aber eine notwendige Dienstleistung ist, so betrachtet er militärische Handlungen als eine Dienstleistung, die am besten von Freiwilligen erbracht wird“ (Räder 1994: 20).

Trotz des oben angerissenen Spannungsverhältnisses hielten zwischen 1989 und 1993 rund drei Viertel der Befragten den Wehrdienst in der Bundeswehr für eine wichtige staatsbürgerliche Pflicht, die Mittelwerte lagen auf der von Null („Stimme vollkommen zu“) bis Eins („Lehne vollkommen ab“) kodierten Skala zwischen 0,31 und 0,35 (Tabelle 4167, vgl. auch Tabelle 4651). Zwar stieg die Ablehnung dieser Frage bis 1991 leicht an, sank dann aber - wie schon bei anderen Fragen, die den Zeitraum über 1991 hinaus abdecken - unter dem Eindruck des Jugoslawienkrieges wieder auf das Niveau von 1989 ab. Ganz deutlich tritt in dieser Frage eine Differenzierung über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg auf: Die Einflüsse von Bildung und Alter nehmen Werte an, die sonst nur von der Parteipräferenz erreicht werden, diese wiederum stellt die stärkste Strukturierung dar, aber auch die Religionsbindung spielt bei diesem Thema eine Rolle. Am deutlichsten wird diese Aussage von den Anhängern der Grünen abgelehnt: Die Mittelwerte liegen im Bereich von 0,60 bis 0,79 und damit mit deutlicher Mehrheit im Bereich der Ablehnung, umgekehrt wird dieser Aussage von keiner der Gruppen so sehr zugestimmt wie von den CDU/CSU-Anhängern und den über 65jährigen. Mit Werten von 0,15 bis 0,23 sind hier Zustimmungsquoten von über 90 Prozent zu beobachten. Neben den Jüngeren und Höhergebildeten weisen vor allem auch diejenigen, die keiner Konfession angehören, ein hohes Maß an Skepsis gegenüber dieser Aussage auf. In keiner dieser Gruppen weisen allerdings die Mittelwerte auf eine deutliche Ablehnung hin, vielmehr stehen sich zwei etwa gleich starke Meinungsgruppen gegenüber.

Das (abgewandelte) Tucholsky-Zitat, jeder Soldat sei ein potentieller Mörder, hat in den letzten Jahren mehrfach zu Debatten und Aufgeregtheit in der Öffentlichkeit geführt - in der Regel dann, wenn sich Gerichte mit der Frage beschäftigen mußten, ob ein solcher Aufkleber für Bundeswehrangehörige beleidigend, oder ob er durch das Recht der freien Meinungsäußerung geschützt sei. Gleichzeitig bringt dieses Zitat die Tatsache auf den (polemischen) Punkt, daß Soldaten im Kriegsfall eine Handlung begehen müssen, die unter normalen Umständen moralisch und rechtlich sanktioniert ist. Die Frage ist dabei, wie weit die Öffentlichkeit dieses Dilemma bereit ist, zu verallgemeinern, und als Charakterzug eines einzelnen Soldaten anzusehen. Für die Öffentlichkeit scheint diese Debatte ausgemacht: Je nachdem, ob ihnen in der Frageformulierung eine Mittelkategorie angeboten wird oder nicht, lehnen zwischen 65 und 89 Prozent diese Aussage ab (Tabellen 4168, 4696). Es findet sich keine

Gruppe, in der mehrheitlich diese Aussage befürwortet wird. Allerdings zeigt sich auch in diesem Punkt, wie sehr mit der Beantwortung dieser Frage politische Positionen bezogen werden: Die Parteipräferenz leistet wieder einen deutlichen Beitrag zur Vorhersage der Einstellung der Befragten, gefolgt vom Alter und der Bildung. Die deutlichste Ablehnung erfährt dieses Zitat von Älteren, Befragten mit niedrigerer Schulbildung und Anhängern der CDU/CSU; Jüngere, Höhergebildete und Anhänger der Grünen sind eher geneigt, diesem Zitat zuzustimmen. Insofern ergibt sich aus diesen beiden Frageformulierungen der Schluß, daß weder die Wehrpflicht als staatsbürgerliche Pflicht noch das Bild des Soldaten als solchem von einem größeren Teil der Bevölkerung in Zweifel gezogen werden.

Wie verhält es sich jedoch mit dem „Image“ einzelner Soldaten, bzw. Kriegsdienstverweigerer? Folgt aus dem oben Beschriebenen, daß Bundeswehrsoldaten - seien es Freiwillige oder Wehrdienstleistende - besonders positiv und Kriegsdienstverweigerer besonders negativ gesehen werden? Seit 1981 wurde den Befragten eine elfstufige Skala vorgelegt, auf welcher sie eintragen sollten, wie sie die drei verschiedenen Personen beurteilen. Der niedrigste Wert zeigt eine positive, der höchste Wert eine negative Beurteilung an. Tatsächlich werden Grundwehrdienstleistende in der Öffentlichkeit mit Werten zwischen 0,28 und 0,38 am besten bewertet (Tabelle 4484), gefolgt von jenen, die sich freiwillig zur Bundeswehr gemeldet haben (Werte zwischen 0,30 und 0,39, Tabelle 1639). Mit Werten zwischen 0,39 und 0,55 werden Wehrdienstverweigerer im Durchschnitt mehr als einen ganzen Skalenpunkt auf der ursprünglichen Skala schlechter beurteilt (Tabelle 1640). Allerdings lassen sich bei diesen langen Zeitreihen auch Entwicklungen beschreiben, die diese globale Aussage etwas differenzieren. So wurden Kriegsdienstverweigerer zu Beginn der achtziger Jahre noch genau einen Skalenpunkt schlechter beurteilt als zum Ende der Zeitreihe. Über die ganzen achtziger Jahre hinweg wanderte der Mittelwert langsam von einer mehrheitlich negativen Haltung (0,55) bis 1990 zu einer mehrheitlich positiven Haltung (0,39). Die Zeitreihe endet 1993 mit einem Wert von 0,44. Umgekehrt blieb das Bild des Freiwilligen in der Öffentlichkeit bis 1987 weitgehend stabil bei Werten von 0,30, bzw. 0,31. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges zeichnet sich bis 1992 eine leichte Verschlechterung seines Bildes ab, wobei aber 1993 fast wieder ein Wert wie zu Beginn der achtziger Jahre erzielt wird (0,32). Für die Einstellung gegenüber Grundwehrdienstleistenden liegen Daten erst seit 1991 vor. Mit Werten von 0,28,

0,38 und 0,28 wurden sie in der Öffentlichkeit deutlich besser als Kriegsdienstverweigerer und etwas besser als Freiwillige eingeschätzt. In der Entwicklung dieser Images ist aber allen dreien ein Ausreißer für das Jahr 1992 gemein: In jedem dieser Fälle verschlechtert sich hier das Bild deutlich, um anschließend auf das jeweilige Ausgangsniveau zurückzufallen. Eine Erklärung etwa in dem Sinne, daß in diesen Zeitraum beispielsweise die Debatte um „Out-of-Area"-Einsätze der Bundeswehr oder der Krieg im ehemaligen Jugoslawien fiel, greift zu kurz, denn dann wäre das Image der Kriegsdienstverweigerer davon nicht betroffen.

In der Betrachtung der vorliegenden Zeitreihen fällt auf, daß auch das Bild einzelner Soldaten vom herrschenden Zeitgeist abhängt - vor allem in der Differenzierung nach Parteineigungen sticht dies deutlich hervor. Die Zeit zwischen 1983 und 1987 stellt wieder diejenige Periode dar, in der die Ansichten und Einschätzungen zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung zu diesen Themen am weitesten auseinanderlagen, diese beiden Jahre stellen auch die Punkte der höchsten Polarisierung sowohl zwischen den verschiedenen Anhängerschaften wie auch - damit zusammenhängend - zwischen den verschiedenen Altersgruppen dar. So wurden Bundeswehrfreiwillige von Anhängern der CDU/CSU immer am positivsten bewertet, mit in der Regel geringem Abstand gefolgt von Anhängern der FDP und der SPD. Freiwillige erfuhren zu keinem Zeitpunkt aus diesen Gruppen eine mehrheitlich negative Bewertung. Anders jedoch die Anhänger der Grünen: bis auf 1992 stand hier einer Minderheit immer eine deutliche Mehrheit von Befragten entgegen, die Bundeswehrfreiwillige negativ beurteilten. Am deutlichsten klafften die Bewertungen zwischen Grünen- und CDU/CSU-Anhängern Mitte der achtziger Jahre auseinander, teilweise wichen die Bewertungen um knapp fünf Skalenpunkte voneinander ab. Zu Beginn der neunziger Jahre verringerte sich dieser Abstand auf rund drei Skalenpunkte; bemerkenswerterweise aber nicht, weil die Anhänger der Grünen mit der Bundeswehr ihren Frieden schlossen, sondern weil die Anhänger der CDU/CSU etwas von ihrer überaus positiven Einstellung gegenüber Freiwilligen abgingen. Es scheint, als wären diese positiven Bewertungen Mitte der achtziger Jahre auf den Legitimationsdruck zurückzuführen, unter dem in dieser Zeit Außen- und Sicherheitspolitik und damit die entsprechenden Instrumente standen. Dies wäre in gewissem Sinn als ein „Rally-round-the-Flag"-Effekt zu bezeichnen (Mueller 1985), bei dem dann, wenn Druck von außen erzeugt wird, eine demonstrativ unterstützende Haltung einge-

nommen wird. Sobald dieser Druck nachließ, wurden die entsprechenden Einstellungen auch etwas kritischer. Umgekehrt entspannte sich das Bild der Grünen-Anhänger in dieser Frage etwas, ohne daß damit allerdings eine positive Haltung einhergegangen wäre.

Fast das Spiegelbild des oben Beschriebenen bietet sich, wenn man die Bewertung von Kriegsdienstverweigerern in der Öffentlichkeit betrachtet. Sogar noch etwas positiver als die CDU/CSU-Anhänger die Bundeswehrfreiwilligen sahen, betrachteten Anhänger der Grünen Kriegsdienstverweigerer (Tabelle 1640); umgekehrt, genauso negativ, wie die Grünen Bundeswehrfreiwillige betrachtet haben, sehen CDU/CSU-Anhänger (sowie, in etwas geringerem Maße, FDP-Anhänger) die Kriegsdienstverweigerer. Während bei diesen Parteianhängerschaften hier ganz spezifische Freund- und Feindbilder zum Vorschein kommen, verhalten sich die Anhängerschaften der SPD, anderer Parteien oder jene Befragte, die keine bestimmte Parteipräferenz äußern wollten, moderater: Im Durchschnitt werden hier sowohl Bundeswehrfreiwillige wie Kriegsdienstverweigerer positiv beurteilt. Wie auch oben stellt hier nach der Parteipräferenz die Alterszugehörigkeit die zweitstärkste Variable dar, gefolgt von formaler Bildung. Jüngere bewerten dabei Kriegsdienstverweigerer wie auch Freiwillige eher positiv (wobei erstere noch etwas positiver eingeschätzt werden), deutlich sind jedoch die Unterschiede in der Bewertung bei Älteren: hier werden Freiwillige wesentlich positiver eingeschätzt, Kriegsdienstverweigerer aber deutlich negativer. Der gleiche Zusammenhang gilt, etwas weniger ausgeprägt, auch für die unterschiedlichen Bildungsstufen.

Wie verhält es sich nun mit dem Image von Grundwehrdienstleistenden? Zur Beurteilung dieser Frage stehen hier nur drei Zeitpunkte zu Beginn der neunziger Jahre zur Verfügung. Gegenüber Freiwilligen und Kriegsdienstverweigerern werden sie insgesamt positiver beurteilt, als „Regelfall“ ist ihr Ansehen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen auch deutlich weniger umstritten als das der anderen beiden Gruppen (Tabelle 4484). Zudem scheint sich in den Beurteilungen der Anhänger der Grünen ein Meinungsänderungsprozeß abzuspielen, denn waren sie 1991 noch deutlich gespalten in ihrer Beurteilung von Grundwehrdienstleistenden (der Mittelwert betrug 0,51), so scheint sich mehrheitlich eine positivere Bewertung durchzusetzen, denn innerhalb von zwei Jahren ging die Beurteilung um einen Skalenpunkt auf 0,40 zurück. Alters- und vor allem Bildungseinflüsse spielen für die Bewertung hier nur

eine geringe Rolle. Interessant ist jedoch wieder der Vergleich der Einschätzungen von Kriegsdienstverweigerern und Grundwehrdienstleistenden über die verschiedenen Gruppen hinweg: Wieder zeigt sich, daß vor allem Ältere und niedriger Gebildete deutlich in der Beurteilung zwischen Verweigerern und Wehrdienstleistenden unterscheiden, für die jüngste Alters- sowie die höchste Bildungsgruppe ist das Ansehen der beiden jedoch gleich. Offensichtlich gelten für diesen Teil der Öffentlichkeit weder Kriegsdienstverweigerer als „Drückeberger“ noch Grundwehrdienstleistende als „Rambos“. Insofern sind dadurch, daß vom Image her Kriegsdienstverweigerer und Grundwehrdienstleistende als gleich perzipiert werden, auch die Grundlagen dafür angelegt, daß Jugendliche Grundwehrdienst und Kriegsdienstverweigerung nicht als „Regel-“ und „Ausnahmefall“ ansehen, sondern als zwei im Prinzip gleichwertige Alternativen.

Diese Differenz zwischen Alt und Jung tritt auch hervor, wenn danach gefragt wird, ob man selber einem Freund den Rat geben würde, den Wehrdienst zu verweigern (Tabelle 4266). Zwischen 1990 und 1993 hat zwar diese Bereitschaft leicht nachgelassen, aber insgesamt rund 27 Prozent der Befragten würden 1993 einen entsprechenden Rat geben. Die Unterschiede sind jedoch je nach Bevölkerungsteilen beträchtlich: Jeweils rund doppelt so viele Befragte der jüngsten Alters-, bzw. höchsten Bildungsgruppe würden so handeln wie Befragte der höchsten, bzw. niedrigsten Bildungsgruppe. Die deutlichsten Unterschiede treten jedoch wieder in der Unterscheidung nach Parteineigungen hervor: Knapp drei von vier Anhängern der Grünen hätten 1990 und 1991 zur Kriegsdienstverweigerung geraten, aber nur knapp einer von fünf Anhängern der CDU/CSU. Zwischen 1991 und 1992 hat sich allerdings diese Haltung unter den Grünen stark verändert, der entsprechende Anteil ist um 20 Prozentpunkte gesunken. Trotzdem sind damit die Anhänger der Grünen nach wie vor die einzige Bevölkerungsgruppe, die mehrheitlich zur Verweigerung raten würde. Der deutlich häufigste Grund derjenigen, die zur Verweigerung raten, ist, daß Zivildienst sinnvoller sei; unter CDU/CSU-Anhängern ist der zweithäufigste, daß die Verweigerung eine Gewissensentscheidung sei, unter Anhängern der Grünen, daß sie selbst verweigern würden (Tabellen 4267A-E). Umgekehrt ist der am häufigsten genannte Grund unter denjenigen, die von einer Verweigerung abraten würden, daß die Betroffenen dies selbst entscheiden müßten (Tabellen 4268 A-E). Daß der Wehrdienst eine Bürgerpflicht sei, spielt nur für jeden zehnten Befragten eine Rolle. Die Entscheidung

zwischen Grundwehrdienst und Kriegsdienstverweigerung wird damit kaum mehr als eine Gewissensentscheidung aufgefaßt, sondern es wird weitgehend danach entschieden, was in den eigenen Augen das Sinnvollere sei. Umgekehrt ist der ursprünglich mit dem Wehrdienst verbundene etatistische Gedanke, daß dies eine Bürgerpflicht sei, der man im Regelfall nachzukommen habe, selbst bei denen, die von einer Verweigerung abraten, als Grund in den Hintergrund getreten.

Das gleiche Bild bietet sich, wenn danach gefragt wird, was wohl die ausschlaggebenden Gründe seien, weswegen junge Männer den Wehrdienst verweigerten (Tabellen 1721A-E). 1993 führte hier jeder zweite Befragte menschliche Gründe (53 Prozent) und, bzw. oder „Vertane Zeit“ (52 Prozent) an, ungefähr jeder Dritte religiöse (35 Prozent) und, bzw. oder politische Gründe (32 Prozent). Im Vagen bleibt, was gemeint ist, wenn private Gründe als ausschlaggebend für die Kriegsdienstverweigerung genannt wurden. Bis auf die Nennung der „menschlichen Gründe“ unterscheiden sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nur geringfügig, selbst die Parteipräferenz tritt dabei in der Benennung der möglichen Gründe in den Hintergrund. „Menschliche Gründe“ werden hingegen mit deutlichen Unterschieden vor allem von Anhängern der Grünen (hier waren es bis zu 80 Prozent der Befragten) genannt, sowie Jüngeren und Höhergebildeten. Vermutet werden kann, daß es sich dabei um ein Synonym für „Moral“ handelt, welches früher durch den Begriff der „religiösen Gründe“ abgedeckt war. Insofern würde dies der Intention der Kriegsdienstverweigerung als Gewissensentscheidung in der Perzeption der Öffentlichkeit gerecht. Das Argument der „vertanen Zeit“ paßt sich hingegen nahtlos in das Argument ein, daß der Zivildienst sinnvoller als Wehrdienst sei. So, wie Verteidigungsausgaben als totes Kapital betrachtet werden, wird auch die Zeit in der Bundeswehr von der Hälfte der Befragten als vertane Zeit und damit totes Kapital gesehen. Die Bundeswehr als Gesamtinstitution scheint zwar einerseits nicht unter einem Legitimationsdruck zu stehen, andererseits muß jedoch die eigene (Lebens-)Zeit - sei es auch nur als Grundwehrdienst - ausdrücklich gegen die Alternative Zivildienst legitimiert werden. Umgekehrt scheint mit dieser Entwicklung aber auch der Legitimationsdruck bei einer Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung deutlich gesunken zu sein, da der „Regelfall“ mittlerweile kritisch und unattraktiv gesehen wird.

Die Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, sieht nur ein ganz geringer Teil der Öffentlichkeit allein bei den Jugendlichen (Tabellen 1704A-E): Lediglich sechs

Prozent der Befragten waren 1993 dieser Meinung, umgekehrt führte die Hälfte der Befragten die Freunde und Bekannten, rund ein Drittel Eltern und Verwandte an. Nur etwa 15 Prozent der Befragten nannten Kirchen oder religiöse Gruppen, und nur jeder Zehnte die Schule. Die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung wird also in erster Linie im privaten Umfeld gesehen, das öffentliche trägt wenig zu einer solchen Entscheidung bei.

Wurde bislang untersucht, welches die Gründe sein mögen, die in der Öffentlichkeit für eine Kriegsdienstverweigerung gesehen werden, so soll noch einmal der Blick auf die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der Bundeswehr gerichtet werden. Während der größte Teil der Öffentlichkeit davon Abstand nimmt, einem Freund den Rat zur Verweigerung zu geben, zeigt sie sich im umgekehrten Fall, nämlich einen Rat zur Bundeswehr zu geben, deutlich gespalten (Tabelle 4002): Die eine Hälfte der Befragten würde einem Freund zuraten, die andere abraten. Waren es bis 1990 noch über 50 Prozent, die so handeln würden, so sank dieser Wert 1991 auf 45 Prozent ab, und liegt seitdem fast genau bei der 50-Prozent-Marke. Die Diskussion über eine mögliche Beteiligung der Bundesrepublik im Golfkrieg 1991 spielte hier wohl eine Rolle, was die Bundeswehr zeitweilig weniger attraktiv machte, allerdings war dies nur ein kurzfristiges Phänomen, das sich nach kurzer Zeit auch wieder legte. Vor allem unter Jüngeren und Höhergebildeten findet sich eine teilweise große Mehrheit, die abraten würde, während vor allem Ältere und niedriger Gebildete zuraten würden. Die deutlichsten Differenzen weisen jedoch wieder die Parteianhängerschaften auf. Bis zu drei Viertel der CDU/CSU-Anhänger würden einem Freund raten, zur Bundeswehr zu gehen, unter den Anhängern der Grünen ist dies höchstens ein Viertel.

Als häufigster Grund, jemandem zu raten, zur Bundeswehr zu gehen, wird von 27 Prozent der Befragten die Bürgerpflicht genannt (Tabelle 4003A-E). Während Anhänger der CDU/CSU diese noch etwas stärker betonen, spielt sie für Anhänger der Grünen so gut wie keine Rolle. Deutlich steht für diese der Nutzen einer Ausbildung bei der Bundeswehr im Vordergrund (35 Prozent) sowie das Argument, die „Bundeswehr gehöre dazu“ (27 Prozent). Wurde dieser Grund 1988 noch von 32 Prozent der Befragten genannt, so waren dies 1993 nur noch 19 Prozent. Weniger noch als oben in Zusammenhang mit der Kriegsdienstverweigerung spielen bei diesen Begründungen Alter, Bildung, Geschlecht oder die Parteineigung eine Rolle.

Anders aber bei den Gründen, einem Freund nicht zu raten, zur Bundeswehr zu gehen: Vor allem Ältere und geringer Gebildete geben hier häufiger an, daß man selber entscheiden müsse, wohingegen unter den Anhängern der Grünen und Höhergebildeten noch überdurchschnittlich oft angegeben wird, daß man selber gegen das Militär sei oder daß es ethische Gründe gebe, dagegen zu sein.

Im Gefolge der Diskussion um die ansteigenden Zahlen der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung und damit verbunden dem Erhalt der Wehrgerechtigkeit wurde und wird immer wieder die Idee einer Abschaffung der Unterscheidung von Grundwehrdienst und Zivildienst zugunsten eines allgemeinen Gemeinschaftsdienstes in die öffentliche Debatte geworfen (vgl. Bredow 1995: 56ff.; Lippert 1995). Dieser Gemeinschaftsdienst würde sowohl junge Männer wie Frauen einbeziehen. Die Öffentlichkeit nimmt eine solche Idee allerdings nur eher zögerlich auf (Tabelle 4489): Auf der von Null („Stimme vollkommen zu“) bis Eins („Lehne vollkommen ab“) kodierten Skala liegen die Mittelwerte zwischen 0,45 und 0,50; dies entspricht einer Zustimmung von 48, bzw. 57 Prozent. Lediglich 1991 läßt sich ein Einfluß von Parteineigung und Lebensalter feststellen, der von der mehrheitlichen Ablehnung dieser Idee durch die Anhänger der Grünen herrührt. 1993 unterscheiden diese sich in ihren Einstellungen allerdings kaum noch von denen der anderen Parteianhängerschaften, die diesem Gedanken zunächst leicht positiv und schließlich in der Gesamtheit jeweils indifferent gegenüberstehen.

Eines der Probleme eines solchen Gemeinschaftsdienstes ist weniger organisatorischer, sondern verfassungsrechtlicher Art. So regelt das Grundgesetz, daß niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden dürfe, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht (Art. 12,3 GG) - wie beispielsweise Schöffendienste oder andere, öffentliche Ehrenämter. Ob eine allgemeine Dienstpflicht von diesem Artikel gedeckt wird, ist umstritten. Ein großer Teil der Öffentlichkeit ist allerdings bereit, über diese Verfassungsschranke hinauszugehen: So stimmten 1993 rund 70 Prozent der Befragten der Aussage zu, daß sich die Tätigkeit junger Männer und Frauen im Rahmen eines solchen Gemeinschaftsdienstes am gesellschaftlichen Bedarf ausrichten müsse, auch wenn damit nicht jeder die Art seines Dienstes frei wählen könne (Tabelle 4490). Am zustimmendsten äußerten sich Ältere und Anhänger der CDU/CSU, allein die Anhänger der Grünen lehnten 1993 diese Aussage noch mehrheitlich ab. Eine deutliche Unter-

scheidung in den Haltungen der Parteipräferenzen ergibt sich dann, wenn in einem solchen Gemeinschaftsdienst die Priorität auf die Bundeswehr gelegt wird: zuerst müsse diese im Rahmen eines Gemeinschaftsdienstes ihren Bedarf decken (Tabelle 4491). Auch hier stimmt eine etwas größer werdende Mehrheit der Befragten dieser Aussage zu, so daß sich 1993 wieder lediglich unter den Grünen-Anhängern, der jüngsten Altersgruppe und Befragten mit Abitur oder einem höheren Bildungsabschluß eine Mehrheit findet, die diese Aussage ablehnt. Bemerkenswert ist dabei, daß sich, mit Ausnahme der Anhänger der CDU/CSU, 1991 bei allen anderen Parteianhängerschaften eine leichte ablehnende Mehrheit fand, die sich bis 1993 in eine leichte Zustimmung wandelte.

Zusammenfassend dürfte der wichtigste Befund dieses Abschnitts die Feststellung einer deutlichen und inhaltlichen Differenz zwischen den Auffassungen Jüngerer und Älterer über den Stellenwert von Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung sein. Wo Ältere noch deutlich trennen zwischen einem „Regelfall“ Wehrpflicht und einem „Ausnahmefall“ Kriegsdienstverweigerung, stellt sich dies für Jüngere als zwei mehr oder weniger gleichberechtigte Alternativen dar. Mit dieser Unterscheidung verbunden ist nicht nur eine Feststellung von prinzipiellen Wahlmöglichkeiten, sondern sind vielmehr auch moralische Deutungsmuster, die diese Wahlmöglichkeit abstützen und legitimieren. Dies hat nicht nur zur Folge, daß Kriegsdienstverweigerer und Grundwehrdienstleistende in den Augen der Jüngeren in etwa gleichermaßen positiv perzipiert werden, sondern führt auch dazu, daß der Grundwehrdienst unter einen Legitimationsdruck gegenüber der Kriegsdienstverweigerung geraten ist.

3.4.3.4 Zukünftige Struktur der Bundeswehr

Der oben beschriebene Einstellungswandel gegenüber Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung sowie langfristige demographische Entwicklungen haben seit den achtziger Jahren zu einer Debatte über die Zukunft des Wehrsystems in der Bundesrepublik geführt. Das Ende des Kalten Krieges, die neue Lage der Bundesrepublik in Europa, die Integration der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundeswehr und die Übernahme neuer Aufgaben für die Bundeswehr haben diese Diskussion beschleunigt. Im Ergebnis wurde die Struktur der Bundeswehr so verändert, daß einem kleinen Teil ständig bereiter Krisenreaktionskräfte ein größerer Teil mobilmachungsabhängiger Hauptverteidigungskräfte gegenübersteht, gleichzei-

tig wurde die Größe der Bundeswehr auf mittlerweile 340.000 Mann reduziert. Ein Ende der Diskussion um die zukünftige Struktur der Bundeswehr ist allerdings damit nicht absehbar, denn vor allem die Frage nach der Rekrutierung einer ausreichenden Zahl Wehrpflichtiger sowie die Frage, welche Rolle sie z.B. bei zukünftigen „Out-of-Area"-Einsätzen der Bundeswehr spielen sollen, lassen die Alternative einer reinen Berufs- oder Freiwilligenarmee immer lauter werden - nicht zuletzt, weil das Modell „Wehrpflichtarmee" innerhalb der NATO mittlerweile zur Minderheit geworden ist (vgl. dazu Bredow 1995; Opitz/Rödiger 1995).

Bereits zwischen 1981 und 1984 wurden der Öffentlichkeit vier Alternativen vorgelegt, wie die Bundeswehr auf die herannahenden geburtenschwachen Jahrgänge und die daraus entstehende Lücke im Deckungsbedarf reagieren soll (Tabelle 1720): Durch eine Verlängerung des Wehrdienstes, eine Verlängerung des Zivildienstes, Frauen zum Dienst ohne Waffe zuzulassen, oder die Bundeswehr entsprechend der Anzahl der Wehrpflichtigen zu verkleinern. Das Ergebnis ist insoweit bemerkenswert, als es an das bisherige Selbstverständnis der Bundeswehr heranreicht, die sich (fast) ausschließlich aus Männern rekrutierte: Der jeweils größte Anteil der Befragten sprach sich dafür aus, die zu erwartende Lücke durch Frauen auszugleichen. Seit 1983 sind es eher Jüngere, die diese Antwort präferieren, sowie überproportional auch Wähler der FDP oder solche, die sich keiner Partei nahestehend fühlen. Die zweite Präferenz war 1984 die Verkleinerung der Bundeswehr entsprechend dem verfügbaren Aufkommen an Wehrpflichtigen - eine Haltung, wie sie sich auch in der Einstellung zum Verteidigungsetat wiederfindet, wonach die Bundeswehr an dem ausgerichtet werden sollte, was zur Zeit verfügbar ist. Zwischen 1981 und 1984 stieg dieser Anteil von 26 auf 29 Prozent in der Bevölkerung. Auch hier sind es Jüngere, aber vor allem Höhergebildete (rund 45 Prozent wählten 1984 diese Alternative), konfessionell nicht Gebundene (58 Prozent) sowie die Anhänger der Grünen (71 Prozent). Einer Verlängerung des Wehrdienstes wollten nur zwischen 23 und 29 Prozent zustimmen. Deutlich wird jedoch, daß einer Verlängerung des Zivildienstes nicht zugestimmt wurde: Da er bis dahin eh schon drei Monate länger als der Grundwehrdienst dauerte und ab 1984 insgesamt ein Drittel länger, wurde es offenbar als ungerecht empfunden, diese Zeit - möglicherweise aus „Abschreckungsgründen" - weiter zu verlängern. Lediglich 15 bis 16 Prozent sprachen sich für diese Alternative aus.

In eine ähnliche Richtung gehen auch die folgenden Fragen, wobei hier nach der „Aufrechterhaltung der bisherigen Kampfkraft“ gefragt wurde (Tabellen 3410 bis 3410). Deutlich zeigt sich, daß die am meisten präferierte Option zwischen 1987 und 1990 die Gewinnung von Zeit- und Berufssoldaten ist - die Mittelwerte lagen hier zwischen 0,68 und 0,62. In fast jeder Gruppe spricht sich eine deutliche Mehrheit für diese Möglichkeit aus - eine Ausnahme stellen lediglich die Anhänger der Grünen dar, wo außer 1988 eine Mehrheit diese Option ablehnte (Tabelle 3410).

Eine oben nicht angeführte Option ist der Erhalt der Kampfkraft durch einen verstärkten Einsatz von Technik (Tabelle 3413). Auch hier zeigen sich deutliche Mehrheiten zugunsten dieser Alternative, die Mittelwerte lagen zwischen 1988 und 1990 zwischen 0,66 und 0,59. Vor allem Ältere befürworten diese Aussage stark. Bemerkenswert ist hier, daß sich vor allem in der Haltung der Höhergebildeten ein Einstellungswandel vollzogen hat, der von einer mehrheitlichen Befürwortung zu einer mehrheitlichen Ablehnung dieser Möglichkeit geführt hat. Zu erklären ist dies vermutlich durch die in diesen Jahren beginnende Debatte um das Für und Wider des damals noch „Jäger ‘90“ genannten neuen Kampfflugzeugs für die Bundeswehr. Der Einsatz moderner Technik könnte dann von dieser Befragtengruppe als Synonym für eine Anschaffung dieses Flugzeugs interpretiert werden. 1987 zeigt sich darüber hinaus noch die oben beschriebene deutliche Polarisierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zwischen den Parteianhängerschaften: So betrug der Mittelwert unter den Grünen-Anhängern zu diesem Zeitpunkt noch 0,29, der ihres parteipolitischen Gegenübers, den CDU/CSU-Anhängern, 0,74. Nach 1987 gingen diese Gegensätze deutlich zurück, ablesbar in einem geringen Eta^2 sowie einer Verringerung der Entfernung der Positionen zwischen diesen beiden Anhängerschaften. Den Rückgang der Kampfkraft der Bundeswehr in Kauf zu nehmen und gar nichts zu unternehmen, wurde jedoch von der Öffentlichkeit in unterschiedlichem Maße abgelehnt (Tabelle 3414): Stand mit einem Mittelwert von 0,41 noch eine deutliche Mehrheit diesem Vorschlag ablehnend gegenüber, so wanderte mit dem Ende des Kalten Krieges dieser Wert auf 0,49, d.h. zu diesem Zeitpunkt standen sich zwei in etwa gleich große Lager in der Öffentlichkeit gegenüber. Im gleichen Maße sank auch der Einfluß der Parteineigung als Determinante für diese Einstellung: Hatten die Anhänger der Grünen diesem Vorschlag schon immer mit großer Mehrheit zugestimmt, so wuchs auch unter den Anhängern der CDU/CSU die Neigung, dieser Position zuzu-

stimmen, Anhänger der SPD stimmten ihm bereits 1990 mit leichter Mehrheit zu. Mit dem Absinken der Parteineigung als Determinante stieg umgekehrt die Bedeutung des Bildungstitels an. 1987 betrug der Unterschied in der Position zwischen höher und schlechter Gebildeten nur 0,5 Skalenpunkte, bis zum Sommer 1990 wuchs er auf zwei Skalenpunkte an. Die Veränderung spielte sich dabei überwiegend auf Seiten der Höhergebildeten ab, von einer Position, die zu Beginn der Datenreihe diese Alternative noch ablehnte, wechselte die Einstellung zu einer, die dieser Position mehrheitlich zustimmte. Die insgesamt geringste Zustimmung erfahren jedoch Vorschläge, die auf eine Veränderung der Dauer und der gesundheitlichen Voraussetzungen für die Wehrpflicht herauslaufen (Tabellen 3411 und 3412). Sowohl eine Verlängerung der Wehrpflichtzeit wie auch das Anlegen niedrigerer gesundheitlicher Maßstäbe bei Wehrpflichtigen wurden 1987 nicht nur abgelehnt, sondern diese Ablehnung ist bis 1990 auch noch gestiegen.

Während die oben gestellte Frage davon ausging, daß die bestehende Bundeswehrstruktur im wesentlichen erhalten bliebe und vor allem nach der Akzeptanz neuer Möglichkeiten der Personalrekrutierung fragte, stellen die folgenden Fragen vielmehr die Struktur der Bundeswehr selber in Frage. Zwischen 1988 und 1993 wurde in zwei verschiedenen Umfragen das bisherige Wehrsystem zu Disposition gestellt (Tabellen 4001, 4700; vgl. auch Tabellen 4479-4481). Als Alternativen wurden neben der Beibehaltung des bisherigen gemischten Systems aus Wehrpflichtigen- und Berufsarmee die Umwandlung in eine Berufsarmee, eine Reduzierung der Zahl der Berufssoldaten bei gleichzeitig häufigeren Wehrübungen, ein Bürgerheer nach Schweizer Vorbild, sowie (in den Umfragen 1988 bis 1990 als spontane Nennung) die Abschaffung der Bundeswehr. Für eine relative Mehrheit der Befragten kommt eine solche grundlegende Strukturreform nicht in Betracht: 1988 waren dies knapp 54 Prozent der Befragten, dieser Wert sank zwar bis 1992 auf rund 40 Prozent, erholte sich dann aber bis 1993 wieder auf 48 Prozent der Befragten. Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges gab es damit einen zunehmenden Teil der Befragten, die reformbereit gewesen wären, die Ereignisse auf dem Balkan und die neuen Aufgaben der Bundeswehr schienen sie jedoch am Vertrauten festhalten zu lassen. Im Laufe der hier beobachteten Jahre begann jedoch eine Entwicklung, die zur Herausbildung einer Alternative zur bisherigen Form führen könnte. Stand 1988 das bisherige Modell relativ konkurrenzlos dar, so begann seit-

dem ein immer größer werdender Teil der Befragten, der Umwandlung der Bundeswehr in eine reine Berufsarmee zuzustimmen. Waren dies 1988 lediglich 16 Prozent der Befragten, so konnte sich 1990 bereits ein knappes Viertel mit diesem Gedanken anfreunden, bis 1992 stieg dies auf 38 Prozent, um dann allerdings 1993 auf 36 Prozent abzusinken. Mit einem solch hohen Wert gerät dabei langfristig eine der Begründungen für die bisherige Form in Schwierigkeiten, daß nämlich durch die Wehrpflicht eine Verknüpfung zwischen Militär und Gesellschaft geschaffen werde, die einer Verselbständigung wie während der Weimarer Republik entgegenwirke. Nicht ganz vierzig Jahre nach ihrer Gründung sah offensichtlich ein großer Teil der Befragten diese Gefahr nicht mehr. Alle anderen Modelle spielen neben diesen beiden, die über 80 Prozent der Befragten binden, in der Öffentlichkeit mittlerweile keine Rolle mehr: Die Zustimmung für ein Bürgerheer nach Schweizer Vorbild schwankte zwischen elf und nunmehr sechs Prozent, eine Reduzierung der Berufssoldaten zugunsten häufigerer Wehrübungen zwischen 14 und nunmehr fünf Prozent, die radikalste Lösung - eine Abschaffung der Bundeswehr - wurde von nie mehr als neun Prozent der Befragten gefordert.

Angesichts der Tragweite und der mit dem Ende des Kalten Krieges entsponnenen Diskussion um Aufgaben und damit auch Struktur der Bundeswehr ist es wenig verwunderlich, wenn sich in den jeweiligen Präferenzen für eine bestimmte Struktur auch teilweise deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Publika auftun. Der Übersichtlichkeit halber wird hier vor allem auf den letzten verfügbaren Datenpunkt vom Herbst 1993 (Tabelle 4700) zurückgegriffen. Den deutlichsten Einfluß auf die Haltung gegenüber der Bundeswehrstruktur hat die Parteipräferenz. Während für zwei Drittel der CDU/CSU-Anhänger die bisherige Struktur erhalten bleiben solle, stehen sich innerhalb der SPD- und FDP-Anhängerschaften zwei etwa gleich große Lager von jeweils 40 Prozent der Nennungen gegenüber, die für ein Beibehalten der Struktur, bzw. für eine Berufsarmee eintreten. Innerhalb der Anhängerschaft der Grünen hält nur noch jeder Dritte an der alten Bundeswehrstruktur fest, interessanterweise gibt es hier eine Mehrheit, die für eine Berufsarmee eintritt. Eine Auflösung der Bundeswehr, wie sie 1981 noch von fast 40 Prozent der Anhänger gefordert wurde, verficht mittlerweile nur noch jeder Achte. Betrachtet man die Präferenzen nach dem Lebensalter, so erweisen sich gerade die bis 29jährigen als die größten Verfechter einer Berufsarmee: Jeder zweite gibt sie als Präferenz an, gegenüber

jedem Dritten der anderen Altersgruppen; umgekehrt ist dies diejenige Gruppe, die die bisherige Form am wenigsten unterstützt. Der Grund für diese Präferenzen ist in der größeren Betroffenheit der Befragten während dieses Lebensabschnitts zu finden, da zu diesem Zeitpunkt der Staat seinen Anspruch auf Grundwehr- oder Zivildienst geltend macht. Unterscheidet man nach Bildungsabschlüssen, so präferieren vor allem niedriger Gebildete die bisherige Bundeswehrstruktur, unter Befragten mit den höchsten Bildungsabschlüssen sind mit jeweils 42 Prozent die Präferenzen gleich auf die bisherige Struktur und die Berufsarmee verteilt. Etwas häufiger wird auch hier die Abschaffung der Bundeswehr gefordert, wobei dies mit acht Prozent nur eine Minderheit ist.

3.4.3.5 Aufgaben der Bundeswehr

Das Ende des Kalten Krieges und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat zum Versuch einer Neubestimmung der außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik geführt. Damit einher ging auch eine Neuorientierung der Aufgaben der Bundeswehr der „Bonner Republik“. Ihre ursprüngliche sicherheitspolitische Aufgabe, die Bundesrepublik gegen einen militärischen Angriff zu verteidigen, ist weitgehend in den Hintergrund gerückt. Die Bedrohung durch einen solchen Angriff stellt auch nach Ansicht der Verteidigungsministeriums heute den unwahrscheinlichsten Fall dar (Weißbuch 1994: 89, Ziff. 514). Statt dessen rückt die Bewältigung internationaler Krisen und Konflikte in den Vordergrund. In der Diskussion stehen vor allem die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden und -schaffenden Aktionen, notfalls auch an Kampfeinsätzen, sowie die Frage, ob sie nur unter dem Dach der UNO oder z.B. auch der OSZE oder der NATO selber durchgeführt werden dürfen. Für die Bundesrepublik bedeutet dies, daß sie über die bis zu Beginn der neunziger Jahre geübte Praxis, sich auf Katastrophenhilfe und rein humanitäre Maßnahmen, wie z.B. Versorgungsflüge, zu beschränken, hinaus geht. Die Grundlage für solche Einsätze war dabei die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, daß sich die Bundesrepublik mit der Bundeswehr im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit an allen mit einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben - explizit auch militärischen Aufgaben - beteiligen dürfe, wobei jedoch grundsätzlich vorher von der Bundesregierung die konstitutive Zustimmung des Deutschen

Bundestages einzuholen sei.[11] Der Begriff der „kollektiven Sicherheit“ wurde dabei vom Verfassungsgericht so weit interpretiert, daß er nicht nur die UNO - als bisher einziges System kollektiver Sicherheit - sondern auch die NATO umfaßt. Damit war zunächst einmal der verfassungsrechtliche Rahmen der Beteiligung von Bundeswehreinsätzen über den bisherigen Auftrag hinaus abgesteckt, ohne daß die politische Diskussion über das ob, wann und wie entschieden hätte.

Für die Bevölkerung war die Frage des zukünftigen Einsatzgebietes 1992/1993 nicht von allzu großer Wichtigkeit (Tabelle 4762). Zwar gaben 1992 rund 50 Prozent der Befragten an, daß diese Frage für sie sehr wichtig oder wichtig sei, vergleicht man sie jedoch mit anderen außenpolitischen Themen wie der Bereitstellung finanzieller Hilfe für Osteuropa (vgl. Tabelle 4752), dem angestrebten Ausmaß der europäischen Integration (vgl. Tabelle 4757) oder dem Zuzug von Ausländern, so ragte in der entsprechenden Umfrage nur das letzte Thema gegenüber den anderen heraus, hier waren über zwei Drittel der Befragten der Meinung, daß dies ein wichtiges Thema sei. Auch über die verschiedenen Variablen lassen sich nur geringe Unterschiede in der Bedeutung dieses Themas für die Öffentlichkeit finden. Die vorausgegangenen Debatten über den Einsatz der Bundeswehr hatten im Bewußtsein der Bevölkerung offensichtlich keinen großen Niederschlag gefunden, weder hatte dies zu einer Mobilisierung der Öffentlichkeit in dieser Frage noch zu einer deutlichen Differenzierung zumindest entlang parteipolitischer Linien geführt.

Die Öffentlichkeit zeigt sich in der Frage, ob die Bundeswehr zusammen mit den Verbündeten weltweit zur Sicherung westlicher Interessen eingesetzt werden solle, oder ob sie nur zur Verteidigung gegen einen Angriff da sei, vorsichtig (Tabelle 4770). Eine deutliche Mehrheit mochte zwischen 1992 und 1993 die Bundeswehr nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt wissen, nur eine kleine Minderheit war bereit, sie weltweit zur Interessenssicherung einzusetzen. Die Mittelwerte lagen dabei auf der siebenstufigen, von Null („Weltweiter Einsatz“) bis Eins („Nur zur Verteidigung“) rekodierten Skala zwischen 0,59 und 0,63. Dies bedeutet, daß zwischen 22 und 30 Prozent der Befragten den äußersten Skalenpunkt „Nur zur Verteidigung“ angaben,

---

[11] Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen internationale Einsätze der Bundeswehr, verkündet in Karlsruhe am 12. Juli 1994 (Auszüge), in: Europa-Archiv, 1994, Jg. 49, Folge 15, S. D428-D431.

dem standen lediglich zwischen fünf und neun Prozent der Befragten gegenüber, die den äußersten Skalenpunkt „Weltweiter Einsatz“ angaben. Die Öffentlichkeit ist sich über eine Begrenzung des Auftrages dabei weitgehend einig: Lediglich die Parteineigung differenziert die Einstellungen etwas, alle anderen Variablen weisen kaum Einflüsse auf. So wird unter den Anhängern der Grünen/Bündnis 90 die restriktivste Haltung zu Bundeswehreinsätzen vertreten, während die vergleichsweise freizügigere Haltung von den Anhängern der CDU/CSU vertreten wird. Aber auch diese lehnen mehrheitlich einen weltweiten Einsatz zur Sicherung der westlichen Interessen ab. Anhänger der SPD vertreten eine Position, die etwas restriktiver ist als die Position aller Befragten, Anhänger der FDP vertreten Positionen, die eher der der CDU/CSU-Anhängerschaft nahekommt. Dieses geringe Ausmaß an Differenzierung zwischen den Parteianhängerschaften ist vor allem erstaunlich, wenn man sich die Auseinandersetzungen der Parteien im Bundestag vor allem während der Debatte um die Entsendung des Zerstörers „Bayern“ in die Adria und die Beteiligung deutscher Soldaten an den „AWACS“-Aufklärungsflügen über Bosnien-Herzegowina vor Augen führt. Offensichtlich war angesichts der dort gezeigten Differenzen ein großer Teil der Öffentlichkeit bis zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, den Bundestagsparteien - hier vor allem der CDU/CSU, die für eine freizügigere Beteiligung der Bundeswehr eintrat - zu folgen.

Dies wird auch deutlich, wenn danach gefragt wird, wie die Öffentlichkeit die jeweilige Position der Bundestagsparteien zu dieser Frage einschätzt (Tabellen 4758 bis 4761). Vergleicht man hier nur die Positionen der Anhängerschaften mit den vermuteten Positionen ihrer jeweils präferierten Parteien, so werden mit Ausnahme der Grünen alle anderen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP als freizügiger eingeschätzt, als die eigene Position ist. Während diese Unterschiede für die Anhänger von SPD und FDP nur jeweils 0,6, bzw. 0,5 Skalenpunkte ausmachen, betragen sie für die Anhänger der CDU/CSU knapp drei Skalenpunkte. Dies bedeutet, daß die Position der CDU/CSU auch von den eigenen Anhängern als deutlich weltweiten Einsätzen zuneigend betrachtet wird, die eigene Position jedoch diesen mehrheitlich ablehnend gegenübersteht. Allein bei den Grünen wird die eigene Haltung der Anhängerschaft als etwas entspannter gegenüber weltweiten Einsätzen perzipiert als die Haltung der Partei. Im übrigen zeigt sich in den Einschätzungen der Parteienpositionen über die gesamte Bevölkerung eine deutlich einmütige Einschätzung, selbst die Unterschei-

dung nach Parteianhängerschaften weist hier keine bedeutsame Differenz zwischen den perzipierten Parteipositionen auf. Die Haltungen der Parteien in diesen Fragen wurden in der Öffentlichkeit also einheitlich zur Kenntnis genommen und eingeschätzt.

Die Auseinandersetzung um das Einsatzgebiet der Bundeswehr stellt jedoch nur einen Teil der Debatte um die neue Rolle der Bundeswehr dar. Eng damit verknüpft ist die Frage danach, welche neuen Aufgaben sie in diesem Einsatzgebiet wahrnehmen soll. Der offizielle Auftrag der Bundeswehr läßt dabei vielfältige Verwendungsmöglichkeiten zu, die über eine reine Verteidigung der Bundesrepublik weit hinausgehen. Danach solle die Bundeswehr Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und Gefahr schützen, die militärische Stabilität und Integration in Europa fördern, Deutschland und seine Verbündeten verteidigen, dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen dienen, sowie bei Katastrophen helfen, aus Notlagen retten und humanitäre Aktionen unterstützen (Weißbuch 1994: Ziff. 515). Welche Aufgaben ist jedoch die Bevölkerung bereit, der Bundeswehr zu übertragen und zu unterstützen? Zwischen 1991 und 1993 wurde der Bevölkerung dazu eine Reihe von möglichen Aufgaben vorgelegt, zu denen sie sich äußern sollte (Tabellen 4568, 4569, 4473 bis 4477). Faßt man die Präferenzen der Bevölkerung zusammen, so erscheint die Bundeswehr in den Augen der Öffentlichkeit als eine Art Technisches Hilfswerk oder Feuerwehr, die nach dem Motto „Retten, Bergen, Löschen, Schützen“ eingesetzt wird. So unterstützten zu Beginn der neunziger Jahre zwischen 90 und 96 Prozent der Befragten den Einsatz der Bundeswehr zur humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe (Tabelle 4568), zwischen 91 und 94 Prozent einen Einsatz im Umweltschutz (Tabelle 4569). Die Verteidigung innerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik wurde von zwischen 91 und 95 Prozent der Befragten unterstützt (Tabelle 4473). Neben die ursprüngliche Aufgabe der Bundeswehr ist in den Augen der Öffentlichkeit also vor allem der seit den sechziger Jahren praktizierte Einsatz in der Katastrophenhilfe (z.B. während der Sturmflut 1962 oder dem Oder-Hochwasser 1997) und humanitären Hilfe, wie z.B. Versorgungs- oder Evakuierungsflüge hinzugekommen. Diese Aufgaben werden auch prinzipiell einhellig unterstützt. In der Frage nach der Unterstützung der Verteidigung treten jedoch bereits erste Unterschiede in der Bevölkerung nach Alter, Bildung und Parteineigung auf: So sind vor

allem Jüngere und Höhergebildete etwas weniger geneigt, sich für diese Aufgabe auszusprechen; unter den Anhängern der Grünen war 1991 mit rund zwei Dritteln der Befragten die geringste Unterstützung für eine solche Aufgabe festzustellen. Innerhalb von zwei Jahren stieg dieser Anteil jedoch auf etwas mehr als vier von fünf (82 Prozent). Wenn nach der Verteidigung im Bündnis gefragt wurde (Tabelle 4474), sank die Unterstützung bereits deutlich ab. Zwar gehörte diese Aufgabe mit zur „Grundausstattung“ der Bundeswehr, aber nur noch drei Viertel der Befragten waren 1991 und 1992 dafür, daß die Bundeswehr die Verteidigung innerhalb des Gebietes der NATO-Mitgliedsländer übernimmt. Daß diese Verpflichtung innerhalb der Öffentlichkeit nicht unumstritten ist, zeigt die Diskussion um die Verlegung eines deutschen Jagdbombergeschwaders im Januar 1991 in die Türkei während des Golfkrieges, nachdem der Irak gedroht hatte, sie anzugreifen. Dies hätte nach Artikel 5 des NATO-Vertrages die Bundesrepublik vor die Frage gestellt, wie sie auf den dadurch eingetretenen Bündnisfall hätte reagieren sollen. Im Sommer 1991 war so nur noch knapp ein Drittel (32 Prozent) der Anhänger der Grünen/Bündnis 90 dafür, daß die Verteidigung innerhalb des NATO-Gebiets Aufgabe der Bundeswehr sein solle. Allerdings verdoppelte sich dieser Anteil in den darauffolgenden Jahren auf 60 und 67 Prozent im Sommer 1993. Insgesamt ist dieser Teil der Bevölkerung aber derjenige, der dieser Aufgabe noch am skeptischsten gegenübersteht, die deutlichste Unterstützung findet sich wieder unter den Befragten der CDU/CSU, wo mit Werten zwischen 82 und 92 Prozent bereits die Grenze zur Einstimmigkeit erreicht wird.

Wenn schließlich nach möglichen Aufgaben gefragt wird, die noch nicht zu den bisherigen der Bundeswehr gehören, sinkt die Zustimmung weiter deutlich ab: Die Einsätze als „Blauhelme“ einer UN-Friedenstruppe wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten von zwei Dritteln (67 Prozent) bis knapp drei Vierteln (74 Prozent) der Befragten unterstützt, und zwar deutlicher von Männern als von Frauen, von Höhergebildeten als von Schlechtergebildeten und eher von Anhängern der CDU/CSU als von Anhängern der Grünen/Bündnis 90. Weitergehende militärische Aktionen, soweit die UNO dazu aufruft, sind bereits deutlich umstritten: Im Sommer 1991 waren die Befürworter mit 46 Prozent eine knappe Minderheit, im Sommer 1993 mit 54 Prozent eine knappe Mehrheit. Mit dem Anstieg scheint sich hier aber ein Meinungswandel anzudeuten: So war unter CDU/CSU-Anhängern zu jedem der drei Zeitpunkte bereits eine Mehrheit zu finden, seit dem Sommer 1992 unter FDP-Anhängern eine leichte

Mehrheit und seit dem Sommer 1993 unter SPD-Anhängern zumindest zwei gleich große Lager. Eine gleiche Entwicklung läßt sich auch für diejenigen Befragten feststellen, die keine Parteineigung oder eine andere als für die hier vorgegebenen Parteien angeben. Lediglich unter den Anhängern der Grünen/Bündnis 90 blieben die Befürworter weitergehender Einsätze mit 32 Prozent Unterstützung eine Minderheit. Der auffälligste Meinungswandel in den Aufgaben der Bundeswehr läßt sich jedoch in der Frage feststellen, ob die Bundeswehr andere Länder Europas verteidigen solle (Tabelle 4475). 1991 und 1992 war hier noch mit 37, bzw. 40 Prozent eine klare Mehrheit zu beobachten, die dies ablehnte. Im Sommer 1993 stimmten jedoch mehr als zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) dieser Aussage zu. Möglicherweise ist dies ein Reflex auf den Beginn der NATO-Operation zur Durchsetzung der Flugverbotszone über Bosnien-Herzegowina vom April 1993, mit dem sich die NATO nach Aufforderung durch die UNO aktiv am Geschehen im ehemaligen Jugoslawien beteiligte. Wenn diese Interpretation zutrifft, dann wäre dies auch als eine nachträgliche Unterstützung dieser Entscheidung und der damit verbundenen Teilnahme deutscher Soldaten an NATO-Verbänden zu sehen. Dieser Meinungsumschwung ist bei allen Parteianhängerschaften zu beobachten: Am deutlichsten änderte sich das Meinungsbild unter den Anhängern von CDU/CSU, hier stieg der Anteil der Befürworter um 36 Prozentpunkte, gefolgt von den Anhängern von SPD (plus 31), Befragten ohne Parteineigung (plus 27) sowie Anhängern von Grünen/Bündnis 90 (plus 25) und Anhängern der FDP (plus 24). Selbst unter der notorisch kritischen Anhängerschaft der Grünen/Bündnis 90 zeichnete sich im Sommer 1993 mit 51 Prozent Befürwortern eine hauchdünne Mehrheit für diese Position ab.

3.4.3.6 Einsatzbereitschaft

Mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ im Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom 10.10.1962 begann in der Bundesrepublik ein Skandal, der schließlich den Sturz des damaligen Verteidigungsministers Strauß nach sich zog. In diesem Artikel hatte der „Spiegel“ Berichte über Nuklearmanöver, die Übung FALLEX 62 und die nukleare Einsatz- und Zielplanung der Bundeswehr gebracht. Adenauers Satz vom „Abgrund des Landesverrats“ fiel in diesem Zusammenhang. Der Grund für Strauß’ Sturz war dabei die von ihm initiierte, rechtlich fragwürdige Verhaftung des stellvertretenden Chefredakteurs des Magazins und nicht die vom „Spiegel“ vermutete mangelhafte Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Wann immer aber die Frage nach

der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gestellt wurde, schwang dabei die Problematik zwischen dem Recht der Öffentlichkeit auf Information und dem Schutz von sensiblen Daten der Bundeswehr mit.

Zwischen 1981 und 1991 wurde die Öffentlichkeit gefragt, ob sie glaube, daß die Bundeswehr für ihre Aufgaben genügend stark oder zu schwach bewaffnet sei (Tabelle 1676). 1981, einem der „Höhepunkte“ des Kalten Krieges, waren immer noch 69 Prozent der Meinung, daß die Bundeswehr ausreichend stark sei, bis 1988 stieg dieser Anteil auf 87 Prozent. Die Diskussion um die Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate im Frühjahr 1989 mit dem Argument, nur so könne die Sollstärke der Bundeswehr gehalten werden, führte zu einer Verunsicherung in der Öffentlichkeit. So fiel in diesem Jahr der Anteil derjenigen, die meinten, die Bundeswehr sei ausreichend stark, auf 72 Prozent, stieg dann aber erneut bis 1991 auf 82 Prozent an. Kein Teil der Bevölkerung sah innerhalb dieses Zeitraums ein signifikantes Defizit in der Bundeswehrbewaffnung, ganz im Gegenteil sahen beispielsweise die Anhänger der Grünen fast einstimmig die Bundeswehr als genügend stark bewaffnet. Deutliche Unterschiede in den Bevölkerungsgruppen lassen sich dementsprechend auch kaum ausmachen, selbst die Unterscheidung nach Parteianhängerschaften verliert im Laufe der Jahre - mit der Ausnahme 1989 - ihren Stellenwert als die stärkste Determinante solcher Einstellungen.

War die Bewaffnung der Bundeswehr von der Bevölkerung als genügend angesehen worden (die Antwortalternative „zu viel“ war nicht vorgesehen), so wurde der Umfang der Bundeswehr zwischen 1992 und 1993 von den meisten Befragten als „gerade richtig“ gesehen (Tabelle 4803). Dabei wurden sie in der Frage darauf hingewiesen, daß die Größe der Bundeswehr bis 1994 auf 370.000 Mann verringert würde. Zwischen Frühjahr 1992 und Herbst 1993 gaben zwischen 48 und 62 Prozent der Befragten an, daß dieser Umfang gerade richtig sei, zwischen 29 und 45 Prozent, daß er viel zu groß oder zu groß sei. Lediglich eine Minderheit von sieben bis neun Prozent war der Meinung, daß dieser Umfang zu klein oder viel zu kein sei. Die deutlichsten Unterschiede in der Haltung zeigen sich wieder, wenn nach Parteianhängerschaften unterschieden wird, allerdings sind sie nicht allzu groß. Am prononciertesten sind die Anhänger der Grünen/Bündnis 90 der Meinung, daß dieser vereinbarte Umfang noch zu groß sei, dabei unterscheiden sie sich aber nur geringfügig von den Einstellungen der SPD- und FDP-Anhänger. Zwar sind auch die Anhänger der

CDU/CSU der Meinung, der Umfang sei eher zu groß, allerdings ist hier diese Haltung bei weitem nicht so entschieden wie unter den anderen Parteianhängerschaften.

Wesentlich für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist nicht nur die Bewaffnung oder Mannstärke, sondern ebenso die Ausbildung und Führung von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten. Zwischen 1981 und 1989 wurde die Öffentlichkeit gebeten, Ausbildung und Führung in der Bundeswehr gemeinsam zu bewerten, ab 1990 wurde getrennt nach Ausbildung, bzw. Führung gefragt (Tabellen 1677, 4257, 4258). Diese Frage ist jedoch in gewisser Weise problematisch, da kaum jemand in der Öffentlichkeit tatsächlich den Stand der Ausbildung und Führung beurteilen kann. Sie ist insofern also eher ein Indikator für das „Image“ der Bundeswehr, bzw. für das vermutete Binnenklima, als eine Beurteilung und Bewertung, die auf Kriterien beruht. Für die Öffentlichkeit erscheinen Ausbildung und Führung insgesamt als ausreichend. Mindestens die Hälfte der Befragten vergab zwischen 1981 und 1989 diese Note, zwischen 26 und 34 Prozent der Befragten vergaben die Note „gut“. Lediglich zwischen 15 und 20 Prozent der Befragten stuften Ausbildung und Führung der Bundeswehr als mangelhaft oder ungenügend ein. Dabei ist die Öffentlichkeit in ihrer Beurteilung sehr konstant: Die Mittelwerte variieren über den hier berichteten Zeitraum kaum und liegen im Bereich zwischen 0,29 und 0,34 auf der zwischen Null („Gut“) und Eins („Ungenügend“) rekodierten Skala. Unterschiede zwischen den Bevölkerungsteilen sind in der Bewertung nur gering, vor allem die Parteineigung, aber auch der Bildungstitel spielen eine Rolle. Am kritischsten sehen die ganzen Jahre die Anhänger der Grünen/Bündnis 90 die Innenverhältnisse der Bundeswehr. Interessanterweise werden Ausbildung und Führung der Bundeswehr aber auch unterschiedlich danach betrachtet, ob die eigene präferierte Partei die Regierung stellt oder nicht: so sahen 1981 SPD- und FDP-Anhänger gemeinsam Ausbildung und Führung noch etwas besser als die Anhänger der damaligen Oppositionspartei CDU/CSU, ab 1983 waren die Anhänger der CDU/CSU und die der FDP diejenigen, die das Binnenklima der Bundeswehr besser beurteilten als die Anhänger der SPD. Der Bildungstitel als Prädiktor für die Beurteilung von Ausbildung und Führung der Bundeswehr spielt insoweit eine Rolle, als hier vor allem Höhergebildete sowohl kritischer als auch eher bereit waren, ihre Meinung zu ändern. Mit dem Ausscheiden von Manfred Wörner und der Übernahme der Hardthöhe durch den Rechtsprofessor Scholz stieg 1988 der Anteil derjenigen, die Ausbildung und Führung kritisch bewer-

teten, sowohl unter den Höhergebildeten wie unter den Anhängern der Grünen deutlich an. Offensichtlich wurde hier befürchtet, daß der neue Verteidigungsminister Führung und Ausbildung in der Truppe nicht in den Griff bekommen würde. Ab 1990 wurden sowohl Ausbildung wie Führung etwas besser betrachtet. Die Ausbildung bewerteten zwischen 36 und 44 Prozent als gut (Mittelwerte zwischen 0,23 und 0,28), der Führung vergaben zwischen 36 und 39 Prozent diese Note (Mittelwerte zwischen 0,27 und 0,28). An der Struktur der Einstellungen hat sich hier gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum kaum etwas geändert, nach wie vor stellt die Parteineigung im wesentlichen das deutlichste Kriterium dar, nach dem Einstellungen unterschieden werden können, gefolgt vom Bildungstitel.

3.4.4 Friedensbewegung alt und neu

Die Friedensbewegung der achtziger Jahre hatte zwar ihre ursprünglichen politischen Ziele, die Verhinderung der Dislozierung neuer westlicher Nuklearwaffen, nicht verhindern können, sie hat aber weit darüber hinausgehend sicherheits- und militärpolitische Themen auf die Tagesordnung der Bundesrepublik setzen können. Beklagte der Sicherheitsexperte Helmut Schmidt Ende der sechziger Jahre noch: „Wenige Gebiete der Politik haben sich in den letzten Jahren der öffentlichen Information, dem öffentlichen Durchdenken und dem gesichertem politischen Urteil entzogen, ... kaum ein Feld ist bis in die Gegenwart hinein stärker dem unmittelbar Beteiligten, dem Interessenten, vorbehalten geblieben als das Feld der Verteidigung“ (1969: 251), so hatte zu Beginn der achtziger Jahre Sicherheitspolitik zumindest eine Zeitlang die Aura des Arkanen abgelegt und wurde öffentlich debattiert. Eine locker institutionalisierte, nicht-hierarchisch geordnete außerparlamentarische Basisbewegung (Brand/Büsser/Rucht 1986: 224) hatte die bislang in einer kleinen Gemeinschaft aus politischen, wissenschaftlichen und militärischen Experten geführte Diskussion „auf die Straße“ geholt und diese Eliten unter Rechtfertigungs- und Begründungsdruck gesetzt. Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen seit den sechziger Jahren, zunehmende Zivilisationskritik vor allem aus einer ökologischen Perspektive, ein Wandel in den Bedrohungsvorstellungen und der Perspektive auf den Ost-West-Konflikt, waffentechnische Fortschritte wie die Neutronenwaffe, die als „Perversion des Denkens“ apostrophiert wurde, weil sie Material weitgehend verschonte und „nur“ Menschen tötete, der Zusammenbruch der Entspannungspolitik der siebziger Jahre, bildeten den Rahmen, innerhalb dessen der NATO-Doppelbe-

schluß vom Dezember 1979 interpretiert wurde. Kristallisationspunkte der Friedensbewegung bildeten dabei der „Krefelder Appell“ vom November 1980, der Evangelische Kirchentag im Juni 1981 sowie die Bonner Friedensdemonstrationen vom Oktober 1981 und Juni 1982 anläßlich der NATO-Ratstagung in Bonn sowie im November 1983 anläßlich der Stationierungsdebatte im Bundestag. Nachdem dort am 22. November 1983 die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen beschlossen worden war und die Stationierung begann, verlor auch die Friedensbewegung an Kraft. Mit dem sicherheitspolitischen Schwenk der SPD, dem Einzug der Grünen in den Bundestag und dem Regierungswechsel im Oktober 1982 waren diese Themen wieder von der Straße in den Bundestag geholt worden. Damit war einerseits innerparlamentarisch wieder eine deutliche Opposition auch in sicherheitspolitischen Fragen etabliert worden, andererseits verlor die außerparlamentarische Friedensbewegung ihre Meinungsführerschaft bei diesen Themen. Zwar standen nach wie vor wichtige sicherheitspolitische Themen wie Fortsetzung und Verlauf der INF-Verhandlungen, die Haltung zu SDI, Fragen einer europäischen Verteidigungsinitiative, die Modernisierung von Kurzstreckenwaffen etc. auf der Agenda, mit den Haltungen waren nun aber Parteien identifizierbar geworden. Mit dem Verzicht auf die Modernisierung der deutschen Pershing-Ia-Raketen war 1987 schließlich der Abschluß eines echten Abrüstungsvertrages über Mittelstreckenwaffen in Europa möglich geworden, das Ende des Kalten Krieges erfüllte schließlich die Hoffnungen der Friedensbewegung.

Zumindest ausschnittsweise läßt sich in den folgenden Umfrageergebnissen der Höhepunkt und langsame Niedergang der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit nachzeichnen. Vor allem für soziale Bewegungen ist es wichtig, daß sie in der Öffentlichkeit als „relevant“ und wichtig wahrgenommen werden. Nur so können sie damit rechnen, daß ihnen im medial vermittelten Diskurs ausreichend Aufmerksamkeit zuteil wird, um sowohl ihre eigene Basis zu mobilisieren wie auch über die eigene Anhängerschaft hinaus neue Gruppen zu erreichen. Ein wesentliches Merkmal ist dabei das Ausmaß der Unterstützung in der Bevölkerung. Dann, wenn ein Anliegen - zumindest in der Perzeption - auch von einem größeren Teil der Bevölkerung getragen oder unterstützt wird, ist eine notwendige Bedingung erfüllt, daß solchen Bewegungen Aufmerksamkeit entgegengebracht und ihr Anliegen als legitim betrachtet wird. Zwischen 1983 und 1987 wurde die Öffentlichkeit danach gefragt,

wieviel Prozent der Bevölkerung ihrer Meinung nach die Friedensbewegung unterstützten (Tabelle 2175). Bis 1986 stieg dabei der vermutete Anteil an Unterstützern von durchschnittlich 26 auf 29 Prozent an, und sank 1987 auf 27 Prozent wieder ab. Die Öffentlichkeit sah also die Friedensbewegung von einer signifikanten Minderheit der Bevölkerung getragen, wobei der Umfang noch leicht über den Zeitpunkt der Stationierungsentscheidung hinaus zunahm. Erst zu dem Zeitpunkt, an dem eine Einigung über die in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen in Sicht war, sank der perzipierte Anteil der Unterstützer. Interessant ist dabei die Entwicklung innerhalb der jeweiligen Parteianhängerschaften. So überschätzten Anhänger der Grünen die perzipierte Unterstützung in der Öffentlichkeit zunächst durchschnittlich um 10 Prozentpunkte, während Anhänger der CDU/CSU diese zunächst deutlich unterschätzten, und erst im Laufe der Zeit nährten sich beide Perzeptionen dem Bevölkerungsdurchschnitt an. Bevölkerungsteile, die den Zielen der Friedensbewegung eher fern standen, neigten somit dazu, ihr Ausmaß zu unterschätzen, während Teile, die sich ihr nahe fühlten oder auch in ihr engagierten, das Ausmaß eher überschätzten. Gleichzeitig wird deutlich, daß in den Augen der Öffentlichkeit die Friedensbewegung mit der Durchführung des Doppelbeschlusses noch keineswegs ihren Zenit überschritten hatte (Tabelle 1851). Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung war zwischen 1982 und 1984 der Meinung, daß die Friedensbewegung in etwa fünf Jahren mindestens genauso groß, wenn nicht sogar größer sein würde. Die Mittelwerte von 0,28, bzw. 0,27 entsprechen dabei Werten von 77 bis 79 Prozent der Bevölkerung. Dabei war sogar eine relative Mehrheit der Befragten von 44 bis 46 Prozent der Meinung, daß die Friedensbewegung in Zukunft noch an Umfang zunehmen würde, rund ein Drittel der Befragten vermutete, daß sie ihre Größe beibehalten würde. Nur jeder Fünfte war der Meinung, daß sie in Zukunft entweder kleiner als jetzt oder gar nicht mehr bestehen würde, wobei der Anteil letzterer zwischen 1982 und 1984 von acht auf fünf Prozent der Befragten sank. Vor allem Ältere und Anhänger der CDU/CSU äußerten sich in Bezug auf die Größe der Friedensbewegung skeptischer als der Rest der Bevölkerung, während sich umgekehrt Jüngere und Anhänger der Grünen deutlich optimistischer zeigten.

Die Begründungen für ihre jeweiligen Zukunftseinschätzungen der Friedensbewegung liefern dabei auch einen Hinweis auf die Motivation ihrer Anhänger und die Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung (Tabellen 1852A-E). Für diejenigen, die

annahmen, daß die Friedensbewegung in den nächsten fünf Jahren größer als jetzt oder genauso groß bleiben würde, stand vor allem das Gefühl der Kriegsangst im Vordergrund: zwischen 21 und 31 Prozent gaben dies als Grund an. Mit Abstand dazu wurde der „Politische Trend“ genannt, zwischen 14 und 18 Prozent nannten diese Umschreibung des Hegelschen Zeitgeists; ein Anwachsen der Kriegsgefahr als Grund sahen hingegen zunächst 18 Prozent der Befragten, interessanterweise sank dieser Anteil auf 13 Prozent, nachdem die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen 1984 bereits ein halbes Jahr im Gange war. Als eine Art Selbstläufer sahen zwischen neun und 17 Prozent der Befragten die Friedensbewegung, die „sich einpendele“, und lediglich zwischen sechs und neun Prozent der Befragten sahen sie als politische Notwendigkeit. Mit diesen Begründungen wird auch das langsame Verschwinden der Friedensbewegung erklärbar, denn sobald das diffuse Gefühl der Kriegsangst, welches sich auch in der vorliegenden Studie für die erste Hälfte der achtziger Jahre nachweisen ließ, verebbte, sank entsprechend auch eine der Motivationsgrundlagen für die Friedensbewegung.

Aber auch diejenigen, die der Friedensbewegung keine große Zukunft prophezeien mochten, verkannten in ihren Begründungen die Motivation, die dieser Bewegung zugrunde lag, und den Einfluß, den sie auf die politische Kultur haben würde (Tabellen 1853A-E). Am häufigsten wurde ihr unterstellt, sie sei eine Modeerscheinung gewesen (zwischen 32 und 40 Prozent). Zwischen 18 und 28 Prozent waren der Meinung, daß sie erfolglos bleiben und daran letztlich scheitern würde. Daß die Themen von den Parteien übernommen würden, steht hinter der Nennung „Friedenspolitik der Parteien“, lediglich zwischen vier und sechs Prozent der Befragten nannten diese (letztlich zutreffende) Option. Aufgrund der inneren Zerrissenheit der Friedensbewegung vermuteten zwischen drei und fünf Prozent der Befragten, daß sie kleiner oder gar nicht mehr sein würde, daß die Anhänger der Friedensbewegung ihren Irrtum einsehen würden, glaubten nur zwischen drei und neun Prozent.

Die Friedensbewegung stellte ein heterogenes Gefüge verschiedenster Organisationen und Gruppen dar, so daß eine Mitgliedschaft in ihr nur in Form einer „subjektiven“ Mitgliedschaft bestehen konnte. Als solches fühlte sich 1983 und 1986 knapp jeder Zehnte, 1988 hatte sich dieser Anteil allerdings halbiert (Tabelle 2266). Umgekehrt konnte die Friedensbewegung auf ein enormes Sympathiepotential in der Bevölkerung vertrauen: 1983 und 1988 gaben mehr als sechs von zehn Befragten

an, daß sie für sie Sympathie hegten, 1986 war dies noch mehr als jeder Zweite. Die öffentliche Meinung wurde in diesen Jahren deutlich von Anhängern und Sympathisanten der Friedensbewegung beherrscht, wenig Verständnis brachten ihr gegenüber nur zwischen 22 und 27 Prozent auf, und ablehnend standen ihr lediglich zwischen sieben und zwölf Prozent der Befragten gegenüber. Deutlich lassen sich hier die Träger der Friedensbewegung ermitteln: Als „Mitglieder“ bezeichnen sich überdurchschnittlich Jüngere, vor allem Höhergebildete und Anhänger der Grünen. Unter den Höhergebildeten war so 1983 der Anteil der Mitglieder rund dreimal höher als unter Befragten mit nur Hauptschulabschluß; von den Anhängern der Grünen bezeichneten sich 45 Prozent als Mitglieder. Unter den Sympathisanten der Friedensbewegung waren wieder überdurchschnittlich viele Jüngere zu finden, sowie vor allem SPD-Anhänger und solche, die angaben, keiner Partei nahezustehen. Unter denjenigen, die wenig Verständnis für die Friedensbewegung aufbrachten oder sie sogar ablehnten, waren vor allem Ältere, Befragte mit Hauptschulabschluß sowie Anhänger der CDU/CSU zu finden. Jeder dritte Anhänger dieser Partei hatte 1983 nur wenig Verständnis, jeder sechste lehnte sie ab. Die Kenntnis der Parteineigung lieferte hier wieder die vergleichsweise beste Vorhersage über die Haltung zur Friedensbewegung, damit wird aber auch deutlich, wie durch den Schwenk der SPD und den Einzug der Grünen in den Bundestag die Themen der Friedensbewegung dort an Parteipositionen geknüpft werden konnten.

Die Frage nach Haltung zur Friedensbewegung stellt zunächst nur eine Frage nach einer Einstellung dar, die für den Befragten relativ bequem zu beantworten ist - sie hat für ihn keine Folgen und zieht keine „Kosten“ oder Umstände nach sich. Aus diesen Gründen lassen sich aus Einstellungsfragen nur schwerlich Rückschlüsse auf tatsächliches Verhalten ziehen. Ob einer Bewegung positiv oder negativ gegenübergestanden wird, oder ob man sich aktiv beteiligt, sind damit zwei verschiedene Dimensionen. Die Verhaltensdimension wurde zwischen 1981 und 1983 versucht, zu messen. Hier wurde gefragt, ob man sich an einigen der Aktionen der Friedensbewegung beteiligt habe (Tabellen 1692A-E). Am häufigsten hatten sich die Befragten an Unterschriftensammlungen beteiligt, 1983 gab dies fast jeder Achte (zwölf Prozent) an, gefolgt vom Tragen von Aufklebern und Plakaten sowie der Teilnahme an Demonstrationen (jeweils sieben Prozent), jeder Zwanzigste hatte 1983 an einem Friedensmarsch teilgenommen, und ein Prozent der Befragten an sonstigen Aktio-

nen. Sowohl die jüngste Altersgruppe der bis 29jährigen, diejenigen mit den höchsten Bildungstiteln und die Anhänger der Grünen waren dabei besonders leicht zu mobilisieren: 1983 gab fast jeder siebente der bis 29jährigen (14 Prozent), jeder Vierte mit Abitur oder höherem Abschluß, jeder Dritte (32 Prozent) der konfessionell Nichtgebundenen, 30 Prozent der Anhänger der Grünen und jeder Zweite der Befragten, die einer anderen Partei als den angeführten nahestanden, an, sich an einer Demonstration beteiligt zu haben. Im Laufe der hier angeführten drei Jahre zeigt sich aber auch, daß diese Mobilisierung fast ausschließlich auf diese Gruppen beschränkt blieb: Ältere, Befragte mit niedrigerer Bildung, solche mit konfessioneller Bindung und die Anhänger der etablierten Parteien verzeichneten entweder keine oder nur sehr geringe Zuwächse innerhalb dieser Zeit bei den oben angesprochenen Aktionen. Dasselbe Muster zeigt sich auch, wenn im Anschluß an die Frage nach der bereits zurückliegenden Teilnahme an solchen Aktivitäten danach gefragt wurde, ob man sich vorstellen könne, in nächster Zeit an einer dieser Aktionen teilzunehmen (Frage 1698). Hier liegt die Bereitschaft insgesamt wieder deutlich höher als die tatsächliche Teilnahme - 1981 konnte sich ein knappes Drittel der Befragten (31 Prozent) dies vorstellen, im Gefolge des NATO-Gipfels in Bonn und der gleichzeitig stattfindenden Großdemonstration waren dies im Sommer 1982 schon 45 Prozent, im Jahr darauf immer noch 41 Prozent. Auch hier sind es wieder die Jüngeren, Höhergebildeten, Konfessionslosen und den Grünen Nahestehenden, die prinzipiell ein höheres Aktionspotential aufweisen, und bei denen die Bereitschaft zu solchen Aktionen auch überproportional gewachsen war.

Als Hauptziel der Friedensbewegung machte zwischen 1984 und 1987 der größte Teil der Befragten den Abschluß eines gleichgewichtigen Abrüstungsabkommens aus: zwischen 38 und 40 Prozent der Befragten nannten dies (Tabelle 2423). Damit wurde in den Augen der Öffentlichkeit die Friedensbewegung zum Anwalt ihrer schon immer erhobenen Forderung nach Rüstungskontrollverhandlungen. In dieselbe Richtung geht auch das am zweithäufigsten genannte Ziel, der Abbau atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik - dies gaben zwischen 31 und 27 Prozent der Befragten als Hauptziel an. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sahen also die Friedensbewegung im Zusammenhang mit Abrüstungsbemühungen, alle anderen möglichen Ziele spielten dagegen keine bedeutende Rolle mehr: Eine einseitige Abrüstung des Westens vermuteten nur zwischen elf und 15 Prozent; die

Schaffung eines neutralen Status für die Bundesrepublik sahen zwischen zehn und zwölf Prozent; den Umweltschutz brachten nur noch sechs bis sieben Prozent mit der Friedensbewegung in Verbindung; und als Hauptziel die Verhinderung von Einsparungen bei Sozialprogrammen lediglich zwischen 0,3 und einem Prozent. Angesichts dieses weitgehenden Konsens spielt auch nur die Parteineigung eine Rolle in der Perzeption dieser Hauptziele: Während überproportional viele Anhänger der Grünen vor allem in der Erlangung eines Rüstungskontrollabkommens das Ziel sahen, vermuteten umgekehrt überproportional viele Anhänger der CDU/CSU, das Hauptziel sei eine einseitige Abrüstung des Westens.

Die Friedensbewegung wurde nach den hier vorliegenden Ergebnissen also nur von einem kleinen Ausschnitt aus der Bevölkerung getragen, der aber sehr hoch mobilisierbar war und wohl auch über die notwendigen Ressourcen zumindest an Zeit verfügte, um sie aktiv zu unterstützen. Dieser vergleichsweise kleine, aktive Teil der Bevölkerung konnte sich aber auf ein erhebliches Sympathiepotential stützen: mehr als zwei Drittel der Bevölkerung standen den Zielen der Friedensbewegung positiv gegenüber. Dieses Engagement sowie die vom größten Teil der Bevölkerung zumindest ideelle Unterstützung führten dann dazu, daß die Basis der Friedensbewegung von der Gesamtbevölkerung als viel breiter eingeschätzt wurde, als sie tatsächlich war. Die Sympathie gegenüber der Friedensbewegung erklärt sich aus den ihr zugeschriebenen Zielen: In ihr sah die Bevölkerung einen Anwalt ihrer Forderung nach Rüstungskontrolle und Abrüstung. Zu Beginn der achtziger Jahre fehlte im Parteienspektrum eine Partei, die eben diese Forderung der Bevölkerung artikulierte. Die Friedensbewegung bildete sich um dieses Thema herum und trug es in den öffentlichen Diskurs.

4 Öffentlichkeit und Außenpolitik in der Bundesrepublik

Läßt man die Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik über knapp 40 Jahre hinweg Revue passieren, so ergibt sich ein nur auf den ersten Blick widersprüchliches Bild des Wandels wie der Stabilität. Der größte Wandel in den Einstellungen ist langfristiger Natur gewesen, vor allem die Einstellungen gegenüber der UdSSR sind hier zu nennen. Das starre Freund-Feind-Schema begann sich bereits seit dem Ende der sechziger Jahre zu wandeln, das negative Image der UdSSR sich seit dem Beginn der achtziger Jahre langsam zu verbessern. Gleichzeitig begann sich in den

achtziger Jahren ein langsamer Emanzipationsprozeß von den USA abzuzeichnen, der zu einer stärkeren Betonung einer europäischen Sicherheitsidentität auch in den Augen der Bevölkerung führte. Diese Wandlungsprozesse haben sich jedoch langfristig und in kleinen Schritten vollzogen, in dieser Hinsicht sind sie eher als Beleg für ein Maß an „Stabilität im Wandel“ als für eine „sprunghafte“ öffentliche Meinung zu werten. Kurzfristige Ausschläge lassen sich jedoch auch in genügender Zahl finden: So sank das Mißtrauen gegenüber der UdSSR in dem Moment schlagartig, wie diese in ihrer Politik deutliche und glaubhafte Beweise ihrer Verständigungs- und Kompromißbereitschaft geliefert hatte, ebenso änderten sich die Erwartungen gegenüber Erfolgen der Rüstungskontrolle dann, als mit dem INF-Vertrag ein erster Abrüstungsvertrag geschlossen worden war. Kurzfristiger Wandel dieser Art ist somit durch externe Ereignisse begründet und läßt sich auch sinnvoll auf diese zurückführen. Ebenso läßt sich ein Wandel dann feststellen, wenn zuvor hypothetische Ereignisse Realität werden. So wurde die mit den Pariser Verträgen formalisierte Westbindung der Bundesrepublik von einem zuvor deutlich ablehnenden Teil der SPD-Anhängerschaft nach ihrer Unterzeichnung erstaunlich schnell akzeptiert. Das gleiche Bild findet sich knapp dreißig Jahre später: Nachdem die amerikanischen Atomwaffen seit 1983 stationiert wurden, fand sich ein Teil der Befragten mit dieser Stationierung ab. Hier ist der kurzfristige Meinungswandel durch das Akzeptieren einer getroffenen Entscheidung und das Räumen von bereits entschiedenen Positionen gekennzeichnet. Allerdings lassen sich auch Formen eines scheinbar zufälligen Meinungswandels in der Öffentlichkeit finden. Dabei handelt es sich vor allem um Fragen, bei denen die Öffentlichkeit (und Experten) Aussagen über die Zukunft machen sollen und über keinerlei Information verfügen. Dies wird besonders deutlich in der Einschätzung, ob die UdSSR, bzw. Rußland Gefahr laufe, in den harten Kommunismus früherer Tage zurückzufallen. Realistischerweise konnte diese Frage in den Jahren 1989 bis 1991 niemand mit Bestimmtheit beantworten, entsprechend stark fielen auch die Stimmungsschwankungen in der öffentlichen Meinung aus. Doch stellten diese wahrlich „erratischen“ Schwankungen die Ausnahme in den hier präsentierten Daten dar.

Diesen Schwankungen steht ein hohes Maß an Stabilität der Einstellungen auf der Aggregatdatenebene gegenüber. Vor allem an den Einstellungen gegenüber den USA wird dies deutlich: Das Fundament der deutsch-amerikanischen Beziehungen

blieb auch über die turbulenten achtziger Jahre hinweg intakt. Was sich jedoch änderte, war bei gleichbleibender Grundlage eine skeptischer Haltung gegenüber der amerikanischen Tagespolitik - wobei die Bevölkerung auch hier bereit war, ihre Einstellungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Einstellungen gegenüber der Anwesenheit und Funktion der amerikanischen Truppen, dem USA-Bild, der Verkoppelung amerikanischer und europäischer Sicherheit etc. wiesen über den gesamten betrachteten Zeitraum ein hohes Maß an Stabilität auf. Gleiches läßt sich für andere sicherheitspolitischen Strategien oder Arrangements behaupten: Die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der NATO oder Europäischen Gemeinschaft standen nie außer Frage, ebenso weist die Akzeptanz der Bundeswehr eine bemerkenswerte Konstanz auf. Aber so, wie sich eine „Stabilität im Wandel“ feststellen läßt, ist auch unter dem Aspekt der Stabilität ein „Wandel angesichts von Stabilität“ zu konstatieren. Natürlich hinterlassen Einflüsse aus der (außen-)politischen Umwelt ihre Spuren in den langfristigen Trends - fast keine der hier angeführten Datenreihe war stabil in dem Sinn, daß die Werte unveränderlich waren. Die beobachteten Schwankungen ließen sich jedoch fast immer auf außenliegende Ereignisse zurückführen, und in der Regel kehrten die Werte auch wieder auf das Ausgangsniveau zurück. Nur durch die große Datenmenge und den Versuch, daraus Zeitreihen zu bilden, ließen sich stabile, langfristige Trends identifizieren und Veränderungen auch als Veränderungen im Rahmen eines Trends bewerten.

Die zweite Frage, der in dieser Studie nachgegangen wurde, fragte nach den Determinanten von außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen und war zugespitzt auf die Frage, ob ein langfristiger Einstellungswandel durch Generationeneffekte oder durch politische Kommunikation via Parteipositionen zustande kommt. Diese Frage läßt sich nunmehr eindeutig dahingehend beantworten, daß 1. Generationeneffekte keine Rolle spielen, sondern 2. außen- und sicherheitspolitische Einstellungen fast immer am stärksten durch die selbstbekundete Nähe zu einer Partei determiniert werden. Selbst in den Einstellungen gegenüber der UdSSR, die aus verschiedenen Gründen Generationeneffekten gegenüber besonders empfänglich sein sollten, ließ sich ein solcher Einfluß nicht feststellen. Wenn sich die Einstellungen wandelten, erfaßten sie - wenn auch in jeweils etwas unterschiedlichem Ausmaß - alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Demgegenüber stellt die Parteineigung, bzw. Sonntagsfrage die deutlichste Differenzierung dar. Sie ist in der Regel auch

stärker als Geschlechts-, Alters-, Bildungs-, und Konfessionsmerkmale, da sich in ihr nicht nur soziodemographische Unterscheidungen widerspiegeln, sondern diese auch durch eine weltanschauliche oder ideologische Komponente „angereichert“ werden. Besonders deutlich wird dies mit dem Auftreten der Grünen zu Beginn der achtziger Jahre: Diese rekrutierten sich vor allem aus Jüngeren und Höhergebildeten, entsprechend ließen sich hier auch Alters- und Bildungseffekte nachweisen, die aber nur selten an die Stärke der Parteieffekte heranreichten. So waren vor allem Jüngere und Höhergebildete bisherigen sicherheitspolitischen Arrangements, den USA und dem Militär als solchem kritisch gegenüber eingestellt, in der Differenzierung nach Parteineigung erfuhr dies in der Anhängerschaft der Grünen nochmals eine Zuspitzung. Umgekehrt waren Ältere und schlechter Gebildete gegenüber diesen sicherheitspolitischen Arrangements eher affirmativ eingestellt, dies erfuhr in der Anhängerschaft der CDU/CSU ebenso eine, wenn auch im Vergleich zu den Grünen etwas geringere, Zuspitzung.

Darüber hinaus läßt sich anhand der Betrachtung des Einflusses der Parteineigung die These formulieren, daß sich die Öffentlichkeit zu Beginn der achtziger Jahre bei sicherheits- und außenpolitische Themen zunächst polarisierte und gegen Ende dieser Dekade depolarisierte. So wies vor 1983 die Parteineigung zwar einen klaren Einfluß auf, war aber in der Regel noch weit von späteren Werten entfernt. Zum Höhepunkt der Debatte um Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluß hatte sich dieser Einfluß teilweise vervielfacht und hielt auf diesem Niveau bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre an. Seitdem begann er, zurückzugehen, bei Datenreihen, die bis in Jahr 1993 reichten, war er schließlich vergleichsweise schwach. In etwa parallel zur Entwicklung der Parteipräferenz verlief die Entwicklung der Stärke des Alters- und des Bildungseinflusses, allerdings auf einem erheblich niedrigeren Niveau.

Dieser deutliche und seit den fünfziger Jahren weitgehend konsistente Einfluß der Parteineigung wirft schließlich die Frage nach dem Einfluß der Öffentlichkeit auf die Geschicke der Außen- und Sicherheitspolitik auf. In der Regel werden drei Modelle des Kommunikationsflusses identifiziert (vgl. Rattinger/Holst/Behnke 1995: 17ff.): Ein Modell, in dem die Öffentlichkeit die politischen Eliten führt, indem diese aus wahltaktischen Gründen versuchen, Positionen einzunehmen, die mehrheitsfähig sind; ein Modell, in dem die Öffentlichkeit von Eliten geführt wird, da diese über einen entsprechenden Informations- und Wissensvorsprung verfügen und über die Parteiposi-

tionen der Öffentlichkeit Orientierungshilfen bieten; schließlich ein Modell, das von einem Wechselspiel zwischen Öffentlichkeit und Eliten ausgeht, bei dem je nach Lage der Einfluß vom einen wie vom anderen ausgeht. Für alle drei Modelle lassen sich in der vorliegenden Studie Beispiele finden: so scheint der sich langsam abzeichnende Wandel in den Einstellungen der Öffentlichkeit zu „Out-of-Area"-Einsätzen der Bundeswehr eine Haltung der Parteieliten nachzuvollziehen, gleiches gilt für die Aufstellung der Bundeswehr oder die Akzeptanz der Westintegration durch die SPD-Wähler nach dem „Godesberger Programm"; der Schwenk der SPD in sicherheitspolitischen Fragen zu Beginn der achtziger Jahre war durchaus eine Reaktion auf die Einstellungen in der Bevölkerung; schließlich schien den Bedrohungsperzeptionen der fünfziger und sechziger Jahre ein Wechselspiel zwischen Eliten und Öffentlichkeit zugrundezuliegen, in dem sich beide gegenseitig in ihren Auffassungen bestärkten. Von einem Modell, das erklärt, unter welchen Bedingungen die Öffentlichkeit Einfluß auf die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik ausüben kann, wie es Graham (1994) für die USA vorlegte, ist die Forschung hierzulande allerdings noch weit entfernt. Mit der Bereitstellung der Daten ist zwar ein erster Schritt dazu getan, d.h. das Ausmaß der Meinungsverteilungen kann als Grundlage einer Analyse herangezogen werden, und mit der Auskommentierung dieser Daten ist die Frage, wie weit die politischen Eliten in der Lage sind, Meinungsführerschaft zu übernehmen und öffentliche Unterstützung zu mobilisieren, zumindest angerissen worden, die anderen Schritte des Modells (der jeweilige Stand während des Entscheidungsprozesses, und die Fähigkeit der Eliten, die Vielschichtigkeit der öffentlichen Meinung zu durchschauen) müssen jedoch noch in Einzelfallstudien geklärt werden. Gleichzeitig wird es notwendig sein, die Bedingungen des oben beschriebenen Polarisations- und Depolarisationsprozesses genauer zu untersuchen: Von welchen Teilpublika werden welche Themen aufgenommen und führen unter welchen Umständen zu einer Mobilisierung; wie weit läßt sich die beobachtete Stabilität der Einstellungen durch Parteiidentifikation erklären, wie weit liegen hier andere ideologische oder Wert- und Normvorstellungen über bestimmte Formen der Außen- und Sicherheitspolitik zugrunde; in welchem Maß decken oder unterscheiden sich Einstellungen von Eliten und Öffentlichkeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik? Gerade diese letzte Teilfrage ist besonders wichtig, um über den Kommunikationsprozeß zwischen Öffentlichkeit und Eliten - also letztlich die Frage, wer wen beeinflußt - Aufschluß zu erhalten.

5 Literatur

Almond, Gabriel A.: The American People and Foreign Policy. New York: Praeger, 1960 (Nachdruck der 1950 erschienen Ausgabe mit einem neuen Vorwort).

Asmus, Ronald D.: Germany's Geopolitical Maturartion: Public Opinion and Security Policy in 1994. Stanta Monica: Rand, 1995.

Bald, Detlef: Militär und Gesellschaft, 1945-1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik. Baden-Baden: Nomos, 1994.

Bardes, Barbara A./Oldendick, Robert W.: Public Opinion and Foreign Policy: A Field in Search of Theory. In: Long, Samuel (Hrsg.): Research in Micropolitics: Public Opinion, Vol. 3, Greenwich, London: JAI, 1990, S. 227-247.

Blechmann, Barry M. Fisher, Catheen S.: The Silent Partner. West Germany and Arms Control. Cambridge: Ballinger 1988.

Bortz, Jürgen: Lehrbuch der Statistik für Sozialwissenschaftler. 2., vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin u.a.: Springer, 1985.

Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Aktualisierte Neuausgabe. Frankfurt/Main, New York: Campus, 1986.

Bredow, Wilfried v.: Die Zukunft der Bundeswehr. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel. Opladen: Leske und Budrich, 1995.

Brettschneider, Frank: Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Studie zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995

Brooks, Joel E.: The Opinion Policy Nexus in Germany. In: Public Opinion Quarterly, 1990, Vol. 54, S. 508-529.

Chittick, William O./ Billingsley, Keith R./ Travis, Rick: A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs. In: International Studies Quarterly, 1995, Vol. 39, Nr. 3, S. 313-331.

Converse, Phillip E.: Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue. In: Tufte, Edward E. (Hrsg.): Quantitative Analysis of Social Problems. Reading u.a.: Addison-Wesley, 1970, S. 168-189.

Converse, Phillip E.: The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: Apter, David E. (Hrsg.): Ideology and Discontent. 2nd. Edition. New York, London: The Free Press, Collier-Macmillan, 1967, S. 206-261.

Craig, Gordon A./George, Alexander L.: Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart. München: dtv, 1988.

Cutler, Neal E.: Generational Succession as a Source of Foreign Policy Attitutdes: A Cohort Analysis of American Opinion, 1946-1966. In: Journal of Peace Research, 1970, Vol. 7, S. 33-47.

Czempiel, Ernst-Otto: Amerikanische Außenpolitik. Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen. Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 1979.

Czempiel, Ernst-Otto: Machtprobe: Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren. München: Beck, 1989.

Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. München: Beck, 1993[2].

de Maizière, Ulrich: Auftrag und Struktur der Bundeswehr. In: Barth, Peter (Hrsg.): Bundeswehr in Staat und Gesellschaft. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, 1982, S. 39-58.

Deutsch, Karl W./Edinger, Lewis J.: Germany Rejoins the Powers. Mass Opinion, Interest Groups, and Elites in Contemporary German Foreign Policy. Stanford: Stanford University Press, 1959.

Dürr, Hans-Peter: SDI - Technische Kniffe contra politische Maßnahmen. In: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), Heft 1, 1986, S. 26-27, abgedruckt in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1987, S. 554-557.

Eichenberg, Richard C.: Public Opinion and National Security in Western Europe. Consensus Lost? London: Macmillan, 1989.

Everts, Philip: NATO, the European Community, and the United Nations, in: Oskar Niedermayer/Richard Sinnott (Hrsg.): Public Opinion and Internationalized Governance. Beliefs in Government, Vol. II. Oxford: Oxford University Press, 1996, S. 402-428.

Falter, Jürgen W.: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? In: Politische Vierteljahresschrift, 1977, Vol. 18, S. 476-500.

Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans: Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und politischer Prozeß: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 289-337.

Fishbein, Martin/Ajzen, Icek: Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior. Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1980.

Fiske, Susan T./Taylor, Shelley E.: Social Cognition. Reading u.a.: Addison-Wesley, 1984.

Fite, David/Genest, Max/Wilcox, Clyde: Gender Differences in Foreign Policy Attitudes - A Longitudinal Analysis. In: American Politics Quarterly, 1990, Vol. 18, Nr. 4, S. 492-513.

Flynn, Gregory/Rattinger, Hans (Hrsg.): The Public and Atlantic Defense. Totowa, London: Rowman & Allanheld, Croom Held, 1985.

Forndran, Erhard: Der säkulare Dialog: Rüstungskontrolle. In: Salewski, Michael (Hrsg.): Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute. München: Beck, 1995, S. 212-232.

Galtung, Johan: Social Position, Party Identification and Foreign Policy Orientation: A Norwegian Case Study. In: Rosenau, James N. (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy. New York, London: Free Press, Collier-Macmillan, 1967, S. 162-193.

Gamson, William A./Modigliani, Andre: Knowledge and Foreign Policy Opinions. Some Models for Consideration. In: Public Opinion Quarterly, 1966, Vol. 30, S. 187-199.

Gluchowski, Peter: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983, S. 442-477.

Graham, Thomas W.: Public Opinion and U.S. Foreign Policy Decision Making. In: Deese, David A. (Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York: St. Martin's Press, 1994, S. 190-215.

Graham, Thomas W.: The Pattern and Importance of Public Knowledge in the Nuclear Age. In: Journal of Conflict Resolution, 1988, Vol. 32, Nr. 2, S. 319-334.

Haftendorn, Helga, et al. (Hrsg.): Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1978.

Haftendorn, Helga: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 1955-1982. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos 1986.

Hinckley, Ronald H.: People, Polls and Policymakers. American Public Opinion and National Security. New York u.a.: Lexington Books 1992.

Hoffmann, Hans-Viktor: Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1991. Waldbröl: Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, 1992 (passim).

Holst, Christian: Stabilität und Wandel der Einstellungen in Bevölkerung und Eliten: Vom alten zum neuen Konsens? Erscheint in: Kaiser, Karl/Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 4. Institutionen und Ressourcen. München u.a.: Oldenbourg, 1998.

Holsti, Ole R.: Public Opinion and American Foreign Policy. Ann Arbor: University of Michigan Press, 1996.

Holsti, Ole R.: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus. In: International Studies Quarterly, 1992, Vol. 36, S. 439-466.

Holsti, Ole R./Rosenau, James N.: Does Where You Stand Depend on When You Were Born? The Impact of Generation on Post-Vietnam Foreign Policy Beliefs. In: Public Opinion Quarterly, 1980, Vol. 44, Nr. 1, S. 1-22.

Howard, Michael: Reassurance and Deterrence. In: Foreign Affairs, 1982, Vol. 61/1, S. 309-324.

Hurwitz, Jon/Peffley, Mark: How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model. In: American Political Science Review, 1982, Vol. 81, S. 1099-1120.

Inglehart, Ronald: Generational Change and the Future of the Atlantic Alliance. In: Political Science, 1984, Vol. 17, S. 523-535.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch: Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/M., New York: Campus, 1989.

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press, 1977.

Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950-1955. In: Buchheim, Hans et al. (Hrsg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung ab 1955. Bd. 1: Militärgeschichte seit 1945. Herausgegeben im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. Boppard: Boldt, 1975, S. 61-98.

Jennings, M. Kent/Niemi, Richard G.: Generations and Politics. A Panel-Study of Young Adults and Their Parents. Princeton: Princeton University Press, 1980.

Juhász, Zoltán: Außenpolitische Denkbilder. Eine empirische Untersuchung außenpolitischer Einstellungsstrukturen in der deutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung. Hamburg: Kovac, 1996.

Juhász, Zoltán: Sicherheitspolitischer Konsens? Eine Längsschnittstudie einschlägiger Einstellungen bei Sympathisanten verschiedener Parteien. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt/M. u.a.: Lang, 1994, S. 427-452.

Kahnemann, Daniel/Slovic, Paul/Tversky, Amos: Judgement Under Uncertainty: Heuristics and Biases. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 1982.

Kaldrack, Gerd: Soldat und Politik: Der Umgang mit Politik - Ein Problem für Soldaten. In: Barth, Peter (Hrsg.): Bundeswehr in Staat und Gesellschaft. München: Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, 1982, S. 77-112.

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Stuttgart: Reclam, 1984 (zuerst 1795).

Katz, Daniel: The Functional Approach to the Study of Attitudes. In: Public Opinion Quarterly, 1960, Vol. 24, S. 163-204.

Kelleher, Catherine M.: NATO Nuclear Operations. In: Carter, Ashton B./Steinbruner, John D./ Zraket, Charles A. (Hrsg.): Managing Nuclear Operations. Washington D.C.: Brookings Institution, 1987, S. 445-469.

Kinder Donald R./Sears, David O.: Public Opinion and Political Action. In: Lindzey, Gardener/Aronson, Elliot (Hrsg.): Handbook of Social Psychology. Vol. III. New York: Random House, 1985, S. 659-742.

Kohr, Heinz-Ulrich: Rechts zur Bundeswehr, links zum Zivildienst? Orientierungsmuster von Heranwachsenden in den alten und neuen Bundesländern Ende 1992. SOWI-Arbeitspapier Nr. 77. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 1993.

Kuklinski, James H./Luskin, Robert C./Bolland, John: Where's the Schema? Going Beyond the „S"-Word in Political Psychology. In: American Political Science Review, 1991, Vol. 85, Nr. 4, S. 1341-1356.

Levinson, Daniel J.: Authoritarian Personality and Foreign Policy. In: Journal of Conflict Resolution, 1957, S. 37-47.

Lippert, Ekkehard: Allgemeine Dienstpflicht als sicherheits- und sozialpolitischer Ausweg? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1995, H. B6/95, S. 37-45.

Lippert, Ekkehard: Allgemeine Dienstpflicht als sicherheits- und sozialpolitischer Ausweg? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1995, H. B6/95, S. 37-45.

Lippmann, Walter: Essays in the Public Philosophy. Boston: Little, Brown, 1955.

Mannheim, Karl: Das Problem der Generation. In: Friedeburg, Ludwig v. (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft. 6. Auflage. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1969, S. 23-43 (zuerst: 1928).

McClosky, Herbert: Personality and Attitude Correlates at Foreign Policy Orientation. In: Rosenau, James N. (Hrsg.): Domestic Sources at Foreign Policy. New York, London: The Free Press, Collier-Macmillan 1967, S. 51-109.

Merritt, Richard L./Puchala, Donald J. (Hrsg.): Western European Perspectives on International Affairs. Public Opinion Studies and Evaluations. New York u.a.: Praeger, 1968.

Meyer, Berthold: Der Bürger und seine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik. Frankfurt/M., New York: Campus, 1983.

Miller, Warren E.: Vorting and Foreign Policy. In: Rosenau, James N. (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy. New York, London: Free Press, Collier-Macmillan, 1967, S. 213-230.

Mills, C. Wright: The Power Elite. New York: Oxford University Press, 1956.

Mueller, John E.: War, Presidents, and Public Opinion. Lanham, New York, London: University Press of America, 1985 (1973).

Mueller, John E.: War, Presidents, and Public Opinion. Lanham, New York, London: University Press of America, 1985 (1973).

Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas: Origins of Estrangement: The Peace-Movement and the Changed Image of America in West Germany. In: International Security, 1987, Vol. 12, S. 52-88.

Munton, Don: NATO Up Against the Wall: Changing Security Attitudes in Germany, Britain and Canada. 1960s to the 1990s. In: Rattinger Hans/ ders. (Hrsg.): Debating National Security: The Public Dimension. Frankfurt/Main u.a.: Lang 1991, S. 343-377.

Neumann, Russell W.: The Paradox of Mass Politics. Knowledge and Opinion in the American Electorate. Cambridge: Harvard University Press, 1986.

Opitz, Eckardt/Rödiger, Frank S. (Hrsg.): Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven. Bremen: Temmen, 1995.

Page, Benjamin I./ Shapiro, Robert Y.: The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans´ Policy Preferences. Chicago, London: University of Chicago Press 1992.

Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y.: Effects of Public Opinion on Policy. In: American Political Science Review, 1983, Vol. 77, S. 175-190.

Pfetsch, Barbara/Voltmer, Katrin: Geteilte Medienrealität? Zur Thematisierungsleistung der Massenmedien im Prozeß der deutschen Vereinigung., Forschungsschwerpunkt FS III: Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse Berlin: WZB 1993, S. 93-209.

Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik von 1994-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung. 2, erweiterte und verbesserte Auflage. München: Fink, 1993.

Räder, Hans-Georg: „Sicherheit“ und Wertewandel. Argumentationsmuster in der Bevölkerung zu Sicherheit, Bedrohtheit und Bundeswehr. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte, H. 57, 1992.

Räder, Hans Georg: Meinungsbildung und Meinungsänderung zur Sicherheitspolitik unter dem Einfluß politischer Ereignisse. Eine Paneluntersuchung über Stabilität und Veränderung von Meinungen zur Sicherheitspolitik. In: Zoll, Ralf (Hrsg.): Sicherheit und Militär. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1982, S. 66-119.

Räder, Hans-Georg: Kriegsdienstverweigerung im neuen Deutschland. Eine empirische Bestandsaufnahme. SOWI-Arbeitspapier Nr. 92. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 1994.

Rattinger, Hans: The Federal Republic of Germany: Much Ado About (Almost) Nothing. In: Flynn, Gregory/ders. (Hrsg.): The Public and Atlantic Defense. Totowa, London: Rowman & Allanheld, Croom Helm, 1985, S. 101-174.

Rattinger, Hans: Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten: Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten 80er Jahren. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990, S. 377-417.

Rattinger, Hans: The Development and Structure of Western German Public Opinion on Security Issues since the late 1970s. In: ders./ Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security. The Public Dimension. Frankfurt/Main u.a. : Lang 1991, S. 301-342.

Rattinger, Hans: Causal Models of German Public Attitudes on Foreign Policy and Security After Unification. Paper prepared for the 34th Annual Convention of the International Studies Association, Acapulco, Mexico, 23.-27. March 1993.

Rattinger, Hans/Behnke, Joachim/Holst, Christian: Außenpolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik: Ein Datenhandbuch zu Umfragen seit 1954. Frankfurt/M. u.a.: Lang, 1995.

Rattinger, Hans/Heinlein, Petra: Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung. Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum „heißen Herbst 1983“. Berlin: WAV 1986.

Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security: The Public Dimension. Frankfurt/M. u.a.: Lang, 1991.

Rielly, John E. (Hrsg.): American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1991. Chicago: Chicago Council on Foreign Relations, 1991.

Risse-Kappen, Thomas: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies. In: World Politics, 1991, Vol. 43, S. 479-512.

Risse-Kappen, Thomas: Masses and Leaders: Public Opinion, Domestic Structures, and Foreign Policy. In: Deese, David A.(Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York: St. Martin´s Press, 1994, S. 238-261.

Rosenau, James N. (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy. New York, London: Free Press, Collier-Macmillan, 1967.

Rosenau, James N. (Hrsg.): Linkage Politics. Essays on the Convergence of National and International Systems. New York, London: Free Press, Collier-Macmillan 1969.

Rosenberg, Morris: Misanthropy and Attitudes Toward International Affairs. In: Journal of Conflict Resolution, 1957, Vol. 1, S. 340-345.

Roth, Reinhold: Parteiensystem und Außenpolitik. Zur Bedeutung des Parteiensystems für den Außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der BRD. Meisenheim am Glan: Hain, 1973.

Russett, Bruce M./Graham, Thomas W.: Public Opinion and National Security Policy: Relationships and Impacts. In: Midlarsky, Manus (Hrsg.): Handbook of War Studies. Boston: Unwin Hyman 1989, S. 239-257.

Sauter, Johanna: Sozio-politische Orientierungsmuster von männlichen und weiblichen Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland und deren Einstellungen zur Bundeswehr. In: SOWI-Arbeitspapier, Heft 96. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 1994.

Schäfer, Helmut/Stechow, Christian v.: Kontrolle der Sicherheitspolitik. In: Thaysen, Uwe, et al. (Hrsg.): US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1988, S. 421-435.

Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung. Tübingen: Mohr, 1987.

Schlaga, Rüdiger: Der Golf-Krieg und die Zensur. In: Krell, Gert/Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven. Frankfurt/M.: Fischer, 1991, S. 201-208.

Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts. Stuttgart: DVA, 1969.

Schössler, Dietmar/Albert, Reiner/Kostelnik, Frank: Deutschland, die NATO und Europa. Die sicherheitspolitische Lage im Spiegel von Elite-Gruppen-Meinungen. Münster, Hamburg: Lit, 1993.

Schwarz, Klaus-Dieter/Van Cleave, William: Die Theorie der Abschreckung. In: Schwarz, Klaus-Dieter (Hrsg.): Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit. 3., neu bearb. Auflage. Bad Honnef-Erpel: Osang, 1981, S. 131-149.

Schweigler, Gebhard: Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Motive, Einstellungen. Baden-Baden: Nomos, 1985.

Seidelmann, Reimund: Außenpolitik. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Band 6: Internationale Beziehungen, herausgegeben von Andreas Boeckh. München: Beck, 1993 S. 42-49.

Simon, Herbort A.: A Behavioral Model of Rational Choice. In: ders. (Hrsg.): Models of Man. New York u.a.: Wiley, 1957, S. 241-260.

Singer, David: The Level-of-Analysis Problem in International Relations. In: Knorr, Klaus/ Verba, Sidney (Hrsg.): The International System. Theoretical Essays. Princeton: Princeton University Press 1961.

Singer, J. David: Threat Perception and the Armament-Tension-Dilemma. In: Journal of Conflict Resolution, 1958, Vol. 2, S. 90-105.

Smith, Steven K./Wertman, Douglas A.: U.S.-West European Relations during the Reagan Years. The Perspective of West European Publics. New York: St. Martin's Press, 1992.

Sniderman, Paul M./Citrin, Jack: Psychological Sources of Political Belief: Self-Esteem and Isolationist Attitudes. In: American Political Science Review, 1971, Vol. 65, S. 401-417.

Spiegel-spezial: Das Profil der Deutschen - was sie vereint, was sie trennt. Hamburg: Spiegel-Verlag, 1991.

SZ-Magazin: Das Deutschland der Zukunft: Welchen Staat wollen wir eigentlich? Nr. 1 vom 5.1.1996.

SZ-Magazin: Deutschland 2000: Der Staat, den wir uns wünschen. Nr. 1 vom 4.1.1991.

Szabo, Stephen F. (Hrsg.): The Successor Generation: International Perspectives of Postwar Europeans. London u.a.: Butterworths, 1983.

Szabo, Stephen F.: The Changing Politics of German Security. New York: St. Martin's Press, 1990.

Thiel, Elke: Dollar-Dominanz, Lstenteilung und amerikanische Truppenpräsenz in Europa. Zur Frage kritischer Verknüpfungen währungs- und stationierungs-politischer Zielsetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos, 1979.

Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam, 1985 (zuerst 1835/40).

Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr 1994. Bonn: Bundesministerium der Verteidigung, 1994.

Wells, Robert A.: The Vietnam War and Generational Differences in Foreign Policy Attitudes. In: Karns, Margret P. (Hrsg.): Persistent Patterns and Emergent Structures in a Waning Century. New York: Praeger, 1986, S. 99-125.

Wilker, Lothar: Bundestag und Außenpolitik. In: Thaysen, Uwe, et al. (Hrsg.): US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1988, S. 383-399.

Wilker, Lothar: Bundestag und Außenpolitik. In: Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Livingston, Robert G. (Hrsg.): US-Kongreß und Deutscher Bundestag. Opladen: Westdeutscher Verlag 1988, S. 383-399.

Wittkopf, Eugene R.: Faces of Internationalism. Public Opinion and American Foreign Policy. Durham, London: Duke University Press, 1990.

Ziegler, Andrew H.: The Structure of Western European Attitudes Toward Atlantic Cooperation: Implications for the Western Alliance. In: British Journal of Political Science, 1987, Vol. 17, H. 4, S. 457-477.